La

[Pflegekurs zur Nachbehandlung Kriegs-
verwundeter.] Wir werden um Veröffentlichung
folgender Mitteilung ersucht: Um Verwundete wieder
waffentüchtig zu machen, muß in vielen Fällen, besonders bei
Gelenkverletzungen, der Wundbehandlung eine sorgfältige Nach-
behandlung folgen, die hauptsächlich in der Anwendung
physikalischer und mechanischer Hilfsmittel besteht. Aber auch
jene, welchen der Krieg tiefere Wunden geschlagen hat, die
nicht mehr zu den Waffen greifen können, haben Anrecht auf
weitere Obforge. Wir müssen auf jede Weise zu erreichen

suchen, sie wieder ihren bürgerlichen Berufen zuzuführen oder
sie wenigstens soweit erwerbsfähig zu machen, daß sie nicht
der allgemeinen Wohltätigkeit anheimfallen und so weiter an
den öffentlichen Hilfsmitteln zehren. Es werden zu diesem
Zwecke in nächster Zeit Anstalten ins Leben zu rufen sein,
die in erster Linie obigen Aufgaben obliegen sollen. Außerdem
stellen eine Reihe von Fachärzten und ärztlichen Organisationen
sich und ihre Privatinstitutionen in den Dienst der Sache. Diese
Bestrebungen können nur dann wirksam durchgeführt werden,
wenn den Ärzten vorgebildete hilfsbereite Pflegepersonen in
größerer Anzahl zur Seite stehen. Wieder müssen wir zu
diesem Zwecke die Hilfe unserer Frauen anrufen, die sich im
Dienste der Verwundetenpflege in dieser Zeit bewähren. Um
ihnen die nötige Vorkenntnis zu vermitteln, wird Professor
Dr. S. Spiess einen mehrwöchentlichen Kurs über
Nachbehandlung Kriegsverwundeter im
kleinen Hörsaale der Nervenklinik, Lazarettgasse 14 (Gofrat
Professor v. Wagner-Jauregg, Kursbeginn Donnerstag den
12. d. von 7 bis 8 Uhr abends), lesen. Der Lehrplan um-
faßt die Grundzüge der Bewegungslehre der Muskeln und
Gelenke, Technik der Massage sowie Unterricht in den Hilfe-
leistungen bei der mechanischen Nachbehandlung. Im Interesse
der ernstesten Sache wäre es, wenn sich nur solche Teilnehmer
melden, die die Absicht haben, ihr erreichtes Können zum
Wohle der Vaterlandsverteidiger zu verwerten und sich den
entsprechenden Spitälern und Ärzten zur Verfügung zu stellen.
Bevorzugt werden jene, die bereits einen allgemeinen Pflege-
kurs gehört haben, und Unterrichtspersonen, die bezüglich der
Bewegungslehre schon einige Vorkenntnisse besitzen. An-
meldung in der ersten Vorlesung. Anfragen bei Professor
Dr. Spiess, 9. Bezirk, Frankgasse 1, Telephon 13401.

12/XI 1914

Das Kriegsfürsorgeamt für die Kriegsinvaliden.

Das Kriegsfürsorgeamt hat sich eine neue Aufgabe gestellt — die Fürsorge für die Kriegsinvaliden. Für alle jene Helden, die im Dienste des Vaterlandes, bei der Verteidigung der Ehre Oesterreichs zu Invaliden geworden sind, soll dauernd gesorgt werden. Viele von ihnen werden einen langwierigen Heilungsprozeß durchmachen, viele auch notgedrungen einen Wechsel des Berufes vornehmen müssen. Ihnen allen will das Kriegsfürsorgeamt helfend zur Seite stehen, will ihnen durch Beschaffung technisch zureichender Ersatzgliedmaßen bei der Wiedererlangung der Erwerbstätigkeit behilflich sein, will anderen die Möglichkeit eines längeren Aufenthaltes in Heilbädern verschaffen, anderen den Gebrauch einer Kur ermöglichen u. Ungeheuer groß ist dieses Gebiet charitativen Wirkens und groß sind auch die hierfür erforderlichen Geldmittel. Der Leiter des Kriegsfürsorgeamtes H. M. L. v. S. hat nun ein Komitee gebildet, das sich die Beschaffung eines Fonds für diese Invaliden zur Aufgabe stellt. Für diesen Fonds werden nicht nur Spenden von Geld und Wertpapieren erbeten, sondern auch von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes (Bilder, Stiche, Plakaten in Metall, Holz und Eisenbein, Teppiche, Gewebe, Spitzen, Möbel, Schmuck, Porzellan, Glas, Kristall u. dgl.). Diese Gegenstände sollen in einem späteren günstigen Zeitpunkte je nach Umständen durch öffentliche Versteigerungen, durch Lotterien oder durch freihändigen Verkauf verwertet werden.

Dem Komitee gehören an: Graf Rudolf Bellegarde, Statthalter Baron Bienerth, Dr. Gustav Bloch, Ferdinand Graf Chorinski, Professor Maler Hugo Darnaut, Präsident Dr. Sigmund Ehrlich, Hofrat Professor Dr. Eiselsberg, Baron Georg Frandenstein, Chefredakteur Dr. Heinrich Funder, Hofrat Ernst Ganglbauer, Direktor Dr. Gustav Glück, Excellenz Baron Haerdal, O. M. Ritter v. Henriquez, Baron Ernst Herring, Regierungsrat Professor Josef Hoffmann, Prinz Nikolaus Hohenlohe, Excellenz Leibarzt Dr. Arzt, Theodor Köcherl, Direktor Marine v. Krafny, Excellenz Eugen v. Kuczynski, Dr. Horace Ritter v. Sandau, Präsident Dr. Julius Landesberger, Hofrat Direktor Eduard Leisching, Regierungsrat Professor Dr. Lorenz, Dr. Hans Ritter v. Mauthner, Karl Mayer, Simon Ritter v. Metaxa, Eugen v. Miller-Nichols, Excellenz Baron Musulin, Oberbaurat Karl Redlich, Gesandter Baron Riedl, Restaurator Hermann Ritschl, Sektionsrat Karl v. Rohrer, Louis Freiherr v. Rothschild, Leopold Satori, Präsident Adolf Schiel, Professor Maler Ferdinand Schwager, Präsident Paul Ritter v. Schoeller, Präsident Wilhelm Singer, Karl Freiherr v. Sloda, Professor Dr. Hans Spigh, Sigismund Freiherr v. Springer, Hofrat Graf Felix Stainach, Josef Graf Wallis, Bürgermeister Doktor Richard Weiskirchner, Excellenz Graf Max Wickenburg, Excellenz Hans Graf Wilczek.

Ein hierauf bezüglicher Aufruf soll in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangen.

*** Die Schule der Einarmigen.** Man schreibt uns aus Wien: Es ist ein gutes Zeichen dafür, daß wir ruhig, unbesorgt, voll Zuversicht sind, und daß uns der Kanonendonner die umsichtige Klarheit der Gedanken nicht betäubt: wir denken schon über diesen Krieg hinaus und an die Heilung der Wunden, die er schlug. Dafür ist diese Schule der Einarmigen ein trefflicher Beleg. Sie hat ihren „Lehrsaal“ in der vornehmsten Mittelschule der Stadt, im akademischen Gymnasium, aufgeschlagen, und ein Einarmiger, der Architekt Großsinger, ist ihr „Professor“. Er hat die Leiden, die seelischen Depressionen und die energische Bezwingung dieses körperlichen Fehlers am eigenen Leib erlebt und setzt seine Praxis nun auf der Lehrkanzel in Theorie um.

Als er an der Akademie seiner leidenschaftlichen Neigung gemäß Architektur belegen wollte, erregte sein Wunsch die Eifersucht des Rektors. Ohne rechten Arm zeichnen, die schwierigsten Konstruktionen ausführen zu wollen, bei denen es auf Genauigkeit vom Millimeter ankommt! Architekt Großsinger zwang es. Und die psychische Erhebung, die ihm das Gelingen verschafft hat, will er nun anderen verschaffen, Soldaten und Offizieren, Vaterlandsverteidigern, die bei der Erfüllung der besten Pflicht dieser Tage von dem Unglück ereilt worden sind, einen Arm zu verlieren. Unglückliche Menschen, die sich selbst verloren dünkten, die in den kleinen Alltäglichkeiten des Lebens wie in ihrem Unterhalt auf fremde Hilfe fortan angewiesen zu sein glauben.

Aber es muß nicht sein. Ein Arm kann fast dieselben Dienste tun wie zwei. Und ganz dieselben, soweit es auf die leiblichen Angelegenheiten, die persönliche Bedienung, ankommt, Waschen, sich ankleiden, Essen, eine Zigarette anzünden, ohne daß man dabei etwa die Hündholzschnitzerei auf den Tisch oder den eigenen Körper aufstützt. Man hat Streichholzschnitzerei wie Streichholz in der natürlichen Hand zu halten, wie sonst in zweien! Das sind die allgemeinen Vorbereitungsstadien in der Schule der Einarmigen. Sie zerfällt nämlich in zwei Kurse: Den allgemein für persönliche Bedienung und die speziellen für einzelne Berufe, bei denen es allerdings sehr oft nur auf das ankommt, was die Nationalökonomien eine Berufsverschiebung nennen. Die geistigen Arbeiter haben es da leichter und besser als die körperlichen, denn bei ihnen kommt es fast ausschließlich darauf an, mit einer Hand schreiben, Bücher aufschlagen und in Büchern blättern zu lernen. Körperliche Arbeiter hingegen müssen gewöhnlich in eine andere Kategorie des selben Zweiges übergeleitet werden. Man bildet etwa Tischler, Schlosser, Metalldreher zu Werkmeistern aus, Konduktoren oder Verschieber im Bahndienst oder Bahnsteigschaffner. Das klingt sehr einfach, wie jede gute Idee; indessen braucht es in der Praxis auch da einer großen Übung. Der Schaffner z. B. muß die Fertigkeit lernen, mit derselben Hand die Fahrkarte und die Range zu halten, um die Karte zu markieren. Viel leichter wird die Sache, wenn ihm ein Armstumpf geblieben ist, der dann durch einen künstlichen Arm mit einer künstlichen Hand verlängert wird.

Diese Art der Verstümmelungen sind die häufigsten, obwohl zum Glück überhaupt nur in ganz seltenen Fällen Amputationen vorgenommen werden müssen. So zählt die Schule der Einarmigen bisher auch nur 12 „Hörer“. Aber auch für wenige zu sorgen, sie sich selbst, ihrem Leben, ihrer Arbeit und dem Volkskapital wiederzugeben, ist Pflicht in diesen Tagen. Dr. S. B.

20. / XI. 1914.

* (Ersatz für verletzte Gliedmaßen bei Kriegsinvaliden.) Im Niederösterreichischen Gewerbeverein fand eine Zusammenkunft von Fachmännern statt, vor der Sektionschef Dr. E g n e r die Grundzüge einer Aktion zur Beschaffung, beziehungsweise Ausbildung von Ersatzteilen für verletzte oder beschädigte Gliedmaßen oder Organe bei Kriegsinvaliden entwickelte. Er führte u. a. aus, daß diesem Zwecke eine Werkstätte zur Verfügung gestellt werden müsse, die unter Mitwirkung von Technikern und Orthopäden insbesondere die Erzeugung von Behelfen und Objekten für beschädigte Extremitäten zu betreiben hätte; andererseits müßte man sich mit der Beschaffung von pekuniären Mitteln befassen und zu diesem Zwecke könnte ein Zyklus von technisch-medizinischen Vorträgen dienen, in dem technologische und chirurgische Thematika von autoritativer Seite behandelt würden. Was die Werkstätte anbelangt, so stehe eine solche bereits zur Verfügung und für den Zyklus von Vorträgen, für den bereits wertvolle Zusagen vorliegen, seien Vereinbarungen mit der Urania getroffen worden, die die Durchführung dieses Projektes vom Jänner nächsten Jahres angefangen in sichere Aussicht stellen. Die Vorschläge bildeten den Gegenstand einer eingehenden Debatte, an der sich die Professoren L a n d l e r und Z a h u l l a, die Direktoren E r h a r d und U m l a u f t, Präsident Dr. E h r l i c h und kais. Rat W e i l im zustimmenden Sinne beteiligten, worauf ein Komitee für die Werkstätte, bestehend aus Professor Oberstabsarzt Dr. F ö d e r l, Oberdirektor S c h i f f e r und Oberbaurat von B o s c h a n, eingesetzt wurde.

24./X. 1914.

Die Technik für die Kriegsinvaliden.

Am 16. d. fand im niederösterreichischen Gewerbeverein eine Zusammenkunft von Fachmännern statt, zu der sich auf Einladung des Präsidenten Dr. Wilhelm Gyner eingeladen hatten: die Universitätsprofessoren Dr. Föderl, Dr. Lecher, Hofrat Pribram, Dr. Tandler, Doktor Wegscheider, die Professoren der Technischen Hochschule Freiherr v. Züptner, Prorektor Sahulka, die Ärzte Dr. Semeleder, Dr. Pimniczka, die Ingenieure Oberbaurat R. v. Boschan, Ehrenfest-Egger, Oberbaurat L. Erhard, Regierungsrat Direktor Grau, Reiffenstein, Inspektor Krauß, die Beamten des Technischen Versuchsamtes Ministerialsekretär Dr. Christ, Professor Zalogiecki und Oberingenieur Zoller, der Präsident der „Concordia“ Dr. Ehrlich, der Direktor der „Urania“ Regierungsrat Umlauf, die Industriellen Doktor v. Miller-Nichholz, Generalkonsul v. Medinger, kaiserlicher Rat Weil, der Präsident und der Sekretär des niederösterreichischen Gewerbevereins A. Schiel und Professor Robatsch, der Sekretär des Wissenschaftlichen Klubs Professor Spatenka u. a. m.

Nachdem Präsident Schiel den Vorsitz übernommen hatte, entwickelte Geheimer Rat Dr. Gyner die Grundzüge einer Aktion zur Beschaffung, beziehungsweise Ausbildung von Ersatzteilen für verletzte oder beschädigte Gliedmaßen oder Organe bei Kriegsinvaliden und führte aus, daß diesem Zwecke eine Werkstätte zur Verfügung gestellt werden müsse, die unter Mitwirkung von Technikern und Orthopäden insbesondere die Erzeugung von Behelfen und Objekten für beschädigte Extremitäten zu betreiben hätte; andererseits müßte man sich mit der Beschaffung von pekuniären Mitteln befassen. Diesem Zwecke könnte ein Zyklus von technisch-medizinischen Vorträgen dienen, in dem technologische und chirurgische Thematika von autoritativer Seite behandelt würden. Was die Werkstätte anbelangt, so siehe eine solche bereits zur Verfügung, und für den Zyklus von Vorträgen, für den bereits wertvolle Zusagen vorliegen, seien Vereinbarungen mit der „Urania“ getroffen worden, die die Durchführung dieses Projekts vom Januar nächsten Jahres angefangen in sichere Aussicht stelle.

Die Vorschläge bildeten den Gegenstand einer hochinteressanten eingehenden Debatte, an der sich die Professoren Tandler und Sahulka, die Direktoren Erhard und Umlauf, Präsident Ehrlich und kaiserlicher Rat Weil ausnahmslos in zustimmendem Sinne beteiligten, worauf ein Komitee für die Werkstätte, bestehend aus Professor Oberstabsarzt Dr. Föderl, Oberdirektor Schiffer und Oberbaurat v. Boschan, eingesetzt wurde; für die Veranstaltung des Zyklus der Vorträge wurden gewonnen:

Oberbaurat Erhard, Oberingenieur Zoller, Regierungsrat Umlauf und Direktor Bauer von der „Urania“, Professor Spatenka und Ingenieur Reiffenstein, letztere für die Illustration der Vorträge, Hofrat Dr. Pribram und Doktor Bryl für die Programmzusammenstellung. Als Schatzmeister wurde Ingenieur Ehrenfest-Egger berufen, dem bereits einige tausend Kronen zur Verfügung gestellt wurden. Spenden nimmt die Administration der „Neuen Freien Presse“ für die Aktion „Die Technik für die Kriegsinvaliden“ oder Ingenieur Ehrenfest-Egger, 4. Bezirk, Luisengasse 25, in Empfang.

**Die Anregung des Regierungsrates
Professor Lorenz.**

In unserm Blatt hat unser berühmter Orthopäde Regierungsrat Professor Lorenz vor kurzem in seinem schönen Artikel „Ein Wort an den Staat und an die Frauen“ darauf aufmerksam gemacht, welche große Zahl verwundeter Soldaten, denen Gliedmaßen amputiert werden mußten, geholfen werden könnte, indem man für den künstlichen Ersatz der verlorenen Gliedmaße durch sogenannte Prothesen die erforderlichen Mittel beschafft. Diesem edlen Zwecke zu dienen, hat sich nun unter der

Ehrenpatronanz der Erzherzogin Rita und unter dem Präsidium der Baronin Anta Bienerth ein eigenes Komitee gebildet, das für die nächste Zeit zu veranstaltende Vortragsakademien vorbereitet, deren Programme demnächst veröffentlicht werden sollen.

4./XII. 1914.

(Im Turnsaal der Verwundeten.) Es ist etwa 1 Uhr nachmittags. In den schönen, weitläufigen Sälen des alten Vereirapalastes in der Weiburggasse Nr. 4 herrscht eigenartig buntes Getriebe. Schon unten beim Haustor hat man einen Stellwagen mit verwundeten Soldaten vorfahren gesehen. Er kommt aus der Rotunde. Im Vorgang, auf den Stiegen, in den Vorzimmern, überall die nun schon so wohlbekannten Gestalten der Rekonvaleszenten, die sich oft noch recht mühselig auf den Stockstützen oder deren blessierte Arme und Hände schlaff herabhängen. Sie warten alle, bis sie „drankommen“, oder sie haben die heutige Behandlung schon hinter sich. Man tritt in die Gänge — ein absonderliches Bild! Da stehen alle möglichen, scheinbar ganz geheimnisvollen Maschinen mit Rädern und Rollen, mit blanken Hebeln, Kurkeln und Gewichten, und davor sitzen oder liegen die verwundeten Kriegerleute. Jeder hat eine Karte an die Brust geheftet, auf der Name und Art der Verletzung zu lesen sind. Der eine macht auf den Apparaten Streckbewegungen mit dem Arm. Erst langsam und ein wenig schmerzhaft, bald aber mit sichtlich erleichterung, der zweite lernt mit mechanischer Unterstützung, das kranke Knie biegen. Hier wird eine Schulter gelenkig gemacht und dort, wo man sonst wiederholt Klavierpieler zum Training wenig geschmeidiger Finger sitzen sah, wird armen, gelähmten Händen wieder die geschwundene Regsamkeit beigebracht. Bei vielen geht's schon ganz famos. Der frische, junge Kerl zum Beispiel, dessen Brust die Tapferkeitsmedaille ziert, wird trotz seiner acht Bajonettstiche, die er sich im Handgemenge mit den Kosaken holte, in kürzester Zeit wieder marschbereit sein. Er ist ein schneidiger Bursche und freut sich außerordentlich darauf. Er erzählt, wie gut ihm die Heilgymnastik getan hat. Die Steife der Gelenke und die Erschlaffung der betreffenden Nerven gibt nach, löst sich schließlich, und so werden die durchgeschossenen Gliedmaßen wieder völlig gebrauchsfähig und die untauglichen wieder tauglich. Im Nebenzimmer wird mittels Motorkraft massiert, dort eine kranke Schulter, hier das Handgelenk, und wo der Patient nicht selbsttätig sein kann, wie in den Sälen der Heilgymnastik, dort wird seine fehlende Kraft durch Elektrizität ersetzt. Denn man ist im Wiener medico-mechanischen Zanderinstitut, das sich in opferwilligster Weise der Kriegsverwundeten völlig kostenlos zur Verfügung gestellt hat und tagtäglich etwa 200 Soldaten, darunter etwa zwei Drittel Mannschaft und ein Drittel Offiziere, mit hingebungsvoller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit behandelt. Viele Hunderte von Kriegern, die, aus der chirurgischen Behandlung entlassen, mit steifen oder gelähmten Gelenken und Gliedern ihre Kuren durchmachten, sind dank der treuen ärztlichen Obforge des Chefarztes Dr. Hugo Schwertner und seines Helfers Dr. Franz Wiesner jetzt nicht nur geheilt oder gebessert, sondern sogar wieder als völlig kriegstauglich zu ihren Regimentern eingerückt. Geht es mit dem orthopädischen Turnen und dem Zandern nicht, so hilft vielleicht die Heißluft. In den einzelnen Kabinen sieht man, wie die Soldaten Nacken, Arme oder Beine in den Dampfapparaten haben. Bei einzelnen liegen die Glieder zwischen Elektroden gebettet und die intermittierenden Ströme durchwärmen die kranken Stellen bis zur allmählichen Gesundung — man kennt die Spezialfolge der

Elektrogymnastik und des relativ neuen Verfahrens der Diathermie, der „Durchwärmung“. In eine Koje strahlt das seltsam mythische Licht der „Höhensonne“ — die ultravioletten Strahlen, vor deren geheimnisvoll gespandischen Glanz der Patient sich mit Autobrillen schützen muß. Die dadurch erzeugte Wärme ist so stark, daß man von dieser „Höhensonne“ braun gebrannt wird, wie in einem Strandbade. Elektrische Bäder gibt es natürlich und galvanische Ströme. Gerade sitzt ein Pole beim Apparat, der beglückt spürt, wie nach wochenlanger Kur langsam wieder Leben in den bisher abgestorbenen drei Fingern zu kribbeln beginnt. Wundersame Krankengeschichten gibt es im Röntgenarchiv zu studieren, die von der Genialität der Chirurgie und ihrer unentbehrlichen Hilfskraft, der Heilgymnastik, berichten. Sieht man diese Erfolge, so betrachtet man die schwedischen Maschinen und ihre um die Soldaten bemühten ärztlichen Meister mit einer Art Andacht. Sachkundige junge Damen tun auch hier freiwillige Pflegerinnendienste, und Doktoren wie Schwestern sind glücklich, wenn einer ihrer Schützlinge, der unfählich mühevoll ins „Wiener Zanderinstitut“ gehumpelt kam, es beim Abschluß seiner Kur als gesunder, gerader Mann, als prächtiger Wehrmann verläßt.

Lazarettunterricht für verstümmelte Krieger. *)

Von Dr. med. et phil. G. Burkhardt.

Arzt am Vereinslazarett des Roten Kreuzes in Freiburg i. Br.

In den Lazaretten werden zahlreiche Verwundete behandelt, denen es später unmöglich sein wird, ihren alten Beruf wieder auszuüben; sie werden sich einen neuen suchen müssen, der sie zusammen mit der Pensionshilfe des Staates ernährt. Jeder Lazarettarzt wird die Erfahrung haben, daß man unsern verstümmelten Kriegern gar nicht früh genug mit einer Zukunftsparole kommen kann. Es ist für uns Ärzte selbstverständlich, daß wir die Vermissten nicht besser trösten können, als wenn wir ihren Blick von dem ablenken, was ihnen fehlt, auf das hin, was ihnen bleibt. Ein Verwundeter, dem ein Arm oder ein Bein oder beide Beine oder gar beide Beine und ein Arm abgeschossen sind, darf und soll das Bewußtsein haben, daß er auch für sein weiteres Leben noch ein nützlich Mitglied der menschlichen Gesellschaft bleibt. Es gibt Berufe genug, die er ausfüllen kann, und es ist von unserer Arbeiterschaft als sicher anzunehmen, daß sie von diesen Opfern des Krieges so viele als irgend möglich einstellen wird, zumal der Staat einen Teil des Unterhalts in Form einer Rente tragen wird. Für die meisten dieser Invaliden stellen werden sich die Anwärter etwas vorbereiten müssen, fast immer durch Wiederholung und Vervollkommnung der Schulkenntnisse des Schreibens und Rechnens, oft auch durch Erlernung der Stenographie, des Maschinenschreibens, der Anfangsgründe einer fremden Sprache. Alles dies kann während des Lazarettaufenthaltes leicht geschehen durch ein wenig Unterricht und Übung, kaum mehr als zwei bis drei Stunden täglich.

Da ist z. B. in meinem Lazarett ein früherer Motorbootführer aus Hamburg; der linke Arm ist ihm abgeschossen. Er hat Aussicht, später Buch- und Andenkenverkäufer auf einem Seedampfer zu werden, wenn er ein paar Broden englisch lernt und Schrift und Rechnen aufbessert. Ein Feldwebel mit schöner Handschrift, dem beide Beine abgerissen wurden, könnte bis zur Heilung im Lazarett zum Stenographen oder Maschinenschreiber ausgebildet werden. Was wäre aus einem Landarbeiter zu machen, der den ganzen linken Arm und den linken Fuß verlor? Aus einem sehr intelligenten Bergmann mit versteiftem Knie? Aus einem Schuhmacher, dem beide Unterarme abgeschossen sind? — Solcher Zukunftsfragen treten dem die Betten eines Lazaretts Abschreitenden recht viel entgegen.

Zu helfen ist nicht schwer. Geeignete und willige Herren und Damen sollten sich in großer Zahl finden, diesen Unterricht zu übernehmen, da doch so viele, die sich zur Pflege, Tröstung und Unterhaltung der Verwundeten gemeldet hatten, nicht ankommen konnten.

Der beste Weg wäre, in jeder Lazarettstadt eine zentrale Organisation zu schaffen, mit der Aufgabe, Kräfte anzuwerben, die

a) als Kenner des Arbeitsmarktes die Verwundeten nach ihrer Vorbildung und den vorhandenen Gliedmaßen beim Entschlusse zu einem neuen Berufe beraten und den Arbeitsplan festlegen,

b) als lehrfreudige Damen und Herren die Verwundeten im Schönschreiben und Rechnen unterrichten,

c) als spezielle Lehrkräfte für Stenographie, Maschinenschreiben, fremde Sprachen diese Kenntnisse vermitteln.

Ob bei sehr langem Lazarettaufenthalt nicht auch die Anfangsgründe geeigneter Handwerke begonnen werden könnten, sei späteren Erwägungen vorbehalten.

Den Zeitpunkt des Beginns bei den einzelnen Verwundeten hätte der Arzt zu bestimmen, ihnen den Wunsch nach solcher Hilfe eine Reihe von Tagen vorher suggerieren könnte. Er soll, das muß noch einmal betont werden, so früh als irgend möglich gesetzt werden, sobald sich die Kräfte heben, sobald die sich einstellende Langeweile nach Beschäftigung verlangt. Aber auch, wenn der Aufenthalt im Lazarett nur noch kurz ist, lohnt sich der Beginn; denn der Anfang, der Entschluß, ist immer am schwersten, für den einfachen Menschen zumal. Von denen, die aus dem Lazarett entlassen in ihre Heimat gereist sind, den Rentenanspruch in der Tasche, werden nur wenige die Energie fassen, selbst Gelegenheit nach Weiterbildung zu suchen. Der größte Teil unter ihnen wird den gewiß nicht schönen Typ der Rentenempfänger vermehren, deren Grundstimmung die Unzufriedenheit ist, die Unzufriedenheit mit dem Staat, dessen Rente nicht ausreicht, und die innere, aber größere, mit sich selbst. Hier muß also rechtzeitig vorgebaut werden.

*) Im Ersten Morgenblatt vom Sonntag den 6. ds. haben wir unter der Aufschrift „Trost für Verstümmelte“ bereits auf die Wichtigkeit dieses Gegenstandes und auf die möglichen Erfolge eines frühzeitigen Vorgehens hingewiesen. Die nachstehenden Ausführungen führen dieses Thema noch näher aus. Die Red.

8. VII. 1914.

Arbeitsbeschaffung für verkrüppelte Krieger. Ueber diese wichtige Frage handelt die Schrift des Neunkirchener Fürsorgesekretärs V. Klasen. Klasen geht von der Annahme aus, daß die vom Staate gewährte Rente zur Ernährung verkrüppelter Krieger und ihrer Familien nicht ausreichen würde, daß es auch durchaus kein Glück für die Rentenbezieher selber wäre, wenn sie ihr zukünftiges Leben ohne jede Arbeit hinbringen müßten.

Klasen macht nun folgende Vorschläge: Arbeitgeber, insbesondere die großen industriellen Unternehmer, dürfen die heimkehrenden verkrüppelten Krieger nicht einfach austrangieren. Es fehlt in großen Betrieben nicht an leichten Stellen in Werkstätten, auf Büros, als Boten, Hausmeister, Pförtner, Diener usw. Post-, Telegraphen-, Telephon- und Eisenbahnverwaltung haben auch sehr viele Stellen, die noch so mancher Verkrüppelte ausfüllen könnte. In vielen Fällen wird es auch nicht schwer sein, durch Gewährung kleiner Darlehen, für die nötigenfalls die Gemeinde- und Armenverwaltung in Anspruch genommen werden müßte, verkrüppelten Kriegern die Einrichtung von Geschäften zu ermöglichen. Es wird auch viele geben, die ein Handwerk lernen wollen, das ihnen zusagt. Vom Staate müßten deshalb Handwerksmeister, die besonders schwierige Krüppel in einem Handwerk so weit bringen, daß sie sich ernähren können, belohnt und ausgezeichnet werden, ähnlich wie dies bei Taubstummen bereits geschieht. Hierher gehört auch die Unterstützung der diesem Zweck schon dienenden *Krupp-Heime*. Endlich sollten staatliche Fürsorgestellen für diese Art von Krüppelfürsorge eingerichtet werden, und zwar schon jetzt.

Unabhängig von Klasens Vorschlägen hat man bereits, wie die „Soziale Praxis“ schreibt, in Oesterreich diese Ideen verwirklicht. In Prag wurde eine Schule für geheilte Kriegsverletzte eingerichtet. Auch die deutsche Heeresverwaltung hat diese Bahn, zunächst zugunsten der erblindeten Krieger, beschritten. Es wird Sorge getragen, daß den Erblindeten, denen es schon während der Lazarettbehandlung an geistiger Anregung mangelt, irgendeine Tätigkeit zugänglich gemacht wird, die sie befriedigt. So sind in einem Dresdener Reservelazarett und in Godesberg am Rhein schon Versuche gemacht worden, blinde Soldaten Lesen und Schreiben zu lehren.

Prinzipielle Grundrissfragen.

Kunstwerken wir aber für den allgemeinen Gebrauch ganz absehen. Die künstlichen Automaten werden mit einer naturgetreuen äußeren und inneren Anatomie geschaffen.

Nicht minder funktionsreich und nicht weniger kompliziert sind die Konstruktionen, die man zum Ersatz der oberen Extremitäten, speziell der Hand geschaffen. Der italienische Chirurg Bagnetti hat mühsame Versuche angestellt, durch eine mit Haut überkleidete Schleife eine Art willkürlichen Motor zu schaffen, ohne jedoch überzeugende Erfolge zu erzielen. Alle Larynxprothesen aber haben den Mangel der Innervation, die sich nicht ersetzen läßt.

Das wichtigste Prinzip der modernen Prothesenkonstruktion besteht darin, nicht Luxus, sondern Arbeitsprothesen zu schaffen und sich vor allem der Schwerkraft zu bedienen. Die künstlichen Gelenke der modernen Prothesen werden durch die Schwerkraft bewegt und durch die Schwerkraft in zweckdienlicher Stellung fixiert. Dazu braucht es nichts weiter, als diese Schwerkraft richtig zu dirigieren. Ist dies nicht möglich, so verzichtet die moderne Konstruktion auf das Gelenk lieber vollständig. Denn im allgemeinen braucht der Mensch nur zwei Gelenke unbedingt, das Hüft- und das Ellbogengelenk.

Notwendig braucht man auch die Gelenke zum Sitzen, da die unteren Gelenke sich hierbei zum Hitzack falten. Ein mit einseitiger Hüftversteifung behafteter Patient kann ebenso gut und ebenso ausdauernd stehen wie ein normaler Mensch. Dies erklärt sich damit, daß beide Hüftgelenke an dem einheitlichen Beckenring angebracht sind und stellvertretend arbeiten. Daraus folgt, daß für alle Fälle von hoher Oberschenkelamputation in der zu beschaffenden Prothese das künstliche Hüftgelenk entbehrlich ist. Aber das gesunde Kniegelenk kann leider für seinen verbleibenden Partner nicht vicarierend eintreten. Bei der Konstruktion einer künstlichen Prothese für einen etwa in der Mitte oder im unteren Drittel des Oberschenkels Amputierten brauchen wir auf die Beweglichkeit der Prothese im Kniegelenk nicht zu verzichten. Es ist wichtig, die Achse des künstlichen Kniegelenks etwas hinter die Schwerlinie zu verlegen. Dann wird das instinktiv vom Patienten etwas nach vorn verlegte Kumpfgewicht im Sinne der Ueberstreckung auf das künstliche Gelenk einwirken. Das Beispiel eines mit der Spitze auf die Unterlage aufgesetzten Taschennessers mag das einfache mechanische Exemplar veranschaulichen. Solange der mit der Hand ausgeübte Druck im Sinne der Streckung auf die bewegliche Klinge wirkt, steht diese fest. Schon bei senkrechter Stellung der Klinge besteht aber labiles Gleichgewicht und Gefahr des Einrutschens desselben. Man wird daher das Kniegelenk bei Prothesen mit Vorteil feststellbar machen.

Am Fuße versagt die Anwendung der Schwerkraft als bewegungsregulierender Faktor sowohl wegen der Vielgelenkigkeit, als auch wegen der Eigentümlichkeiten seiner normalen Funktionen. Der verstorbene Berliner Orthopäde Veely hat den Mut gehabt, die ungeheure Vereinfachung und Verbesserung der Prothesen zuerst zu empfehlen; Hoeftmann in Königsberg und v. Bayer in München haben an der praktischen Durchführung dieser Vereinfachung gearbeitet. Die einfachen Konstruktionen der beiden Gelehrten ermöglichen ein Abrollen des künstlichen Fußes vom Boden, was bei einer mit beweglichem Knöchelgelenk ausgestatteten Prothese ohne komplizierte Spezialkonstruktion unausführbar ist. Ganz ähnliche Prinzipien gelten für die moderne Konstruktion der Prothesen für die obere Extremität. Auf die Luxusprothese wird verzichtet und das Ellbogengelenk wird als stellbares, fixierbares Kugel- oder Charniergelenk konstruiert. An die Stelle der Hand treten Wäffel, Messer, Gabel oder Handwerkzeuge, welche auf einem konischen Vorsprung der Vorderarmhülle angesteckt werden. Mit diesen einfachen Prothesen konnte ein junger Mann, der an beiden Vorderarmen und an beiden Unterschenkeln amputiert war, nicht nur unauffällig gehen, sondern sich als Metallarbeiter sein Brot verdienen.

Unserer modernen Zeit würde es als unmännlich gelten, einen amputierten Krieger eifrig bemüht zu sehen, seinen Verlust sozusagen zu verdecken. Ich habe verstümmelten Soldaten wiederholt zu bedenken gegeben, daß ihr hölzernes Bein auch eine Kriegsdécoration, sicherlich vom Range des Eisernen Kreuzes ist, auf welche sie stolz sein können. In der Tat kann der Anblick der Kriegsamputierten in jedem gesund empfindenden Menschen nur das warme Gefühl des Dankes und das zwingende Bewußtsein der Dankeschuld erwecken, welche wir an sie abzutragen haben.

Während des Vortrages führte Professor Lorenz drei Soldaten mit amputierten rechten Füßen vor, die sich auf ihren Krücken schon ganz geschickt fortbewegten. Dem ersten war der Fuß abgenommen worden, weil er zertrümmert war; dem zweiten, welcher sieben Wochen lang im Wasserbett lag, wurde der Fuß abgenommen, um ihm sein Leben zu retten; der dritte aber, der schon im Wundstarrkrampf lag, wurde operiert, um ihm einen leichten Tod zu geben. Und alle drei sind wieder genesen und werden wieder brauchbare Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden, die sich in ihrem Zivilberuf weiter erhalten können.

Nachdem Oberst v. Matuschka die Anwesenden aufgefordert hatte, sich zahlreich an den Bestrebungen des Komitees zu beteiligen, wurde die Sitzung geschlossen.

Gründung eines Prothesenkomitees.

Am 6. Februar findet, wie berichtet wurde, eine Festakademie zugunsten der Kriegsinvaliden statt, deren Erträgnis der Herstellung von künstlichen Gliedmaßen für die invaliden Krieger bestimmt ist. Gestern hat sich in der Statthalterei das Komitee dieser Akademie, an deren Spitze Baronin Anka Bienerth steht, konstituiert. Dem Vorstand gehören Oberst v. Matuschka-Wendenkron, Graf Stainach und Hofrat Dr. Lorenz an, die engere Arbeitssektion bilden Herr und Frau Kommerzialrat Forster, Frau Dr. Eittinger, Architekt Moghorošh und Baron Seiler, denen sich Damen und Herren der vornehmsten Wiener Kreise, unter ihnen Baronesse Bienerth und Baronin Lempruch, angliedern werden. In der Sitzung des Komitees hielt Hofrat Prof. Lorenz einen Vortrag über die Zweckmäßigkeit der Prothesen und trat mit warmen Worten dafür ein, daß das Kriegsfürsorgeamt diese Aktion in die Hand nehme und zentralisiere.

Organisierte Hilfe für Verwundete.

Zu diesem Thema wird uns ferner berichtet: Die Heilbehandlung solcher Verwundeter, die durch Schädigung ihrer äußeren Gliedmaßen in der Ausübung ihres Berufs fernerhin behindert sind, kann am besten in den zahlreich vorhandenen Heimen der Krüppelfürsorge-Vereine geschehen. In vielen dieser Anstalten besteht augenblicklich schon die Möglichkeit, orthopädische Chirurgie und medicomechanische Behandlung im weitesten Umfang zu betreiben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Krüppelfürsorgevereine, die über das ganze Reich ausgebreitet und in einer einheitlichen Organisation zusammengeschlossen sind, und die vor allem in den größeren Städten wirken, diese neue Aufgabe der Krüppelfürsorge mit vollem Eifer übernehmen werden. Die Arbeitsvermittlung, deren erstes Ziel sein wird, die verstümmelten Krieger soweit als möglich ihrem früheren Berufe wieder zuzuführen, oder, wo dies nicht angängig ist, neue Erwerbsmöglichkeit zu schaffen, wird am besten in enger Fühlung mit den Heimen und Anstalten, in denen auch die Anfertigung geeigneter Hilfsapparate (Prothesen, künstliche Gliedmaßen u. dgl.) geschieht, arbeiten. Denn ohne die sachverständige Beratung unserer Orthopäden über die Wiederherstellungsmöglichkeit der Kriegskrüppel wird ein erfolgreicher Arbeitsnachweis kaum möglich sein.

Diese Gesichtspunkte sind in einer Besprechung zwischen Mitgliedern des Vereins für Krüppelfürsorge, Frankfurt a. M.-Wiesbaden, dem Vertreter des Sanitätsamtes, dem Vertreter des Arbeitsamtes und des Mitteldeutschen Arbeitsnachweises, sowie dem Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, Professor Dr. Dieselski-Berlin, besprochen worden. Der Verein für Krüppelfürsorge hat angeregt, demnächst in Berlin eine Konferenz abzuhalten für die Vertreter der Krüppelfürsorge-Vereine Preußens mit Vertretern des Reichs-Versicherungsamtes und der Berufsgenossenschaften, der Arbeitsämter, sowie in Betracht kommender sozialer Organisationen. Die Tagung wird in aller nächster Zeit stattfinden und, wie man erwarten darf, die Richtlinien festsetzen, nach denen, sei es in Provinzialverbänden oder noch enger gegliederten lokalen Organisationen, eine zweckmäßige und einheitliche Kriegskrüppelfürsorge betrieben werden kann.

Die Nachbehandlung Kriegsverletzter.

Wir haben bereits wiederholt die Notwendigkeit behandelt, für jene *Verwundeten*, die eine Einbuße ihrer *Arbeitsfähigkeit* erleiden könnten, aus sozialen, wirtschaftlichen und seelischen Gründen so früh wie möglich Vorsorge zu treffen, um ihre *Arbeitsfähigkeit*, so weit es angängig ist, wieder herzustellen oder sie in neue Bahnen zu lenken. Diese Frage ist von der allergrößten Bedeutung und es ist nur naturgemäß, daß man ihr besonders in ärztlichen Kreisen die lebhafteste Aufmerksamkeit widmet. Dabei kommen uns die Erfahrungen, die wir in der Nachbehandlung *Unfallverletzter* auf Grund der Rentenversicherung gemacht haben, sehr zustatten, wir können aber auch damit rechnen, daß die Zahl der hier in Betracht kommenden *Kriegsverletzten* wegen der jetzt üblichen konservierenden Behandlungsweise weit über das Maß früherer Kriege hinausgehen wird. In der „Münchener Mediz. Wochenschrift“ behandelt Dr. Großmann diese Frage, wobei er zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Diese Verhältnisse erfordern gerade in diesem Massenreiche erhöhte Beachtung. Man muß die Frage aufwerfen, ob nicht in ganz genereller Weise möglichst frühzeitig nach der Verletzung eine Ausschcheidung der zu behandelnden *Kriegsverletzten* stattfinden könnte nach dem Gesichtspunkte, ob der Betreffende voraussichtlich wieder militärdienstfähig wird, oder aber nicht. Die letztere Kategorie sollte dann zur Entlastung der militärischen Seite möglichst bald abgegeben und unter die nämlichen Bedingungen versetzt werden wie der *unfallverletzte Arbeiter*. Die möglichst mit allen modernen Errungenschaften arbeitende Nachbehandlung der *Kriegsverletzten* von Seite der Sanitätsorgane des Heeres, mit dem allseitig zu verfolgenden Ziele einer möglichen Herstellung der Funktion, also nicht bloß der anatomischen Heilung, kann uns hier nicht beschäftigen. Für die andere Kategorie aber, die ich da im Auge habe, die voraussichtlich nicht mehr Militärdiensttauglichen, wird sich eine andere Organisation der Nachbehandlung als nötig herausstellen. Vor allem muß der *Zivilarzt*, der etwa hier in Tätigkeit tritt, das Ziel der funktionellen Wiederherstellung vom ersten Tage an ebenso wie beim *unfallverletzten Arbeiter* ins Auge fassen und darnach seine Behandlung einrichten. Die Bewegungstherapie aller Formen wird daher frühzeitig einsetzen. Gegenüber der aus diesem Kriege erwachsenden Riesenaufgabe für die Nachbehandlung müssen sehr große Mittel, und wenn es ein paar Millionen wären, sofort bereitgestellt werden, um alle Weisheiten für die Nachbehandlung herbeischaffen zu können. Eine Reihe von Maßnahmen kämen da in Betracht. Ich denke da nicht nur an die ausgedehnte Heranziehung passender *Vadeorte* zur Beseitigung der Bewegungsstörungen an Extremitäten — denn oft werden sie erst aufgesucht, wenn schon längst schwere Versteifungen sich gebildet haben —, sondern besonders auch an Beschaffung mehr oder minder einfacher Vorrichtungen für passive Bewegungen, an die möglichst breite Benützung bereits bestehender Institute dieser Art, um möglichst frühzeitige Beeinflussung der Funktionen zu erzielen. Der Gewinn an *Arbeitsfähigkeit* wird die Kosten reichlich beden. Gewiß läßt sich aber auch in sehr vielen Fällen durch einfache manuelle Bewegungstherapie, z. B. bei drohenden Versteifungen kleiner Gelenke, viel erreichen.

Wie wir schon mitteilen konnten, wird eine Organisation hierfür von ärztlicher Seite erstrebt, die man sich nicht umfassend genug denken kann. Voraussichtlich werden auch weit bedeutendere Mittel gebraucht werden, als Dr. Großmann annimmt. Auch das Reich muß dabei kräftig mithelfen.

(Zur Verhütung der Kriegsinvalidität.) Das unter dem höchsten Protektorat Ihrer k. u. k. Hoheit der Frau Erzherzogin Zita und dem Ehrenpräsidium der Frau Baronin Anna Wienerth stehende Prothesenkomitee zur Veranstaltung einer am 6. Februar 1915 in großer Musikvereins-Saale stattfindenden Akademie, deren Erträgnis zur Beschaffung künstlicher Gliedmaßen für unsere invalid gewordenen Soldaten bestimmt ist, amtiert im Hotel Wands, I. Bez., Petersplatz 9 (Telephon 18054), an Wochentagen von 11 bis 1 Uhr und von 4 bis 6 Uhr. Dasselbst erfolgt der Kartenverkauf und die Entgegennahme von Beitrittsanmeldungen und Spenden.

17. XII. 1914.

Fürsorge für erblindete Soldaten.

Im k. k. Blindenerziehungsinstitut befindet sich gegenwärtig eine neue Stätte humanitärer Wirksamkeit.

Die Anstalt hat es für ihre Pflicht gehalten, sofort mit Kriegsausbruch einen Teil ihrer Räumlichkeiten als Spital für diejenigen Unglücklichen einzurichten, die durch Verwundung ihres Augenlichtes beraubt würden; und hierin folgt das Institut einer Tradition aus den Freiheitskriegen, als, vor nunmehr hundert Jahren, die deutschen Blindenanstalten sich der Kriegsblinden annahmen. Es braucht nicht erst ausgesührt zu werden, welch schweren Schicksalschlag die Erblindung für junge Soldaten bedeutet und welcher tiefen Depression die Gemüter dieser Braven zu verfallen drohen. Gerade in dieser Hinsicht vermochte das Blindeninstitut zu beruhigen, zu trösten und zu helfen, vermochte es den gesunkenen Lebensmut zu heben und die Erkenntnis zu wecken, daß der Erblindete durchaus nicht vergessen wird und nicht dem Schicksal bürgerlicher Unbrauchbarkeit verfällt. Von wohlthätigstem Einflusse erwies es sich, den einzelnen Blinden solche blinde Zöglinge der Anstalt zu attachieren, die selbst der bekannten Institution der „Pfadfinder“ angehören. Diese jungen, hilfsbereiten Burschen stehen bereits in kameradschaftlichem Verhältnis mit ihren Gästen, zeigen ihnen die ersten Handgriffe bei verschiedenen Arbeiten, als Korbflechten oder Bürstenbinden, beim Lesen und Schreiben oder am Klavier. Es ist begreiflich, daß die Ablenkung zu derartigen Beschäftigung oder zur Musik eine heilende Wirkung auf das Gemüt übt, und der Eifer, mit dem die blinden Soldaten etwas zu lernen suchen, was ihnen später allenfalls auch zugute kommt, das allmählich sich einstellende seelische Gleichgewicht, spricht selbst am deutlichsten für den Erfolg, mit dem sie behandelt werden.

Ein Kriegsfreiwilliger, ein junger czechischer Bauernsohn, war der erste Blinde, den die Anstalt aufnahm; ihm konnte gleich in den ersten Tagen seines Aufenthaltes damit eine kleine Freude bereitet werden, daß man ihm eine Ziehharmonika, die er sich wünschte und für die sofort im Hause gesammelt wurde, zum Geschenke machte; er hätte seither bereits nach Hause zurückkehren können, zog es aber vor, noch in der Anstalt zu bleiben, um ein Handwerk zu lernen. Einige der blinden Soldaten konnte man bereits beim Spiel und Schlittensfahren im Anstaltsgarten beobachten. Ein Einjährig-Freiwilliger aus der Ukraina schmiedet bereits Pläne für seine Zukunft und hat soeben zwei Gedichte über sein Schicksal veröffentlicht.

Das Permanenzkomitee für Kriegskrankenfürsorge hat bereits am 9. September die Spitäler Wiens und Niederösterreichs aufmerksam gemacht, erblindete Militärpersonen dem k. k. Blindenerziehungsinstitut zuzuführen, und die bisherigen Erfolge lassen erwarten, daß hier moderne Erziehungskunst imstande sein wird, ein gutes Stück Elend, das der Krieg heraufbeschwört, soweit es in Menschenkräften steht, zu lindern.

17. XII 1914.

Erwerbsfürsorge für verstümmelte Krieger

Unter dem Vorsitz Prof. v. Jagemanns hat gestern das Rote Kreuz in Heidelberg eine vorbereitende Sitzung abgehalten, die sich mit der Erwerbsfürsorge für verstümmelte Krieger befaßte. Nach einer einleitenden Rede des Vorsitzenden machten die ersten Kapazitäten der Heidelberger Universität, darunter Czerny, Erb, Wulpius, ihre Vorschläge, wie am besten zum Wohle der Verwundeten gearbeitet werden könne. Oberbürgermeister Prof. Dr. Walz sprach als Vertreter der Stadt Heidelberg, der seine langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Krüppelfürsorge freudig in den Dienst der verstümmelten Krieger stellen werde. Bei der Diskussion beteiligten sich ferner die maßgebenden Persönlichkeiten der Militär- und Lazarettverwaltung, hervorragende Vertreter der Industrie und des Handels, der Krüppelfürsorge, der Volkswirtschaft und der Handelskammern Mannheim und Heidelberg.

Als Resultat dieser vorbereitenden Besprechungen kann mitgeteilt werden, daß Heidelberg mit größtem Interesse und freudiger Begeisterung an die neue Aufgabe im Dienste des Vaterlandes herantritt. Während noch draußen der Kampf tobt, wird im ruhigen Frieden unserer Städte bereits daran gearbeitet, den geheilten Schwerverwundeten, die durch ihre Verwundung dauernd kampfuntauglich wurden, mit fester Hand einer geregelten Tätigkeit wieder zuzuführen. Womöglich soll dem einzelnen die gewohnte Arbeitsstätte wieder geöffnet werden, so daß er in der Heimat dem alten Berufe, wenn auch nur in beschränktem Maße, sich widmen kann. Hier gilt es an das zweifellos vorhandene Entgegenkommen der Arbeitgeber zu appellieren. Es wurde angeknüpft an die zur Zeit in Berlin im Reichstag eröffnete Ausstellung für Verwundetenfürsorge, die in vortrefflicher Weise dartut, was ein verkrüppelter Mensch bei richtiger Schulung zu leisten vermag. Anerkannt und besprochen wurden auch die wertvollen Anregungen, die bereits in der „Frankfurter Zeitung“ und im „Tag“ in dieser Angelegenheit gegeben wurden. Besondere Betonung wurde von allen Seiten darauf gelegt, daß der behandelnde Arzt die erste und maßgebliche Instanz darstelle. Er allein kann beurteilen, ob und wann die Zeit gekommen ist, die den Verstümmelten zur Vorbereitung einer Tätigkeit geeignet macht. Mit Genugtuung wurde konstatiert, daß durch rechtzeitige Behandlung und Inanspruchnahme der verletzten Gliedmaßen — hauptsächlich auch bei Verletzungen der Extremitäten — dauernde Schäden vermieden werden können. Auf die seelische Heilwirkung, die mit der Aussicht auf Wiederkehr der Erwerbsmöglichkeit dem Verwundeten geschenkt wird, ist in der Presse schon mehrfach hingewiesen worden. Gestreift wurde auch die Gefahr der Rentenpsychose und die Mittel zur vorsorglichen Verhütung dieser unerfreulichen Nebenerscheinung, die in der Fürsorgetätigkeit nicht unbekannt ist.

Hilfsaktion für Kriegsinvaliden. Das Zentral-Komitee vom Roten Kreuz hat eine neue besondere Abteilung für eine umfassende Hilfsaktion für unsere Kriegsinvaliden gebildet. Ihre Aufgabe wird unter anderem sein, darauf hinzuwirken, daß die den Kriegsinvaliden noch verbliebene Arbeitsfähigkeit möglichst ausgiebige Verwertung findet, nicht bloß im Interesse der Kriegsinvaliden selbst, die dadurch von wirtschaftlicher Notlage und Verbitterung geschützt werden, sondern auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Nach den schweren Opfern an Menschenleben in diesem Kriege muß auf möglichste Erhaltung der verbliebenen Kräfte sorgfältig Bedacht genommen werden. Es ist eine zunächst für Preußen bestimmte Organisation geplant, die bald auch im übrigen Reiche in Kraft treten kann. In ihr sollen die Einrichtungen des Roten Kreuzes und, wenn möglich, auch anderer, auf diesem Gebiete schon tätiger Vereinigungen mit großen wirtschaftlichen Verbänden, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, beispielsweise den Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften, vor allem auch mit den Arbeitsnachweisen zu einem einheitlichen Hilfskörper zusammengefaßt werden. An die Spitze der neuen Abteilung des Zentralkomitees ist dessen Mitglied, der Präsident des Reichsversicherungsamts, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat D. Dr. Kaufmann, berufen worden.

Kriegs-Krüppelfürsorge.

Der Preussische Landesverband für Krüppelfürsorge hat unter starker Beteiligung eine außerordentliche Sitzung in Berlin abgehalten. Ihr Gegenstand war die Kriegs-Krüppelfürsorge.

Ueber die ärztliche Hilfe berichteten die hervorragendsten Fachmänner, besonders über die in dem gegenwärtigen Kriege gesammelten lehrreichen Erfahrungen. Es war erfreulich zu hören, daß es die heutige hohe Entwicklung der Chirurgie und Orthopädie ermöglicht, die Sterblichkeit der den Lazaretten überwiesenen Knochenverletzten Soldaten im Vergleich zu dem Jahre 1870 auf ein Minimum zu verringern, ebenso wie die Zahl der Amputationen wesentlich zurückgegangen ist. Immerhin ist aber infolge der besseren Heil-Erfolge damit zu rechnen, daß der Prozentsatz der Kriegsverstümmelungen ein höherer als in dem früheren Kriege sein wird. Die Forderungen gingen dahin, man solle eine größere Anzahl orthopädisch-chirurgischer Spezial-Lazarette schaffen und durch Anstellung konsultierender Orthopäden in den Lazaretten für jeden Bezirk Vorsorge treffen, daß die geeigneten Fälle diesen Lazaretten überwiesen werden. Ein besonderer Wert soll auf die medicomechanische Nachbehandlung und Schaffung von Ersatz-Gliedmassen gelegt werden, um den Verletzten in weitgehendstem Maße eine Erwerbsmöglichkeit zu schaffen. Die Frage fand, dank den Erklärungen des anwesenden Vertreters des Kriegsministeriums, Generalarzt Dr. Paalow, eine allseits befriedigende Lösung. Die Ausführungen des letzteren gefielen darin, daß die Militärbehörde die gegebenen Anregungen gerne annehme, indem sie es als höchste Pflicht ansehe, den Kriegs-

verstümmelten nicht nur zur Heilung der Wunden, sondern auch zur Erlangung der Erwerbsfähigkeit jede nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen. Es sei übrigens hierbei bemerkt, daß festgestellt wurde, daß in Frankfurt a. M. durch Schaffung des orthopädischen Lazaretts Friedrichsheim mit seinen Einrichtungen für Nachbehandlung usw. sowie durch Anstellung eines konsultierenden Orthopäden für den Bezirk die den Wünschen entsprechenden Einrichtungen bereits beschafft sind.

Zur Frage der sozialen Fürsorge, Erlangung einer Berufs- und Arbeitsvermittlung wurde eine große Anzahl wertvoller Anregungen gegeben. Man war sich darüber einig, daß die umfassendsten Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Kriegsverstümmelten einen ihnen möglichen Erwerb zu schaffen und daß es eine Ehrenpflicht des gesamten Volkes sei, bei der Ausführung dieser Idee mit behilflich zu sein. Die Vorarbeiten sind jedoch noch nicht so weit gediehen, um die beabsichtigte Organisation ins Leben zu rufen. Einer im Januar stattfindenden Versammlung des Deutschen Verbandes für Krüppelfürsorge soll die endgültige Erledigung dieser Frage vorbehalten bleiben.

Ersatzglieder für Kriegskrüppel. Die Technik in der Herstellung von Ersatzgliedern für Kriegskrüppel ist sehr weit vorgeschritten, und es ist leicht möglich, jedem, der im Kriege Arm oder Bein verloren hat, einen falschen Körperteil zu geben, wenn genug Geld dazu da ist. Um nun möglichst viele Kriegskrüppel mit falschen Gliedern zu versehen, hat sich eine Vereinigung gebildet und eine Prothesen- (Ersatzglieder-) Versuchs- und Lehrwerkstätte eingerichtet. Sie ist im Fortbildungsschulgebäude in der Mollardgasse untergebracht. Sie wird unter der Leitung von Chirurgen, von Technikern und von Vertretern der einschlägigen Gewerbevereinigungen stehen. Später fortschreitender Zunahme wird eine zweite Werkstätte zur Verfügung stehen. Die Geldmittel sollen durch Spenden und durch eine Reihenfolge technischer Vorlesungen in der „Urania“ sowie durch andere Veranstaltungen gewonnen werden. Es werden natürlich sehr beträchtliche Summen notwendig sein, um die spätere Erneuerung der Ersatzteile sicherzustellen. Die Arbeitsvermittlung für die Kriegskrüppel soll einen besonderen Zweig der Fürsorge bilden, ebenso der Unterricht zur Erlangung von Erwerbsfähigkeit dort, wo die Verkrüppelung einen Berufswechsel nötig macht. Für die sozialpolitische Aufgabe wird ein besonderer Zweig der Organisation geschaffen werden.

Die Hilfe für die im Kriege Erblindeten.

Der Erste österreichische Blindenverein mit derzeit 262 blinden Mitgliedern fühlte sich in erster Linie berufen, den erblindeten Soldaten zu helfen, weil er bereits eine jahrzehntelange Erfahrung auf dem Gebiet der Blindenfürsorge für erwachsene Personen hat. Er hat das Problem gelöst, für die Blinden freie Fürsorge an Stelle der heute noch ausschließlich geltenden, veralteten geschlossenen Fürsorge in Anstalten zu schaffen. Der Verein besitzt nämlich zwei Werkstätten, die eine für blinde Bürstbinder, die andere für blinde Korbflechter, in denen 17 blinde Handwerker dauernd Beschäftigung finden. Diese Arbeiter leben zerstreut in Wien bei ihren Familien und suchen nur für die Arbeitszeit die Werkstätten des Vereins auf. Die persönliche Freiheit des Blinden ist dadurch gewährleistet. Der Verein will nun auf Grund seiner Erfahrungen die erblindeten Soldaten für diese Handwerke ausbilden. Hierzu ist eine Erweiterung der Werkstätten und die vorübergehende Errichtung eines Heimes in ihrer Nähe notwendig. Die erblindeten Soldaten könnten dann nach Erlernung des Handwerkes in ihre Heimat zurückkehren und das Handwerk im Kreise ihrer Familie bei fort-dauernder Unterstützung des Vereins (Abnahme der Erzeugnisse) ausüben. Das Erträgnis des Handwerkes kann auf einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 16 Kronen geschätzt werden. Hierzu kommt noch eine Invalidenpension des Staates und die Unterstützung des Vereins durch einen zu schaffenden Fonds, so daß ein erblindeter Soldat, ohne auf ein Almosen angewiesen zu sein, leben kann. Aber auch in geistiger Beziehung ist der Verein in der Lage, den blinden Soldaten viel zu bieten. Sie würden sofort in der Blindenschrift ausgebildet werden, wodurch ihnen reichhaltige Blindenbibliotheken zugänglich gemacht und die schriftliche Verständigung mit anderen Blinden ermöglicht würde. Außer diesen Handwerken könnten die blinden Soldaten nach Maßgabe ihrer persönlichen Eignung als Klavierstimmer oder als Maschinenschreiber ausgebildet werden. Diese vom Verein angestrebte Art der Hilfeleistung hat auch schon die prinzipielle Zustimmung des Ministeriums des Innern gefunden. Zur Verwirklichung der dargestellten Fürsorgeaktion des Vereins bedarf es eines speziellen Fonds. Da derzeit von verschiedenen Seiten für den gleichen Zweck gesammelt wird, liegt die Gefahr der Zersplitterung der Hilfe nahe. Es wäre daher wünschenswert, wenn das Ergebnis aller dieser Sammlungen dem Ersten österreichischen Blindenverein ganz oder zum größten Teil zur Verfügung gestellt würde. Der Verein hat beschlossen, zu Weihnachten alle in den Spitälern liegenden erblindeten Soldaten durch Liebesgaben zu erfreuen.

(Für die Kriegsinvaliden.) Vom Kriegsministerium werden in Wien und in Budapest Spitäler für orthopädische Fortbehandlung der Kriegsinvaliden errichtet. In Wien wird zu diesem Zwecke das Reservespital Nr. 11 im 5. Bezirk, Gassergasse 44, eingerichtet und hiebei den modernsten Anforderungen auf medico-orthopädischem Gebiet Rechnung getragen werden. Als Chefarzt wird Professor Dr. Hans Spizy fungieren, der als einer der hervorragendsten Fachmänner dieses Spezialgebietes anerkannt ist. Unter seiner Leitung ist die Errichtung einer Schule in Aussicht genommen, deren Ziel die in hohem Grade realisierbare Vertretung eines mangelnden oder geschädigten Körpergliedes durch das andere gesunde Glied bildet. Bezüglich des hier Erreichbaren wird nur an das weltberühmte Beispiel des einarmigen Grafen Geza Zichy erinnert, der Weidmann, Weltreisender und ein berühmter Klavirvirtuose geblieben ist. Desgleichen sind Verfügungen getroffen, um die erste Anschaffung von Ersatzgliedmaßen (Prothesen) auch feinerer Ausführung in weitestgehendem Maße durchzuführen. Das beim Kriegsfürsorgeamt gebildete Komitee hat sich zur Aufgabe gestellt, für die weitere Erhaltung und Anschaffung von künstlichen Ersatzgliedmaßen sowie für besondere Heilkuren Sorge zu tragen und endlich die Errichtung eines Invalidenhauses durchzuführen. Bei diesem Anlasse muß schon heute darauf hingewiesen werden, daß es im Interesse des Gedeihens dieser so überaus bedeutungsvollen Institution gelegen ist, daß sich alle jene, welche in diesem Sinne helfend eingreifen wollen, mit dem offiziellen Komitee ins Evidente setzen, damit insbesondere durch entsprechende Zentralisierung dieses wichtigen Zweiges der Kriegsfürsorge die erheblichen Kosten auf ein Mindestmaß reduziert werden können, und nicht durch Errichtung von Privatinstitutionen, wie solche bereits im Entstehen begriffen sind, eine Zersplitterung der auf dasselbe Ziel gerichteten Bestrebungen eintrete.

29. / XII. 1914

* (Für waffenunfähige polnische Legionäre.) Wir erhalten folgende Mitteilung: „Unter den vielen vom Kriege Betroffenen befinden sich auch die polnischen Legionäre, welche verwundet oder krank vom Kriegsschauplatz zurückkommen, in ganz besonders schwieriger Lage, weil ihre Heimat vom Feinde momentan besetzt ist, oder weil viele als russische Untertanen überhaupt außer Kriegsrecht stehen. Diese jungen Leute sind vollständig verwaist, ohne zu wissen, wo ihre Angehörigen weilen und was sie in der nächsten Zeit beginnen sollen. Bis es ihnen gelingt, durch die Hilfe des Fürsorge- oder des Polnischen Nationalkomitees (N. K. N.) in irgend einem Teile der Monarchie unterzukommen, irren sie oft ganze Wochen obdachlos umher, preisgegeben der Not und dem bitteren Elend. Nun hat der bekannte Künstler Stanislaus Lewandowski die Anregung gegeben, für diese ehemaligen Legionäre, die für den Waffendienst unfähig befunden worden sind, ein Asyl unter dem Schutze des Polnischen Nationalkomitees zu schaffen, wo sie sich über die kritische Zeit aufhalten können, bis für ihre Verwendung gesorgt ist. Die Anregung wurde vom Polnischen Nationalkomitee genehmigt und unterstützt. In der Klagbaumgasse 3 im 4. Bezirk, wurde ein Lokal gemietet, in dem jeweils 25 bis 30 Legionäre Platz finden. Da aber das Lokal erst hergerichtet werden muß und das kleine Komitee auch mit der materiellen Unterstützung des Nationalkomitees nicht genug Mittel dazu besitzt, ergeht an alle Patrioten die innigste Bitte, durch Beistellung einiger Feldbetten, Strohsäcke, Decken, Pölkster, Wäsche, Sessel und Tische das Lokal ausstatten zu helfen. Zusendungen sind erbeten an die Adresse des Vereines 4. Bezirk, Klagbaumgasse Nr. 3.

(Schaffung einer Zentralstelle der Fürsorge für die Kriegsinvaliden.) Wir erhalten folgenden Aufruf: Helfet den Kriegsinvaliden! Das unter dem Protektorate Ihrer k. u. k. Hoheiten der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Zita und des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Eugen stehende Kriegsfürsorgeamt des k. u. k. Kriegsministeriums richtet im Vereine mit dem von ihm berufenen, mitgefertigten Komitee an alle warmfühlenden Menschen den dringenden Appell, mitzuhelfen, damit für die armen Kriegsinvaliden (Offiziere, Militärbeamte und Mannschaften) ein bleibender Hilfsfonds gebildet werden könne. Die Hilfsaktion, welcher dieser Fonds zu dienen hätte, insoweit hiefür nicht schon die k. u. k. Kriegsverwaltung Vorsorge zu treffen in der Lage ist, sollte sich im wesentlichen erstrecken: 1. Auf die Anschaffung, Instandhaltung und Erneuerung von dem Lebensberufe der Invaliden angemessenen Ersatzgliedmaßen und sonstigen Ersatzstücken (Prothesen); 2. auf den Unterricht im Gebrauche der Prothesen oder in der ausbildungsweisen Heranziehung der unverlezt gebliebenen Gliedmaßen und Organe zur Erlangung einer möglichst hohen Erwerbsfähigkeit; 3. auf die physikalische Nachbehandlung, ambulatorisch oder in eigenen Anstalten (Invalidenheimen u. dgl.); 4. auf die Gewährung von Unterstützungen für besondere Kuren, Gebrauch von Heilbädern usw.; 5. Auf die Blindenfürsorge; 6. auf die Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsmöglichkeit (Stellenvermittlung usw.). Zur Bildung dieses Fonds werden erbeten: Spenden von Geld und Wertpapieren oder auch Gegenstände der Kunst und des Kunstgewerbes (Bilder, Plastiken in Metall, Holz und Elfenbein, Teppiche, Gewebe, Spitzen, Möbel, Schmuck, Porzellan, Glas, Kristall usw.), welche jetzt oder zu einem späteren günstigen Zeitpunkte durch öffentliche Versteigerungen, durch Lotterien oder durch freihändigen Verkauf verwertet werden sollen. Die Kunstobjekte oder Gegenstände des Kunstgewerbes werden im Komiteelokal, 3. Bezirk, Löwengasse 47 (Telephon 10997) dankbarst entgegengenommen, oder auch über telephonische oder anderweitige Verständigung abgeholt. Die Namen der hochherzigen Spender werden in periodischen Ausweisen veröffentlicht, ebenso wird über die Verwendung der gewidmeten Objekte und eingegangenen Gelder Ausweis gelegt. Der Vorstand des Kriegsfürsorgeamtes: FML. Löbl.

Vorsorge für Kriegsverletzte.

Ueber die Möglichkeit der Ausbildung von Kriegsinvaliden im Zeichnen schreibt uns ein bekannter Fachmann:

In zwei Aufsätzen haben Sie bereits auf die bedeutungsvollen Aufgaben hingewiesen, die der Allgemeinheit erwachsen, um diejenigen, die unter den im Kriege erhaltenen Verletzungen und Verstümmelungen dauernd zu leiden haben, nach Möglichkeit wieder erwerbsfähig zu machen; nicht nur, damit sie sich und ihre Irgen ernähren können, sondern damit sie auch in Ausübung dieser Tätigkeit eine gewisse innere Befriedigung finden.

In dem Aufsatz „Lazarett-Unterricht für verstümmelte Krieger“ im Abendblatt vom Mittwoch, den 9. Dezember, werden bereits Fächer aufgeführt, in denen Verwundete wärend oder gleich nach ihrer Genesung unterrichtet werden könnten (Schreiben, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, fremde Sprachen), um mit Hilfe der hierin erworbenen Kenntnisse nach ihrer Genesung einen neuen Beruf ergreifen zu können. Ich möchte zu diesen Fächern noch eines hinzufügen, das für die künftige Berufsausübung manches Invaliden von Bedeutung werden könnte: das Zeichnen. Das freie Zeichnen, in Lazaretten gelehrt und geübt, wie es für die übrigen Fächer von ärztlicher Seite vorgeschlagen wird, würde an sich schon beitragen können, bei manchen Verwundeten den Zustand seelischer Depression zu unterbrechen oder aufzuheben, anderen anregende Unterhaltung zu bieten, besondere Begabung entdecken zu lassen und zu entwickeln oder Nutzen für die Zukunft zu bringen. Die Anwendung von Farben könnte geübteren Verwundeten die Freude an den Übungen erhöhen. In dieser Weise betrieben, können Zeichnen und Malen zu Beschäftigungen gezählt werden, die geeignet sind, schwer Leidenden die Ertragung körperlicher und seelischer Schmerzen zu erleichtern.

Ein anderes ist die Unterweisung im Zeichnen für einen späteren Beruf. Ein dahin gehender Unterricht könnte zur Hauptsache erst nach völliger Wiederherstellung beginnen. Durch systematischen Unterricht hierin könnten zahlreiche Verwundete eine neue Berufstätigkeit finden, die mit ihrem erlernten Berufe im Zusammenhang steht, oder geradezu auf ihm beruht. Für eine solche neue Berufsausübung kämen unter Verwundeten in jüngeren Jahren namentlich solche in Frage, die einen der Metall verarbeitenden Berufe ordnungsmäßig erlernt haben: Maschinenschlosser, Bau Schlosser, Elektromechaniker u. a., ferner Schreiner, Bildhauer, Holzschneider, Maurer, Zimmerer, auch Gärtner, Wagenbauer, Tapezierer und andere.

Das technische Zeichnen, dessen Erlernung hierbei namentlich in Betracht kommt, hat praktische Kenntnisse in der Verarbeitung der für den jeweiligen Beruf erforderlichen Materialien zur Voraussetzung. Diese ist sicher bei vielen der Invaliden vorhanden. Sie werden nach der üblichen Berufslehre mehrere Jahre als Geselle oder Gehilfe in ihrem Fache gearbeitet und dabei genügende Kenntnisse in praktischer Hinsicht erworben haben. Hierauf fußend kann die Ausbildung in den verschiedenen Zeichenfächern beginnen, und sie wird in allen Fällen von Erfolg begleitet sein, wenn neben Eifer und Arbeitsfreudigkeit eine gewisse Beanlage fürs Zeichnen und gute Auffassungsfähigkeit neben genügender allgemeiner Schulbildung vorhanden sind.

Fälle, in denen ein Uebergang aus einem der bezeichneten Berufe zu dem eines technischen Zeichners stattfindet, sind auch in normalen Zeiten nicht selten. Der Uebergang vollzieht sich ganz naturgemäß. Er wird unterstützt, beschleunigt oder verlangsamt, je nach dem Bedarf und der Nachfrage nach geeigneten Kräften. Der Eintritt in die Tätigkeit des beruflichen Zeichners findet zuweilen aber auch seine Veranlassung in rein äußerlichen Verhältnissen, die denen ähnlich sind, welche gegenwärtig bei den invalid gewordenen Volksgenossen vorliegen. U. a. ist mir aus meiner Schulpraxis ein Fall erinnerlich, bei dem ein im Schlosserberuf an der Hand erheblich verletzter junger Mann seinen erlernten Beruf nicht mehr fortführen konnte. Unterricht im Zeichnen und fleißiger Besuch mathematischer Unterrichtskurse setzten ihn in den Stand, eine Stellung auf einem technischen Zeichenbüro zu übernehmen. Durch Intelligenz und rege Arbeit an seiner beruflichen Fortbildung hat er es sogar über die Tätigkeit eines technischen Zeichners hinausgebracht. Ein anderer unbemittelter junger Mann, der als Kind durch Uebersahren den Unterschenkel verlor, hat in ähnlicher Weise sich durch regen Besuch von Unterrichtskursen im bautechnischen Zeichnen und in der Mathematik auf die zeichnerische Beschäftigung in einem bautechnischen Büro vorbereitet und er entspricht heute gleich jenem den an ihn gestellten Anforderungen in durchaus befriedigender Weise. Es war ihm sogar

möglich, trotz künstlichem Ersatz des Fußes in einer benachbarten Stadt die Leitung und Beaufsichtigung eines größeren Neubaus zu übernehmen und auf Leitern und Baugerüsten die Bauausführung persönlich zu überwachen. Ich führe diese beiden Fälle an, weil sie manchem der in Lazaretten Darin niedeliegenden und über die künftige Berufs- und Erwerbstätigkeit Grübelnden sowie deren Angehörigen einen trostreichen Ausblick in die Zukunft zu gewähren vermögen. Da nach dem Inhalt des einen der erwähnten Aufsätze die Belehrung (über die Möglichkeit des Eintritts in einen andern Beruf) möglichst frühzeitig einsetzen soll, so wäre es nicht unangebracht, auch auf die hier vorgebrachten Berufsveränderungen schon in Lazaretten geeignetenfalls hinzuweisen. Für untergeordnete Tätigkeiten auf Zeichenbüros ist der Regel nach auch mit geringeren Kenntnissen auszukommen, als sie in den beiden angegebenen Fällen angestrebt und erreicht wurden.

Die Möglichkeit, in geeigneten Fällen die Ausbildung für den neuen Beruf zu erhalten, ist infolge der zahlreichen gewerblichen und technischen Lehranstalten gegeben. An Geldbeihilfen dürfte es nicht fehlen, denn die Faktoren, denen die Unterstützung der Invaliden obliegt, werden die Mittel kaum zweckmäßiger anwenden können, als indem sie jene wieder erwerbsfähig machen und seelisch aufrichten, die im Kampfe fürs Vaterland die Fähigkeit einbüßten, in dem erlernten Beruf vorwärtszukommen.

Schaffung einer Zentralstelle der Fürsorge für die Kriegsinvaliden.

Helfet den Kriegsinvaliden!

Das unter dem Protektorat Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheiten der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Rita und des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Eugen stehende Kriegsfürsorgeamt des k. u. k. Kriegsministeriums richtet im Vereine mit dem von ihm berufenen, mitgeleiteten Komitee an alle warmfühlenden Menschen den dringenden Appell, mitzuhelfen, damit für die armen Kriegsinvaliden (Offiziere, Militärbeamte und Mannschaften) ein bleibender Hilfsfonds gebildet werden könne. Die Hilfsaktion, welcher dieser Fonds zu dienen hätte, insoweit hiefür nicht schon die k. u. k. Kriegsverwaltung Vorkehrung zu treffen in der Lage ist, sollte sich im wesentlichen erstrecken:

1. Auf die Anschaffung, Instandhaltung und Erneuerung von dem Lebensberufe der Invaliden angemessenen Ersatzgliedmaßen und sonstigen Ersatzstücken (Prothesen);
2. auf den Unterricht im Gebrauche der Prothesen oder in der auszuweisenden Heranziehung der unverlezt gebliebenen Gliedmaßen und Organe zur Erlangung einer möglichst hohen Erwerbsfähigkeit;
3. auf die physikalische Nachbehandlung, ambulatorisch oder in eigenen Anstalten (Invalidenheimen u. dgl.);
4. auf die Gewährung von Unterstützungen für besondere Kuren, Gebrauch von Heilbädern usw.;
5. auf die Blindenfürsorge;
6. auf die Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsmöglichkeit (Stellenvermittlung usw.).

Zur Bildung dieses Fonds werden erbeten: Spenden von Geld und Wertpapieren oder auch Gegenstände der Kunst und des Kunstgewerbes (Bilder, Plakate in Metall, Holz und Elfenbein, Teppiche, Gewebe, Spitzen, Möbel, Schmuck, Porzellan, Glas, Kristall usw.), welche jetzt oder zu einem späteren günstigen Zeitpunkte durch öffentliche Versteigerungen, durch Lotterien oder durch freihändigen Verkauf veräußert werden sollen.

Die Kunstobjekte oder Gegenstände des Kunstgewerbes werden im Komiteelokal, 3. Bezirk, Löwengasse 47 (Telephon Nr. 10997), dankbarst entgegengenommen oder auch über telephonische oder anderweitige Verständigung abgeholt.

Die Namen der hochherzigen Spender werden in periodischen Ausweisen veröffentlicht, ebenso wird über die Verwendung der gewidmeten Objekte und eingegangenen Gelder Ausweis gelegt.

Der Vorstand des Kriegsfürsorgeamtes:
F. M. L. ö b l.

Das Komitee:

Rudolf Graf Bellegarde, Statthalter Baron Dienert, Dr. Gustav Bloch, Ferdinand Graf Chorinsky, Professor Hugo Darnaut, Generalkonservator Professor Dr. Max Dworak, Präsident der „Concordia“ Dr. Siegmund Ehrlich, Hofrat Professor Dr. Baron Eiseleberg, Legationsrat Baron Frankenstein, Chefredakteur Dr. Friedrich Funder, Hofrat Ernst Ganglbauer, Direktor der Gemäldegalerie des Allerhöchsten Kaiserhauses Dr. Gustav Gläd, Guido Baron Haerdtl, O. M. Ritter v. Henriquez, Ernst Baron Herring-Frankensdorf, Hofrat Professor Dr. v. Hohenegg, Regierungsrat Josef Hoffmann, Nikolaus Prinz Hohenlohe, Generaloberstabsarzt Dr. Ritter v. Kerzl, Hofjuwelier Theodor Köchert, Bankdirektor Edler v. Krafny, Gesandter Ritter v. Kuczynski, Horace Ritter v. Landau, Bankpräsident Dr. Julius Landesberger, Hofrat Dr. Eduard Leischung, Regierungsrat Professor Dr. Lorenz, Dr. Hans Ritter v. Mauthner, Karl Mayer, Simon Ritter v. Metaxa, Eugen Ritter v. Miller zu Nischholz, Gesandter Baron Musulin, Oberbaurat Karl Nediich, Gesandter Baron Riedl, Erster Restaurator Hermann Ritschl, Sektionsrat Ritter v. Rohrer, Louis Baron Rothschild, Leopold Satori, Präsident des Niederösterreichischen Gewerbevereines Adolf Schiel, Professor Ferdinand Schmuze, Paul Ritter v. Schoeller, Regierungsrat Dr. Ritter v. Schubert-Solbern, Präsident der Internationalen Pressevereinigung Wilhelm Singer, Karl Baron Skoda, Professor Dr. Hans Spitz, Sigismund Baron Springer, Hofrat Graf Stainach, Josef Graf Wallis, Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, kaiserlicher Rat S. F. Weil, Max Graf Wickenburg, Hans Graf Wilczel.

Eine über Initiative des kaiserlichen Rates S. F. Weil vor mehreren Wochen begonnene und unter dessen Leitung durchgeführte Spezialaktion für Kriegsfürsorgezwecke erreichte bereits die Summe von einer Million Kronen.

[Für die im Kriege erblindeten Soldaten.] Ein Freund unseres Blattes schreibt uns: Die edelsinnige Anregung, welche auf die besondere Pflege und Unterstützung der in dem gegenwärtigen Kriege erblindeten Soldaten gerichtet ist, hat in der Bevölkerung großen Anklang gefunden, wie das von der „Neuen Freien Presse“ täglich veröffentlichte Spendenverzeichnis beweist. Die Blinden verdienen das allgemeine Mitleid im höchsten Maße. Dieses Gefühl des Mitleides hat die Damen geleitet, welche die Anregung gegeben haben und derselben werktätige Unterstützung zuteil werden ließen. Die gleiche Idee, wie diese hochherzigen Frauen, hatte Ludwig der Heilige, der im Jahre 1230 nach seinem Kreuzzuge in Aegypten eine Blindenanstalt in Paris gegründet hat für die in diesem Kreuzzuge erblindeten christlichen Krieger. Die Ungläubigen haben den Kreuzfahrern oft die Augen ausgestochen und auch die Augenepidemie in Aegypten hat schwere Opfer gefordert. Nach Beendigung des Kreuzzuges hat König Ludwig der Heilige das Blindeninstitut Hospital des Quinze-Vingts in seiner Hauptstadt gegründet, das für dreihundert erblindete Krieger des Kreuzzuges bestimmt war: Fünfzehnmal zwanzig. Dieses Hospital hat zur Zeit seiner Gründung vor etwa siebenhundert Jahren segensvoll gewirkt, es hat den erblindeten Kriegern ein Asyl gegeben, ihnen Arbeit verschafft, ihre Ausbildung ermöglicht, die ihnen zum Teile das verlorene Augenlicht ersetzen konnte. Nach dem Ableben des letzten Kriegers ließ Frankreich das Hospital weiter bestehen und es existiert noch heute unter seinem alten historischen Namen als staatliche Blindenanstalt.

Kriegsfürsorge.

* Die Fürsorge für Kriegstrüppel ist in entscheidender Weise durch eine Tagung des preußischen Landesverbandes für Krüppelfürsorge gefördert worden, die unter dem Vorsitz von Professor Biesalski-Berlin im Reichstagsgebäude stattfand. Die gesamte Bewegung nimmt ihren Ausgang von einem Kabinettschreiben der Kaiserin. Für den Minister des Innern war Geheimrat Krohne und vom Kriegsministerium Generalarzt Paalzow anwesend; ferner Präsident Bumm, Oberpräsident v. Hegel, Kabinettsrat von Spihemberg u. a. m. Nach dem Vortrage des Vorsitzenden einigte man sich dahin, zur gründlichen Nuzbarmachung der reichen ärztlichen Hilfsmittel und der sozialen Erfahrungen im Interesse der zu ernstem körperlichen Schaden gekommenen Krieger ein grundständliches Einvernehmen der Organisation der Deutschen Krüppelfürsorge und der Militärverwaltung herbeizuführen. Vor allem soll den Schwerverwundeten eine sachmännische Behandlung nach orthopädischen Grundsätzen zuteil werden, um ihre mögliche Erwerbsfähigkeit bis zur Höchstgrenze zu entwickeln. Hand in Hand mit der ärztlichen Kunst soll die Arbeit der sozialen Helfer gehen, deren Tätigkeit sich nach bestimmten Grundlinien richtet: Neben der Unterbringung der Verletzten in ihrem früheren Beruf und möglichst in ihrer Heimat, soll durch Vorträge, Ausstellungen und eine vom Vorsitzenden zu verfassende Aufklärungsschrift die weiteste Öffentlichkeit, insbesondere Arbeitgeber,

Arbeitnehmer und die Verwundeten selber darüber belehrt werden, daß nach jahrzehntelangen Erfahrungen der Krüppelfürsorge auch der schwer Verstümmelte sehr wohl zu arbeiten vermag.

**Behandlung Verwundeter
in Krüppelanstalten.**

N Berlin, 30. Dezbr. (Priv.-Tel.) Sämtliche deutschen Krüppelanstalten, deren es bereits mehr als hundert gibt, haben sich bereit erklärt, Verwundete aufzunehmen, die einer orthopädischen Nachbehandlung bedürfen oder Stützapparate und künstliche Glieder nötig haben. Ein erheblicher Teil der Anstalten ist bereits mit Verwundeten belegt worden. Diese Verwendung der Anstalten entspringt einer Anregung von Seiten der Kaiserin, die durch ein Kabinettschreiben an die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge den Wunsch geäußert hat, daß die Deutschen Krüppel Heil- und Pflegeanstalten ihre Tätigkeit während des Krieges nicht einschränken, vielmehr nach verschiedenen Richtungen erweitern möchten, indem sie sich einmal der Verwundetenpflege widmen und außerdem solche hilfsbedürftigen Kinder aufnehmen, welche die Mutter am Erwerbe hindern.

Kriegsfürsorge.

Ausruf
zur Begründung eines akademischen Hilfsbundes für verwundete Kriegsteilnehmer.

Kommilitonen! Freudig und stolz sind auch die Vertreter der akademischen Berufe, Deutschlands akademische Jugend und Alte Herren, dem Rufe zu den Waffen, zum Kampfe für des Vaterlandes Größe und Ehre gefolgt. Sie stehen in Reihe und Glied mit ihren Volksgenossen und teilen mit ihnen, was der gewaltige Krieg an Ruhm und Freude, an Leib und Opfern bringt. Sie werden nach dem Kriege mit ihnen gemeinsam an die Lösung der großen Aufgaben der Zukunft gehen.

Eine Sorge aber, die wir Akademiker zum guten Teile auf unsere eigenen Schultern nehmen müssen, ist die Sicherstellung unserer im Kriege verwundeten Berufsgenossen, welche nach den gesetzlichen Bestimmungen nur geringe Entschädigung zu erwarten haben und denen wohl nur in Ausnahmefällen beträchtliche Beihilfen aus öffentlichen Mitteln und Wohlfahrtskassen zufließen werden. Es wird manche Kriegsfreiwillige aus studierten Kreisen geben, die nach ihrem Dienstgrad nur kleine Abfindungen und entsprechende Verstümmelungszulagen erhalten. An den Akademischen Mittelstand werden somit besondere Opfer herantreten, die er in der Hauptsache selbst zu tragen haben wird.

Vieles muß auch da wieder der Selbsthilfe der einzelnen, ihrer Angehörigen und Freunde überlassen bleiben. Aber eines sollte durch den Zusammenschluß der Akademiker erreicht werden: es wird in nicht seltenen Fällen nötig sein, den akademischen Kriegsverwundeten: Ärzten, Richtern, Anwälten, Technikern, Chemikern, Lehrern usw. die Begründung einer neuen wirtschaftlichen Existenz zu erleichtern.

Ist ihnen das Augenlicht genommen, sind die Sprachorgane beschädigt, Hand und Arm verstümmelt, so müssen sie sich nach einem neuen Beruf umsehen. Die hierzu nötigen Mittel liefern weder Invalidenpension, noch die vorhandenen Wohlfahrtsanstalten, und sie müssen aufgebracht werden in einer Zeit, wo die eigene Kraft versagt. Hier soll nun die gemeinsame Selbsthilfe der Akademiker zur rechten Zeit und mit aller Macht einsetzen.

Wir wenden uns darum an die Kommilitonen ohne Unterschied der Berufe und des Glaubens, ohne Ansehen des korporativen Zusammenschlusses und der verschiedenen Verbände, mit uns gemeinsam schon jetzt eine Hilfs- und Unterstützungskasse, „den akademischen Hilfs-Bund“ für verwundete und hilfsbedürftige Akademiker ins Leben zu rufen, die den Verwundeten den Uebergang zu einem neuen Berufe ermöglicht und erleichtert. Dazu werden in einer zweckmäßigen Organisation unsere Kräfte ausreichen, wenn auch Unterstützung von anderer Seite erbeten werden soll. Diese Organisation im Akademischen Hilfs-Bund zu schaffen, wird die Aufgabe eines Ausschusses sein, zu dessen Bildung wir die Kommilitonen hiermit auffordern. Wir werden in den nächsten Tagen Einladungen an die Herren Vertreter der Verbindungen und der nicht korporierten Studentenschaft ergehen lassen und bitten sie schon jetzt, sich der grundsätzlichen Zustimmung ihrer Kommilitonen zu versichern.

Wie das ganze Deutschland jetzt ein einzig Volk von Brüdern ist, so wird auch Deutschlands akademische Jugend und Alte Herrenschaft zur Lösung unserer vaterländischen Aufgabe einig zusammenstehen. Wer von den Akademikern im Felde uns mit Rat und Tat helfen kann, soll uns besonders herzlich willkommen sein. Wir in der Heimat wollen uns die Hand reichen, um zur rechten Zeit der drohenden Not vorzubeugen.

Heil Deutschland! Heil Kaiser und Reich!
Vivat Academia!

Die Deutsche Burschenschaft. J. A.: Dr. Hugo Böttger, M. d. R. Prof. Nelson-Magdeburg, Senatspräsident. Seifarth-Jena, Geh. Hofrat. Prof. Dr. Haupt-Gießen. Prof. Dr. Flex-Eisenach. Sanitätsrat Dr. Wulsten-Berlin, Ritter des Eisernen Kreuzes. Vorsitzende Burschenschaft Arminia-Marburg. Burschenschaft Alemannia-Marburg.

Erwerbsfürsorge für Kriegsbeschädigte.

Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Im badischen Ministerium des Innern in Karlsruhe findet am 4. Januar eine Besprechung über die Schaffung einer Landesorganisation zur Erwerbsfürsorge für Kriegsbeschädigte statt. Vom Heidelberger Roten Kreuz ist zur Gründung einer solchen Organisation, die sich über ganz Deutschland erstrecken und den dauernd invaliden Kriegern gelten soll, eine Anregung gegeben worden. Professor Dr. Biesalski-Berlin wird am gleichen Tage im badischen Landesverein vom Roten Kreuz einen Vortrag über diese Frage halten.

— Berlin. Die Fürsorge für Kriegskrüppel ist in entscheidender Weise durch eine Tagung des preussischen Landesverbandes für Krüppelfürsorge gefördert worden, die vor wenigen Tagen unter dem Vorsitz von Professor Biesalski-Berlin im Reichstagsgebäude stattfand. Nach dem Vortrage des Vorsitzenden einigte man sich dahin, zur gründlichen Ruhbarmachung der reichen ärztlichen Hilfsmittel und der sozialen Erfahrungen im Interesse der zu ernstem körperlichen Schaden gekommenen Krieger ein grundföliches Einvernehmen der Deutschen Krüppelfürsorge und der Militärverwaltung herbeizuföhren. Vor allem soll den Schwerverwundeten eine sachmännische Behandlung nach orthopädischen Grundsätzen zuteil werden, um ihre mögliche Erwerbsfähigkeit bis zur Höchstgrenze zu entwickeln. Hand in Hand mit der ärztlichen Kunst soll die Arbeit der sozialen Helfer gehen, deren Tätigkeit sich nach bestimmten Grundlinien richtet: Neben der Unterbringung der Verletzten in ihrem früheren Beruf und möglichst in ihrer Heimat soll durch Vorträge, Ausstellungen und eine vom Vorsitzenden zu verfassende Aufklärungsschrift die weiteste Öffentlichkeit, insbesondere Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Verwundeten selber darüber belehrt werden, daß nach jahrzehntelangen Erfahrungen der Krüppelfürsorge auch der schwer Verstümmelte sehr wohl zu arbeiten vermag.

4. 11. 1915

[Lazarettunterricht für Verstümmelte.]
 Hofrat Ritter v. Chlumecly, der bekannte, namentlich auf dem Gebiete des Blindenwesens hochverdiente Pflanzthrop, schreibt uns aus Brünn: „Sehr geehrte Redaktion! Herr Otto Banoff, ein vor mehreren Jahren in Amerika in Ausübung seines Berufes durch eine Explosion völlig erblindeter deutscher Ingenieur, macht mir aus seiner Heimat, der lieblichen Schwarzwaldb- und Universitätsstadt Freiburg i. B., woselbst er trotz seiner Blindheit in einem großen Lazarett eifrigst und erfolgreich freiwillige Dienste tut, folgende interessante und sehr beachtenswerte Mitteilung: . . . Wir haben in unserem Lazarett nun einen allgemeinen „Lazarettunterricht für Verstümmelte“ eingeführt, der schon nach den ersten Versuchen sehr viel Anklang fand und sich sehr schön entwickelt. Die Idee dessen ist, diejenigen, die infolge ihrer Verwundung einen anderen Beruf ergreifen müssen, schon im Lazarett, wo sie oft monatelang weilen und sich nach einer Beschäftigung sehnen, für den neuen Beruf vorzubereiten, oder jenen, bei denen es noch möglich ist, Gelegenheit zu bieten, ihre Kenntnisse für ihren alten Beruf zu vertiefen und zu ergänzen. Es arbeiten dabei einige Dozenten unserer Universität mit, Nationalökonomien, die zunächst die Zukunft der Patienten beraten helfen, dann wird durch Lehrer der Handelsschule und durch freiwillige Kräfte, die über eine genügende Vorbildung verfügen, Unterricht im Lesen, Schreiben, Rechnen, in fremden Sprachen, in der Buchführung, der Stenographie und im Maschinenschreiben erteilt. Ein Beispiel: Wir haben einen Motorführer aus Hamburg, dem ein Arm weggeschossen wurde. Seinen alten Beruf kann er nicht mehr ausüben, aber er hatte den Gedanken erfaßt, daß er Buch- und Andertenverkäufer auf einem Seedampfer werden könnte, wenn er nur einige Brocken Englisch verstünde. So hat er denn jetzt Unterricht im Englischen, im Schreiben, Rechnen und in der Buchführung. Dadurch hat er wieder Beschäftigung und lebt förmlich auf dabei, während er früher Langweile empfand und sich Sorgen und Grillen wegen seines verlorenen Armes machte; und solcher Fälle gibt es schon eine ganze Reihe. Die Leute sind fast alle dankbar dafür, daß ihnen Gelegenheit geboten wird, ihre Schulkenntnisse aufzufrischen und wieder mit neuem Mut für ihre fernere Zukunft zu arbeiten. Sie werden dadurch auch auf die Möglichkeiten hingewiesen, die ihnen geblieben sind, und von dem abgelenkt, was ihnen fehlt. Wir sind von den bisher erzielten Resultaten sehr befriedigt und hoffen, daß diese Idee segensreich wirken werde, wenn sie sich allgemein verbreiten und zielbewußt durchgeführt werden wird. Die Sache steckt ja erst in den Anfängen, scheint aber überall in der Luft zu liegen, weil sie von den verschiedensten Seiten angeregt wird. Ich beehre mich, dies der geehrten Redaktion mit dem Antrage bekanntzugeben, die Öffentlichkeit durch eine Notiz in Ihrem geschätzten Blatte auf den Vorgang aufmerksam zu machen und interessierte Kreise zur Nachahmung anzuregen, weil der Grundgedanke ein sehr guter ist und ich meine, daß seine Durchführung unter analogen Verhältnissen auch bei uns in Oesterreich möglich wäre. Die Sache müßte von erfahrenen, pädagogisch geschulten Personen in die Hand genommen werden, sie ließe sich besonders leicht in Rekonvaleszentenheimen durchführen. Hochachtungsvoll ergebent Hugo Ritter v. Chlumecly, i. f. Hofrat a. D.“

Zur Fürsorge für Kriegskrüppel.

Man schreibt uns von ärztlicher Seite:

Der im Abendblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 31. Dezember von Bayer gemachte Vorschlag der Errichtung von medico-mechanischen Zentralen für die orthopädische Nachbehandlung der vor dauernden Schädigungen zu schützenden Kriegsverletzten wird in nächster Zeit voraussichtlich verwirklicht werden. Die Militärbehörden haben sich mit dieser Frage schon befaßt und eine entsprechende Organisation ist in Vorbereitung. Damit ist aber nur ein kleiner Teil der großen Aufgabe gelöst. Ohne auf Einzelheiten an dieser Stelle einzugehen, sei nur betont, daß weitere wichtige Erfordernisse folgende sind:

1. Die Verwendung aller verfügbaren Spezialärzte für Orthopädie in der Heimat. Manche von ihnen haben bisher überhaupt keine oder keine ihren Fähigkeiten entsprechende Verwendung gefunden, manche stehen gar im Felde bei der Truppe, wo sie leicht durch andere Kräfte ersetzt werden können.

2. Nachprüfung der besonders in kleinen Lazaretten untergebrachten Verwundeten in Bezug auf ihre zweckmäßige Behandlung durch orthopädische Fachleute und ihre etwaige Verlegung (s. Nr. 3).

3. Konzentrierung aller nicht ambulanz zu behandelnden Fälle in größeren, bezirksweise zu errichtenden Spezial-Lazaretten, die auf die spezielle orthopädische Technik eingerichtet sind. Daneben Behandlung der ambulanten Fälle in einer mit allen Hilfsmitteln ausgerüsteten medico-mechanischen Anstalt unter Leitung eines Orthopäden und Verwendung orthopädisch geschulter Sanitäts-Unterpersonals.

4. Die Orthopädie, deren Bedeutung der Krieg aufs neue in hellstes Licht gesetzt hat, muß tunlichst sofort Prüfungsfach werden, damit die jungen Ärzte, genügend vorgebildet, in die Praxis gehen. Die Nachwirkungen des Krieges werden sich gerade in orthopädischer Beziehung noch auf lange Jahre hinaus fühlbar machen.

5. Die Errichtung von orthopädischen Lehrstühlen an den Universitäten ist auf das schnellste zu fördern. Im Deutschen Reich bestehen bisher nur zwei!

Die beiden letzten Forderungen bedeuten zwar für die Kriegskrüppel eine nicht direkt in Betracht kommende Frage. Sie legen aber den Grundstein dafür, daß wir auch in dieser Beziehung für die Zukunft besser gerüstet sind. Zudem erfüllen sie Ansprüche, die mit Recht auch schon in Friedenszeiten erhoben wurden. Eine orthopädische Vorbildung der Ärzte ist schon mit Rücksicht auf die wirtschaftlich und sozial so bedeutungsvollen Fragen der Unfallgesetzgebung und der allgemeinen Krüppelfürsorge unerläßlich.

Werden diese Forderungen mit möglichster Beschleunigung erfüllt, so ist der Gewinn in materieller, militärischer und sozialer Hinsicht ein enormer. Dann wird der Krieg auf diesem Gebiet ein Lehrmeister gewesen sein, wirksamer als alle früheren Vorkämpfer der oft erhobenen Forderungen.

Ein kurzes Wort für eine wichtige Sache.

Von Gräfin Johanna Gartenau.

Um Staat und Gesellschaft vor dem Dauer-Schaden zu schützen, der entstehen müßte, wenn eine große Anzahl von jungen Menschen in der Vollkraft des Lebens von einem dauernden Erwerbsausfall betroffen würde, ist es dringend geboten, der Nachbehandlung der Kriegsberwundeten die höchste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

In den bestehenden Sanitätsanstalten, Spitälern u. dgl. reicht die Anzahl der vorhandenen Kräfte wohl zur Behandlung der durch den Krieg geschlagenen Wunden; für die oft Wochen und Monate in Anspruch nehmende Nachbehandlung fehlt es aber meist an Raum und Zeit. Die ob-erwähnten Anstalten müssen immer zu Neu-aufnahmen bereit sein. Bei der Säugung der dringendsten Arbeit müssen die Fälle der außer Ge-fahr befindlichen Patienten vor den frisch mit Ver-stümmelungen Ankommenden zurückstehen. Und doch mangelt es oft gerade den „Ausgeheilten“ an der Gebrauchsfähigkeit ihrer Gliedmaßen. Sehr häufig bleiben Steifheit in den Gelenken, störende Narben im Muskel- und Nervenapparat, Knochen-verbildungen und Lähmungen zurück, die den Arbeitswert wesentlich herabsetzen, ja den Menschen oft jeder Erwerbsmöglichkeit berauben. Um diesen Schädigungen wirksam entgegenzutreten, werden, wie das „Neue Wiener Tagblatt“ schon berichtet hat, entsprechend den von Professor Lorenz gemachten Vorschlägen, von den Militärbehörden besondere An-stalten zur orthopädischen Fortbehandlung in Wien und Budapest errichtet werden. In Wien wird zu diesem Zweck das k. u. k. Reservespital Nr. 11 im 5. Bezirk, Vassergasse Nr. 44, unter dem Kommando

*) Milch.

**) Butter.

***) Nichts da, alles fortgenommen.

des Oberstabsarztes Dr. J. Pulizer eingerichtet, und als Chefarzt wird Professor Dr. Hans Spizy fungieren.

Die Anstalt besteht aus zwei Zellen, die in mehreren Gebäuden untergebracht sind. Der eine soll der orthopädischen Nachbehandlung Kriegsberwundeter dienen. In großen Sälen sind da alle Apparate zur medico-mechanischen Be-handlung untergebracht (Zanderapparate). Heißluft-apparate, Badeprozeduren und Einpackungen jeder Art stehen zur Verfügung. Der Massage und der elektrischen Heilwirkung, der Röntgen-diagnostik und Lichtbehandlung wird das nötige große Augenmerk zugewendet werden. Daß auf die operativen Be-strebungen zur Beweglichmachung steifer Gelenke, Plastik, Ersatzoperationen von Sehnen und Nerven ein Hauptgewicht gelegt wird, braucht kaum erwähnt zu werden; sie bilden ein Hauptfeld der Betätigung des Chefarztes. Nicht mehr wie früher soll alles nur mit Apparaten und Bandagen durchgeführt werden. Es wird womöglich lebendes, funktionsfähiges Gewebe an Stelle des vernichteten gesetzt und jedes Hilfsmittel, welches die moderne Technik schafft, herangezogen werden, um die größt-mögliche Leistungsfähigkeit wieder zu erlangen. Wo dies aber nicht möglich ist, soll durch Anfertigung von passenden Ersatzteilen (Hilfsapparaten und Prothesen) soweit Hilfe gebracht werden, als mensch-liche Kraft es vermag.

Man erinnere sich doch nur, was Professor Lorenz hierüber im „Neuen Wiener Tagblatt“ aus-geführt: durch Herstellung und Anlegung von künst-lichen Gliedmaßen wird den Patienten die Möglich-keit, sich fortzubewegen, wiedergegeben, und ebenso kann dem Arm und der Hand ein gewisser hoher Grad der Gebrauchsfähigkeit wieder geschenkt werden, doch muß man darauf sehen, daß dieses Geschenk nicht ein Danaergeschenk wird. Nicht ein kompliziertes Kunstlein, nicht eine täuschend nachgeahmte künst-liche Hand wird das funktionell Beste sein, sondern der Facharzt muß sorgfältig erwägen, welche Art von Prothesen anatomisch und sozial am zweck-blichsten ist. Eine andre bekommt der Land-arbeiter, eine andre der Handwerker; wieder eine andre ein Mann, der sein Leben in Amt und Kanzlei zu verbringen hat.

Mit der Anfertigung und Anpassung der Prothesen ist aber die Hilfstätigkeit einer derartigen Anstalt noch nicht erschöpft. Die Beschenkten müssen auch ihre Apparate zu gebrauchen lernen; sie müssen lernen, mit ihnen zu leben, zu arbeiten, um entweder ihr früheres Handwerk oder ein andres, das ihrem jetzigen Körperzustand mehr angemessen ist, zu betreiben.

Zu diesem Zwecke sind der Anstalt Invaliden-schulen angegliedert, ja sie werden eigentlich den sozialen Kernpunkt der Anstalt bilden.

In einer Reihe von gewerblichen Schulen ver-schiedenster Art sollen Leute mit Extremitäten-berletzungen, besonders mit Arm- oder Hand-berwundungen, wieder im Gebrauch ihres Hand-werkzeuges unterwiesen werden. In passender Weise werden ihre Prothesen mit landwirtschaftlichen und persönlichen Gebrauchsgegenständen, mit In-strumenten und Handwerkszeug in Verbindung gebracht oder ihr Handwerkszeug in einer Weise ab-geändert, daß es der anatomisch veränderten Hand und der unvollkommenen Funktion des Armes wieder angepaßt ist.

Die Schulen sind durchweg als eine Art Schulwerkstätten gedacht, die lediglich zu Heilzwecken eingerichtet werden. Es sollen dem Gewerbe wieder Kräfte zugeführt werden, die sonst ganz verloren gehen müßten, und wenn auch nicht in allen Fällen die volle Arbeitsfähigkeit erreicht wird, so wird es doch fast immer möglich sein, die Kranken soweit zu bringen, daß sie ihren Lebens-unterhalt selbst verdienen können; besonders wenn die im Kriegsministerium gegründete Invaliden-fürsorgeabteilung bei der Vermittlung von Stellen mitwirkt und wenn gewerbliche Korporationen daran denken, in erster Linie jene wieder zu be-schäftigen, die für die Erhaltung des Vaterlandes Körper und Leben ein-gesetzt haben.

Die Anstalten werden so angelegt, daß sie mit einem Anfangsbelagraum von ungefähr tausend Betten in jeder Weise erweiterungsfähig sind. Sie werden mit der wertvollen Mithilfe aller Kreise gewiß in der Lage sein, ihren doppelten Zweck in vollem Maße zu erfüllen: die Verwundeten möglichst rasch wieder kampffähig zu machen — und wo die Schwere der Verletzung dies nicht gestattet, ihnen die bürgerliche Erwerbsfähigkeit soweit wiederzugeben, daß sie vor der Notwendigkeit bewahrt bleiben, ihr Leben lang die öffentliche Müßigkeit in Anspruch nehmen zu müssen.

Das ist eine schöne, hohe Aufgabe, welche reichliche Unterstützung verdient. Gern gibt gewiß jeder nach Kräften sein Bestes und findet das goldene Wiener

Herz wieder einmal ein reiches Feld der Betätigung. Hat tut es noch an mancherlei, und deshalb habe ich die Absicht, mit einer zwar nicht neuen, jedoch vielleicht naheliegenden Idee dem Ziele um ein kleines näherzu-rücken. Ich will am 15. d., nachmittags, in meinem Salon eine Stunde Musik, dem schönen Zwecke widmen, und habe ich hierzu die Zusage einer Reihe bedeutender Künstler erhalten, welche im Verein mit mir Werke von Mozart, Schumann, Schubert und Brahms interpretieren werden. Wir alle wollen mit dem ganzen Herzen spielen — in dankbarer Erinnerung an unsre Helden, welchen die Liebes-gaben der Zuhörer geweiht sein sollen.

5. / I 1915

Vereinsnachrichten.

[Wie kann die Krüppelhastigkeit unserer Kriegsverwundeten verhindert werden?] Ueber dieses durch die Fortdauer der kriegerischen Ereignisse immer wichtiger werdende Thema hält Privatdozent Doktor Anton Bum am nächsten „Kriegssonntag“ des Wiener Volksbildungsvereines (10. d., 4 Uhr nachmittags, im Festsaale des Niederösterreichischen Gewerbevereines) einen Vortrag mit vielen Lichtbildern. Dozent Dr. Bum wird vom Standpunkte des Fachmannes zeigen, wie die moderne Chirurgie und Orthopädie den Folgen der Kriegsverletzungen begegnet und verhütet, daß der im Spitale „Gehellte“ lebenslang an den Folgen seiner Verwundung leide. Karten in der Kanzlei des Volksbildungsvereines (1. Bezirk, Spiegelgasse 19, daselbst für Mitglieder bedeutende Ermäßigungen), bei Kehlendorfer, in der Buchhandlung Selter und beim Portier des Gewerbevereines.

7. / I. 1915

Eine Gesellschaft vom Eisernen Kreuz.

Unter diesem Titel hat sich in Berlin ein Verein gebildet, der bereits eine große Zahl von Mitgliedern zählt und dem auch schon bedeutende Spenden zugeflossen sind. Das Unternehmen verfolgt den Zweck, große Grundflächen zu erwerben und auf diesen kleine Wohnhäuser zu bauen, die den aus dem Kriege heimgekehrten Invaliden, die nicht mehr imstande sind, ihren früheren Berufen nachzugehen, als Heim dienen sollen. Es soll ihnen dort auch Gelegenheit geboten werden, sich durch leichte Arbeiten einen Verdienst zu schaffen und falls dieser nicht ausreicht, will der Verein nachhelfen. Ebenso soll jenen, die infolge erhaltener Verwundungen vollkommen arbeitsunfähig geworden sind, der vollständige Unterhalt gewährt werden. Für jene Unglücklichen aber, die durch Kopfschüsse des Augenlichtes beraubt wurden, sind Lehrkräfte in Aussicht genommen, die

Blindenunterricht erteilen sollen, um auch diesen Soldaten ein Feld der Tätigkeit zu eröffnen, das sie ihr Gebrechen leichter tragen läßt.

7. / 1. 1915

Fürsorge für Kriegskrüppel.

Zu den Ausführungen im Ersten Morgenblatt vom 5. Januar über die „Fürsorge für Kriegskrüppel“ schreibt uns Dr. Hirsch-Labor: „Nicht nur den Orthopäden, auch den Nervenarzt hat dieser Krieg vor neue Aufgaben gestellt. Denn immer deutlicher wird es, daß unter den Verwundeten sich ein ungeahnt hoher Prozentsatz von Nervenverletzten findet. Nun ist die genaue Erkennung und die Nachbehandlung, namentlich die elektrische Nachbehandlung der von solchen Verletzungen zurückbleibenden Lähmungen und sonstigen Folgezustände, die auch eine kostspielige und nicht jedem Arzt und jedem kleinen Lazarett zur Verfügung stehende Apparatur erfordert, eine vorwiegend nervenspezialistische Aufgabe. Ihre zweckmäßige Lösung, deren hervorragende medizinische und wirtschaftliche Bedeutung auf der Hand liegt, findet auch sie in einer weitgehenden Zentralisierung der einschlägigen Verwundeten. Da, wie Sie mitteilen, die Militärbehörde eine entsprechende Organisation für die orthopädischen Fälle bereits vorbereitet, so wäre es wohl am einfachsten, die angeregten neurologischen Zentralen mit den orthopädischen zu vereinigen; um so mehr, als Nervenarzt und Orthopäde in ihrer Tätigkeit vielfach auf einander angewiesen sind.“

Berlin. Die Kriegssammlung der preußisch-hessischen Eisenbahner betrug am 1. Januar in bar eingezahlten Geldern Mk. 309 775, an angemeldeten Sammlungsbeträgen Mk. 123 928, also zusammen 433 703 Mark.

Die Prothesenaktion.

Die Angelegenheit der Versuchswerkstätte für Prothesenbeschaffung ist nunmehr in das Stadium der praktischen Verwirklichung getreten. Geheimer Rat Präsident Dr. Erner berief für gestern eine Versammlung der Vertreter der beteiligten Genossenschaften zur endgültigen Feststellung der praktischen Durchführung ein, in der er in kurzen Umrissen die Gründe anführte, die zur Fassung des Gedankens und zu dessen möglichst rascher Verwirklichung führten. Oberbaurat Ritter v. Böjahn erklärte an der Hand des Bauplanes die zur Verfügung stehenden Lokalitäten, die auf Ansuchen des Oberdirektors Schiffer vom Wiener Fortbildungsschulrat in der Jubiläumssfortbildungsschule zur Verfügung gestellt wurden. Reichsratsabgeordneter Otto A. Ganzer als Wortführer der Delegierten der beteiligten Genossenschaften erklärte, daß das Handwerk sich der Wichtigkeit der zur Lösung stehenden Frage bewußt sei, auch alle Anstrengungen machen wird, um der leidenden Menschheit das Beste bieten zu können. Infolge der Anregung Dr. Ernners wurde von den Delegierten des Gewerbes sowohl die Einrichtung der Werkstätte, wie auch die Beschaffung von erstklassigen Arbeitskräften und der nötigen Materialien übernommen, damit die Versuchswerkstätte sofort zu arbeiten beginnen könne. Als Hauptzweck der Arbeitsleistung ist ins Auge gefaßt, daß in schwierigen Fällen die notwendigen Grundversuche bis zur endgültigen Herstellung des Normalstückes durchgeführt werden, damit dieses einwandfreie Normalstück sodann dem ganzen Gewerbe als Muster dienen könne. Der Beginn der Arbeit steht unmittelbar bevor.

15. / 1. 1915.

* (Die Prothesenbeschaffung.) Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß Militärpersonen, welche Körperersatzstücke benötigen und sich in Sanitätsanstalten befinden, in denen die klaglose Anfertigung und Anpassung derselben nicht möglich ist, zu diesem Zwecke in eine Sanitätsanstalt nach Wien oder Budapest zu transferieren sind, und zwar von den Sanitätsanstalten der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder nach Wien, aus Bosnien und der Herzegowina je nach den Transportverhältnissen nach Wien oder Budapest. Das k. u. k. Reservehospital Nr. 11 in Wien, 5. Bezirk, Gasserstraße Nr. 44—46, ist als orthopädisches Spital mit Apparaten zur Mechanotherapie, Applikation von Wärme jeder Art, elektrischen und Bädereinrichtungen sowie mit Bandagewerkstätten ausgestattet und besitzt eine Schule, die der Wiedererlangung der Handfertigkeit gewidmet ist. Diesem Spital sind vom 20. d. M. an alle Kranken zuzuweisen, für welche Prothesen anzufertigen sind, und auch jene Erwerbsunfähige, bei denen die Wiedererlangung eines gewissen Grades von bürgerlicher Erwerbsfähigkeit durch den Unterricht zu erwarten ist. Die Letzteren sollen dieser Behandlung womöglich vor der Beurlaubung und vor der endgiltigen Superarbitrierung unterzogen werden. Ferner können diesem Spital auch jene Kranken übergeben werden, die wegen Gelenksteifigkeit, Lähmungerscheinungen, Kontrakturen der Muskel oder Sehnen, Deformationen und Funktionsstörungen von Gliedmaßen nach Knochen- oder Gelenksbrüchen einer chirurgisch-orthopädischen mechanotherapeutischen oder physikalischen Nachbehandlung bedürfen. Sanitätsanstalten der Militärkommandobereiche, welche in dieser Hinsicht über Fachärzte und entsprechende Einrichtungen verfügen, können auch weiterhin mit solchen Kranken belegt werden.

Die Aktion für die Kriegsinvaliden.

Das Kriegsfürsorgeamt hat aus den von ihm gesammelten Mitteln Gelder für die weitere Ausgestaltung des von der Kriegsverwaltung errichteten großen Invalidenspitales in der Gassergasse zur Verfügung gestellt, in dem unter der Oberleitung von Professor Spizy namentlich die orthopädische Nachbehandlung verletzter und verstümmelter Gliedmaßen in großem Maßstab und mit allen Hilfsmitteln der modernen Therapie durchgeführt wird; desgleichen beteiligt sich das Kriegsfürsorgeamt an der Fürsorge für die Kriegserblindeten, welche zunächst dem Blindenerziehungsinstitut in Wien (2. Bezirk, Wirtelsbachstraße) in Obhut gegeben sind. Bei dem Prothesenkomitee des Kriegsfürsorgeamtes, welches selbständig in den Räumen des Hauses: Wien, 3. Bezirk, Löwengasse Nr. 47, amtiert, laufen fortgesetzt wertvolle Kunstgegenstände ein.

Zugunsten des offiziellen Prothesenkomitees bringt das Kriegshilfsbureau des Ministeriums des Innern eine Serie von fünf Ansichtskarten zur Ausgabe, welche nach Originalen der bekannten Wiener Malerin Iva Jechl hergestellt wurden. Diese Aktion erfreut sich des besonderen Schutzes der Erzherzogin Blanka. Die erste Serie dieser Karten zeigt ein reizendes Kinderporträt des Erzherzogs Karlos Pius, eines Sohnes des Erzherzogs Leopold Salvator und der Erzherzogin Blanka, welcher mit einem schlichten Verse die Bitte um Zuwendungen für die Invaliden an das Publikum stellt. Die anderen Karten zeigen uns die bekannte Gestalt des im Schönbrunner Schlossparke wachhaltenden Invaliden sowie eine typische Wiener Gestalt als Verwundeten, endlich zwei Landsturmlente in und außer Dienst. Diese Kartenserie ist in der technischen Betriebszentrale des Kriegshilfsbureaus zum Preise von 1 K. in beschränktem Maß erhältlich. Der Hauptvertrieb dieser Karten ist durch Versendung an einzelne Personen gedacht und wird dies dem edlen Zwecke hoffentlich eine beträchtliche Summe zuführen.

19. / 1. 1915.

Die Versorgung der Kriegsinvaliden. Unser Münchener Mitarbeiter meldet uns: Die „Bayerische Staatszeitung“ teilt hochoffiziös folgendes mit: Der Versorgung der Kriegsinvaliden, insbesondere der erwerbsbeschränkten Verstümmelten, hat sich in den letzten Wochen vielfach die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zugewendet. Das ist zu begrüßen, da es zu der Hoffnung berechtigt, daß auch nach dem Kriege den bedürftigen, erwerbsbeschränkt gewordenen Kriegsteilnehmern Fürsorge in weitem Umfange, insbesondere durch Arbeitsgelegenheit, entgegengebracht wird. Es ist durchaus richtig, daß die gesetzliche Fürsorge allein in vielen Fällen nicht zureichen kann. Neben der gesetzlichen Rentenversorgung muß zum sittlichen und wirtschaftlichen Besten des einzelnen wie des Volkes Fürsorge für die Erwerbsfähigkeit der Invaliden und Fürsorge für die Erwerbsbeschaffung hinzutreten, um die verwundeten Krieger ihrer Heimat und unserem Wirtschaftsleben möglichst zu erhalten. Die bayerische Heeresverwaltung hat daher Vorsorge getroffen, daß die Lazarettbehandlung möglichst auch auf die Wiedererlangung der Erwerbstauglichkeit erstreckt wird. Die Vorarbeiten über die weitere Fürsorge, namentlich für das Umlernen und Umlernen im alten oder zu neuem Beruf, dann für entsprechende Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung sind im Staatsministerium des Innern in die Wege geleitet und werden demnächst unter Zusammenfassung der beteiligten Kreise zu Ende geführt werden.

20.7.1915.

(Die Aktion für unsere Kriegsinvaliden.) Das Kriegs-
fürsorgeamt hat aus den von ihm gesammelten Mitteln Gelder
für die weitere Ausgestaltung des von der Kriegsverwaltung
errichteten großen Invalidenspitales in der Gasse zur Ver-
fügung gestellt, in dem unter der Oberleitung von Professor
Spitzn namentlich die orthopädische Nachbehandlung verletzter
und verkrüppelter Gliedmaßen in großem Maßstab und mit
allen Hilfsmitteln der modernen Therapie durchgeführt wird;
desgleichen beteiligt sich das Kriegsfürsorgeamt an der Für-
sorge für die Kriegserblindeten, welche zunächst dem Blinden-
erziehungsinstitut in Wien (2. Bezirk, Wittelsbachstraße) in Ob-
hut gegeben sind. Bei dem Protzesen-Komitee des Kriegs-
fürsorgeamtes, welches selbständig in den Räumen des Hauses
Wien, 3. Bezirk, Löwengasse Nr. 47 amtiert, laufen fortgesetzt
wertvolle Kunstgegenstände ein. So übersandte Fritz Berner
ein wertvolles dekoratives Originalgemälde: „Römische Ruinen“
(holländisch, Ende XVII., signiert S. Kerpel). Der geschätzte
polnische Maler Leonhard Winterowski hat sein letztes
Werk, eine lebensvolle Szene aus dem gegenwärtigen Krieg:
„Attode einer Mannenpatrouille auf Kosaken“, zum Geschenke
gemacht, eine Arbeit, in welcher auch die rein materische Lö-
sung des Problems, die Pferdefiguren, das galizische Dorf, die
schwere Aäererte, der herbstliche Himmel, ganz hervorragende
Qualitäten aufweist. Zugunsten des offiziellen Protzesen-Ko-
mittees bringt das Kriegshilfsbureau des Ministeriums des
Innern eine Serie von fünf Ansichtskarten zur Ausgabe,
welche nach Originalen der bekannten Wiener Malerin Ita
Jesch hergestellt wurden. Diese Aktion erzieht sich des beson-
deren Schutzes Ihrer k. u. k. Hoheit der Frau Erzherzogin
Blanka. Die erste Serie dieser Karten zeigt ein reizendes
Kinderporträt des Erzherzogs Carlos Vius, eines Sohnes Ihrer
k. u. k. Hoheiten des Herrn Erzherzogs Leopold Sal-
vator und der Frau Erzherzogin Blanka, welcher mit
einem kühnlichen Verse die Bitte um Zuwendungen für die In-
validen an das Publikum stellt. Die anderen Karten zeigen
uns die bekannte Gestalt des im Schönbrunner Schloßparke
wächelnden Invaliden, sowie eine typische Wiener Gestalt
als Verwundeten, endlich zwei Landsturmlente in und außer
Dienst. Diese Kartenserie ist in der technischen Betriebszentrale
des Kriegshilfsbureaus zum Preise von 1 Krone in beschränk-
tem Maße erhältlich. Der Hauptvertrieb dieser Karten ist durch
Versendung an einzelne Personen geacht und wird dies dem
edlen Zwecke hoffentlich eine beträchtliche Summe zuführen.

20. I. 1915.

(Stellen und Arbeiten für Reservisten werden gesucht.)

Beim Silbernen Kreuz in Wien und bei dessen Zweigvereinen in den Kronländern erscheinen jetzt schon viele als Kriegsdienstuntauglich beurlaubte Reservisten mit der Bitte um Zuweisung von Stellen und Arbeit. Die meisten dieser Leute waren verwundet oder erkrankt, sind aber soweit wieder hergestellt, daß sie bürgerlich vollkommen erwerbsfähig sind. Das Silberne Kreuz richtet daher die dringende Bitte an alle Dienst- und Arbeitgeber (Kaufleute, Private, Industrielle, Institute, Landwirte), bei Bedarf von Arbeitskräften jeder Art sich an die Gesellschaft zu wenden. Die Stellenvermittlungsabteilung der Zentrale amtiert 1. Bezirk, Riemergasse 13, Telephon 8737, für beide Teile unentgeltlich, an Wochentagen von 10 bis 12 Uhr vormittags. Außerhalb dieser Stunden werden Anmeldungen freier Stellen bei der Direktion der Gesellschaft, 1. Bezirk, Wäckerstraße 8 (Telephon 9341), entgegengenommen.

22. 1915

Die Invalidenschulen.

Von Professor Dr. S. Spitz.

Der Verlust der Erwerbsfähigen und die Erhaltung der Erwerbsunfähigen werden das Soll des Staatshaushaltes und der Allgemeinheit für lange Zeit belasten. Nicht minder wird es für jeden, der der Abheilung seiner Wunden entgegensteht, eine quälende Sorge sein, wie sich für ihn die Frage, den Lebensunterhalt zu verdienen, gestalten wird — noch schwerer, wenn Familie und Kinder des Ernährers harren. Deshalb ist es Pflicht der Allgemeinheit, sich schon während des Krieges der Aufgabe zuzuwenden, diese Schäden so viel wie möglich zu vermindern, und diesem Endziel soll die Invalidenschule dienen.

Im Anschluß an das orthopädische Reservespital (l. u. l. Reservespital XI, Gassergasse 44) erstehen Unterrichtsanstalten, die zwischen gewerblichen Fachschulen und Sanitätsanstalten die Mitte halten. Wenn im orthopädischen Lazarett die fachgemäße operative und mechanische Nachbehandlung unserer Kriegsverwundeten durchgeführt wird, wenn den Patienten hier versteifte Gelenke beweglich, gelähmte Gliedmaßen gebrauchsfähig gemacht werden und wenn ihnen hier nach Amputationen Prothesen und Ersatzstücke für die fehlenden Extremitäten angepaßt werden, so ist damit doch nur der erste Schritt getan.

Besonders bei jenen, die nicht mehr kriegstauglich werden, sondern als waffenunfähig in die Heimat ziehen, handelt es sich in erster Linie darum, sie nicht früher ihrer Heimatgemeinde zuzuschicken, als sie entweder ihre frühere Zivilbeschäftigung wieder aufnehmen können oder aber, wenn dies nicht möglich, die nötige Fertigkeit für einen anderen Erwerbszweig erlangen.

Hierin sehen wir zwei der obersten Ziele der Invalidenschulen.

In einer Reihe von Räumen sind Werkstätten für die meisten Gewerbe des kleinen Mannes untergebracht. Werkstätten für Holzbearbeitung (Tischler, Drechsler, Zimmermann), für Metallbearbeitung (Schlosser, Schmied, Spengler, Elektriker, Gasinstallateur), ferner für Buchbinder, Korbflechter, Schuhmacher, Schneider, Maler, Maurer, Anstreicher, Lederarbeiter (Riemer, Taschner, Bandagist) reihen sich in Schulräumen aneinander. In diesen Werkstätten wird sich eine rege Tätigkeit entfalten. Hier werden Verwundete, Verstümmelte, Leute mit Resten von Funktion in ihren Händen und Armen wieder ihrem Gewerbe zugeführt unter Aufsicht von Ärzten und Anleitung von Fachmännern, die das l. l. Gewerbesörderungsamt dem patriotischen Zwecke zur Verfügung gestellt hat.

Kann der Schmied infolge einer Gelenkverletzung am Arme seine schwere Arbeit nicht mehr aufnehmen, so wird er sich einem verwandten Gewerbe zuwenden müssen, das weniger Anforderung an Kraft und Gelenkigkeit des Armes stellt. Buchbinderei, Korbflechterei, Schneiderei und leichte Lederarbeit werden auch Minderkräftigen zugänglich sein, besonders die Korbflechterei, die nach Angaben des Herrn Direktors Funke eingerichtet ist, wird manchem, dem sonst wenig Wege mehr offen sind, Gelegenheit zur Erlangung seines Lebensunterhaltes bieten. Durch das Zueinandergreifen von Werkstätten wird es auch gelingen, besonders durch das Zusammenarbeiten von Arzt und Fachmann, die Werkzeuge der verstümmelten Hand wieder anzupassen und ihnen jene Form zu geben, die den anatomisch veränderten Verhältnissen der Hand entspricht.

Die Werkzeuge müssen durch Ersatzstücke mit den Armprothesen in Verbindung gebracht werden. Die Beinprothesen müssen für Werkzeuge mit Fußbetrieb eingerichtet sein und dem Träger diese Bewegungen wieder geläufig gemacht werden. In einem Saale sind außerdem alle wichtigen landwirtschaftlichen Arbeiten den Gebrauch derselben wieder zugänglich zu machen. Unter Mitwirkung der Hochschule für Bodenkultur wurde hier eine Auswahl jener Werkzeuge getroffen, die für die bäuerliche Bodenbearbeitung am wichtigsten sind. Schließlich ist auch für jene gesorgt, denen durch die Ungunst der Verletzung ein Prothesenerfolg für den verlorenen Arm nicht mehr gegeben werden konnte. In der Schule der Einarmigen (Schulleiter Architekt Großelfinger), die ebenfalls in die Invalidenschule übersiedelt, lernen sie sich mit dem gesunden Arm behelfen und die nötige Geschicklichkeit und Fertigkeit für Lebensführung und Berufsausübung wieder erreichen.

So ist in der Anstalt im Kerne alles enthalten, was wünschenswert erscheint. Gewiß wäre es notwendig, daß auch für die Hauptindustriezweige die wichtigsten Handreichungen und Maschinenbedienung an stummen Modellen in dazu adaptierten Sälen wieder eingeübt werden können. Hierzu wäre es erforderlich, daß sich Industrie und Arbeiterorganisationen für diesen Zweig der sozialen Orthopädie interessieren. Maschinen und Lehrer müßten aus diesen Schichten beigelegt werden, um auch hier eine gedeihliche Tätigkeit zu entfalten und Verluste an Arbeitswerten zu vermeiden. Da die Anstalt in jeder Beziehung erweiterungsfähig ist und die bereits vorhandene Zahl von 1000 Betten in absehbarer Zeit mehr als verdoppelt wird, könnten sehr gut auch diese Betriebe dafür in Betracht gezogen werden und unseren armen Kriegsinvaliden immer mehr Tore ins Leben zurück aufgetan werden.

Schließlich hoffen wir mit den Invalidenschulen noch um eine andere Spitze heranzukommen: um die Prothesenerhaltung. Es ist ja bekannt, daß alle orthopädischen Apparate, zu denen Prothesen gehören, auch wenn sie den modernen Prinzipien der Einfachheit entsprechen und den sozialen Verhältnissen des Trägers gemäß einfach gebaut sind, doch zu ihrer Erhaltung eine Summe von Arbeit und Kapital erfordern, die naturgemäß um so größer ist, je geringer das geistige Niveau des Trägers, je geringer die Sorgfalt ist, mit der er mit seiner Prothese umgeht. Wir wollen nun alle Prothesenträger die Behandlung ihrer Prothesen lehren.

Sie werden erst entlassen, bis sie 1. ihre Prothese gebrauchen, 2. sie auch in Stand halten und 3. reparieren können. Er muß lernen, in den Werkstätten, die ja in jedem Dorfe vorhanden sind, die Prothesen auszubessern; soviel Schmiede- und Lederarbeit ist schließlich allen nicht ganz unintelligenten Menschen beizubringen. Nur so ist es möglich, uns davor zu retten, daß von 1000 Prothesen immer hundert in Reparatur sind. Die Erlernung der Selbsthilfe ist für den Prothesenträger außerordentlich wichtig und für den Kapitalgeber nicht minder.

Dies wären in großen Zügen Zweck und Einrichtung der Invalidenschulen, deren oberstes Leitmotiv sein soll, keine Erwerbsunfähigen in die Heimat zu entlassen. Durch Fachlehrer wird die erreichte Erwerbsmöglichkeit geprüft, der Prozentsatz der Erwerbsfähigkeit festgestellt. Gewerbliche Genossenschaften werden herangezogen, die Invaliden zu beschäftigen und bis zu jener Höhe zu entlohnen, die ihrer Arbeitsfähigkeit entspricht; für den Rest werden die Invalidenfürsorge und die Wohltätigkeit eintreten. Dabei ist festzuhalten, daß sich durch die Übung auch für die verstümmelten Extremitäten die Arbeitsfähigkeit steigern wird, ebenso rasch als sie durch Untätigkeit sinkt; die Arbeit in dem gewohnten oder erlernten Gewerbe wirkt als Übungsbehandlung besser und jedenfalls dauernder als die medizinisch-mechanische Behandlung und anfänglich vielleicht nur bis zu 40 und 50 Prozent Erwerbsfähige werden in kurzer Zeit eine höhere Arbeitswertigkeit erreichen. Es ist ganz außer Zweifel, daß durch diese Institution dem Gewerbe wieder neue Kräfte zufließen werden, die sonst brachliegen würden, es werden endlich durch diese von Arzt und gewerblichem Fachmann durchgeführte Ueberwachung auch Elemente, die der Arbeit fernbleiben und sich von der öffentlichen Wohltätigkeit nähren würden, wieder einer fruchtbringenden Tätigkeit zugewiesen, kurz, der Invaliden alten Stils mit Holzbein und Leierkasten soll und muß vermieden werden. Daß diese ganze Organisation nur dann einen wirklich en Wert besitzt, wenn sie in großem Ausmaße mit genügenden Mitteln arbeiten kann, erscheint selbstverständlich.

Außer den Mitteln, die die Militärbehörde für die Aktion zur Verfügung stellt, erfreuen sich die Invalidenschulen des Schutzes der Abteilung Invalidenfürsorge des Kriegsfürsorgeamtes, und so hoffen wir, daß Spenden, die der Abteilung Invalidenfürsorge des Kriegsfürsorgeamtes zufließen, uns die Arbeit erleichtern und den Invaliden von der drückenden Sorge befreien werden, wie er nach Abheilung seiner Wunden und Entlassung aus dem Spital für sich und die Seinen das Brot verdienen kann. Es möge jeder der hier sein Scherlein beiträgt, bedenken, daß jede Gabe die Last verkleinert, die sonst dauernd unsere Arbeitskraft und unseren Volkswohlstand bedroht.

Minister v. Forster für die verwundeten Eisenbahner.

Eisenbahnminister Freiherr v. Forster hat folgenden Appell an alle Eisenbahner gerichtet:

„An alle Eisenbahner!

Allenhalben regt sich die Fürsorge für jene Kriegsverwundeten, welche durch den Verlust oder durch Verküppelung von Gliedmaßen an ihrer Erwerbsfähigkeit Einbuße erlitten haben.

Es gilt, die Verletzten durch Bereitstellung von Körperersatzstücken oder Anwendung von Heilmethoden so weit wiederherzustellen, daß von ihnen nicht allein das Schicksal eines zur Untätigkeit verurteilten Daseins abgewendet bleibe, sondern daß sie auch einem Berufe mit kaum geminderter Nützlichkeit nachgehen können.

Vieles haben Staat und Öffentlichkeit auf dem Gebiete des Invalidenschutzes sohin bereits geleistet und manches wird ohne Zweifel noch folgen.

Uns Eisenbahner bleibt und obliegt als erstrebenswerte Ergänzung dieser Aktion und als Gebot kameradschaftlicher Gesinnung noch eine besondere Standesfürsorge zugunsten unserer kriegsverletzten Berufsgenossen.

Das Ziel, das die Staatseisenbahnverwaltung sich steckt, ist die Wiederverwendung aller kriegsverletzten Eisenbahner einschließlich der Arbeiter, die bis zum Kriegsausbruche dem Dienst angehört haben.

Damit sich diese Aufgabe in vollendeter Weise erfülle, ist die Entfaltung einer weitausgreifenden, systematischen Fürsorge erforderlich.

Sie wird mit der Aufnahme der kriegsverletzten Eisenbahner in ein unter fachärztlicher Aufsicht stehendes Genesungsheim beginnen, sich auf die Anschaffung, Instandhaltung und Erneuerung künstlicher Gliedmaßen (Prothesen), auf die Schulung der Verletzten im Gebrauche dieser und der unversehrt gebliebenen Gliedmaßen und Organe, auf die orthopädische und physikalische

Nachbehandlung, weiter auf die fachliche Auszubildung für die Neuverwendung erstrecken und mit der Zuweisung einer Beschäftigung im Eisenbahndienste abschließen, die der Art und dem Grade der wiedererlangten Arbeitskraft entspricht.

Ein Werk, das wie dieses keinem geringeren Zwecke zustrebt, als den verküppelten oder verküppelten Berufsgenossen den Ausblick auf die Wiedererlangung der Arbeitskraft und damit auf ein von Zufriedenheit getragenes Dasein inmitten der gewohnten Lebensverhältnisse und an der Seite der tätigen Kameraden zu erschließen, ein solches Werk darf für wahr der Förderung durch den einmütigen Zusammenschluß aller Standesgenossen gewiß sein.

Schon im bisherigen Verlauf des Krieges haben die Eisenbahner rührende Beweise von Opferwilligkeit gegeben.

Nun es darum geht, diese hochherzigen Kundgebungen durch ein Liebeswerk zu krönen, das der Dankespflicht gegen Berufsgenossen würdigen Ausdruck geben soll, fühle ich voraus, daß mein warmer Appell an den erprobten Gemeinfinn der Eisenbahner freudigen Widerhall finden wird.

Aus dem freien Willen jedes einzelnen, der das Unglück der verküppelten Kameraden ermißt, sollen die Gaben quellen; die bescheidenste wird groß genug sein, um — mit vielen andern zusammenfließend — dem Werke zum Segen zu gereichen.

Anlangend die Form der Widmung schiene mir der bisher gern gewählte Weg des freiwilligen Rücklasses am Gehalt oder Lohn auch in diesem Fall der richtige.

Eile tut not!

Denn, wo immer in letzter Zeit sich die Stimme des erfahrenen Arztes im Interesse der Invalidenfürsorge erhob, stets wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die orthopädische Nachbehandlung der Kriegsverletzten nicht rasch genug nach Beendigung der Wundheilung einsetzen könne, sollen nicht günstige Voraussetzungen für die Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit uneinbringlich verloren gehen.

Die ersten Schritte zur Schaffung des Werkes sind getan.

Nahe bei Wien, in freier und gesunder Lage, soll ein von der Staatseisenbahnverwaltung gemietetes, schnelles und geräumiges Landhaus um Frühjahrszeit den unsrer Hilfe bedürftigen Eisenbahnern seine Tore erschließen.

Dort soll die Kunst des Arztes und der aus den Herzen opferwilliger Berufsgenossen strömende Segenswunsch sich an ihnen erfüllen.

Wenn sich im Scheine der Frühlingssonne der starre Krampf ihrer Glieder löst und sie wieder schreiten und die Arme zur Arbeit rühren lernen, dann soll der Anblick der Stadt, die sich zu ihren Füßen ausbreitet, ihnen wie ein Gleichnis den Weg zurück ins tätige Leben weisen!

Wien, am 21. Jänner 1915.

Eisenbahnminister Forster."

[Sammlung der Neuen Freien Presse für die Schule der Einarmigen.] Vor mehr als Jahresfrist, im allertiefsten Frieden, ist ein lesenswertes Buch aus der Feder des bekannten einarmigen Violinvirtuosen Grafen Geza Zichy erschienen. Ohne viel schriftstellerische Kunst, anspruchslos und behaglich erzählt der gräfliche Verfasser aus seinem bewegten inhaltsreichen Leben, plaudert von hochstehenden Menschen, die seinen Weg gekreuzt haben, berichtet sichtlich und natürlich von sozialen und künstlerischen Erfolgen, die ihm beschieden waren. Er ist alles eher denn ruhrednerisch etwa oder prahlerisch. Nirgends äußert sich eine schließlich begreifliche Genußtuung über ein erfolgsgekröntes, an Vorbeeren wahrlich nicht armes Künstlerdasein in großen Worten oder in lauten Tönen. Nur dort scheint dem Grafen das Herz aufzugehen und der Mund zu überfließen, wo er erzählt, wie er, der Einarmige, all das, was er geworden ist, selbst aus sich gemacht hat durch Willensstärke und Unverdorrenheit, durch Zielbewußtsein und Beharrlichkeit. Und dort findet Graf Zichy auch das prächtige überzeugende Wort: Man kann mit einer Hand alles leisten, vollkommen unabhängig sein, nur muß man wissen, wie es zu machen ist. Das haben damals, als das Buch erschien, gewiß viele ohne besondere persönliche Anteilnahme gelesen. Die Einarmigen waren ja glücklicherweise eine verschwindende Minderzahl. Vielleicht war auch dieser oder jener darunter, den gewiß nicht im entferntesten die Ahnung beschlich, daß ihm über Jahr und Tag die Erinnerung an jenes Wort des Grafen Zichy als ein fürchtbares „tua res agitur“ ins Gedächtnis kommen werde. Der Krieg hat aber dem Grafen Zichy in aller Herren Ländern Tausende von Schicksalsgenossen geschaffen und jeden einzelnen von ihnen vor die Daseinsfrage gestellt, wie er sein künftiges Leben einzurichten gedenke, ob es ihm möglich sein werde, seinen alten Beruf auszuüben oder welche neue Beschäftigung er wählen solle. Die Zeiten, in denen die Invaliden, die aus dem Krieg heimkehrten, im Frieden mit einer Dreihorgelligen belohnt wurden, sind vorüber. Die Gegenwart empfindet nicht nur charitativ, sondern auch sozial. Das große Hilfswerk, das der Krieg notwendig gemacht hat, wird nach allen Richtungen erwogen und studiert. Die Deutschen und die Oesterreicher sind eines klugen Gelehrtenwortes eingedenk, daß jener Nation der Sieg sicher sei, die im Frieden den Krieg und im Krieg den Frieden auf das sorgsamste vorbereitet. Jetzt, in dieser harten Kriegszeit, ist es unsere, der Zurückgebliebenen Pflicht, bereits an die Aufgaben zu denken, vor die uns ein hoffentlich ruhmvoller und siegreicher Friede stellen wird. Zu diesen Pflichten gehört die Versorgung oder besser gesagt, die soziale Wiederaufrichtung jener Tapferen, die im Dienste des Vaterlandes Glieder des Körpers verloren, einen Arm oder ein Bein auf dem Schlachtfeld eingebüßt haben. Für die Einarmigen haben sich Männer gefunden, die durch eigenes Schicksal und persönliche Erfahrung berufen sind, jenen den Weg ins Leben zu weisen, dafür zu sorgen, daß sie durch die richtige Tür eintreten, nicht vorzeitig auf ihrem harten dornigen Pfad ermattet zusammenbrechen. Da lebt in Wien ein angesehener Architekt, Herr Karl Großelsinger. Er hat sich unter seinen Fachgenossen einen vortrefflichen Namen erworben und übt seinen schweren Beruf mit großem Erfolg aus, trotzdem er schon als Kind bei einem Eisenbahnunfall einen Arm eingebüßt hat. Dieser ausgezeichnete Mann hat eine Schule für Einarmige ins Leben gerufen und lehrt dort, nicht etwa theoretisch, sondern durch praktische Anleitung durch sein richtunggebendes persönliches Beispiel zumal die Tapferen, die auf dem Schlachtfelde den Gebrauch des einen Armes eingebüßt haben, mit nur einem Arm das zu leisten, wozu anderen beide Arme, beide Hände zur Verfügung stehen. Diese Schule besteht bereits, sie gedeiht und hat erfreuliche Resultate aufzuweisen; aber das Montecuccoli-Wort gilt nicht nur vom Krieg, sondern auch von der Heilung seiner Schäden. Geld wird gebraucht, Geld und noch einmal Geld. Für Lehrmittel, für Anwerbung weiterer Lehrkräfte und vor allem um den Absolventen der Lehranstalt bei der Begründung ihres neuen Daseins hilfreich an die Hand zu gehen. Die Direktoren der Wiener Mittelschulen haben uns heute eine reiche Spende für die Schule der Einarmigen übersendet. Es zeugt für das Feingefühl unserer Wiener Pädagogen, daß sie, die Lehrer der Jugend, sich veranlaßt sehen, ihrem Kollegen aus eigener Wahl, dem Direktor der Schule der Einarmigen, der sich eine neuartige und auch so notwendige Anstalt geschaffen hat, hilfreich zur Seite treten. Wir hoffen, daß auch diese neue Sammlung der Neuen Freien Presse, die Sammlung für die Schule der Einarmigen, die gleichen herzerfreuenden Erfolge aufzuweisen haben wird wie unsere übrigen Sammlungen, durch deren Ergebnisse die Leser und Freunde des Blattes in so erhebender Weise gezeigt haben, daß das schöne Wort Novalis von der Menschenliebe als dem Auen des Weltalls auch durch den rauhen Kriegslärm nicht ganz übertönt werden kann.

Ein Aufruf an die Eisenbahner.

Eisenbahnminister Dr. Freiherr v. Forster erließ an alle Eisenbahner folgenden Aufruf:

Allenthalben regt sich die Fürsorge für jene Kriegsverwundeten, welche durch den Verlust oder durch Verkrüppelung von Gliedmaßen an ihrer Erwerbsfähigkeit Einbuße erlitten haben. Es gilt, die Verletzten durch Bereitstellung von Körperersatzstücken oder Anwendung von Heilmethoden so weit wiederherzustellen, daß von ihnen nicht allein das Schicksal eines zur Untätigkeit verurteilten Daseins abgewendet bleibe, sondern daß sie auch einem Berufe mit kaum geminderter Nützlichkeit nachgehen können. Vieles haben Staat und Öffentlichkeit auf dem Gebiete des Invalidenschutzes schon bereits geleistet und manches wird ohne Zweifel noch folgen. Uns Eisenbahner bleibt und obliegt als erstrebenswerte Ergänzung dieser Aktion und als Gebot kameradschaftlicher Gesinnung noch eine besondere Standesfürsorge zugunsten unserer Kriegsverletzten Berufsgenossen.

Das Ziel, das die Staatseisenbahnverwaltung sich steckt, ist die Wiederverwendung aller Kriegsverletzten Eisenbahner einschließlich der Arbeiter, die bis zum Kriegsausbruche dem Dienste angehört haben. Damit sich diese Aufgabe in vollendeter Weise

erfülle, ist die Entfaltung einer weitausgreifenden, systematischen Fürsorge erforderlich. Sie wird mit der Aufnahme der Kriegsverletzten Eisenbahner in ein unter fachärztlicher Aufsicht stehendes Genesungsheim beginnen, sich auf die Anschaffung, Instandhaltung und Erneuerung künstlicher Gliedmaßen (Prothesen), auf die Schulung der Verletzten im Gebrauche dieser und der unverletzt gebliebenen Gliedmaßen und Organe, auf die orthopädische und physikalische Nachbehandlung, weiters auf die fachliche Ausbildung für die Neuverwendung erstrecken und mit der Zuweisung einer Beschäftigung im Eisenbahndienste abschließen, die der Art und dem Grade der wiedererlangten Arbeitskraft entspricht.

Ein Werk, das wie dieses keinem geringeren Zwecke zustrebt, als den verstümmelten oder verkrüppelten Berufsgenossen den Ausblick auf die Wiedererlangung der Arbeitskraft und damit auf ein von Zufriedenheit getragenes Dasein inmitten der gewohnten Lebensverhältnisse und an der Seite der tätigen Kameraden zu erschließen, ein solches Werk darf fürwahr der Förderung durch den einmütigen Zusammenschluß aller Standesgenossen gewiß sein.

Schon im bisherigen Verlaufe des Krieges haben die Eisenbahner rührende Beweise von Opferwilligkeit gegeben. Nun es darum geht, diese hochherzigen Kundgebungen durch ein Liebeswerk zu krönen, das der Dankespflicht gegen Berufsgenossen würdigen Ausdruck geben soll, fühle ich voraus, daß mein warmer Appell an den erprobten Gemeinsinn der Eisenbahner freudigen Widerhall finden wird. Aus dem freien Willen jedes einzelnen, der das Unglück der verkrüppelten Kameraden ermißt, sollen die Gaben quellen; die bescheidenste wird groß genug sein, um — mit vielen anderen zusammenfließend — dem Werke zum Segen zu gereichen. Anlangend die Form der Widmung schieene mir der bisher gerne gewählte Weg des freiwilligen Rücklasses an Gehalte oder Lohne auch in diesem Falle der richtige. Gilt tut not! Denn, wo immer in letzter Zeit sich die Stimme des erfahrenen Arztes im Interesse der Invalidenfürsorge erhob, stets wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die orthopädische Nachbehandlung der Kriegsverletzten nicht rasch genug nach Beendigung der Wundheilung einsetzen könne, sollen nicht günstige Voraussetzungen für die Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit uneinbringlich verloren gehen.

Die ersten Schritte zur Schaffung des Werkes sind getan. Nahe bei Wien, in freier und gesunder Lage, soll ein von der Staatseisenbahnverwaltung gemietetes, schönes und geräumiges Landhaus um Frühjahrszeit den unserer Hilfe bedürftigen Eisenbahnern seine Tore erschließen. Dort soll die Kunst des Arztes und der aus den Herzen opferwilliger Berufsgenossen strömende Segenswunsch sich an ihnen erfüllen. Wenn sich im Scheine der Frühlingssonne der starre Krampf ihrer Glieder löst und sie wieder schreien und die Arme zur Arbeit rühren lernen, dann soll der Ausblick der Stadt, die sich zu ihren Füßen ausbreitet, ihnen wie ein Gleichnis den Weg zurück in tätige Leben weisen!

Wien, am 21. Jänner 1915.

Eisenbahnminister Forster.

Besuch in der Invalidenschule.

In früheren Zeiten beschränkte sich die Fürsorge des Staates für die im Kriege invalid gewordenen Soldaten fast ausschließlich darauf, ihnen den notdürftigen Lebensunterhalt zu bieten, indem man die einen in Aemtern, Schulen oder anderen öffentlichen Anstalten als Diener, Aufseher usw. unterbrachte, die anderen, die auch für solche leichte Dienste nicht tauglich waren, in Invalidenhäusern unterbrachte und sie dort verpflegte. In ganz anderer, man darf wohl sagen menschenfreundlicherer Art, nimmt sich der Staat heute der Invaliden an. Er will ihnen nicht lediglich die Möglichkeit geben, durch staatliche Unterstützung ihr Leben zu fristen, es ist vielmehr sein Bestreben, einen möglichst großen Prozentsatz der im Kriege Verstümmelten und Verkrüppelten eben nicht zu Invaliden werden zu lassen, sondern sie auch weiterhin erwerbsfähig zu erhalten, aus ihnen trotz ihrer Gebrechen nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu machen und ihnen die Möglichkeit zu geben, aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt zu gewinnen. Die Möglichkeit hiezu geben dem Staate die Fortschritte der Chirurgie, die in weit höherem Maße als früher imstande ist, den verwundeten Soldaten ihre Gliedmaßen ganz oder teilweise zu erhalten, und die hochentwickelte Technik in der Herstellung künstlicher Gliedmaßen. Mit der bloßen Heilung der verstümmelten Glieder, beziehungsweise mit dem Ersatz allein ist es aber noch nicht getan, der Invaliden muß auch lernen, die ihm verbliebenen Gliedmaßen, respektive deren Ersatzstücke zu gebrauchen. Zu diesem Zwecke hat nun der Staat in Wien große Anstalten ins Leben gerufen, die orthopädischen Reservespitäler in der Gassergasse und am Bacherplatz und die Invalidenschule in der Quallengasse. In den beiden ersteren werden die verstümmelten Soldaten ärztlich behandelt und geheilt, in der Invalidenschule werden sie mit den je nach der Art ihrer Verletzung und ihrem Beruf ihnen individuell angepaßten Ersatzstücke versehen und im Gebrauch dieser, respektive der ihnen gebliebenen Reste von Gliedmaßen unterwiesen. Wie dies geschieht, hat der Chirurgen dieser Anstalten, die zusammen den Titel Reservespital XI führen, Oberstabsarzt Professor Dr. Hans Spitz, erst kürzlich im „Fremdenblatt“ in einem ausführlichen Aufsatz beschrieben.

Gestern nun hatten die Vertreter der Wiener Presse, einer Einladung Professor Spitzs und der mit der Leitung der Anstalten betrauten Gräfin Hartenau folgend, Gelegenheit, die Einrichtung der Invalidenschule wie auch des orthopädischen Spitals in der Gassergasse zu besichtigen. Beide Anstalten sind ebenso wie das Spital am Bacherplatz in städtischen Schulen installiert worden, und es ist wahrhaft erstaunlich, in wie zweckentsprechender Weise diese Gebäude ohne wesentliche Bauarbeiten für ihre neue Bestimmung adaptiert wurden. Die Säle und Zimmer der Invalidenschule sind ja eigentlich ihrer ursprünglichen Bestimmung erhalten geblieben, es sind auch heute noch Schulzimmer, nur daß die Schüler erwachsene Männer sind und daß die Lehrmittel andere geworden sind. Statt der Tafel, Landkarte, Globus zc. findet man in einem Zimmer eine vollständige Schuhmacherwerkstätte, sowie die Werkzeuge für alle anderen Arten der Lederbearbeitung, Sattler, Riemer zc. Ein anderes früheres Klassenzimmer ist als Buchbinderwerkstatt eingerichtet, wieder andere für Schneider, Korbflechter, Maler, Maurer, Anstreicher, Lackierer. Ein größerer Raum dient als Werkstätte für Metallarbeiter, Schlosser, Spengler, Installateure, ein zweiter ist mit Hobelbänken, Drehscheiben zc. ausgestattet und dient als Werkstätte für Tischler,

Drechsler, Zimmerleute. Im Turnsaal sieht man allerlei landwirtschaftliche Geräte. Im ganzen sind bis jetzt Werkstätten für 21 verschiedene Gewerbe eingerichtet, in denen die Invaliden lernen, auch mit ihren teilweise verstümmelten Gliedern oder den Ersatzgliedern das gewohnte Handwerkszeug zu benutzen oder, falls sie dazu infolge ihrer Verletzung nicht fähig sein sollten, ein anderes Gewerbe zu erlernen. Selbstverständlich müssen in vielen Fällen die Handwerkszeuge entsprechend abgeändert, die Ersatzglieder mit zweckmäßigen Ansätzen versehen oder nach der Berufsart verschieden eingerichtet werden; ein Schuster wird einen anderen künstlichen Fuß brauchen wie ein Feldarbeiter, ein Schneider ein anderes Ersatzstück für die Hand wie ein Schlosser oder Schmied. Zu diesem Zwecke verfügt die Schule über eine Modellwerkstatt, wo die Werkzeuge umgestaltet, die künstlichen Gliedmaßen mit den notwendigen Ansätzen versehen werden. Um für jeden einzelnen das Richtige zu finden, bedarf es natürlich inniger Zusammenarbeit von Arzt, Fachlehrer und Techniker.

Bei dieser Gelegenheit machte Frau Gräfin Hartenau darauf aufmerksam, daß, so rührend auch die Opferwilligkeit der Bevölkerung sei, die Spenden von fertigen Prothesen (künstlichen Gliedmaßen) ganz unzureichend seien, da der größte Teil nicht verwendbar wäre, weil eben jede Prothese individuell angefertigt sein muß. Dem ehlen Zwecke wird viel besser geholfen, wenn die mildherzigen Geber bares Geld zur Anfertigung von Prothesen

spenden. Außer den eingerichteten Schulwerkstätten für einundzwanzig verschiedene Erwerbstätigkeiten ist auch die Anlage einer Schule für Maschinenarbeiter in Aussicht genommen, in der Leute, die früher in Fabriken bei Hobel-, Bohr- zc.-Maschinen tätig waren, in der Bedienung von Maschinen unterwiesen werden. Dazu wäre natürlich nötig, daß der Invalidenschule die entsprechenden Schul- oder Modellmaschinen, aber auch die notwendigen Lehrkräfte zur Verfügung gestellt würden. Die Invalidenschule läßt es sich schließlich auch angelegen sein, ihren absolvierten Schülern Arbeit zu verschaffen, und wird daher mit Genossenschaften und industriellen Korporationen in Verbindung treten, damit sie solche erwerbsfähige Invaliden aufnehmen und ihn mindestens jenen Lohn zahlen, den ihre Arbeitsfähigkeit beanspruchen darf.

Es ist nicht nur eine eminent wohltätige Institution, die hier geschaffen wurde, es ist auch von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, daß hier Tausende von Menschen in die Lage versetzt werden, sich und ihre Familien zu erhalten und durch ihre Arbeitsfähigkeit dem Allgemeinwohl zu nützen.

Die Technik für die Kriegsinvaliden.

Die moderne Kriegführung bedient sich der Technik für die Schaffung jener furchtbaren Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, den Gegner zu vernichten oder zumindest unerschädlich zu machen. Und wieder ist es die Technik, zu deren vornehmsten Aufgaben es gehört, die angerichteten Schäden möglichst zu beseitigen, den verwundeten, zum Krüppel gewordenen Krieger durch bestgeeignete technische Hilfsmittel in den Stand zu setzen, seine bürgerliche Betätigung in Hinkunft, soweit als möglich, wieder entfalten zu können. Der Präsident des Technischen Versuchsamtes Geheimer Rat Dr. Wilhelm Czerner griff diesen Gedanken als erster auf, und die von ihm alsbald eingeleitete Aktion „Die Technik für die Kriegsinvaliden“, deren Hauptzweck in der Beschaffung bestgeeigneter Ersatzgliedermaßen für Kriegsinvalide gelegen ist, fand allseitige warme Aufnahme. Die bisher eingegangenen Spenden edelbentender Mitbürger ermöglichen jetzt schon die Verwirklichung der gestellten Aufgabe, und behufs zweckmäßiger Lösung derselben wurde die Schaffung eines Vereines „Technik für Kriegsinvalide“ beschlossen, dessen Proponenten unter der Leitung Dr. Ernners am 20. d. die konstituierende Hauptversammlung abhielten. In dieser Versammlung wurde für die Leitung des Vereines die Einsetzung eines Kuratoriums beschlossen, in dem Dr. Wilhelm

Ernner als Präsident, I. I. Oberstabsarzt Dr. Oskar Höderl und I. I. Oberbaurat Artur Ritter v. Boschan als Vizepräsidenten, Kommerzialrat Zivilingenieur Artur Ehrenfest-Gaer als Schatzmeister, I. I. Ministerialsekretär Dr. Alfred Christ als Sekretär und juristischer Beirat und Herr Friedrich Leiter als Schriftführer wirken werden. Dem Kuratorium gehören ferner an: Dozent Doktor Rudolf Aberle Ritter v. Horstenegg, der bekannte Orthopäde, dann Primarius Dr. Karl Sywet, Oberdirektor Eduard Schiffer, der Leiter der sachlichen Fortbildungsschulen, 6. Bezirk, Mollardgasse Nr. 87, an deren Werkstätten der neugegründete Verein mit Zustimmung des Fortbildungsschulrates eine Versuchs- und Lehrwerkstätte für die Herstellung bestgeeigneter Musterstücke künstlicher Ersatzteile angliedert, und ferner die seitens der einschlägigen Fachcorporationen delegierten Herren: Reichsratsabgeordneter Otto Ganser, Vorsteher der Vereinigung der Bandagisten Wiens, Wilhelm Scheichenberger, Friedrich Schmidl und Friedrich Leiter. Die wertvolle Mitarbeit der berufenen Fachleute ist besonders zu begrüßen, weil durch sie ein erspriessliches Zusammenwirken der medizinischen und konstruktiven Technik mit den einschlägigen praktischen Gewerben erreicht ist. Auch nach dem Kriege und nach der unmittelbaren Fürsorgebetätigung für die Kriegsinvaliden ist der Verein ein unentbehrlicher Behelf für die mit Prothesen versehenen Invaliden. Der angestrebte Hochstand der einschlägigen Handwerke wird auch den Invaliden des Verkehrswezens und der industriellen Arbeit zugute kommen. So wird der Verein in gleicher Weise dem edlen Zwecke der Beschaffung technisch vollendeter Prothesen wie auch der Hebung der heimischen Industrie dienstbar sein. Es ist zu erhoffen, daß reichlich von Gründern, Mitgliedern und Förderern zufließende Beiträge die Wirksamkeit des neugeschaffenen gemeinnützigen Vereines kräftigst unterstützen werden. Die Geschäftsstelle des Vereines befindet sich in Wien, 9. Bezirk, Michelbeuerngasse Nr. 6 (I. I. Technisches Versuchsamte, Telephon Nr. 21412).

26./I. 1915.

A u f r u f.

Eine schwere Aufgabe zu lösen, steht dem Oesterreichisch-ungarischen Invalidendank-Verein für militär-humanitäre Zwecke, bevor. Die fortjährenden Kriegsergebnisse und durch die Rückkehr der für den Militärdienst untauglich gewordenen Soldaten bedingen es, daß zu den vielen Aufgaben der Kriegsfürsorge eine neue tritt — die Invalidenfürsorge.

Der Verein „Invalidendank“, welcher in Friedenszeiten bestrebt ist, die armen, alten und längst vergessenen Krieger und Invaliden der früheren Feldzüge zu unterstützen, muß sich nun auch für die nahe Zukunft rüsten. Er will und kann die staatliche Fürsorge nicht ersetzen, sondern soll lediglich eine wertvolle Ergänzung derselben bilden.

Um nun den großen Anforderungen, die in Kürze an unseren Verein gestellt werden dürften, nur halbwegs entsprechen zu können, richtet der Verein seine Bitte an alle Mitbürger und Patrioten, in der ernstesten Stunde des Krieges jener zu gedenken, welche die höchste Steuer, die Blutsteuer, dem Vaterlande darbrachten, derjenigen, welche ihre Jugend, ihre Stellung, ihre Gesundheit hingaben für die Größe und den Bestand des Vaterlandes, jener, welche nach dem Kriege als Krüppel ihr weiteres Fortkommen suchen müssen.

Durch Zuwendung von Stiftungen, aus deren Erträgen wir gänzlich Erwerbsunfähigen monatliche Zuschüsse gewähren können, sowie durch Uebermittlung von Spenden oder Beitritt zu unserem Verein wollen wir die Mittel aufbringen, diesen Armen helfend beizustehen. Wir richten unsere innige Bitte an alle Schichten der Bevölkerung unseres Vaterlandes, speziell aber an jene, denen es verdammt war, während des furchtbaren Ringens unserer braven Armeen bei ihren Familien, bei ihrem Berufe bleiben zu können.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder mindestens 5 K., für Korporationen 10 K. jährlich, für lebenslängliche Mitglieder 60 K. und für Stifter 200 K. ein für allemal.

Mitgliedsanmeldungen sowie Spenden werden in der Kanzlei des Oesterreichisch-ungarischen Invalidendank-Verein, Wien, I. Bezirk, Bräunerstraße 7, letztere auch in der Administration der „Neuen Freien Presse“, entgegengenommen.

Oesterreichisch-ungarischer Invalidendank

Der Präsident:

Prinz Alexander von Thurn und Taxis m. p.

Die Fürsorge für unsere Kriegsinvaliden.

In erfreulicher Weise wächst das Interesse an der Versorgung unserer Kriegsinvaliden. Man ist sich darüber klar geworden, daß ihre Abfindung nur mit Geld (Pension) nicht genügt, daß es vielmehr darauf ankommt, allen denen, die infolge ihrer Invalidität ihren früheren Beruf nicht mehr ausüben können, Gelegenheit zu einer anderen Beschäftigung und damit ihrem Leben einen neuen Inhalt zu geben. Bei der bisher bewiesenen herrlichen Bereitwilligkeit unseres Volkes, jede durch den Krieg hervorgerufene Schwierigkeit zu überwinden, wird es nicht an Personen fehlen, die sich auch dieser Aufgabe unterziehen werden. Allerdings muß der Kreis der Helfenden recht groß sein, und die Aufgabe ist nicht immer leicht. Noch fehlt es an Lehrkräften, nach denen schon rege Nachfrage ist. Auch Handwerker, Kaufleute, Fabrikbesitzer, industrielle Unternehmungen müssen sich zur Beschäftigung von Kriegsinvaliden bereit erklären. Wenn auf diesem Gebiet verhältnismäßig noch wenig geschehen ist, so liegt das wohl in der Hauptsache daran, daß man nicht gewußt hat, wie man mit den Kriegsinvaliden in Verbindung treten kann. Es dürfte wenig bekannt sein, daß alle solche Angebote in den vom königlich preussischen Kriegsministerium für das gesamte Reichsgebiet herausgegebenen „Anstellungsnachrichten“ kostenfrei Aufnahme finden, wenn sie zu diesem Zweck der Versorgungs-Abteilung des Kriegsministeriums (Berlin W. 66) übersandt werden. Die Anstellungsnachrichten enthalten die laufenden amtlichen Mitteilungen an die versorgungsberechtigten ehemaligen Militärpersonen (Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften) und einen Stellennachweis. Sie liegen bei allen Bezirkskommandos und Truppenteilen, bei den Landratsämtern und fast allen Gemeindeverwaltungen zur Einsichtnahme aus, können aber auch bei jeder Postanstalt zum Preise von 75 Pf. vierteljährlich bestellt werden. Hoffentlich wird von dieser Gelegenheit, an die Invaliden heranzutreten, in weitestem Umfange Gebrauch gemacht.

30.7. 1915.

Vortrag über Fürsorge für Kriegsinvalide.

Im Saale des Militärkasinos hielt gestern abend vor geladenen Gästen Dr. Phil. Siegfried Kraus einen Vortrag über Fürsorge für Kriegsinvalide, dem die Erzherzoge Leopold Salvator und Karl Stephan anwohnten. Ferner befanden sich unter den Gästen Prinz Eduard Liechtenstein, Fürst Dietrichstein, Minister a. D. General der Infanterie v. Schönau, FML. v. Hoffmann, FML. Löbl, GM. Wufelic, Geheimer Rat Dr. Egner, Graf Theodor Hattig, Graf Ernst Harrach, Hofrat Baron Baumgarten, Hofrat Dr. Kautsky, k. burgischer Hofrat Doktor Bachrach, Dr. Erwin Fialla, Frau Martha Berger, Frau Hofrat Melanie Wolff, ferner die Herren der Zentralkanzlei des Witwen- und Waisenhilfsfonds. Der Vortragende besprach die Notwendigkeit einer systematischen Arbeitsversorgung der Kriegsinvaliden. Als Voraussetzungen einer Organisation verwies der Vortragende auf die bisherigen in Deutschland getroffenen Anordnungen. Es handle sich zunächst darum, jene Berufe festzustellen, die sich für Beschäftigung von Kriegsinvaliden eignen. Das System der Angliederung an die große Sozialversicherung empfehle sich jedenfalls, doch möge hierbei die Einrichtung wegsfallen, die Kriegsinvaliden von Zeit zu Zeit hinsichtlich des Grades ihrer Erwerbsfähigkeit immer wieder ärztlich zu untersuchen. Die Invaliden sollten jedenfalls durch Aufklärung zur gründlichen Erlernung eines Gewerbes gebracht werden. Für Kriegsinvalide, die für eine geregelte Arbeit nicht mehr verwendbar seien, empfehle sich das System der geschlossenen Pflege und gemeinsamen Arbeit, wie es Pastor von Bodelschwingh in Deutschland mit großem Erfolg durchgeführt hat. Schließlich regte der Vortragende auch an, daß den Familien von Kriegsinvaliden Erwerbsmöglichkeiten geboten werden. Die Versorgung der Kriegsinvaliden durch eine ausgiebige Rente und entsprechenden Erwerb ist auch eine Sache von höchster Staatsraison.

Der Vortrag, der über Anregung des G. d. J. Freiherrn v. Schönau stattfand, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

(Bitte aus den Invalidenschulen.) Um die Einrichtung der Invalidenschulen nach allen Seiten zu vervollständigen, hat es sich als notwendig erwiesen, außer den gewerblichen Fachschulen, auch Unterrichtskurse in Schreiben (Maschinenschreiben), Stenographie, Buchhaltung, Zeichnen, ins Leben zu rufen. Eine ganze Reihe von Leuten werden auch nach durchgemachter Behandlung nicht mehr im Stande sein, ihren früheren Beruf in seinem ganzen Umfang wieder aufzunehmen, sie könnten aber sehr gut in den Bureauzweigen ihres Faches Verwendung finden. Dazu ist es aber unbedingt nötig, daß sie die hierzu erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten sich aneignen. So z. B. ein amputierter Zimmerkellner, der sehr gut im Hotelbureau wird arbeiten können, während er auch mit einem guten Kunstbein das ständige Steigen- und Ablaufen kaum bewältigen kann. Außerdem gibt der Unterricht in diesen Fächern den bis auf ihre Verletzung ja gesunden Leuten genügende Beschäftigung: wenn ein Teil des Tages zur Handlung, ein anderer zur Werkstattarbeit und ein weiterer

zum Unterricht verwendet wird, so ist der Tag vernünftig ausgenützt. Um dies durchführen zu können, sind außer Lehrern für diese Fächer, zu denen sich bereits eine Anzahl gemeldet haben, auch insbesondere Schreibmaschinen nötig und es ergeht deshalb von den Invalidenschulen an die Öffentlichkeit die dringende Bitte, uns mit Schreibmaschinen zu versehen. Bei der großen Anzahl von Schülern würde ein Ankauf von Maschinen zu große Mittel erfordern, andererseits stehen bei der jetzigen Geschäftseinschränkung gewiß Schreibmaschinen unbenützt und könnten sehr gut über Kriegsdauer wenigstens diesem patriotischen Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Da die Invalidenschulen über Feinmechaniker verfügen, so werden auch in ihrer Funktion nicht mehr tabellose Schreibmaschinen mit Dank entgegengenommen. Zuweisung von Schreibmaschinen, sowie schriftliche Anmeldung von freiwilligen Lehrkräften, mit Angabe der Tagesstunden, die sie dem Spital widmen wollen, werden erbeten an Oberstabsarzt Professor Dr. Hans Spitz, k. u. k. Reservehospital Nr. 11 (orthopädisches Spital und Invalidenschulen), 5. Bezirk, Gassergasse 44.

4. II. 1915.

Kriegsfürsorge.

Gründung einer „Invalidenthulfliga.“

Wie schon im Morgenblatte gemeldet, wurde eine Aktion eingeleitet, welche die Versorgung der aus den Invalidenthulfschulen wieder erwerbsfähig entlassenen Kriegsinvaliden mit Arbeit zum Zwecke hat. Ueber die vielfältigen Ziele und die Wege, sie zu erreichen, werden die Interessenten in folgendem Aufruf aufgeklärt:

Eine der unvermeidlichsten, dafür umso grausameren Folgen des Krieges ist die ungeheure Anzahl von mehr oder weniger schwer verletzten Invaliden, Leute, die noch vor kurzem gesund und in voller Lebenskraft hinausgezogen, jetzt aber ganz oder teilweise erwerbsunfähig geworden sind. Selbstredend suchen alle in Betracht kommenden Kreise tunlichst rasch mildernd einzugreifen, da sowohl Staat, als Industrie und Landwirtschaft ein ungeheures Interesse daran haben, diese Reste kostbarer Arbeitskraft nach Möglichkeit zu erhalten. So sind jüngst, als Vorbildlich für die ganze Welt, auf Anregung des Wiener Orthopäden Professor Hans Spizh durch die oberste Militär-sanitätsbehörde in einem Komplex von Spitalern für chirurgisch-orthopädische Behandlung die ersten österreichischen Invalidenthulfschulen eröffnet worden, in denen die Kriegsinvaliden für ein ferneres Fortkommen vorbereitet werden. Die Schulen erfreuen sich des besonderen Schutzes des Kriegsfürsorgeamtes, das unter der umsichtigen Leitung von FML. Löbl alle Fürsorgezweige in seinem Interessenrahmen vereinigt. Staatliche, private, gewerbliche Faktoren, Gewerbeförderungsamt und Genossenschaften helfen werktätig mit. Und unter der bewährten Führung von Geh. Rat Dr. Exner wird die moderne Technik zur Herstellung der Prothesen für die Kriegsinvaliden mobilisiert.

Es ist einleuchtend, daß die Fürsorgetätigkeit mit der Ausbildung der armen Verstümmelten nicht abschließen darf. Hier muß vielmehr eine Aktion einsehen, welche die dauernde Vermittlungsstelle zwischen dem wieder erwerbsfähig gewordenen Arbeitnehmer und den außerordentlich vielfältigen Arbeitsgelegenheiten in Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, eventuell auch staatlichen und städtischen Arbeiten darstellen soll. So hat sich eine auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge erfolgreichste tätige Persönlichkeit, Präsident Dr. Mataja, seit Wochen um das Zustandekommen einer Invalidenthulfsaktion bemüht.

Es ist nun dank der Initiative des unermüdblichen Leiters und Chefarztes der Invalidenthulfschulen Oberstabsarzt Professor Spizh nach dem Programm der Schriftstellerin Selma Strasser eine „Invalidenthulfliga“ in Bildung begriffen, die sich die Förderung und Arbeitsversorgung der in den Schulen ausgebildeten Invaliden derart zur Aufgabe macht, daß die entlassungsreifen Jünger des Herrn Professor Spizh unmittelbar in den Schutz der Liga übergehen. Präsident Doktor Mataja ist mit der Bildung des Arbeitskomitees begriffen.

Die Invalidenthulfliga wird die direkte Verbindung der in ihrem früheren oder in einem neuerlernten Berufe wieder erwerbsfähig gemachten Invaliden mit den zu ihrer Aufnahme bereiten Arbeitgebern so rechtzeitig herstellen, daß der Tag des Austrittes aus der Schule auch den Tag des Eintrittes in ihre neue Arbeitsstelle darstellt. Die Invalidenthulfliga wird also sohin eine Zentralstelle für die in Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft für Invalide zu vergebenden Arbeitsplätze sein, selbstredend immer im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Genossenschaften und anderen Körperschaften. Die Arbeitsversorgung der Liga soll sich auf alle durch

aktive Teilnahme am Kriege invalid oder halbinvalid Gewordene sowie in ihrer Gesundheit bis zu einer geminderten Erwerbsfähigkeit Geschädigten erstrecken. Somit auch auf die durch Krankheit oder Folgen von Schußverletzungen Superarbitrierten, die bis jetzt am schlechtesten wegkommen.

Das weitausholende Programm der Invalidenthulfliga berücksichtigt auch bei Arbeitsunterbringung der Invaliden Heimatsberechtigung und die Sprachverschiedenheit des Reiches, um solcherart einseitige Belastung zu vermeiden. Herrn Professor Spizh's warmes Interesse an seinen Schülern als Arzt und als Mensch bürgt für den Erfolg auch dieses Ausbaues seines bisherigen Wirkungskreises.

Beitrag sei noch, daß sowohl die Invalidenthulfschulen, als auch die Invalidenthulfliga ein auch für Deutschland neues Programm aufstellen. Während die seit Jahren in Deutschland in höchster Blüte stehenden Krüppelheime auf Anregung der deutschen Kaiserin von ihren 57 Heimen mit insgesamt 5000 Betten bisher 3700 Betten den Kriegsinvaliden zur Verfügung stellten, haben die Wiener Invalidenthulfschulen ihre ersten 1000 Betten bereits belegt, und mußte das Militärkommando von der Schwierigkeit weiterer Aufnahmen von Invaliden verständigt werden, und neue Unterkunft für die Hilfesuchenden beschafft werden. Ein schlagender Beweis für die Notwendigkeit beider Aktionen, die naturgemäß ungeteiltem Interesse begegnen, und deren Ziel es ist, der Volkswirtschaft sonst verlorengehende Werte durch die Zentralisation dieser Summe von Arbeitskraft zu erhalten, bis durch die Heranziehung des gegenüberliegenden Gebäudekomplexes größere Werkstätten errichtet werden, in denen nicht nur für gewerbliche, sondern auch für industrielle Betriebe an Maschinenmodellen praktische Übungen gemacht werden können. Gleichzeitig werden bereits Kurse für intellektuelle Berufe abgehalten (Buchhaltung, Stenographie, Zeichnen, Maschinenschriften u.), so daß Leuten, denen durch die Verletzung die volle Ausübung ihres Berufes gesperrt ist, die Möglichkeit eröffnet wird, sich eventuell dem Bureauzweig ihres bisherigen Berufes zuzuwenden.

Alle diese Bestrebungen sind von derartiger Aktualität, daß es nur zu wünschen ist, daß dieselben der weitestgehenden Förderung begegnen, um ihr ideales Ziel zu erreichen.

6. II. 1915

[Die Schule der Einarmigen.] Dieses vielversprechende Institut wurde am 30. v. M. von den Herren Generalstabsarzt Hofrat Professor v. Hochenegg, Hofrat v. Haberler, Ministerialrat Dr. v. Gasteiger, Sektionschef Dr. Raugly und Ministerialsekretär Doktor Lederer besucht und eingehend besichtigt. Hofrat v. Hochenegg, der dieser einzigartigen Schule schon vom ersten Tage ihres Bestehens das wärmste Interesse entgegenbrachte, konnte dem Gründer und Leiter dieser Schule, dem Architekten Karl Großelsinger, die erfreuliche Mitteilung machen, daß ihm vom regierenden Fürsten Johann von und zu Liechtenstein 10.000 K., vom Großindustriellen Karl Roth ebenfalls 10.000 K. und anonym 300 K., zusammen also 20.300 K. für Zwecke dieser Schule als Spenden zugekommen sind. Architekt Karl Großelsinger teilte mit, daß die Schule seit ihrer Eröffnung von 76 Mann und 5 Offizieren besucht wurde und daß gegenwärtig 42 Mann an dem Unterricht teilnehmen. Fünf Frequentanten sind bereits in guten Stellungen untergebracht. Die Herren besichtigten sodann die Uebungen jedes einzelnen Schülers und konnten sich von den Fortschritten und guten Erfolgen persönlich überzeugen. Der Leiter der Anstalt benützte die Gelegenheit, um den Vertretern der k. k. Ministerien die Bitte zu unterbreiten, es mögen die derzeit noch geltenden strengen Aufnahmsbedingungen für den Post- und Eisenbahndienst dahin abgeändert werden, daß unsere Invaliden zum Teile auch in diesen Betrieben entsprechende Beschäftigung finden könnten. Die Stellenvermittlung sei nach der wieder errichteten Erwerbsfähigkeit die wichtigste Frage der Invalidenfürsorge, deren Lösung sich die Schulleitung als nächste Aufgabe gestellt hat. Nachdem die Wichtigkeit dieser Anregung vollste Würdigung gesunden hatte, verabschiedeten sich die Herren mit dem Ausdrucke der größten Anerkennung über das Gesehene von dem Leiter der Anstalt, um unter Führung des Oberstabsarztes Professor Dr. Spizy auch die im selben Hause untergebrachten Schulwerkstätten und Krankensäle zu besichtigen.

Tagung der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge.

(Eigener Bericht.)

Heute vormittag trat im Reichstage in Gegenwart der Kaiserin die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Sie gab trostvolle Ausblicke auf die verschiedenen Möglichkeiten, für unsere verkrüppelten Soldaten zu sorgen. Der Ruf zu dieser Versammlung war ausgegangen von der „Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge“, und aus dem ganzen Reiche, ja aus dem befreundeten Auslande war man dem Rufe gefolgt.

Die Kaiserin erschien kurz vor 11 Uhr und wurde begrüßt von den Herren des Vorstandes und dem Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf. Unter den Ehrengästen sah man eine ganze Reihe von Vertretern der Reichsbehörden und von den Regierungen unserer Bundesstaaten, sowie auch Herren aus Oesterreich-Ungarn. Zahlreich waren auch die Vertreter des Heeres, der Ärzte, wie auch der Städte, Vereine usw. Die Kaiserin nahm mit ihrer Begleitung in der Hofloge Platz.

Der Vorsitzende der Vereinigung, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat, Obermedizinalrat

Prof. Dr. Dietrich

richtete einen ehrfurchtsvollen Dank an die Kaiserin, die rechtzeitig auf die hohe Bedeutung der Fortführung der Arbeiten aller gesundheitlichen Fürsorge auch während des Krieges aufmerksam gemacht und deren Erweiterung angeregt habe. Die Kaiserin habe am 13. August der Vereinigung eine Reihe von Weisungen zukommen lassen, die in kurzen Worten eigentlich ein ganzes Programm der Krüppelfürsorge enthalte. Vor allen Dingen wurde die Krüppelfürsorge auf die orthopädische Nachbehandlung von Verwundeten vorbereitet und die Organisation aufgefordert, die also Behandeln wieder ihren Berufen zuzuführen. Für dieses Programm einer Kriegsfürsorge für Krüppel dankte der Redner der Kaiserin. Der Vorstand habe sich bemüht, die Weisungen baldigst auszuführen. Festgestellt wurde, daß bereits etwa 3000 Betten für die Kriegskrüppelfürsorge vorhanden seien. Die Heeresverwaltung und das Kriegsministerium sind großzügig vorgegangen. Auch die bürgerlichen Behörden sind nicht zurückgeblieben. In hoher Auflage wurde eine Belehrungsschrift über die Aussichten der Heilung für Verkrüppelte herausgegeben. Der Verkrüppelte, darauf kommt es an, soll nicht angesehen werden als ein Gegenstand des Mitleids, sondern des Stolzes und der Dankbarkeit für das, was er

für das Vaterland getan hat. Geh. Rat Dr. Dietrich schloß mit dem Ausdruck der Freude, der Genugtuung, des Dankes für die treue Fürsorge der Kaiserin, während zu gleicher Zeit der Kaiser im Felde steht und sein Heer gegen den Feind führt.

Im Namen der Reichsregierung und der Bundesregierungen richtete dann Ministerialdirektor Dr. Freund einen Gruß an die Versammlung. War schon früher die Bedeutung der Krüppelfürsorge groß, so sei sie in diesem Kriege gewaltig geworden.

In sehr herzlichen Worten sprach dann der österreichische Abgesandte, Oberstabsarzt Dr. Radschewsky aus Wien. Er werde seiner Regierung mit Freuden die ausgesprochenen Grüße bringen. — Hierauf sprach in längerem Vortrage

Prof. Dr. Biefalski

über Hilfsmittel und Aussichten der Kriegskrüppelfürsorge. Auf Grund der schon in Friedenszeiten gewonnenen Erfahrungen konnte der Redner diese Aussichten als sehr erfreulich hinstellen. Es brauchen nur die alten Grundsätze auf die neue Arbeit angewendet zu werden. Was seit dem letzten Deutsch-Französischen Kriege die ärztliche Kunst zu erreichen vermochte, das zeigte Professor Dr. Biefalski gleich an einigen lebendigen Beispielen, an einigen Kindern und an einer Reihe von verkrüppelten Soldaten. Was diese mit ihren verletzten Gliedern leisten konnten, erregte mit Recht allgemeines Erstaunen. Ein junger Mann ohne rechte Hand fing an, kräftig den Schlosserhammer zu schwingen und zu feilen, daß es eine Lust war. Auch ein Athlet, der es sogar wieder werden will, zeigte seine glücklich wiederhergestellten Glieder. Die Tätigkeit der Kriegskrüppelfürsorge ist vorbeugender, heilender und sozialer Art. Eine neue freundige Botschaft an die Verletzten haben wir zu bringen: es gibt kein Krüppeltum mehr, wenn der eiserner Wille dazu vorhanden ist, es zu überwinden! Es ist nötig, daß in dieser Beziehung jeder Deutsche umlerne und den alten Standpunkt verlasse, wo noch geglaubt wurde, daß ein Verstümmelter nicht mehr arbeitsfähig sei. Es gibt kaum einen Krüppel, der außerstande wäre, irgendetwas zu arbeiten, mindestens so viel zu arbeiten, daß er die Befriedigung hat: er ist doch kein unnützes Glied der menschlichen Gesellschaft. Ueber diesen Tatbestand müssen Ärzte und Verwundete aufgeklärt werden. Professor Dr. Biefalski hat in seinem eigenen Lazarett die erfreuliche Erfahrung gemacht, daß nur 5 bis 10 v. H. der Verstümmelten nun wirklich einen anderen Beruf ergreifen müssen. Die meisten können in ihrem alten Berufe weiterarbeiten. Die Ausführungen von Prof. Dr. Biefalski wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Oberstabsarzt

Prof. Dr. Schwiening

legte dann im einzelnen dar, was die Heeresverwaltung für die verkrüppelten Krieger tut. Es wird dabei nach dem Grundsatz verfahren, den Friedrich Wilhelm IV. aussprach: Nicht so billig wie möglich, sondern so gut wie möglich gilt es für verwundete Soldaten zu sorgen. Nicht nur in den Lazaretten selber wird das möglichste getan, sondern auch den Uebergang ins bürgerliche Leben will die Heeresverwaltung durch Berufsberatung erleichtern. Gewährt wird auch eine Verstümmelungszulage.

Nachdem Generalarzt Schulze vom Kriegsministerium den Dank der Heeresverwaltung für die Arbeit der Krüppelfürsorge erstattet hatte, sprach Ministerialdirektor Prof. Dr. Kirchner über den Staat und die Krüppelfürsorge für unsere heimkehrenden Krieger. Er betonte die unabweißbare Pflicht des Staates zur Mitwirkung bei dieser großen Fürsorge. Er ist ja auch der größte Arbeitgeber und muß tun, was wir auch von den privaten erwarten. Er muß auch die privaten Bestrebungen auf diesem Gebiete zusammenschließen; am geeignetsten wird die Provinzialverwaltung dazu sein. Prof. Kirchner bemerkte dann, daß er nur als Privatmann spreche, über die amtliche Tätigkeit seien Erwägungen noch im Gange.

Es trat dann eine Mittagspause ein. Der Nachmittag ist der Beratung von Einzelfragen gewidmet.

Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge.

N Berlin, 8. Febr. (Priv.-Tel. Ctr. Fkt.) Die außerordentliche Tagung der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge wurde in Anwesenheit der Kaiserin im Reichstags-Sitzungsaal heute Vormittag 10½ Uhr eröffnet. Der Reichstagspräsident Dr. Kaempf und Geheimrat Paasche waren anwesend. Der Vorsitzende, Wirtl. Geh. Ober-Regierungsrat Dietrich begrüßte die Kaiserin und die zahlreich erschienenen Vertretungen von Behörden und Organisationen, wohl an 500, erläuterte dann die bisherige Tätigkeit, die Andreise des Schriftführers in ganz Deutschland, die Unterstützung durch die Ministerien, das Rote Kreuz und durch die Gemeinden. Als Erster sprach Professor Dr. Konrad Biesalski (Zehlendorf bei Berlin) über Kriegskrüppelfürsorge: Seit dreiviertel Jahrhunderten kämpfen die Krüppelheime für Heilung, Erziehung und Handwerks-Ausbildung ihrer Kranken. Welche Hilfsmittel liegen auf Grund dieser Erfahrungen für die Krüppelfürsorge vor? Die Entwicklung der ärztlichen Kunst, insbesondere die der Orthopädie, insbesondere die wirksame Vorbeugung der Gelenkversteifungen durch Gipsverbände ist hier anzuführen; Fälle so geheilter Soldaten werden von dem Vortragenden vorgestellt. Ebenso wirken blutige Maßnahmen, welche nach der Wundheilung Besserung brachten. Hinzu kommen mediko-mechanische Maßnahmen, heiße Luft-Massage, sowie künstliche Glieder. Ein Schlosser, der in Zehlendorf im Oskar-Helene-Heim mit einem Arm wieder arbeiten gelernt hat, demonstriert am Schraubstock seine Kenntnisse. Auf dem sozialen Gebiet lautet die „neue Botschaft“: Es gibt kein Krüppeltum, wenn der eiserne Wille des Schwerverwundeten da ist, seine alte oder eine neue Arbeit aufzunehmen. Diese Auffklärung vermittelt Vorträge, Bildwörter, Berufsberatungsstellen ist der Angelpunkt aller Hilfe. Uebungskurse und Werkstätten, Arbeitsnachweise müssen an Lazarette angegliedert werden. Die Kriegskrüppel sollen die alten Arbeitsstätten wieder auffuchen, nur fünf bis zehn Prozent werden gezwungen sein, einen anderen Beruf zu ergreifen. Die Rentenneurossen müssen so verhindert werden.

Oberstabsarzt Dr. Schwiening spricht über die Fürsorge der Heeresverwaltung. 200 000 Betten für Verwundete stehen zur Verfügung, dazu Spezial-ärztliche Abteilungen, chirurgische Autoritäten, Kriegsanitäts-Inspektoren, welche die Lazarette dauernd besuchen. In Groß-Berlin sind 24 mediko-mechanische Institute für die Kriegskrüppel verpflichtet worden, im Rheinland 80, in Schlesien 28; 107 Kur- und Badeorte dienen der Nachbehandlung. Die Militärverwaltung will die künstlichen Glieder, auch wenn sie abgenutzt worden sind, wieder ersetzen und Uebungswerkstätten einrichten. In Heidelberg besteht bereits eine Schule für Einarmige, Blindenunterricht ist beabsichtigt. Außer Renten wird eine Kriegszulage gewährt werden und als Ehrensold eine lebenslängliche Verstümmelungszulage, die unabhängig von der Leistungsfähigkeit bleibt. Die eventuelle Invalidentrente wird nicht verläßt werden. Kein Verwundeter wird vor der Ausheilung entlassen und soll berufslos bleiben.

Generalarzt Schulken berichtet über die vorbeugende Tätigkeit in den Feldlazaretten.

Ministerialdirektor Kirchner erörtert die Fürsorge des Staates für die heimkehrenden Krieger. Viele Schwerverwundete kommen oft seelisch verändert wieder. Von 100 Zivilverletzten hatten früher ein Viertel innerhalb sechs Jahren nach der Verletzung Verfallserscheinungen, nur 3 Prozent erleben einen sozialen Aufstieg. Die Einflüsse der Umgebung dürften manchen inneren Aufschwung zur Arbeit lähmen. Ethische Gründe sprechen für die Fürsorge, nationale und wirtschaftliche. Langsame und geduldige Pflege wird sich auf die Lungen-, Herz- und Nervenkranken erstrecken müssen. Die Berufsberatungsstellen werden auch außerhalb der Lazarette nötig sein. Die Arbeitgeber müssen eine vaterländische Dankespflicht erfüllen, für die schwerverwundeten Angestellten und Arbeiter nach dem Kriege zu sorgen, vor allem die staatlichen (Post-, Eisenbahn- und Bergverwaltungen); auch das Zusammenarbeiten der Schwerverwundeten mit den Gesundgebliebenen muß gefördert werden. Als Träger dienen außer den Krüppelheimen, dem Roten Kreuz, dem Vaterländischen Frauenverein, die Invalidenversicherungsanstalten, die Arbeitsnachweise, die Berufsorganisationen. Der Staat muß aber die Einheit bilden, wie z. B. in der Provinz Brandenburg, wo der Oberpräsident die Aufsicht führt und der Landesdirektor die Fürsorge leitet. Die provinziellen Verwaltungen müssen gleichmäßig vorgehen. In den Bundesstaaten sind solche einheitliche Einrichtungen schon geschaffen; Preußen folgt baldigst nach. Der Staat muß die Ärzte in der Orthopädie umfangreicher ausbilden als bisher, dann wird die Krüppelfürsorge in wirklich arakaliamem Sinne ihr Ziel erreichen.

Landtagsabgeordneter Stadtrat Dr. Fleisch (Frankfurt a. M.) betonte, daß die Fürsorge für die im Kriege Verletzten nicht eine Sache der öffentlichen Armenpflege sei und auch nicht sein dürfe. (Lebhafte Zustimmung.) Damit solle aber nicht gesagt werden, daß nun die Armenpflege von der Sache ganz fern bleiben soll. Wenn eine Sache gesetzlich geregelt sei, so sei noch immer genug für die freie Liebestätigkeit und die Armenpflege zu tun übrig, aber die öffentliche Armenpflege allein würde bei ihrer ganzen Organisation nicht imstande sein, so individuell zu wirken, wie es die freie Liebestätigkeit könne. Es komme doch immer darauf an, den Willen des Verletzten zu stärken, seinen Mut zu heben, ihn zu ermuntern und für ihn einen passenden Beruf und eine geeignete Stelle auszusuchen. Hier biete sich der charitativen Tätigkeit das allerweiteste Feld. Bei der Vielgestaltigkeit der Aufgaben könnte eben nicht eine Organisation allein arbeiten, hier müßten die verschiedensten Organisationen zusammenwirken und sich auf allen Gebieten der Verletzten annehmen. Es würde sich empfehlen, daß sich Ausschüsse bildeten, die mit den großen Lazaretten Hand in Hand arbeiten. Die Mittel für derartige Einrichtungen werden große sein, aber man dürfe davor nicht zurückschrecken und müsse bedenken, daß diese Einrichtung auch nach dem Kriege nicht überflüssig sein wird, denn was jetzt für die Kriegsverletzten geschieht, wird unserem Volksganzen zu Gute kommen. Was wir jetzt lernen, wird später auch für das Gebiet der Fürsorge für die von Geburt Verkrüppelten ausgenutzt werden können. (Lebhafte Beifall.)

Landtagsabgeordneter Sanitätsrat Dr. Mugdan sprach über die Mitarbeit der Ärzte. Für die deutsche Ärzteschaft ist in Bezug auf die Behandlung der Verkrüppelten die Unfallversicherung eine gute Vorschule gewesen. Mit der orthopädischen Behandlung allein ist die Heilung nicht abgeschlossen, sondern es gilt, den Verstümmelten wieder berufsfähig zu machen. Die deutschen Ärzte sind an der Arbeit, ihre Kenntnisse in der Behandlung der Kriegsverletzten zu vertiefen. Morgen beginnt in Berlin der 1. ortho-

pädische ärztliche Fortbildungskursus. Es wäre zu wünschen, daß dieses Beispiel anderwärts nachgeahmt wird und daß die orthopädische Wissenschaft in Zukunft mehr gepflegt wird. Die Herbeiführung eines sicheren Erfolges würde wesentlich erleichtert werden, wenn die Kriegszulage und die Verstümmelungszulage auch dann nicht entzogen würden, wenn der Bezug der Rente schon aufgehört hat. Die deutschen Ärzte werden die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht enttäuschen, sondern mit Freuden mitarbeiten und ihre Pflicht erfüllen. (Lebhafte Beifall.)

Tagung der Vereinigung für Krüppelfürsorge.

(Eigener Bericht.)

2.

Am Nachmittag beschäftigte man sich zunächst mit der Mitwirkung der Arbeiterversicherung bei der Krüppelfürsorge, zu der der Direktor im Reichsversicherungsamt Witowski einige einleitende Worte sprach. Den Standpunkt des Verbandes der Berufsgenossenschaften legte dessen Vorsitzender Dr. Spicker, der über die

Aufgaben der Arbeitgeber

sprach, dar: Der deutsche Erwerbsstand hätte im Frieden die Zustimmung, Verkrüppelte anzustellen, wahrscheinlich zurückgewiesen, weil schon ohnehin die sozialen Anforderungen an sich so groß sind, daß er nur mit Anspannung aller Kräfte auf dem Weltmarkte konkurrieren kann. Alle diese Bedenken treten aber in diesem Augenblick zurück. Auch die Industrie ist bereit, ihren Anteil an den Lasten des Krieges auf sich zu nehmen. Wir werden die Zurückkehrenden nicht zurückweisen, wenn sie als Invaliden oder Halbinvaliden an unsere Tür pochen. Es kommt aber nicht allein auf den guten Willen der Industriellen an, sondern vielmehr auf den guten Willen der Meister und der Arbeiter. Mancher Kriegsinvalide wird auch im Kleingewerbe dauernde Beschäftigung finden. Der kleine Meister findet auch in dem Kriegsinvaliden einen Arbeiter, der nicht sobald seinen Platz verläßt. Es muß alles aufgeboten werden, um die Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit bei dem Invaliden auf das geringstmögliche Maß zurückzuführen.

Als Vertreter der Arbeitnehmer beim Reichsversicherungsamt führte Landtagsabgeordneter Fräßdorf über die Beteiligung der Arbeitnehmer aus: Ich gebe der Freude Ausdruck, daß sich jetzt schon Männer aller Stände zusammenfinden, um die Wirkungen des Krieges zu mildern. Ich gestatte mir aber auch, einige Anschauungen zum Ausdruck zu bringen, die sich in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft bereits festgesetzt haben. Die Tätigkeit der Krüppelfürsorge darf vor allen Dingen nicht aus fiskalischen Interessen, sondern nur im Interesse der Krüppel selbst erfolgen. Das Wort „Verdientes Brot schmeckt am besten“ gilt auch für den Invaliden. Wir begrüßen die Krüppelfürsorge auch aus volkswirtschaftlichen Gründen und sind, so groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, überzeugt, daß sie überwunden werden. Deutschland ist in Organisationsfragen das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Eine feste Organisation über die nächsten Jahre hinaus muß die Grundlage abgeben. Deshalb müssen das Reich oder die Bundesstaaten als Rückgrat in Anspruch genommen werden. Die Fürsorge muß öffentlich rechtlichen Charakter erhalten. Die Arbeitsnachweise müssen herangezogen werden, die Berufsgenossenschaften, die Arbeitgeber und nicht zuletzt die Arbeiterorganisationen. Wenn das Reich und die Einzelstaaten bei der Vergabung ihrer Aufträge diejenigen Industriellen besonders berücksichtigen, die Kriegstrüppeln Beschäftigung geben, so wird auch dies unserem Werke dienen. Die Kriegsgewinne müssen feststehen und dürfen nicht gekürzt werden. — Ein Vertreter des preussischen Arbeitsnachweisverbandes wies an Stelle des verhinderten Oberpräsidialrates Dreher auf die großen Schwierigkeiten hin, die in der Frage der Arbeitsvermittlung zu überwinden seien, sprach aber die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, ihrer Herr zu werden, worauf die Erklärungen der beiden Vorredner schließen ließen.

Landtagsabgeordneter Stadtrat Dr. Fleisch betonte, daß die Fürsorge für die im Kriege Verletzten

*Zugrunde der Vorweisung für
Frühergeleitete.*

nicht eine Sache der öffentlichen Armenpflege

sei und auch nicht sein dürfe. (Lebhafte Zustimmung.) Damit solle aber nicht gesagt werden, daß nun die Armenpflege von der Sache ganz fern bleiben soll. Wenn eine Sache gesetzlich geregelt sei, so sei noch immer genug für die freie Liebestätigkeit und die Armenpflege zu tun übrig. Aber die öffentliche Armenpflege allein würde bei ihrer ganzen Organisation nicht imstande sein, so individuell zu wirken, wie es die freie Liebestätigkeit könne. Es komme doch immer darauf an, den Willen des Verletzten zu stärken, seinen Mut zu heben, ihn zu ermuntern und für ihn einen passenden Beruf und eine geeignete Stelle auszufinden. Hier biete sich der charitativen Tätigkeit das allerweiteste Feld. Bei der Vielgestaltigkeit der Aufgaben könnte eben nicht eine Organisation allein arbeiten, hier müßten die verschiedensten Organisationen zusammenwirken und sich auf allen Gebieten der Verletzten annehmen. Es würde sich empfehlen, daß sich Ausschüsse bilden, die mit den großen Lazaretten Hand in Hand arbeiten. Die Mittel für derartige Einrichtungen werden große sein. Aber man dürfe davor nicht zurückschrecken und müsse bedenken, daß diese Einrichtung auch nach dem Kriege nicht überflüssig sein wird, denn was jetzt für die Kriegsverletzten geschieht, wird unserem Volksganzen zugute kommen.

Landtagsabgeordneter Sanitätsrat Dr. Mugdan sprach über die Mitarbeit der Ärzte. Für die deutsche Ärzteschaft ist in bezug auf die Behandlung der Verwundeten die Unfallversicherung eine gute Vorstufe gewesen. Mit der orthopädischen Behandlung allein ist die Heilung nicht abgeschlossen, sondern es gilt, den Verstümmelten wieder berufsfähig zu machen. Die deutschen Ärzte sind an der Arbeit, ihre Kenntnisse in der Behandlung der Kriegsverletzten zu vertiefen. Morgen beginnt in Berlin der 1. orthopädische ärztliche Fortbildungskursus. Es wäre zu wünschen, daß dieses Beispiel anderwärts nachgeahmt wird und daß die orthopädische Wissenschaft in Zukunft mehr gepflegt wird. Die deutschen Ärzte werden die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht enttäuschen, sondern mit Freuden mitarbeiten und ihre Pflicht erfüllen. (Lebhafte Beifall.)

Es folgte eine längere Aussprache. Dabei machte Oberstabsarzt Dr. Epibey-Wien Mitteilung über die von der österreichischen Heeresverwaltung getroffenen Einrichtungen. Es bestehe in Wien bereits ein orthopädisches Lazarett mit 1000 Betten, das in kurzer Zeit auf 2500 Betten gebracht werden soll. In Verbindung damit sei eine pädagogische Zentrale, die 21 verschiedene Schulen und Werkstätten zur Fortbildung für die Berufe des kleinen Mannes enthalte. Eine Invalidenschulpflicht ist in der Bildung begriffen, deren Mitglieder, Arbeitgeber öffentlicher und privater Betriebe und Geschäfte, sich verpflichten müßten, in erster Reihe Invaliden zu beschäftigen.

Es berichteten dann weiter die Vertreter verschiedener Bundesregierungen in ähnlicher Weise über die von ihren Regierungen getroffenen Maßnahmen.

10. II. 1915.

Schaffen Arbeit für Kriegsinvalide. Eine Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide.

Der gegenwärtige Krieg mit seinen Millionenheeren hat Staat und Gesellschaft vor neue, in früheren Kriegen nicht oder zumindest nicht in diesem Maße gekannte Aufgaben gestellt. Eine dieser Aufgaben, deren Bewältigung noch längere Zeit auch nach erfolgtem Frieden beanspruchen wird, besteht darin, für jene Krieger, die mit verminderter Arbeitsfähigkeit aus dem Feldzug heimkehren, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Den ersten Schritt auf diesem Gebiete hat die Prothesengesellschaft getan. Es ist das rühmlichste Zeugnis für den Fortschritt und die Leistungsfähigkeit der modernen Chirurgie, daß sie den Invaliden künstliche Gliedmaßen zu beschaffen vermag. Aber die Aufgabe, die die Prothese in so segensreicher Weise erfüllt, bedarf noch einer weiteren Ergänzung, einer weiteren hingebungsvollen, systematisch und großzügig durchgeführten Arbeit. Es handelt sich darum, sowohl den Invaliden mit künstlichen Gliedmaßen als auch jenen Tausenden von Invaliden, deren Gebrechen nicht prothetisch behandelt werden können, trotz ihrer verminderten Arbeitsfähigkeit Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Wie viele unserer Tapferen werden, wenn sie als Invalide Arbeit suchen, für ihre früheren Berufe gänzlich unbrauchbar oder für deren Ausübung nur in geringem Maße befähigt sein: Was soll zum Beispiel ein kunstgewerblicher Arbeiter anfangen, der durch eine Verletzung an der Hand seine manuelle Handfertigkeit eingebüßt hat? Wie traurig ist das Los jener, die die geistige Spannkraft, welche die Ausübung ihres Berufes verlangte, durch die Kriegspsychose eingebüßt haben! Die verminderte Arbeitsfähigkeit wird sich sowohl bei den unqualifizierten, als auch — und zwar in ganz besonderem Maße — bei den qualifizierten Arbeitern geltend machen. Der Staat wird zweifellos der wichtigen Aufgabe, hier helfend einzugreifen, nachkommen. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß für deren Erfüllung die Mittel des Staates, dem der Krieg so viel Opfer auferlegt, nicht ausreichen. Es ist daher die Pflicht der Gesellschaft, hier einzuspringen und aus eigener Tatkraft, durch die Fürsorge für diese Kategorien von Invaliden die Proletarisierung von tausenden von Männern zu verhüten, die ihre Kraft und Gesundheit dem Vaterland geopfert haben.

Daß man sich dieser patriotischen und humanen Pflicht bei uns bewußt ist, beweist die freudig zu begrüßende Tatsache, daß am 5. d. in Wien unter dem Ehrenpräsidium des Geheimen Rates Dr. Wilhelm Franz Exner die Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide gegründet wurde.

Die Aufgabe der Gesellschaft, deren Statuten von den kompetenten Behörden bereits genehmigt wurden, geht zunächst dahin, die Invaliden für neue Berufe, an deren Ausübung sie durch ihre Gebrechen nicht behindert sind, entsprechend vorzubereiten. Eine weitere, und zwar die vorzüglichste Aufgabe der Gesellschaft, besteht darin, den Invaliden durch unentgeltliche Vermittlung einer Stelle

oder Arbeit, zu welcher sie trotz ihrer verminderten Arbeitskraft fähig sind, die Gründung einer neuen Existenz zu ermöglichen und so zu verhindern, daß sie der öffentlichen oder privaten Wohltätigkeit länger als unbedingt nötig zur Last fallen. Die Gesellschaft hat, um alle Bevölkerungsschichten zur Mitarbeit an ihrem großen Zwecke heranzuziehen, den geringsten Mitgliedsbeitrag mit dem Betrage von jährlich bloß 3 Kronen festgesetzt. Die Aufgabe eines jeden Mitgliedes wird in erster Linie dahin gehen, in seinem Kreise die Anstellung von Invaliden zu befürworten und zu fördern.

Welche Zustimmung die kaum begründete Gesellschaft jetzt schon gefunden hat, geht aus der Tatsache hervor, daß ihr bereits zahlreiche Zusagen betreffend die Anstellung von Invaliden aus Geschäfts- und Fabrikantentreisen zugekommen sind. Die patriotischen, aber auch volkswirtschaftlich bedeutsamen Ziele des Vereines rechtfertigen die Erwartung, daß ihn alle Bevölkerungskreise in werktätiger Arbeit unterstützen werden.

Beitrittserklärungen, Stellengesuche und Bekanntgabe offener Stellen sind vorläufig zu richten an den geschäftsführenden Präsidenten Dr. Julius Elias, Hof- und Gerichtsadvokat in Wien, 1. Bezirk, Augustengasse Nr. 2.

10.7.1915.

Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge.

N Berlin, 8. Febr. (Priv.-Tel., Str. Frkf.) Auf die (im letzten Abendblatt wiedergegebenen) Referate folgte eine längere

Aussprache.

Freifrau v. Bissing-Ränker betonte die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau, wenn ein großer Erfolg erzielt werden soll. Wenn die Sache allein von Behörden geschieht, dann könnte die Fürsorge sehr leicht einen bürokratischen Charakter annehmen.

Generalarzt Professor Dr. Sudehoff (Berlin) sprach ebenfalls den Wunsch aus, daß orthopädisch-chirurgische Lehrstühle und möglichst auch Kliniken, wie jetzt in Frankfurt, den Universitäten angegliedert würden.

Oberstabsarzt Dr. Spigeh (Wien) machte Mitteilung über die von der österreichischen Heeresverwaltung getroffenen Einrichtungen. Es bestünde in Wien bereits ein orthopädisches Lazarett mit 1000 Betten, das in kurzer Zeit auf 2500 Betten gebracht werden soll. In Verbindung damit sei eine pädagogische Zentrale, die zwanzig verschiedene Schulen und Werkstätten zur Fortbildung für die Verufe des kleinen Mannes enthalte. Eine Invalidenschuh-Liga ist in der Bildung begriffen, deren Mitglieder Arbeitgeber öffentlicher und privater Betriebe und Geschäfte sich verpflichten müßten, in erster Reihe Invaliden zu beschäftigen.

Dr. Dippel (Leipzig), der Vorsitzende des Deutschen Ärztevereinsbundes, versicherte, daß die Ärzteschaft nach allen Kräften an diesen Aufgaben mitarbeiten wird.

In der weiteren Aussprache wurde der Wunsch geäußert, daß man die Invaliden möglichst an die Verwaltungen und Behörden abgeben möchte, denen sie früher angehört hätten, damit diese ihnen eine geeignete Beschäftigung geben. Ältere Familienväter möge man nicht erst zwingen, umzulernen und ein neues Handwerk zu ergreifen, sondern ihnen Mittel an die Hand geben, damit sie sich ein kleines Geschäft einrichten können.

Generalarzt Dr. Schulzen gab als Vertreter des preussischen Kriegsministeriums die Erklärung ab, daß er über die Frage, ob die Kriegs- und Verkrümmelungszulagen unabhängig von der Rente weiter gezahlt werden würden, noch keine Auskunft habe bekommen können. Soweit er aber mit den beteiligten Persönlichkeiten gesprochen habe und wie ihm auch auf eine Anfrage hin erklärt worden sei, halte man praktische Fälle, die eine Entziehung der Rente ergeben könnten, für ausgeschlossen. (Beifall.)

Ein Vertreter des bayerischen Ministeriums des Innern betonte, daß die bayerische Staatsregierung die soziale Fürsorge für die Kriegswaliden als eine Aufgabe der Regierung zu betrachten beabsichtige. Sie stehe aber auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe des Reiches sei, für die Männer, die für des Reiches Sicherheit und Wohlfahrt zu Schaden gekommen sind, die notwendigen Mittel für ihre Versorgung bereitzustellen. Er könne noch nicht mitteilen, welche Schritte noch dieser Richtung gemacht seien, aber versichern, daß auch in dieser Frage vollständige Uebereinstimmung zwischen Nord- und Süddeutschland bestehe. (Beifall.)

Es berichteten dann weiter die Vertreter verschiedener Bundesregierungen in ähnlicher Weise über die von ihren Regierungen getroffenen Maßnahmen.

Kriegstrüppelfürsorge.

(Von unserem Berichterstatter.)

Berlin, 8. Februar.

Im Plenarsitzungsfaal des Reichstages begann heute vormittag eine außerordentliche Tagung der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, die der wichtigen Frage der Fürsorge für die im Kriege verkrüppelten Soldaten gewidmet war.

Als erster Redner sprach Professor Dr. Biesalski über Hilfsmittel und Ausichten der Kriegstrüppelfürsorge. Er betonte die Notwendigkeit, die Kriegstrüppel nicht der Armenfürsorge anheimfallen zu lassen. In der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge besitzen wir schon diejenige Organisation, der die Aufgabe zufallen wird, dafür zu sorgen, daß wir unsere verkrüppelten Krieger ohne Schaden für die Volksgemeinschaft wieder aufnehmen können. Die Fortschritte der Heil- und vor allem der orthopädischen Wissenschaft erleichtern uns diese Aufgabe außerordentlich. Wir haben verschiedene Methoden zur Verfügung, um dieses Ziel zu erreichen. Wir haben einmal die vorbeugende Methode, die Verfleischung der Glieder durch Gipsverbände zu verhindern, wir können die verletzten Gliedmaßen auf chirurgischem Wege wieder brauchbar machen; weiter steht der Ersatz durch künstliche Gliedmaßen zur Verfügung und endlich das Heilmittel der Massage. Unsere Bestrebungen müssen vor allem darauf gerichtet sein, die Verkrüppelten erkennen zu lassen, daß sie eine fernere Arbeitsfähigkeit nur durch Inanspruchnahme dieser Methoden gewinnen können; so kann dem unguünstigen Einfluß vorgebeugt werden, den das Gefühl, nie mehr arbeiten zu können, auf die Moral ausüben müßte.

Oberstabsarzt Professor Dr. Schwiening behandelte die Fürsorge der Heeresverwaltung für die verkrüppelten Krieger, deren Grundlagen schon im Frieden vorbereitet waren. Die Heeresverwaltung steht der Kriegstrüppelfürsorge mit warmem Herzen gegenüber. Die neugeschaffene Einrichtung der Kriegs-sanitätsinspektoren übt eine regelmäßige Kontrolle der Lazarette gerade in dieser Richtung hin aus. Einer großen Anzahl Lazarette sind auch medikomechanische Institute angegliedert, deren Zweck die möglichste Wiederherstellung der vollen Gebrauchsfähigkeit der Glieder ist. Die Militärverwaltung liefert die künstlichen Glieder und gewährt Kriegs- und Verkrüppelungszulagen. Die Heeresverwaltung ist ferner bestrebt, seinen Verwundeten aus der Lazarettspflege zu entlasten, bevor nicht seine Unterstüßungsansprüche geregelt sind. Dadurch wird ihnen der Uebergang ins bürgerliche Leben außerordentlich erleichtert.

Ministerialdirektor Professor Dr. Kirchner sprach über: „Der Staat und die Fürsorge für unsere heimkehrenden Krieger.“ Er führte aus, daß die Verwundeten, wie wir sie in den Straßen Berlins sehen, oft den Eindruck erwecken, als ob sie nicht wüßten, wie sie den Anforderungen des Lebens nach Friedensschluß gewachsen sein sollten. Nach einer Statistik droht 25 Prozent der Verwundeten die Gefahr der Deklassierung, das heißt, es geht ihnen das Glück verloren, ein schaffender Mensch zu sein, 34 Prozent droht die Gefahr des sozialen Herabsinkens. Nur 38 Prozent konnten ihre soziale Stellung bewahren, wie sich bei früheren Kriegen gezeigt hat, und nur zweien vom Hundert gelang es, eine bessere soziale Stellung zu erlangen. Daraus geht hervor, daß die Fürsorge für die Verkrüppelten eine unabsehbare Pflicht für uns, vor allen Dingen für den Staat ist, sowohl aus ethischen und nationalen als auch aus wirtschaftlichen Gründen. Dadurch, daß der Staat den Hauptteil dieser Aufgabe auf sich nimmt, bleibt eine Zersplitterung vermieden und die Erhaltung unserer Weltstellung mit gesichert.

Sodann beschäftigte man sich mit der Mitwirkung der Arbeiterversicherung bei der Krüppelfürsorge. Den Standpunkt des Verbandes der Berufsgenossenschaften legte dessen Vorsitzender Dr. Spicker, der über die Aufgaben der Arbeitgeber sprach, dar: Der deutsche Erwerbsstand hätte im Frieden die Zumutung, Verkrüppelte anzustellen, wahrscheinlich zurückgewiesen, weil schon ohnehin die sozialen Anforderungen an sich so groß sind, daß er nur mit Anspannung aller Kräfte auf dem Weltmarkt konkurrieren kann. Alle diese Bedenken treten aber in diesem Augenblick zurück. Auch die Industrie ist bereit, ihren Anteil an den Lasten des Krieges auf sich zu nehmen. Wir werden die Zurückkehrenden nicht zurückweisen, wenn sie als Invalide oder Halbinvaliden an unsere Türen pochen, und zwar zunächst an die, die sie bei Ausbruch des Krieges verlassen haben. Es kommt aber nicht allein auf den guten Willen der Industriellen an, sondern vielmehr auf den guten Willen der Meister und der Arbeiter. Mancher Kriegsinvalide wird auch im Kleingewerbe dauernde Beschäftigung finden. Der kleine Meister findet auch in dem Kriegsinvaliden einen Arbeiter, der nicht so bald seinen Platz verläßt. Es muß alles aufgeboten werden, um die Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit bei dem Invaliden auf das geringstmögliche Maß zurückzuführen.

Als Vertreter der Arbeitnehmer beim Reichsversicherungsamt führte Landtagsabgeordneter Genosse Frähdorf über die Beteiligung der Arbeitnehmer folgenden aus: Ich gebe der Freude Ausdruck, daß sich jetzt schon Männer aller Stände zusammensinden, um die Wirkungen des Krieges zu mildern. Ich gestatte mir aber auch, einige Anmerkungen zum Ausdruck zu bringen, die sich in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft bereits festgesetzt haben. Die Tätigkeit der Krüppelfürsorge darf vor allen Dingen nicht aus fiskalischen Interessen, sondern nur im Interesse der Krüppel selbst erfolgen. Das Wort „Verdientes Brot schmeckt am besten“ gilt auch für den Invaliden. Wir begrüßen die Krüppelfürsorge auch aus volkswirtschaftlichen Gründen und sind, so groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, überzeugt, daß sie überwunden werden. Deutschland ist in Organisationsfragen das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Eine feste Organisation über die nächsten Jahre hinaus muß die Grundlage abgeben. Deshalb müssen das Reich oder die Bundesstaaten als Rückrat in Anspruch genommen werden.

Die Fürsorge muß öffentlich rechtlichen Charakter erhalten. Die Arbeitsnachweise müssen herangezogen werden, die Berufsgenossenschaften, die Arbeitgeber und nicht zuletzt die Arbeiterorganisationen; die Arbeiterorganisationen, die nach der Auffassung mancher Kreise eine angenehme Enttäuschung gebracht haben, sie werden wie ein Mann dahinter stehen. (Bravo!) Und wenn sich die Arbeiterorganisationen dahinter stellen, dann wird auch aus der Sache etwas werden. Wenn das Reich und die Einzelstaaten bei der Vergabung ihrer Aufträge diejenigen Industriellen besonders berücksichtigen, die Kriegstrüppeln Beschäftigung geben, so wird auch dies unserem Werke dienen. Die Kriegskrenten müssen feststehen und dürfen nicht gekürzt werden. Der Kriegsverletzte darf nicht zusammenzucken, wenn der Briefträger klingelt. Wir sind es diesen Opfern des Krieges schuldig, daß wir ihnen Ruhe gönnen, und wenn sie bei Anspannung mehr verdienen, so sollen wir ihnen das nicht neiden. Es ist auch das Augenmerk darauf zu richten, daß keine Ausbeutung der Notlage erfolgt, wie sie zum Beispiel beim Hausgewerbe zu befürchten ist. Dem Kriegsverletzten dürfen auf keinen Fall seine staatsbürgerlichen Rechte eingeschränkt werden. Auch dürfen nicht einzelne Berufe überfüllt werden, indem man ihnen zu viele von den Verletzten überweist. Bei der unbegrenzten Organisationsmöglichkeit im deutschen Volke wird die Frage gelöst werden; der gute Wille ist auch vorhanden. Schließen wir uns zusammen zur Lösung einer wirklich patriotischen Aufgabe. (Großer Beifall.)

Landtagsabgeordneter Stadtrat Dr. Fiesch (Frankfurt am Main) betonte, daß die Fürsorge für die im Kriege Verletzten nicht eine Sache der öffentlichen Armenpflege sei und auch nicht sein dürfe. (Lebhafte Zustimmung.) Damit solle aber nicht gesagt werden, daß nun die Armenpflege von der Sache ganz fern bleiben soll. Wenn eine Sache gesetzlich geregelt sei, so sei noch immer genug für die freie Liebestätigkeit und die Armenpflege zu tun übrig. Aber die öffentliche Armenpflege allein würde bei ihrer ganzen Organisation nicht imstande sein, so individuell zu wirken, wie es die freie Liebestätigkeit könne. Es komme doch immer darauf an, den Willen des Verletzten zu stärken, seinen Mut zu heben, ihn zu ermuntern und für ihn einen passenden Beruf und eine geeignete Stelle aus-

zuwählen. Hier biete sich der charitativen Tätigkeit das allerweiteste Feld. Bei der Vielgestaltigkeit der Aufgaben könnte eben nicht eine Organisation allein arbeiten, hier müßten die verschiedensten Organisationen zusammenwirken und sich auf allen Gebieten der Verletzten annehmen. Es würde sich empfehlen, daß sich Ausschüsse bildeten, die mit den großen Lazaretten Hand in Hand arbeiten. Die Erfordernisse für derartige Einrichtungen werden groß sein. Aber man dürfe davor nicht zurückschrecken und müsse bedenken, daß diese Einrichtung auch nach dem Kriege nicht überflüssig sein wird, denn was jetzt für die Kriegsverletzten geschieht, wird unserem Volksganzen zugute kommen. Was wir jetzt lernen, wird später auch für das Gebiet der Fürsorge für die von Geburt Verkrüppelten ausgenützt werden können. (Lebhafte Beifall.)

Landtagsabgeordneter Sanitätsrat Dr. Mugdan sprach über die Mitarbeit der Ärzte. Für die deutsche Arbeiterschaft ist in Bezug auf die Behandlung der Verkrüppelten die Unfallversicherung eine gute Vorstufe gewesen. Mit der orthopädischen Behandlung allein ist die Heilung nicht abgeschlossen, sondern es gilt, den Verkrüppelten wieder berufsfähig zu machen. Die deutschen Ärzte sind an der Arbeit, ihre Kenntnisse in der Behandlung der Kriegsverletzten zu vertiefen. Morgen beginnt in Berlin der erste orthopädische und ärztliche Fortbildungskurs. Es wäre zu wünschen, daß dieses Beispiel anderwärts nachgeahmt wird und daß die orthopädische Wissenschaft in Zukunft mehr gepflegt wird. Die Herbeiführung eines sicheren Erfolges würde wesentlich erleichtert werden, wenn die Kriegszulage und die Verkrüppelungszulage auch dann nicht entzogen würden, wenn der Bezug der Rente schon aufgehört hat. Die deutschen Ärzte werden die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht enttäuschen, sondern mit Freuden mitarbeiten und ihre Pflicht erfüllen. (Lebhafte Beifall.)

Es folgte eine längere Aussprache. Freifrau v. Bissing (Münster) betonte die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau, wenn ein großer Erfolg erzielt werden soll. Wenn die Sache allein von Behörden geschieht, dann könnte die Fürsorge sehr leicht einen bürokratischen Charakter annehmen. — Generalarzt Professor Dr. Ludloff (Berlin) sprach ebenfalls den Wunsch aus, daß orthopädisch-chirurgische Lehrstühle und möglichst auch Kliniken, wie jetzt in Frankfurt, den Universitäten angegliedert würden. — Oberstabsarzt Dr. Spizy (Wien) machte Mitteilung über die von der österreichischen Heeresverwaltung getroffenen Einrichtungen. Es bestche in Wien bereits ein orthopädisches Lazarett mit 1000 Betten, das in kurzer Zeit auf 2500 Betten gebracht werden soll. In Verbindung damit sei eine pädagogische Zentrale, die einundzwanzig verschiedene Schulen und Werkstätten zur Fortbildung für die Berufe des kleinen Mannes enthalte. Eine Invalidenschulgiga ist in der Bildung begriffen, deren Mitglieder, Arbeitgeber öffentlicher und privater Betriebe und Geschäfte, sich verpflichten müßten, in erster Reihe Invalide zu beschäftigen. Dr. Dippe (Leipzig), der Vorsitzende des Deutschen Ärztevereinsbundes, versicherte, daß die Ärzteschaft nach allen Kräften an diesen Aufgaben mitarbeiten wird. In der weiteren Aussprache wurde der Wunsch geäußert, daß man die Invaliden möglichst an die Verwaltungen und Behörden abgeben möchte, denen sie früher angehört hätten, damit diese ihnen eine geeignete Beschäftigung geben. Ältere Familienväter möge man nicht erst zwingen, umzulernen und ein neues Handwerk zu ergreifen, sondern ihnen Mittel an die Hand geben, damit sie sich ein kleines Geschäft einrichten können. — Es berichteten dann die Vertreter verschiedener Bundesregierungen über die von ihren Regierungen beabsichtigten Maßnahmen.

Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide.

Die maßgebenden Behörden haben die Statuten einer Gesellschaft genehmigt, die unter dem Ehrenpräsidium des Präsidenten des Technischen Versuchsamtes, Geheimen Rates Dr. G y n e r, Arbeitsgelegenheit für solche Krieger zu schaffen strebt, die mit verminderter Arbeitsfähigkeit aus dem Feldzuge heimkehren. Viele unserer Tapferen werden durch ihre Verletzungen für ihren bisherigen Beruf untauglich. Den ersten Schritt, ihnen zu helfen, hat die Prothesengesellschaft unternommen, doch ist mit der Beschaffung künstlicher Gliedmaßen für den Invaliden noch nicht alles getan. Ebenso notwendig ist es, die heimkehrenden Krieger trotz ihrer verminderten Arbeitsfähigkeit ihrem Beruf anzupassen. In der Mehrzahl der Fälle wird es nötig sein, ihnen die Ausübung eines neuen Berufes zu ermöglichen. Das will die neugegründete Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide tun, deren gründende Versammlung am 5. d. stattfand. Sie wird Invalide für neue Berufe, an deren Ausübung sie durch ihre Gebrechen nicht gehindert sind, entsprechend vorbereiten; sie wird auch — und das soll ihre vorzüglichste Arbeit sein — den Invaliden Arbeitsgelegenheit und damit die Möglichkeit weiteren Fortkommens verschaffen. Daher muß die Gesellschaft unter Heranziehung aller Bevölkerungsschichten auf eine tunlichst breite Grundlage gestellt werden, weshalb auch der geringste Mitgliedsbeitrag mit bloß 3 K. jährlich bemessen wurde. Aufgabe jedes Mitgliedes wird es sein, in seinem Kreise die Anstellung von Invaliden zu befürworten und zu fördern. Die vaterländischen Ziele des Vereines, welcher sich intensive Zusammenarbeit mit dem Kriegsfürsorgeamt zur Aufgabe gemacht hat, rechtfertigen die Erwartung, daß sich alle Bevölkerungsschichten in werktätiger Arbeit für die Gesellschaft vereinigen werden. Beitrittserklärungen, Stellengesuche und Bekanntgabe offener Stellen sind vorläufig an den geschäftsführenden Präsidenten, Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Julius Elias, I. Bezirk, Augustengasse 2, zu richten.

14./II. 1915.

Eine Aktion der Genossenschaft der Kleidermacher.

Eine „Invalidenschule“.

In der letzten Monatsversammlung der Genossenschaft der Kleidermacher führte Genossenschaftsvorsteher Spevak unter anderem aus: Wiederholt werden Bnschriften an die Genossenschaft gerichtet, in welchen von der Front zurückgekehrte Invaliden, die durch die Art ihrer Verstümmelung ihren früheren Berufen nicht mehr nachgehen können, an uns die Bitte richten, ihnen durch die Erlernung des Schneiderhandwerkes zu einer neuen, ihnen noch möglichen Existenz zu verhelfen. Es hat sich nun gezeigt, daß unser Bestreben, diese Braven in einer Meisterlehre unterzubringen, auf manche Schwierigkeiten stieß. Ich habe daher die Absicht, den Versuch zu machen, für diese tapferen Söhne des Vaterlandes eine Invalidenschule zu errichten. In dieser sollen durch einen tüchtigen Meister die darum Ansuchenden in unser Gewerbe eingeführt und zu solcher Fertigkeit in demselben ausgebildet werden, daß sie sich auf diese Weise ihr Brot fernerhin verdienen können und nicht auf die öffentliche Mildtätigkeit oder gar auf Entwürdigendes angewiesen sind. Ich hoffe, in Betätigung dieser patriotischen Sache Ihre werktätige Mitarbeit, sowie auch seitens der betreffenden öffentlichen Stellen Förderung und Entgegenkommen zu finden.

Zu dem Bericht des Vorstehers nahm Vorstandsmitglied Ernst Blau das Wort und gab unter lebhafter Zustimmung der Versammlung der Freude über den Vorschlag des Vorstehers Ausdruck. Die Idee lege neuerlich Zeugnis dafür ab, daß die Vorsteherung der Kleidermacher von modernem Geiste erfüllt und sich stets ihrer Pflicht gegenüber der Allgemeinheit bewußt sei. Die geplante Invalidenschule sei eine soziale Notwendigkeit, die sicherlich in weitesten Kreisen Anerkennung und Beifall und wohl auch bald Nachahmung finden werde. Die Schule werde manchem braven invaliden Soldaten Trost, der Genossenschaft aber Dank und Anerkennung verschaffen.

16. 11. 1915.

**Erzherzog Karl Stephan in der Invaliden-
schule.**

Gestern um 11 Uhr vormittags erschien Admiral Erzherzog Karl Stephan im k. u. k. Reservespital Nr. 11, um diese neuerrichtete Anstalt zu besichtigen. Der Erzherzog wurde von dem Chefarzt der Anstalt Oberstabsarzt Professor Doktor Hans Spitz, dem Stab seiner ärztlichen Mitarbeiter und den in die Anstalt kommandierten Offizieren empfangen. Unter der Führung des Chefarztes und der Chefin der Anstalten Gräfin Hartenau besichtigte der Erzherzog sämtliche Räume des in vollem Betriebe befindlichen Spitals und widmete besonders dem orthopädischen Institut der Anstalt sein regstes Interesse. Der Erzherzog sprach im Laufe seines zweistündigen Rundganges zahlreiche im k. u. k. Reservespital Nr. 11 in Pflege befindliche Offiziere und Soldaten an. Mit dem Erzherzog waren erschienen: der Leiter des Kriegsfürsorgeamtes FML. Hans Löbl, GM. v. Henriquez, Geheimer Rat Graf Sylvatrouca, Gesandter Freiherr v. Niedl, Hofrat Graf Stainach, Sektionsrat v. Rohrer, Oberleutnant Baron Sigismund Springer, Leutnant Ritschl und Hofjuwelier Köchert. — Gestern erschienen Prinzessin Rosa Croh und Baronin Anka Wienertsh im k. u. k. Reservespital Nr. 11 und unterzogen die Anstalt einer eingehenden Besichtigung. Baronin Anka Wienertsh hatte eine Unmenge wertvoller Liebesgaben mitgebracht und beteilte insbesondere die im Spital in Behandlung stehenden amputierten Soldaten mit wertvollen Uhren und die übrige Mannschaft mit Büchern, Ansichtskarten, Kalendern, Plaketten usw. — Gestern nachmittag veranstaltete Gräfin Hartenau ein Konzert, bei welchem die als Meisterin auf dem Klavier bekannte, den Verwundeten in rührender und mütterlicher Weise zur Seite stehende Gräfin Hartenau selbst mitwirkte; ferner Dr. Tedesco, Hof-

musiker Paul Fischer und Herr Huber. Das aus patriotischen und heiteren Musikstücken bestehende Programm der fast zweistündigen Darbietung wurde in virtuosester Weise durchgeführt und erntete den lebhaftesten, begeisterten Dank der zahlreichen Zuhörer.

Das von der Konzertsängerin Billi Claus-Neuroth, der Pianistin Meli Dobner und dem lyrischen Quartett des Wiener Männergesangsvereines (die Konzertsänger Josef Urbanek, Karl August Müller, Franz Niedl und Ludwig Drapal) zusammengestellte Programm für Verwundetenkonzerte hat durch die Zuziehung der Violinvirtuosin Jenny Biller eine weitere Bereicherung erfahren. In dieser Zusammensetzung fanden in jüngster Zeit Konzerte in den Reservespitalern in Lainz (Jubiläumsspital), Penzing (Rochusspital) und im Augartenpalais statt, wo überall dank den wirksam gewählten Vorträgen und deren außerordentlich schöner Ausführung den verwundeten Kriegern Augenblicke wirklicher Labung und Erholung, die sie ihre Schmerzen vergessen ließen, vermittelt wurden. Die Spitalleitungen dankten den mitwirkenden Künstlern, die ihr ganzes Können mit der größten Freude und Bereitwilligkeit diesem patriotischen Zwecke zur Verfügung stellen im Namen ihrer Pfleglinge, und ersuchten um baldige Wiederholung des so genußreichen Konzertes.

17./II. 1915.

* (Die Schule der Einarmigen) wurde kürzlich von dem Generalstabsarzt Hofrat Professor v. Hohenegg, Hofrat von Haberler, Ministerialrat Dr. v. Gasteiger, Sektionschef Dr. Rauph und Ministerialsekretär Dr. Lederer besucht. Hofrat v. Hohenegg, der dieser einzigartigen Schule schon von ihrem Bestand an das wärmste Interesse entgegenbrachte, machte dem Gründer und Leiter dieser Schule, Architekt Karl Großelfinger, die erfreuliche Mitteilung, daß ihm vom regierenden Fürsten Johann von und zu Liechtenstein 10.000 Kronen, dem Großindustriellen Karl Roth ebenfalls 10.000 Kronen und anonym 300 Kronen, zusammen also 20.300 Kronen für Zwecke dieser Schule als Spenden zugekommen sind. Architekt Großelfinger meldete, daß die Schule bisher von 76 Mann und 5 Offizieren besucht wurde. Gegenwärtig nehmen 42 Mann an dem Unterrichte teil. 5 Frequentanten dieser Schule sind bereits in guten Stellungen untergebracht. Die Herren nahmen dann die Übungen der einzelnen Schüler in Augenschein und überzeugten sich hierbei von den guten Lehrerfolgen. Der Schulleiter wies besonders darauf hin, er könne sein Ziel erst dann als erreicht betrachten, wenn den Invaliden feste Stellungen gesichert seien. Er bat die Vertreter der Ministerien, dahin zu wirken, es mögen die derzeit geltenden strengen Aufnahmebedingungen für den Post- und Eisenbahndienst dahin abgeändert werden, daß unseren Invaliden zum Teil auch in diesen Staatsbetrieben entsprechende Beschäftigung geboten werde. Die Stellenvermittlung müsse nach der wieder erreichten Erwerbsfähigkeit wohl die wichtigste Frage der Invalidenfürsorge bleiben. Die Wichtigkeit dieser Anregung fand volle Würdigung. Die Herren verabschiedeten sich von dem Leiter der Anstalt mit Worten voller Anerkennung, um unter Führung des Oberstabsarztes Prof. Doktor Spieß auch die im gleichen Hause untergebrachten Schulwerkstätten und Krankensäle zu besichtigen.

20.7. 1915.

Die Prothesenfrage.**Debatte in der Gesellschaft der Aerzte.**

Auf Anregung des Hofrates Professor Doktor Hochenegg fand bei der gestrigen Wochenversammlung der Gesellschaft der Aerzte in Wien eine Diskussion zur Klärung der so aktuellen und hochwichtigen Prothesenfrage statt, an der sich viele der anwesenden Chirurgen beteiligten.

Hofrat Professor Dr. Hochenegg als erster Redner betonte, daß es unzweckmäßig sei, den Patienten gleich nach der Amputation definitive Prothesen zu verabsorgen, denn der Amputationsstumpf erleide im Laufe einiger Monate Veränderungen, so daß eine zu früh angelegte Prothese bald nicht mehr entsprechen würde. Er empfehle vielmehr, daß den Patienten anfänglich eine einfache, möglichst billige provisorische Prothese gegeben werde, die später gegen ein konstruktiv wertvolleres Stück eingetauscht werden könne. Wieviel Prothesen nötig sein werden, um alle Bedürftigen zu betheilen, darüber fehle vorläufig der Ueberblick. Der Zweck der Prothese ist ein funktioneller und kosmetischer, doch verdiene der letztere in der jetzigen Zeit weniger Berücksichtigung. Nach der Amputation einer oberen Extremität soll zunächst eine gründliche Schulung des gesunden Armes vorgenommen werden, ehe ein Ersatzarm in Funktion gesetzt wird, da sonst sowohl der gesunde Arm wie der Ersatzarm in ihrer separaten Betätigung eine Hemmung erfahren. Die Prothese als Ersatz einer unteren Extremität soll möglichst die einfache Form eines Stelzfußes zeigen; um Leuten, die in kleinen Ortschaften leben, im Falle der Notwendigkeit, die Reparatur des Kunstfußes zu ermöglichen. Den Prothesenbedürftigen möge auch eine Rente zur Instandhaltung der künstlichen Extremität gesichert werden.

Primarius Dozent Dr. D. v. Frisch stellte hierauf mehrere Fälle von Amputationen an unteren Extremitäten vor. Die Patienten trugen Gipsstelzen, wie sie auf der Klinik Eifelsberg schon seit vielen Jahren in Verwendung stehen. Man konnte beobachten, wie glänzend sich diese überaus billigen, provisorischen Prothesen bewähren.

Als nächster Redner führte Dr. Guido Engelmann zwei Patienten vor, an denen Unterschenkelamputationen vorgenommen worden waren. Er legte ihnen im Saal die von ihm konstruierten Universalprothesen an, mit denen die beiden Patienten vorher nur zweimal, und zwar je zehn Minuten Uebungen gemacht hatten. Der eine Patient, bei dem beide Beine durch die Universalprothese ersetzt worden waren, bewegte sich mit Hilfe eines Stabes mit relativer Sicherheit weiter, während der zweite, dessen linker Fuß gesund war, ganz ohne Stock zu gehen imstande war. Dr. Engelmann zeigte ferner andre von ihm konstruierte provisorische Ersatzgliedmaßen im Lichtbild.

Hierauf meldete sich der Leiter des Invalidenospitals, Professor Dr. Hans Spitz, zum Wort, der betonte, daß jetzt viele schlechte, unzweckmäßige Prothesen erzeugt würden. Es sei die möglichst einfache, aber praktisch wertvolle Prothese anzustreben. Die Hauptsache sei die Uebung der gesunden und der künstlichen Extremitäten, um das Möglichste im Gehen und in der handwerksmäßigen Arbeit zu erzielen. Die Prothesenschule zähle jetzt unter ihren einarmigen Schülern einen Friseur, einen Photographen, einen Tischler u., die in der Ausübung ihres alten Berufes sehr gute Fortschritte machen.

Regierungsrat Professor Dr. Lorenz hob als nächster Redner hervor, daß die Prothese nur den praktischen Zweck und nicht zur Maskierung der Deformation zu dienen habe.

Hierauf sprach Professor Dr. Kanzi, der insbesondere die Notwendigkeit der Tragfähigkeit des Amputationsstumpfes betonte, zu deren Erzielung er verschiedene wissenschaftliche Methoden angab.

Als letzter Redner sprach Hofrat Professor Dr. Eifelsberg, der erklärte, daß die Kosmetik kein zu unterschätzender Faktor in der Zweckfrage der Prothese sei. Er erzählte von sehr vollkommenen Ersatzgliedern, die er in Amerika gesehen habe und die dank ihrer Konstruktion Wunderbares leisteten. Ein amerikanischer Ingenieur namens Carney, der durch einen Unglücksfall die rechte Hand verloren hatte, habe eine Kunsthand konstruiert, mit der er sämtliche kleinen Handgriffe des täglichen Lebens ausführen konnte. Es habe sich in Kansas daraufhin eine Aktiengesellschaft gegründet, bei der als arbeitende Mitglieder nur Personen aufgenommen wurden, die mindestens einen Arm, häufig aber alle zwei verloren hatten. Hofrat Eifelsberg zeigte hierauf eine Skizze, die nach einer Zeichnung gedruckt wurde, die ein Einarmiger mit der Prothese nach schon vierzehntägigem Gebrauche entworfen hatte.

Sodann wurde die interessante Diskussion geschlossen.

20. 7. 1915.

Prothesendebatte in der k. k. Gesellschaft der Ärzte.

Wien, 19. Februar.

Ueber Anregung des Generalsekretärs Hofrat Professor Dr. v. Socheuegg fand in der heutigen Sitzung der k. k. Gesellschaft für Ärzte eine wichtige Debatte über die Prothesenfrage statt.

Generalsekretär Hofrat Professor Dr. v. Socheuegg sprach die einleitenden Worte. Er betonte, daß man nicht gleich nach der Amputation eine Prothese anlegen dürfe. Es braucht eine gewisse Zeit, bis sich der Stumpf für eine Prothese eignet. Es sei deshalb praktischer, anfangs provisorisch billige Prothesen zu verwenden und erst zu einem späteren Termin, etwa ein halbes Jahr nach der Amputation, die definitive Prothese zu konstruieren. Derzeit fehlt es leider an Material, das überdies sehr teuer ist, und an Arbeitern für definitive Prothesen. Die Prothesen haben einen kosmetischen und einen funktionellen Zweck. Letzterer ist selbstverständlich voranzustellen. Bei Prothesen für den rechten Arm darf an einen künstlichen Apparat erst dann gedacht werden, wenn der gesunde linke Arm sich bereits eingearbeitet hat. Durch methodischen Unterricht sind die Leute, die Prothesen tragen, auf den Kampf um das Dasein vorzubereiten. Das ist der Zweck der Schule für Einarmige, in welcher auch Lehrer für Einarmige herangebildet werden. Für das Bein gilt dasselbe wie für den Arm. Jeder Patient soll zuerst einen provisorischen Stelzfuß erhalten, an den sich dann die Prothese anzuschließen hat.

Primarius Dozent Dr. v. Frisch demonstrierte mehrere Fälle, bei welchen Gipsstelzen für die Beine gute Dienste leisten. Diese Gipsstelzen sind einfach und billig und werden seit Jahren an der Klinik Eiseleberg erzeugt und verwendet.

Dr. Engelmann zeigte neue Apparate für Oberschenkelamputationen vor, ferner eine sehr starke Universalprothese für den Unterschenkel. An den beiden Beinen Amputierte gehen mit Hilfe eines Stockes und der Universalprothese sehr gut.

Professor Dr. Spitz, Leiter des Invalidenspitals und der Invalidenschule in Wien, betonte, daß die Patienten viel zu früh die definitive Prothese erhalten. Der Staat hat für jede Prothese durchschnittlich 250 K. bestimmt. Für dieses Geld soll nicht sofort eine definitive Prothese eingekauft, sondern es sollen etwa 50 K. für eine provisorische Prothese bestimmt werden. Der Rest dürfte in den meisten Fällen für eine gute, dauerhafte Prothese genügen. Jeder Mann muß

lernen, seine Prothese selbst zu reparieren, was für die Kleinstadt und für das Land von großer Wichtigkeit ist. In der Invalidenschule unterrichten bereits einarmige Feinmechaniker, Friseur und Tischler.

Regierungsrat Professor Lorenz betonte, daß die Zweckmäßigkeit wichtiger sei als die Schönheit der Prothese. Er habe beobachtet, daß wohlthätige Damen die Kranken mit fertigen Prothesen beschenkten. Derartige Prothesen sind sehr schön, aber auch sehr teuer und in vielen Fällen unbrauchbar.

Professor Kanzi hob hervor, daß es die Hauptsache für den Chirurgen sei, die Stümpfe tragfähig zu machen. Die Frage der Prothesen sei dann leicht zu lösen.

Hofrat Professor v. Eiseleberg berichtete, daß ein Ingenieur in Amerika, namens Carnes, der durch eine Maschinenverletzung die rechte Hand verloren hatte, eine künstliche Hand konstruiert habe, die Ausgezeichnetes leistete. Im Staate Kansas habe sich eine Carnes-Gesellschaft gebildet, welche derartige Prothesen erzeuge. In der Fabrik werden hauptsächlich einarmige Arbeiter beschäftigt. Freilich kostet eine derartige künstliche Hand beiläufig 1500 K. Neben der Zweckmäßigkeit sei auch bei Prothesen die Kosmetik zu berücksichtigen, da es notwendig sei, die Prothesenbedürftigen gesellschaftsfähig zu machen.

Ansiedlung von Kriegsinvaliden.

Zu einer Besprechung über gründliche und gesunde Versorgung unserer Kriegsinvaliden hatten Freunde des Vereins für soziale Kolonisation Deutschlands, E. V. Einladungen ergehen lassen. An der Versammlung, die vorgestern im Reichstage zusammentrat, nahmen teil: Abgesandte sämtlicher in Betracht kommenden Ministerien und Reichsämtler, u. a. Dr. Bumm, Präsident des kaiserlichen Gesundheitsamtes, Generalarzt Schulzen vom Kriegsministerium, Geheimer Oberregierungsrat Krause vom Landwirtschaftsministerium, Geheimrat Meister vom Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. Kirchner, Ministerialdirektor Dr. Freund. Ferner Oberpräsident von Ostpreußen Erzelleng v. Batocki, Präsident Meh, Oberbürgermeister Geib vom Zentralkomitee des Roten Kreuzes, Senatspräsident Klügge, Graf Westarp, M. d. R., die Magistratsräte Wöbling und v. Schulz, Prof. Werner Sombart, Hans Ostwald, Reichstagsabgeordnete aller Parteien, Vertreter fast aller großen Siedlungsgesellschaften und der großen Vereinigungen.

Der Vizepräsident des Reichstages, Herr Geheimrat Prof. Dr. Paasche, hielt die einleitende Rede. Wir hätten mit viel mehr Kriegsinvaliden zu rechnen, als wir erwartet haben, und müssen, wenn wir unsere gesetzlichen Pflichten erfüllen wollen, riesige Summen in einem zu schaffenden Invalidensonds festlegen. Selbstverständlich muß ausreichend für die Opfer des Krieges gesorgt werden. Das Wichtigste wäre, nicht die Rente zu erhöhen, sondern selbständige Existenzen zu schaffen. Die ärztliche Kunst macht zwar fast alle wieder ganz gesund und erwerbsfähig, aber der Staat müßte den Invaliden Plätze offenhalten, wo sie voll leistungsfähig sich betätigen können. Von denen, die zu Krüppeln geschossen sind, brauchen allerdings nur 5 v. H. dauernd ihren Beruf zu wechseln. Wir hätten aber nicht nur Krüppel, sondern auch sehr viele Kranke. Diese ließen sich nicht alle in Fabriken unterbringen, sie könnten besser draußen in frischer Luft sich betätigen. So sollten wir sie in jeder Form siedeln. Entweder als Bauern oder Landarbeiter oder auch als Handwerker und Industriearbeiter bei kleinen Orten. Alle, die vom platten Lande stammen, müßten wir auch wieder dahin zurückführen und sie nicht etwa der schädigenden Heimindustrie überlassen. Platz genug ist für alle vorhanden. Wir haben noch genug kulturfähiges Uedland. Wir haben gesehen, daß wir zur Sicherung unseres Bedarfes an Nahrung unsere gesamten Ländereien so intensiv wie möglich ausnutzen müssen. Durch eine umfangreiche Kleinsiedlung werden wir die Ernährung des Volkes bessern und sicherstellen. Die gesiedelte Familie kann in ihrem Garten Kartoffeln und alles Gemüse und alles Obst, das sie braucht, selbst erzeugen. Sie kann sich Hühner halten und dadurch stets frische Eier haben. Wenn sie Ziegen in ihren Ställen füttert, kann sie genügend Milch für die Kinder selbst erzeugen. Durch Fütterung von Schweinen kann sie fast ihren ganzen Fleischbedarf selber decken und schließlich noch manches verlaufen und auf den Markt bringen. Solche Kleinsiedlungen können auch bei verminderter Arbeitskraft bestellt werden. Die Mittel zu großzügigen Siedlungen müßten zum Teil im Rentengutsverfahren aufgebracht werden, zum Teil müßte die geringe Anzahl von Freunden der Ansiedlung geschenktweise hergegeben und größere Mittel vom Reich oder Staat bereitgestellt werden. Dr. Reup von der Gesellschaft für innere Kolonisation trat für teilweise Kapitalisierung der Invalidenrente ein. In der folgenden Diskussion, an der sich u. a. beteiligten: Präsident Meh, Ministerialdirektor Dr. Freund, Dr. Oppenheimer und Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, wurden Bedenken gegen eine solche Kapitalisierung geäußert.

Alle Redner und die gesamte stark besuchte Versammlung nahmen mit Begeisterung den Plan auf, den Invaliden und ihren Familien ein Heim auf dem Boden ihres Vaterlandes zu sichern, das sie mit Aufopferung ihrer Gesundheit verteidigt haben.

22. II. 1915.

Ansiedlung von Kriegsinvaliden.

Zu einer Besprechung über gründliche und gesunde Versorgung unserer Kriegsinvaliden hatten Freunde des Vereins für soziale Kolonisation Deutschlands Einladungen ergehen lassen. An der Versammlung, die vorgestern im Reichstag zusammentrat, nahmen Abgesandte sämtlicher in Betracht kommenden Ministerien und Reichsämter teil. Der Vizepräsident des Reichstags Prof. Dr. Baasche hielt die einleitende Rede. Wir hätten mit viel mehr Kriegsinvaliden zu rechnen, als wir erwartet haben und müßten, wenn wir unsere gesetzlichen Pflichten erfüllen wollten, riesige Summen in einem zu schaffenden Invalidenfonds festlegen. Selbstverständlich muß ausreichend für die Opfer des Krieges gesorgt werden. Das Wichtigste wäre aber, nicht die Rente zu erhöhen, sondern selbständige Existenzen zu schaffen. Die ärztliche Kunst macht zwar fast alle wieder ganz gesund und auch erwerbsfähig, aber der Staat müßte den Invaliden Plätze offen halten, wo sie sich voll leistungsfähig betätigen können. Von denen, die zu Krüppeln geschossen sind, brauchen allerdings nur 5 Prozent dauernd ihren Beruf zu wechseln. Wir haben aber nicht nur Krüppel, sondern auch sehr viele Kranke. Diese ließen sich nicht alle in Fabriken unterbringen, sie könnten besser draußen in frischer Luft vorwärts kommen. So sollten wir sie in jeder Form ansiedeln, entweder als Bauern oder Landarbeiter oder auch als Handwerker und Industriearbeiter bei kleinen Orten. Alle, die vom platten Lande stammen, müßten wir auch wieder dahin zurückführen und sie nicht etwa der schädigenden Heimindustrie überlassen. Platz genug ist für alle vorhanden. Wir haben noch genug kulturfähiges Dehland. Wir haben gesehen, daß wir zur Sicherung unseres Bedarfes an Nahrung unsere gesamten Ländereien so intensiv wie möglich ausnutzen müssen. Durch eine umfangreiche Kleinsiedlung werden wir die Ernährung des Volkes bessern und sicherstellen. Solche Kleinsiedlungen können auch bei verminderter Arbeitskraft bestellt werden. Die Mittel zu großzügigen Siedlungen müßten zum Teil im Rentengutsverfahren aufgebracht werden, zum Teil müßte die geringe Anzahlung von Freunden der Ansiedlung geschenktweise hergegeben und größere Mittel vom Reich oder Staat bereitgestellt werden. Dr. Reup von der Gesellschaft für innere Kolonisation trat für teilweise Kapitalisierung der Invalidenrente ein. In der Diskussion, an der sich u. a. beteiligten: Präsident Meß, Ministerialdirektor Dr. Freund, Dr. Oppenheimer und Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, wurden Bedenken gegen eine solche Kapitalisierung geäußert. Alle Redner und die gesamte stark besuchte Versammlung nahmen mit lebhafter Zustimmung den Plan auf, den Invaliden und ihren Familien ein Heim auf dem Boden ihres Vaterlandes zu sichern, das sie mit Aufopferung ihrer Gesundheit verteidigt haben.

(Gründende Versammlung des Vereines „Die Technik für die Kriegsinvaliden“.) Im Beisein Sr. I. u. I. Hoheit des Herrn Erzherzogs Karl Stephan fand gestern im Saale des Gewerbevereines unter dem Vorsitze des Anregers, Herrenhausmitgliedes Dr. Wilhelm Erner, die gründende Versammlung des Vereines „Die Technik für die Kriegsinvaliden“ statt. Geheimer Rat Dr. Wilhelm Erner erörterte in längerer Ansprache die Zwecke des neuen Vereines, der die Aufgabe habe, nicht nur allein Geld zu sammeln, sondern auch die Privatfürsorge im weitesten Umfange für alle jene in die Wege zu leiten, welche ihrer Pflicht folgend, auf dem Felde der Ehre in der Verteidigung der Interessen des Vaterlandes zu Invaliden geworden sind. Universitätsprofessor und Oberstabsarzt Dr. Oskar Föderl hielt sodann einen Vortrag über die kosmetischen und funktionellen Aufgaben der Prothesen. Er stellte den Grundsatz auf, daß dort, wo Kosmetik und funktionelle Wertigkeit vereinbart ist, das Einfachste, Primitivste als Prinzip nicht dominierend sein kann. Er führte eine Reihe von mit Prothesen versehenen Personen vor, die dank der künstlichen Behelfe sich unauffällig bewegen und ihrem Erwerbe ohne merklliche Störung nachgehen können. Aus diesen Beispielen, sagte er, ist zu ersehen, daß die Personen unter erschwerten Bedingungen vollwertige Mitglieder der Gesellschaft sind. Wer den Willen zur Arbeit hat, beansprucht nicht Mitleid, sondern Arbeit. Es gibt kein dauerndes Krüppeltum im Sinne der vollständigen Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit, wenn der Träger eines Defekts kein Krüppel sein will. Keine Verstümmelung berechtigt den Träger derselben zum Leierlastenmann, wenn er den Willen zur Arbeit hat. Der mit Stelzfuß und Lizenz ausgestattete Bettler und Werkelmann muß verschwinden, wenn nicht viel moralisches Volkskapital verloren gehen soll. Freilich setzt dies auch das Verständnis der Allgemeinheit für solche Fragen voraus. In diesem Sinne zu wirken, ist Aufgabe der Krüppelfürsorge und Pflicht der Gesellschaft ist es, den Verstümmelten ihrem Können entsprechend die Tore zur Arbeit zu öffnen. (Lebhafter Beifall.) Oberstabsarzt Dr. Hans Spitz berichtete in Kürze über den Verlauf der unter dem Ehrenvorsitze der deutschen Kaiserin in Berlin abgehaltenen Tagung der Gesellschaft für Invalidenfürsorge und gab ein Bild der Einrichtung der Wiener Invalidenschulen, die auch von deutschen Offizieren und Ärzten demnächst besichtigt werden. In das Kuratorium wurden gewählt: zum Präsidenten Geheimer Rat Dr. Wilhelm Erner; zu Vizepräsidenten: Professor Dr. Oskar Föderl und Oberbaurat Artur R. v. Boschan; zu Kuratoren: Dr. Rudolf von Aberle, Ministerialsekretär Doktor Alfred Christ, Kommerzialrat Artur Ehrenfest-Egger, Hofrat Freiherr v. Eiseleberg, Abgeordneter Ganzer, Hofrat Dr. v. Hohenegg, Industrieller Friedrich Leiter, Sektionschef v. Kohrer, Bandagist Wilhelm Scheinberger, Oberdirektor Eduard Schiffer, Artur Schmidl, Primarius Dr. Karl Smetz, Professor Ferdinand Walla und Minister a. D. Geheimer Rat Dr. Graf Widenburg.

Die Schlusssätze des Hofrates Generalstabsarzt v. Hochenegg zur Prothesenfrage.

Wien, 3. März.

Hofrat Generalstabsarzt Professor v. Hochenegg hat bekanntlich in der k. k. Gesellschaft der Ärzte eine Diskussion über die Prothesenfrage angeregt, deren Zweck sein soll, die Art und Weise der Beschaffung entsprechender Prothesen für Kriegsverwundete, denen Arm und Bein amputiert werden mußte, zu organisieren, die Kranken durch Ausstattung mit guten Prothesen vor der lebenslänglichen Invaliderität zu schützen. Hofrat v. Hochenegg hob hervor, daß der Chirurg — trotzdem er konservativ denkt — durch lebensgefährliche Erkrankungen des Verwundeten, wie drohende Blutvergiftungen, schwere Eiterungen, Brand der Extremitäten, Eitrierungen derselben, gezwungen werden kann, die Amputationsfrage in die Hand zu nehmen. Die Erhaltung des Lebens geht eben vor der Erhaltung eines Armes oder Beines. Was wir hier in Wien an Amputierten sehen, ist nur ein winzig kleiner Teil der Amputierten des Hinterlandes. Zu diesen kommen die Amputierten anderer chirurgischer Arbeitsstätten in den diversen Provinzspitälern und die zahlreichen primären Amputationen hinter der Front, bei denen zur momentanen Lebensrettung Amputationen ausgeführt werden mußten. Diese Erwägungen ergeben nur ein ungefähres Bild über die Anzahl der amputierten Invaliden. Es ist aber eine amtliche Erhebung über die Zahl der Amputierten sowie die Art der Beschäftigung usw. im Zuge, so daß in Kürze genauere Zahlen zur Verfügung stehen werden.

Hofrat v. Hochenegg schlägt vor: 1. Daß bei Amputationen an der oberen Extremität der Grundsatz zu gelten habe: Für hohe einseitige Oberarmamputationen keine Prothesen, für Vorderarmamputationen sogenannte Arbeitsprothesen zu verabsorgen. Die Invaliden beider Kategorien sind zu ihrer Ausbildung in eine der Schulen für Einarmige zu verweisen und erst nach Abschloß der dort gebotenen Unterrichts eventuell mit Prothesen zu betheiligen. Bei beiderseitigen Ober- und Vorderarmamputationen wären Kunstarme zu gewähren.

2. Es ist für Amputationen an der unteren Extremität unbedingt anzustreben, daß die Amputierten mit möglichstster Beschleunigung gehfähig entlassen werden. Die Invaliden sehnen sich vielfach nach Hause; wir brauchen weiter in unseren Spitälern den Platz für andere Verletzte, und bei dem Umstande, daß 60 bis 70 Prozent der österreichischen Soldaten der Landbevölkerung angehören, ist es gerade jetzt wichtig, diese möglichst bald für die Frühjahrsarbeiten auf den Feldern, für welche nach Einberufung des Landsturmes die Arbeitskräfte bedrohlich mangeln, disponibel zu machen. Aus allen diesen Gründen gehe es daher nicht an, die Amputierten so lange in unseren Anstalten zurückzubehalten, bis sie reif für die Anpassung einer definitiven Prothese sind.

3. Ich schlage bezichtigt vor, daß derzeit, einige Ausnahmefälle abgerechnet, an die Amputierten der unteren Extremität nur provisorische Prothesen mit möglichst einfacher Konstruktion verabsolgt werden. Die Stumpfform ist kurz nach eingetretener Wundheilung keine definitive, weil sich jeder Amputationsstumpf im Laufe der ersten Zeit in seiner Form verändert, weil vielfach die Krüppeln durch Krankheit und Strapazen abgemagert sind oder umgekehrt durch Bettruhe, Arbeitsentlastung, gute Pflege und Kost in unseren Spitälern dermaßen an Körperfülle zugenommen haben, daß zu erwarten ist, daß sie dieselbe bei Aufnahme ihrer schweren Arbeit und unter ihren mißlichen häuslichen Verhältnissen sehr bald einbüßen dürften.

Der derzeitige Mangel an geeigneten Arbeitskräften und geeignetem Material sowie ebenfalls der Umstand, daß die Erfolge der vom Geheimen Rat Wilhelm Czner eingeleiteten Aktion abzuwarten sind, sind weitere Argumente dafür, die Anfertigung der definitiven Prothesen als Gegenstand ruhiger Friedensarbeit zu bezeichnen.

4. Alle mit provisorischer Prothese Betheiligten, in ihre Heimat Entlassenen sind in Evidenz zu führen, um sie pannenweise zu passender Zeit zur Herstellung definitiver Prothesen einberufen zu können.

5. Bei Verlassen des Spitals oder der Gehschule ist den amputierten Kriegsinvaliden der vom Staate bewilligte Betrag von 250 K. in der Weise vollkommen sicherzustellen, daß dieser Betrag selbst lediglich für Beschaffung einer Kunstprothese, die inzwischen einlaufenden Zinsen aber zur Instandhaltung der primären Stelzfußprothese verwendet werden können. Auf Grund einer Entscheidung der obersten Militärbehörde hat jeder Amputierte für Anschaffung seiner Prothese auf einen Betrag von 250 K. Anspruch. Da mithin durch diese Zusicherung die Kosten für eine Prothese von Staats wegen vollaus gedeckt sind, sollten die durch private Sammlungen eingelangten Fonds dazu verwendet werden, um die Amputierten anderwärts finanziell zu unterstützen; ihnen zum Beispiel die Her- und Rückreise zu ermöglichen, ihnen während der Zeit ihres Aufenthaltes in der Stadt den Verdienstentgang zu entschädigen usw.

6. Um eine Zerflatterung der bereits zahlreichen, mit Hingebung, Selbstlosigkeit und Fachkenntnis inženierten und geförderten Aktionen auf dem Gebiete der Ersatzgliedmaßen zu verhüten, muß ehe baldigst im Kriegsministerium eine Stelle geschaffen werden, welche, ohne sich mit Sammelstätigkeit irgendwoher Art zu befassen, alle auf die Krüppelfürsorge abzielenden Bestrebungen zu vereinigen und alle diesbezüglichen Interessen amtlich wahrzunehmen hätte, um weiter, natürlich unter steter Mitwirkung berufener medizinischer Kreise, die Richtlinien für die Behandlung aller einschlägigen Fragen zu geben.

Die k. k. Gesellschaft der Ärzte hat, wie bereits gemeldet, ein Komitee eingesetzt, das diese Schlusssätze beraten und dem Plenum in der nächsten Sitzung vorlegen wird.

* Die Fürsorge der Provinz Brandenburg für die Kriegsbeschädigten ist, wie wir berichteten, Gegenstand der Erörterung im Abgeordnetenhaus gewesen. Es ist dort entgegen irrigen Auffassungen bereits mitgeteilt worden, daß die Uebernahme dieser Fürsorge nur eine vorläufige ist und daß die Kosten später vom Reich zurückerstattet werden sollen. Es handelt sich jetzt darum, die nötige Hilfe denjenigen Helden des Krieges, die dauernd in ihrer Erwerbsfähigkeit behindert sein werden, möglichst rasch und zweckmäßig zuteil werden zu lassen. Hier kann nur dezentralisierte, liebevoll auf alle persönlichen Einzelheiten eingehende Fürsorge wirklichen Segen versprechen. Das Reich erscheint für die Uebernahme einer solchen Aufgabe nicht geeignet; ebensowenig der Staat; es entstände die Gefahr schematischen Vorgehens. Die besten Organisationen für diesen Zweck bieten in Preußen die Provinzialverbände. Die Provinz Brandenburg ist mit der Uebernahme der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bereits vorangegangen. Eine Zusammenkunft der Landesdirektoren der preussischen Monarchie, die vor kurzem in Berlin stattfand, hatte das Ergebnis, daß möglichst alle preussischen Provinzen die Kriegsbeschädigtenfürsorge gegen spätere Kostenerstattung durch das Reich übernehmen und ihre Organisationen in den Dienst dieser vaterländischen Sache stellen. Die Provinzen haben unmittelbare Fühlung bis zu den kleinsten Gemeinden hinunter. Sie verfügen infolge ihrer jetzigen Fürsorge für Taubstumme, Blinde, Epileptische, Irre usw. über einen großen Apparat von Anstalten, Ärzten und Pflegepersonal; sie haben Erfahrungen gesammelt wie wohl keine andere in Frage kommende Instanz. Der Provinzialausschuß für die Provinz Brandenburg hat sich einstimmig auf den Boden von Zeitsätzen gestellt, denen der Landtag in seinem Beschluß gefolgt ist und die wohl für alle preussischen Provinzen vorbildlich sein werden. Diese Zeitsätze sehen auch die Heranziehung der örtlichen Selbstverwaltung, überhaupt aller Einrichtungen und Veranstaltungen zur Mithilfe vor, die im Einzelfalle zur Erreichung des Zieles förderlich erscheinen. Ja, noch mehr: wenn trotz voller Ausnutzung der vorhandenen Ersatzfähigkeit die Einkünfte der Kriegsbeschädigten unzulänglich bleiben, so soll eine ergänzende Fürsorge eintreten, um den Kriegsbeschädigten und seine Familie vor Not und Entbehrung zu schützen.

Schüzet die Invaliden vor Not und Elend!

Es ist die Pflicht jedes Staatsbürgers, Opfer für jene zu bringen, welche fürs Vaterland geblutet haben und erwerbsunfähig oder minder erwerbsfähig aus dem Feldzuge heimkehren.

Es soll der Invalide nicht zum Almosenempfänger herabsinken, nicht von der öffentlichen Wohltätigkeit abhängig sein, er soll vielmehr wenigstens eine seiner geminderten Erwerbsfähigkeit entsprechende Stellung im Wirtschaftsleben wieder einnehmen und dadurch in die Lage kommen, selbst für sein Fortkommen, seine Zukunft und seine Familie zu sorgen.

Die Aufgabe, die hieraus jedermann erwächst, ist eine doppelte.

Es genügt nicht, daß jeder sein Scherlein diesem vaterländischen Zweck widmet, er muß auch, selbst unter Opfern, Invalide in seinen Betrieben anstellen und Einfluß darauf üben, daß jedermann bei Anstellungen in erster Linie Invalide berücksichtigt.

Die Erreichung dieses hervorragend patriotischen Zweckes hat sich die unter dem Ehrenpräsidium Seiner Excellenz des Herrn Geheimen Rates Doktor Wilhelm Exner gegründete Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide zur Aufgabe gemacht und richtet an jeden menschlich Fühlenden das dringende Ersuchen, den Verein als Mitglied zu fördern und jede offene Stelle demselben unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

Um die gebotene Zentralisation der Fürsorgebestrebungen für Kriegsinvalide möglichst zu fördern, ist der Verein bestrebt, sich mit andern, gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgenden behufs gemeinsamer Arbeit ins Einvernehmen zu setzen.

Eine solche Mitarbeit wurde auch mit den Vereinen „Die Technik für die Kriegsinvaliden in Wien“ und „Oesterreichisch-ungarischer Invalidentank“ bereits in den bezüglichen Besprechungen vereinbart.

Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide,
Wien, 1. Bezirk, Augustengasse Nr. 2.

18. III. 1915

Für die im Felde erblindeten Soldaten.

Wir erhalten folgenden Aufruf:

Von all den vielen verwundeten Soldaten, die an des Reiches Grenze für Kaiser und Vaterland gekämpft und ihre Gesundheit zum Opfer gebracht haben, verdienen gewiß diejenigen unser wärmstes Mitgefühl und unsre wirksamste Hilfe, welche das Unglück hatten, das Augenlicht zu verlieren. Die meisten in anderer Art verwundeten Soldaten können sich nach einer gewissen Zeit einen Lebenserwerb verschaffen. Dem blinden Soldaten aber, den sein Leiden der Verzweiflung nahe bringt, kann nur durch Erziehung zur Arbeit geholfen werden.

Von dieser Ansicht durchdrungen, will der Verein zur Fürsorge für Blinde die unglücklichen blinden Soldaten in dem von ihm geschaffenen Kaiser Franz Josef-Blindenarbeiterheim unterbringen, sie in den ihnen zugänglichen Beschäftigungen ausbilden und ihnen dadurch die Möglichkeit bieten, nach Erlernung eines Gewerbes sich selbständig machen zu können.

Um dies zu ermöglichen, müßte das bestehende Kaiser Franz Josef-Blindenarbeiterheim entsprechend erweitert und eingerichtet werden, wozu aber dem Verein die erforderlichen Mittel derzeit nicht zu Gebote stehen.

In Anhoffung der Unterstützung unsrer Bestrebungen seitens der Kriegsfürsorge und des Roten Kreuzes erlauben wir uns, an alle Korporationen, welche es sich bereits zur Aufgabe gemacht haben, für die erblindeten Soldaten Spenden zu sammeln, sowie an alle edlen Menschen, welche ein warmes Mitgefühl für diese Unglücklichen haben, die ergebenste und innigste Bitte zu richten, zum Zwecke der Erweiterung des Kaiser Franz Josef-Blindenarbeiterheims behufs Aufnahme der vor dem Feinde erblindeten Soldaten dem Verein zur Fürsorge für Blinde in Wien, 13. Bezirk, Baumgartenstraße Nr. 77-79, gütige Beiträge zuzuwenden zu wollen.

Verein zur Fürsorge für Blinde
in Wien,

13. Bezirk, Baumgartenstraße Nr. 77-79.

Der Präsident:

Karl Edler v. Herdliczka,

f. u. i. Hofrat.

Der zweite Vizepräsident: Der erste Vizepräsident:

Anton Werner,

Alexander Moll,

f. u. i. Regierungsabbeater.

f. i. Regierungsrat.

Der Vereinsgeschäftsführer:

Leopold Würl,

Schuldirector.

19. III. 1915.

Kriegsfürsorge.

München, 18. März. (Priv.-Tel.) Der bayerische Industriellenverband erläßt einen Aufruf betreffend die Kriegsinvalidenfürsorge, in dem es als Ehrenpflicht der bayerischen Industrie bezeichnet wird, den verstümmelten Vaterlandsverteidigern Verdienstmöglichkeit zu schaffen und ihnen die Mittel an die Hand zu geben, ferner ihren Beruf betreiben oder einen anderen ergreifen zu können. Die Mitglieder werden gebeten, bei Unterbringung der Kriegsinvaliden mitzuwirken, nach Möglichkeit ihren im Kriege invalide gewordenen Arbeitnehmern wieder Arbeit zu geben und bei dem nötigen Umlernen es nicht an Entgegenkommen fehlen zu lassen. Eine Wirksamkeit vermag sich der Verband jedoch nur zu versprechen, wenn die Höhe der Invalidenrenten und Verstümmelungszulagen dauernd oder wenigstens für eine längere Reihe von Jahren unverändert bleibt.

20. III. 1915.

Ein Heim für erblindete Krieger.

F. Danzig, 17. März. Dem 40. Provinzial-Landtage der Provinz Westpreußen geht eine Vorlage zu, in Langfuhr bei Danzig, wo sich bereits in einem reizend gelegenen Tale des Jäschentaler Waldes eine große Blindenanstalt für Westpreußen befindet, ein neues Heim zu errichten, das 40 erblindete Soldaten aufnehmen soll. Die Provinz Westpreußen will dadurch unsern braven Truppen den Dank abstellen, daß ihre Tapferkeit es vermocht hat, die russischen Horden von den westpreußischen Gebieten fernzuhalten. Die Kosten des Baues sind auf 220 000 Mark veranschlagt; der Kriegsminister soll gebeten werden, einen Zuschuß von 70 000 Mark zu gewähren. In einer weiteren Vorlage wird darauf hingewiesen, daß eine große Anzahl Krieger verstümmelt aus dem Kriege zurückkehrt. Diesen Kriegern soll Gelegenheit gegeben werden, sich alle ärztlichen Errungenschaften zu Nutzen zu machen. Die Leitsätze, die diesem Antrage zu Grunde gelegt worden sind, lauten:

1. Die Fürsorge für Kriegsbeschädigte ist eine der dringendsten Aufgaben des Reiches. Zu ihrer Durchführung in Preußen erscheinen die Provinzialverbände — unter der Voraussetzung einer von Zeit zu Zeit den wirklichen Bedürfnissen neu anzupassenden Dotation aus Reichsmitteln — vorzugsweise berufen.

2. Die Fürsorge hat sich zu erstrecken auf alle infolge des Krieges durch Krankheit oder Verwundung in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigten Kriegsteilnehmer, und zwar von ihrem Ausscheiden aus der Fürsorge der Heeresverwaltung an. Es ist erwünscht, daß schon vorher zur Förderung und Ausnutzung der Erwerbsfähigkeit die Heeresverwaltung die Hilfe der Provinz für die weitere Behandlung der Kriegsbeschädigten nachsucht.

3. Die Fürsorge besteht einmal in der Erreichung aller Maßnahmen, welche den Gesundheitszustand des Kriegsbeschädigten — insbesondere zur Hebung seiner Erwerbsfähigkeit — zu bessern geeignet erscheinen. Ferner muß sie darauf gerichtet sein, dem Kriegsbeschädigten nach Möglichkeit in der Gewinnung einer seinem Gesundheitszustand entsprechenden wirtschaftlichen Betätigung zur Seite zu stehen. Die Provinzialverbände werden hierbei alle Einrichtungen und Veranstaltungen zur Mitarbeit heranziehen, die im einzelnen Falle zur Erreichung des vorbezeichneten Zieles förderlich erscheinen.

Hiernach will also Westpreußen ebenso wie Brandenburg und die Rheinprovinz die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten von sich aus organisieren.

Die soziale Kriegsinvalidenfürsorge.

Von Stabsarzt a. D. Dr. Christian.

Aus den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhausens geht hervor, daß man auf allen Seiten des Hauses der Meinung ist, die Inangriffnahme einer umfassenden Invalidenfürsorge sei Sache des Reiches, während von Seiten der Regierung darauf hingewiesen wird, daß die Organisation der Invalidenfürsorge am zweckmäßigsten in die Hände der Provinzialbehörden gelegt werde. Beide Ansichten sind an sich richtig und lassen sich miteinander durchaus in Einklang bringen; wenn man sich aber nicht um Worte streiten will, muß man sich zunächst über die einzelnen Begriffe und tatsächlichen Anforderungen dieser so wichtigen Aufgabe des Staates und der Gesellschaft klar werden.

Die unter dem Begriff Heilfürsorge für Kriegsbeschädigte (Verletzte und Erkrankte) zusammenzufassenden Maßnahmen sind von Beginn des Krieges an vom Reich übernommen worden. Die Heeresverwaltung hat sich verpflichtet, die Verletzten und Erkrankten nicht nur bis zur Heilung im medizinischen Sinne in ihren Anstalten zu versorgen, sondern auch auf ihre Kosten dafür Sorge zu tragen, daß die Kriegsbeschädigten vor ihrer Entlassung die größtmögliche Erwerbsfähigkeit wiedererlangen. Hierzu sind Verträge mit Kurorten, Sanatorien, Lungenheilstätten, Spezialanstalten und Krüppelheimen abgeschlossen worden, Lehrkurse für Erblindete, Einarmige und sonstige Verstümmelte werden zum Teil in den Lehrwerkstätten der Blinden-, Taubstummen-, Krüppelverbände veranstaltet, z. T. neu unter der Leitung von invaliden Offizieren eingerichtet.

Künstliche Gliedmaßen in moderner Ausführung werden geliefert und deren Ersatz oder Ergänzung auch nach der Entlassung bis ans Lebensende auf Reichskosten übernommen. Darüber hinaus ist die Anordnung getroffen worden, daß Invalide auch nach der Entlassung aus dem Heeresdienst in die Lazarette wieder aufgenommen werden können, wenn dadurch eine Besserung ihrer Erwerbsfähigkeit erwartet werden kann. Die Heilfürsorge für die Kriegsbeschädigten wird nach dem übereinstimmenden Zeugnis aller Sachverständigen allen Anforderungen gerecht, die man billigerweise stellen kann; sie ruht fest in den Händen

der Heeresverwaltung und wird nach einheitlichen Grundsätzen unter wissenschaftlicher und praktischer Beratung von Seiten der ersten Sachverständigen durchgeführt. Diese Heilfürsorge ist die Grundlage jeder Invalidenfürsorge, ohne die die letztere gar nicht denkbar ist, und wir sind der Heeresverwaltung zu großem Dank verpflichtet, daß sie ihre Aufgaben auf diesem Gebiete so klar erkannt und so folgerichtig in die Tat umgesetzt hat.

Außerdem hat das Reich die Lasten der Rentenversorgung und der versorgungsberechtigten Angehörigen von Heer und Marine zu tragen. Die Renten, die nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz von 1906 und dem Offizierspensionsgesetz von 1907 berechnet werden, setzen sich aus den eigentlichen, auch im Frieden zuständigen Renten, einer Kriegszulage und gegebenenfalls einer oder mehreren Verstümmelungszulagen zusammen und dürften bei der gewaltigen Zahl von Kriegsinvaliden eine Summe darstellen, über die sich die meisten Einwohner des Deutschen Reiches nicht im entferntesten klar sind. Die Rentenversorgung, die dem Kriegsinvaliden auch bei späterer Wiedererlangung seiner vollen Erwerbsfähigkeit als Ehrensold bis ans Lebensende bleibt — es scheint nichts gegen diese Auffassung der genannten Gesetze zu sprechen — wird vielleicht nach Friedensschluß einiger Ergänzungen bedürfen, kann aber vorläufig als ausreichend bezeichnet werden.

Nun ist man sich in allen Kreisen darüber klar, daß mit der Heil- und Rentenfürsorge die Frage der Kriegsinvaliden nicht erschöpft ist. Es muß noch eine soziale Fürsorge hinzutreten, d. h. die zu möglichst großer Arbeitsfähigkeit wiederhergestellten und notdürftig mit Renten versehenen Invaliden müssen nach ihrer Entlassung wieder ihren Kräften entsprechend in die Erwerbstätigkeit eingeführt und zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft gemacht werden. Wie und nach welchen Grundsätzen dies bewerkstelligt werden soll, ist oft genug und mit besonderem Nachdruck und Erfolg von den Verbänden für Krüppelfürsorge erörtert worden. Es soll daher hier nur von der Organisation dieser Tätigkeit gesprochen werden. Die Fürsorgetätigkeit gliedert sich in drei Arbeitsgebiete:

1) Die Aufklärung bezweckt, die Invaliden, die Arbeitgeber und letzten Endes alle Kreise des Volkes darüber zu belehren, welche Erwerbsfähigkeit die Kriegsbeschädigten wiedererlangen könnten, welche Möglichkeiten einer Erwerbstätigkeit für diese beständen und welche nationalen volkswirtschaftlichen und ethischen Pflichten die Heranziehung der Invaliden zu produktiven Leistungen forderten.

2) Die Berufsberatung dient dazu, die Kriegsbeschädigten nach dem fast unvermeidlichen seelischen Zusammenbruch wieder aufzurichten, an den Gedanken der Wiederaufnahme ihres alten Berufes, wenn auch in beschränktem Umfange oder einer anderen Stellung in demselben, bzw. der Erlernung eines neuen Berufes zu gewöhnen und ihnen die Mittel und Wege nachzuweisen, wie sie zu einer angemessenen Berufsbetätigung gelangen können. Hierbei wird es nicht nur der ein- oder mehrmaligen Beratung bedürfen, sondern auch einer tatkräftigen Unterstützung während der ganzen Uebergangszeit, d. h. bis zum Eintritt wirklich geordneter Lebensverhältnisse, wenn nicht gelegentliche Fehlschläge den Invaliden entmutigen sollen.

3) Die Arbeitsvermittlung hat das Ziel, den Invaliden ihren Kräften entsprechend Anstellung und Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Diese Tätigkeit stellt den Gipfelpunkt der gesamten Invalidenfürsorge dar.

Vertieft man sich nun in die Einzelheiten dieses Planes, so wird man gewahr, daß es sich um eine Umsomme von kleinster und feinsten Arbeit handelt, die überhaupt nur unter Zuhilfenahme persönlicher Beziehungen und örtlicher Kenntnisse bewältigt werden kann. Ein Arbeitgeber wird durch alle ihm zugesandten Broschüren nicht davon überzeugt, daß Erwerbsbeschränkte ohne Erhöhung der Betriebsunsallgefahr in Fabriken arbeiten können, bis er von einem Freunde in eine Krüppelwerkstätte geführt wird; der Beamte eines Arbeitsnachweises wagt es nicht, einen Fabrikshuster mit Holzbein oder einen Kutscher mit nur einer Hand anzubieten. Hier muß dauernd aufgeklärt, erinnert, gemahnt und berichtigt werden. Wer soll aber all diese Kleinarbeiten leisten? Staatliche Beamte damit zu beauftragen, ist schon aus dem einen Grunde ausgeschlossen, weil ihre

Die soziale Kriegsinvalidenfürsorge.

Zahl niemals ausreichen würde. Es wäre aber auch ganz unnötig, Beamte mit dieser Tätigkeit zu belasten oder neue Beamte für sie anzustellen, da wir über genügend zahlreiche Persönlichkeiten von sozialer Erfahrung verfügen, die gewillt sind, in freier Liebestätigkeit die Aufgaben der sozialen Invalidenfürsorge zu erfüllen. Freie Schriftsteller und Redner, Vorstände und Mitglieder beteiligter Behörden und Organisationen und zahlreiche Privatpersonen werden sich mit Eifer der Aufklärung widmen. Ärzte und ihre Organisationen, Wohlfahrtsvereine und städtische Verwaltungen, Berufsvereinigungen und Berufsberatungsstellen, Fürsorgestellen und Gewerbeinspektionen werden Männer und Frauen stellen, die zu der Kleinarbeit der Beratung der Invaliden geeignet sind. Alle Arbeitsnachweise, öffentliche sowohl wie Arbeitgeber- oder Arbeitnehmernachweise werden im Rahmen ihres Tätigkeitsbereiches auch der Stellenvermittlung von Invaliden dienen, Ansiedlungsvereine und -kommissionen werden auf die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten ihr besonderes Augenmerk richten, während die Arbeitgeber, allen voran der Staat, den Erwerbsbeschränkten Ausnahme in ihren Betrieben gewähren werden. Dieser Ausblick beruht nicht auf Wahrscheinlichkeitsberechnung, sondern es liegen bindende Zusagen, feste Pläne oder Taten der genannten Glieder der Invalidenfürsorge vor.

Die Armee, die die Schlachten schlagen soll, ist also vorhanden. Es handelt sich nunmehr um die Führung dieser Armee. Da ist es ein durchaus richtiger Gedanke, eine Einteilung in eine Anzahl ungefähr gleich großer Abteilungen vorzunehmen. Die Bundesstaaten und die preußischen Provinzen sind aus mehreren Gründen geeignet, diese Abteilungen zu bilden. Einmal ist dadurch eine Gewähr gegeben, daß der Eigenart des betreffenden Landesteiles hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse und Lebensgewohnheiten Rechnung getragen wird, andererseits läßt sich unter Mithilfe der fast durchweg in den Hauptstädten der Provinzen und größeren Bundesstaaten untergebrachten Generalkommandos ein trefflicher Ueberblick über das Arbeitsfeld gewinnen. Bei den Generalkommandos laufen nämlich alle Entlassungsanträge und -zeugnisse zusammen, und wenn das Sanitätsamt des Generalkommandos sich bereit findet, die Namen und Aufenthaltsorte der zur Entlassung bestimmten Invaliden der Provinzialleitung der Invalidenfürsorge mitzuteilen, so ist diese in die Lage versetzt, in jedem Einzelfall die sozialen Fürsorgemaßnahmen prüfen zu lassen, bzw. anzuordnen. Eine derartige Praxis muß binnen kurzem zu einer einheitlichen und durchgeübten Fürsorge führen. Es ist wohl selbstverständlich, daß an der territorialen Führung die staatlichen Behörden in maßgebender Stellung beteiligt sein müssen. Es kann aber nur dem Zweck der Sache dienen, wenn auch die Gemeinden und privaten Organisationen ihren Einfluß geltend zu machen berechtigt werden. Damit würde sich der bereits in Vorschlag gebrachte Landes- oder Provinzialausschuß für Invalidenfürsorge ergeben. Es mag aber darauf hingewiesen werden, daß ein Ausschuß, der nur periodisch zu arbeiten vermag, nicht imstande ist, die laufenden Geschäfte zu erledigen. Hierzu wird sich die Unterhaltung einer Geschäftsstelle nicht umgehen lassen, die in Anlehnung an das Sanitätsamt den ihr von dem Ausschuß auferlegten Pflichten obliegt. Ob diese Geschäftsstelle haupt- oder nebenamtlich verwaltet wird und inwieweit sie ausgebaut werden muß, das werden die Erfahrungen lehren. Jedenfalls hat der geschilderte Plan den Vorzug, daß nichts von den in einzelnen Landesteilen bereits im Angriff genommenen Arbeiten beiseite geräumt, sondern nur in Einklang mit den einheitlichen Organisationsgedanken gebracht und ergänzt zu werden braucht.

Nun sind aber die Landesteile keine völlig abgeschlossenen Arbeitsgebiete. Ein Verwundeter, der beispielsweise in einem badischen Lazarett verpflegt wurde, wird nach seiner Entlassung in seine sächsische Heimat befördert, findet aber erst im Rheinland lohnende Beschäftigung. Daher müssen die Fürsorgesysteme der einzelnen Landesteile so aufeinander abgestimmt sein, daß keinerlei Schwierigkeiten bei der Uebersiedlung von einem in den anderen Landesteil entstehen. Es ist dazu durchaus nicht nötig, eine Oberführung oder eine vorgeordnete Behörde einzurichten; es genügt vollkommen, wenn die Zentralleitung zu den Ausschüssen in den Landes-

teilen etwa dieselbe Stellung einnimmt, wie der Generalstab zu der Truppenführung. Der Generalstab arbeitet die Vorschriften für die Ausbildung der Truppen aus und weist den Truppenführern ihre Stellung und Aufgabe im allgemeinen Kriegsplan an, der Truppenführer bildet seine Truppen nach den Dienstvorschriften aus und löst seine taktischen Aufgaben nach seinen eigenen Entschlüssen. Die Voraussetzung der Zentralleitung ist wie in dem Beispiel vom Generalstab die sachverständige Autorität, die natürlich in irgendeiner Weise mit maßgebenden Befugnissen ausgestattet werden muß. Das Haupterfordernis ist also eine sachverständige Instanz für das gesamte Deutsche Reich, der die Aufgabe zufällt, Anweisungen für die Tätigkeit aller an der sozialen Invalidenfürsorge beteiligten Dienststellen, Korporationen und Privatpersonen auszuarbeiten und dafür Sorge zu tragen, daß alle Teile des Ganzen nach den gleichen Grundsätzen handeln, demselben Ziel zustreben und sich hierbei gegenseitig nicht behindern, sondern unterstützen. Daneben sind eine Anzahl von wichtigen Fragen, z. B. die einer Prämien-gewährung an Arbeitgeber während der Zeit der Ein- arbeitsung von Invaliden, der Errichtung von Lehr- oder Uebergangswerkstätten in den Fabriken einer einheitlichen Lösung entgegenzuführen, Auskunst zu erteilen und zwischen den einzelnen Arbeitsgebieten zu vermitteln. Das alles läßt sich nicht ohne Sammlung und Verarbeitung umfangreichen Materials aus allen Landesteilen und ohne Beratung mit Sachverständigen und Interessensvertretern bewerkstelligen. Noch mehr als die Provinzial- usw. Ausschüsse wird die Zentralleitung einer gut ausgestatteten Geschäftsstelle bedürfen. Ueber die Einzelheiten ihrer Einrichtung wird später Gelegenheit sein, zu sprechen. Eine solche Zentralstelle einzurichten und mit der erforderlichen Autorität auszustatten, wäre nur Sache der Reichsregierung. Wie man sieht, sind die Kosten für eine Zentralleitung der sozialen Invalidenfürsorge ver- schwindend gering im Vergleich mit denen der Heilfürsorge und Rentenerförmung. Es handelt sich dabei nur um Organisationskosten, während die sächlichen Kosten von den einzelnen Landesteilen mit Hilfe der oben genannten Behörden und Organisationen aufgebracht werden können. Aber auch diese sind nicht so erheblich, wie man vielfach zu meinen scheint, da es sich ja nur ausnahmsweise um Geld- unterstützungen, zum größten Teil aber um moralische Unterstützung handelt, für die in den meisten Fällen kaum mehr als Postkosten auslaufen. Sollte die Reichsregierung nicht gewillt sein, die Zentralleitung in der angeführten Form zu übernehmen, so bliebe noch ein durchaus gang- barer, in mancher Beziehung vielleicht noch vorzuziehender Ausweg übrig. Aus Vertretern der Zentralbehörden und -organisationen (Reichs- und Staatsbehörden, Reichs- versicherungsanstalt, Versicherungsanstalt für Angestellte, Deutscher Städtetag, Rotes Kreuz, Vaterländischer Frauenverein, Vereinigung für Krüppelfürsorge, Arbeitgeber, Arbeit- nehmer, Arbeitsnachweise usw.) einerseits und der Landes-, bzw. Provinzialausschüsse andererseits könnte ein Zentral- ausschuß für soziale Invalidenfürsorge gebildet werden, der unter Leitung der Reichsregierung die Geschäfte im be- schriebenen Sinne führt, die Zentralstelle betreibt und die Kosten angemessen verteilt. Man sollte nicht zögern, an die mühevollen, aber Erfolg versprechende Organisationsarbeit möglichst bald heranzugehen, damit nicht die schon hier und da in Erscheinung tretende Zersplitterung der Kräfte bedent- liche Maße annehme.

26. III. 1915.

Berufswechsel für Kriegsinvalide.

Von Landesrat Dr. Schmittmann (Düsseldorf).

In verschiedenen Aufsätzen der „Frankfurter Zeitung“ wurde auf die Bedeutung der Ueberführung von Kriegsinvaliden in einen neuen Beruf hingewiesen. Dabei ist die Frage offen: Wer trägt die Kosten eines solchen Berufswechsels? Die Umschulung in einer den verbliebenen Fähigkeiten entsprechenden Weise verursacht erhebliche Kosten, selbst wenn man annimmt, daß die vorhandenen Ausbildungsstätten sich weitgehend in den Dienst dieser Aufgabe stellen. Es bleibt für den Lernenden der Mangel an entsprechendem Einkommen für sich und seine Familie während der Ausbildungszeit, sowie oft der Aufenthalt zu diesem Zweck an einem andern Wohnort. Also mit der Beschaffung der Gelegenheit zur Umlernung oder zur Erlernung eines anderen Berufes allein ist es nicht getan, es muß vielmehr Bedacht darauf genommen werden, dem durch den Militärdienst erwerbsunfähig Gewordenen diese Zeit nach Möglichkeit zu erleichtern.

Die Militärverwaltung hat nun, wie verlautet, sich bereit erklärt, für Krüppel neben der Heilbehandlung auch die Kosten eines Berufswechsels zu übernehmen. Hiermit ist die Frage der Kostentragung aber keineswegs erledigt. Neben den Verkrüppelten sehen wir zahlreiche Militärpersonen, die in ihrer Erwerbsfähigkeit durch körperliche Leiden anderer Art behindert sind, so z. B. durch Lungentuberkulose, Sicht- und Rheumatismus, Herzleiden und andere innere Leiden, Nervenkrankungen, Epilepsie.

Für diese Personen, die an Zahl voraussichtlich die Verkrüppelten übertreffen werden, ist in vielen Fällen die Berufsumschulung nicht minder wichtig. Hier ist aber die Frage: „Wer trägt die Kosten der Berufsumschulung?“ noch unbeantwortet.

Es erhebt sich die bisher noch nirgendwo geprüfte Frage, ob die Träger der Deutschen Sozialversicherung berechtigt sind, für ihre Versicherten diese Kosten zu übernehmen.

Die englische Arbeitslosenversicherung vom Jahre 1911 hat eine Bestimmung, wonach Arbeitslose, welche ihren bisherigen Beruf aufgeben müssen, auf Kosten der Versicherung zu einem neuen Beruf umgeschult werden können.

Ich möchte den Standpunkt vertreten und befürworten, daß auch die deutschen sozialen Versicherungsträger — in erster Linie die Invaliden- und Angestelltenversicherung — zu diesen Kosten des Berufswechsels beitragen, und daß diese Aufwendungen als Heilverfahrenskosten verbucht werden können. Dieser Standpunkt ist gesetzlich zulässig, denn das Ziel des Heilverfahrens ist Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit. Zur Erwerbsfähigkeit ist aber Vorbedingung nicht nur Wiederherstellung im medizinischen, sondern auch im wirtschaftlichen Sinne, d. h. die Erreichung eines möglichst hohen Grades der Arbeitsfähigkeit. Die Heilbehandlung muß also ergänzt werden durch Schulung in einem der Teilkraften entsprechenden Berufe und durch Beihilfen hierzu.

Der Begriff der Invalidität ist nach der Invalidenversicherung zwar nicht der der Berufsinvalidität, d. h. es ist jemand schon als wieder erwerbsfähig zu betrachten, wenn er auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte in stande ist, ein Drittel seines bisherigen Lohnes zu verdienen. Eine Einschränkung hat aber der Begriff der allgemeinen Invalidität durch die Novelle von 1899 insofern erfahren, als nur solche Arbeitstätigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte in Betracht gezogen werden dürfen, die dem Versicherten „unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden können“.

In richtiger Würdigung dieser Einschränkung muß daher trotz durchgeführten Heilverfahrens eine große Zahl Versichelter als nicht wieder erwerbsfähig aus der Heilbehandlung entlassen werden. Im Hinblick auf die gehobenen, aber nicht mehr widerstandsfähigen Körperkräfte würde zwar manch einer der Entlassenen, wenn man ihn bedingungslos auf jede Arbeitsmöglichkeit verweisen könnte, noch erwerbsfähig sein. Der Umstand jedoch, daß das Gesetz in jedem einzelnen Falle nur eine der „Ausbildung und dem bisherigen Berufe entsprechende Tätigkeit“ zumutet, bedingt eine große Zahl von Invaliditätsfällen, wo absolute Invalidität nicht vorliegt.

So ist die deutsche Sozialversicherung von dem Grundgedanken beherrscht, daß der Mensch in seiner sozialen Stellung erfasst und vor einer Deklassierung bewahrt werden soll. Erfahrungsgemäß tritt aber in der Mehrzahl der Fälle bei plötzlich erwerbsunfähig Gewordenen eine Deklassierung ein, vor der auch die Rente nicht zu bewahren vermag. Es hätten auch früher schon zahllose Renten gespart und Menschen in ihrer Existenz gerettet werden können, wenn man Mittel zum Berufswechsel gewährt hätte. Das gleiche gilt vom Heilverfahren, dessen Erfolg oft wieder durch Belassung des medizinisch Geheilten in seinem früheren Beruf, für den er nicht mehr tauglich ist, vernichtet wird.

Gegenüber dem großen sozialen Gesichtspunkte der Verhinderung einer Deklassierung wird man nicht einwenden dürfen, daß mit solchen Maßnahmen der Begriff „Heilverfahren“ verlassen werde. Wenn zwar hier in letzter Linie nicht mehr die Heilung von einem körperlichen Leiden in Frage kommt, so handelt es sich doch um eine soziale Fürsorge, die als notwendiger Abschluß und Ergänzung des Heilverfahrens betrachtet werden muß, falls der erzielte Erfolg gesichert und der Anspruch auf Invalidenrente ausgeschlossen werden soll.

Weit einfacher als bei der Invalidenversicherung — den Versicherungsanstalten — liegt die Rechtslage bei der Angestelltenversicherung, da ihr Invaliditätsbegriff ein weit engerer, nämlich der der ausgesprochenen Berufsinvalidität ist. Dem entsprechend bestimmt § 36 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, daß die Reichsversicherungsanstalt schon dann ein Heilverfahren einleiten kann,

wenn es sich darum handelt, die infolge seiner Erkrankung drohende Berufsunfähigkeit eines Versicherten abzuwenden, oder wenn der Empfänger eines Ruhegeldes durch ein Heilverfahren wieder berufsfähig gemacht werden kann.

Es kann hiernach unbedenklich angenommen werden, daß die Träger der Invaliden- und Angestelltenversicherung befugt sind, Kranken Mittel zu einem Berufswechsel zur Verfügung zu stellen, und daß diese Aufwendungen als Heilverfahrenskosten gebucht werden können. Für die Angestelltenversicherung ist dieses Ergebnis um so erfreulicher, als bei ihr das Heilverfahren ja zurzeit das einzige Betätigungsgebiet ist.

Es bedeutet für unsere Volkswirtschaft einen großen Gewinn, wenn es gelingt, durch Gewährung von Mitteln zur Berufsumschulung in größerem Umfange wie bisher gefährdete Kräfte für die wirtschaftliche Tätigkeit zu erhalten oder Teilkraften vor dem gänzlichen Brachliegen zu bewahren. Ein großes Rationalvermögen liegt auch in den verbliebenen Körperkräften der gesundheitlich Geschädigten. Gerade nach dem Kriege brauchen wir jeden Kopf und jedes Herz, um die vor uns stehenden Aufgaben zu vollbringen. Ebenso wie vom volkswirtschaftlichen ist aber auch vom menschlichen Standpunkte die Ruhbarmachung der gefährdeten Arbeitskräfte zu wünschen, denn eine noch so auskömmliche Rente kann nicht das Glück der Arbeit und das befriedigende Bewußtsein, ein brauchbares Glied der Volksgemeinschaft zu sein, das sich seinen Lebensunterhalt selbst durch eigene Kraft erwirbt, ersetzen.

Sammlung eines Kapitals zur Unterstützung erblindeter Krieger.

An alle diejenigen, die daheim geblieben sind und die nicht ermessen können, was es bedeutet, im Granatfeuer zu stehen, an alle diejenigen, die im glücklichen Besitz ihres Augenlichtes sind, wird die Bitte gerichtet, mitzubelfen an der Sammlung eines Kapitals für ganz erblindete Krieger des Landheeres und der Flotte.

Diesen Unglücklichsten unter den Verwundeten, die mit ihrem Leben das Vaterland verteidigt und hierbei ihr Augenlicht auf dem Altar des Vaterlandes geopfert haben, eine dauernde Unterstützung, sei es aus den Zinsen des zusammenkommenden Kapitals oder durch dessen Verteilung zu ermöglichen, wird beabsichtigt.

Die Zahl der erblindeten Kriegsteilnehmer ist groß! Diese tief Bedauernswerten werden das Erwarten des deutschen Frühlings niemals wieder schauen. Es soll versucht werden, ihnen eine sorgenfreie Zukunft zu bereiten und ihren dunklen Lebensweg durch eine möglichst reiche Liebesgabe zu erhellen.

In Oesterreich sind bereits erhebliche Summen, etwa 250 000 Kronen, für den gleichen Zweck gesammelt worden.

Von Kessel, General-Oberst, Generaladjutant Seiner Majestät des Kaisers und Königs, Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin. Von Loewenfeld, General der Infanterie, Generaladjutant Seiner Majestät des Kaisers und Königs, Stellvertreter kommandierender General des Gardekorps. Albert Prinz v. Schleswig-Holstein, Oberlieutenant, zugeteilt dem stellvertretenden Generalkommando des Gardekorps. Erbmarschall Graf von Plattenberg-Heeren, zurzeit Adjutant bei dem Oberkommando in den Marken. Dr. von Schwabach, Chef des Hauses Bleichröder, Rittmeister der Reserve. Geh. Medizinalrat Prof. Dr. P. Siler, Berlin. Alexander Graf von Gersdorff, Rittmeister, zurzeit kommandiert zur Ersatz-Eskadron des 1. Garde-Dragoner-Regiments in Berlin, als Schriftführer.

An letzteren sind sämtliche Zuschriften in dieser Angelegenheit zu richten, während freiwillige Beiträge an das Bankhaus S. Bleichröder, Berlin W., Behrenstraße 63, erbeten werden.

Hamburgische Fürsorge für Kriegsinvaliden.

L.

Wohl jeder hat in diesen Zeiten, wo unsere Söhne und Brüder draußen auf dem Schlachtfelde kämpfen, das Verlangen, ihnen ihre selbstlose Treue nach irgendeiner Richtung hin zu vergelten. Die ungezählten Liebesgaben, die alltäglich von hoch und niedrig, von arm und reich an die Front gesandt werden, liefern den Beweis dafür. Das wichtigste aber, was wir, die wir daheim geblieben sind, unsern tapfern Kriegern schuldig sind, ist wohl dies: Ihnen die Gewißheit zu geben, daß sie, wenn der Krieg zu Ende ist und Gott ihr Leben behütet hat, sofort wieder in geordnete, soziale Verhältnisse kommen, und die Möglichkeit haben, lohnende Arbeit zu finden. Es wird dies sicher nicht ganz leicht sein, denn sehr viele Geschäfte sind durch den Krieg eingegangen, sehr viele Stellungen sind anderweitig besetzt worden, kurz, es wird mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden sein, den Hunderttausenden, die dann plötzlich nach Beendigung des Krieges in die Heimat zurückkehren, bald ein geeignetes Unterkommen zu verschaffen. Immerhin werden diese Schwierigkeiten bei körperlich gesunden Leuten verschwindend sein gegenüber denen, die bei invalid gewordenen zu überwinden sind, und am allertraurigsten wird das Los derer sein, die verstimmt heimkehren! Wie diese Unglücklichen liegen jetzt schon in den Lazaretten, denen Gliedmaßen amputiert sind, oder deren Gehör gelitten hat, oder die — was wohl das härteste Los ist — das Augensicht verloren haben.

Sind solche Leute nicht sehr vermögend, dann müssen sie verzagen, wenn nicht der Staat und dankbare Menschenfreunde sich ihrer annehmen und ihnen helfend unter die Arme greifen.

Diese hohe und schwere Aufgabe wird aber ganz gewiß von dem deutschen Volke seinen heldenhaften Söhnen gegenüber voll und ganz erfüllt werden, hat doch bereits der Reichstag dem Haushaltsausschuß die Gesetze über die Versorgung unserer Invaliden und Militär-Hinterbliebenen zur Umarbeitung und Verbesserung übergeben. Auch in manchen Bundesstaaten sind schon Anstalten vorhanden, die viel versprechend sind. Eine eigentliche Organisation der Invalidenfürsorge dürfte aber bis jetzt wohl nur in Hamburg geschaffen sein, und von ihr soll im folgenden berichtet werden.

Landesausschuß.

Es hat sich in Hamburg ein Landesausschuß für Kriegsbeschädigte gebildet, der sich solcher Leute annimmt, die im

heiligen Kampfe fürs Vaterland nicht nur ihre Stellungen, sondern auch ihre Gesundheit eingebüßt haben und infolgedessen doppelt bedauernswert sind. Er setzt sich aus dreißig Herren zusammen, die an der Spitze von Behörden oder großen sozialen Organisationen stehen und nach dem Maße ihres Einflusses und ihrer Erfahrungen geeignet sind, die Ziele des Ausschusses zu fördern. Zu ihnen gesellen sich Vertreter der Staatsregierung, der Militärverwaltung und der vaterländischen Vereine, wie des Roten Kreuzes, der Kriegshilfe, des Vaterländischen Frauenvereins usw. An der Spitze steht Herr Senator **Soltbushen**, der mit einem Arbeitsausschuß und einigen Angestellten die große, segensreiche Liebesarbeit organisiert hat und für ihre weitere Entwicklung Sorge trägt.

Ziele.

Die Ziele, die der Hamburgische Landesausschuß verfolgt, sind in seinen Satzungen festgelegt, die folgendermaßen lauten:

§ 1. Der Ausschuß hat die Aufgabe, für die durch den Krieg Beschädigten zu sorgen und zwar in erster Linie für solche Hamburger Krieger, die aus dem Militärverband entlassen sind; aber auch vor der Entlassung soll im Einverständnis mit der Militärbehörde helfend eingegriffen werden. Bei den Injassen dieser Lazarette fällt die Begrenzung auf Hamburger fort.

§ 2. Erstrebt wird einerseits die Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit der durch den Krieg Beschädigten; zu diesem Zweck sollen notwendige Spezialkuren und anderweitige, geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

§ 3. Andererseits soll es den durch den Krieg Beschädigten erleichtert werden, eine ihren Kräften entsprechende Stellung im Leben zu finden; zu diesem Zweck wird eine Berufsberatung eintreten, geeignete Lehrkräfte und Lehrmittel für die spätere Berufsarbeit werden bereit zu stellen und sachverständig Arbeit zu vermitteln sein.

Arbeit.

Nach diesen Grundsätzen hat der Hamburgische Landesausschuß nun bereits eine äußerst erspriechliche und reichen Erfolg versprechende Tätigkeit entfaltet. Man hat mit der Arbeit schon jetzt, wo ein Ende des Krieges noch nicht abzusehen ist, begonnen, um vollständig gerüstet zu sein, wenn der ersehnte Frieden eintritt und dann die Hauptarbeit zu bewältigen ist. In großzügiger Art wird die Fürsorge ausgeübt; jeder, der in unseren Hamburger Lazaretten liegt und hilflos bedürftig ist, kann dieser Fürsorge teilhaftig werden, und es werden ihm die denkbar besten Möglichkeiten geschaffen, sich wieder erwerbsfähig zu machen. Die in Betracht kommenden staatlichen Anstalten, wie die Blindenanstalt, die Taubstummenanstalt, Schwerkriegenschule, Technikum usw. haben sich in den Dienst der guten Sache gestellt und bilden die Unglücklichen, die ihre Hilfe brauchen, unentgeltlich aus. Alle Werkstätten der Hamburger Kunstgewerbeschule, die für die verschiedensten Zweige des Handwerks musterartig eingerichtet sind, stehen unseren invaliden Soldaten zur Verfügung. Die Adler-Schreibmaschinenwerke haben einen eignen Saal eingerichtet, in dem die Invaliden im Maschinenschreiben ausgebildet werden. Sie haben sogar besondere Schreibmaschinen für Einarmige konstruieren lassen, bei denen die Tätigkeit des verlorenen Armes durch Treibriechungen ersetzt wird. Ueberhaupt wird den **Aermiten** unter den Verwundeten: Den Kriegsbeschädigten, ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt, zumal auch wenn sie künstliche Gliedmaßen gebrauchen. Auch die Militärbehörde sorgt nach dem Maße ihrer Kräfte und Mittel für solche Leute, sie liefert aber nur das Nötigste, was auch nicht anders möglich ist, da individuell angepasste, künstliche Gliedmaßen, die sehr sorgfältig gearbeitet sein müssen, sehr kostbar sind. Wenn sie ihren Zweck aber ganz erfüllen sollen, so müssen sie eben für jeden Fall besonders eingerichtet und hergestellt werden. Es müssen z. B. Arme mit abschraubbaren Händen und eventuell beweglichen Fingern, künstliche Beine mit abnehmbaren Füßen usw. konstruiert werden, so daß zeitweise, an Stelle der abgeschraubten Hände oder Füße, Haken oder andere Arbeitsgeräte besetzt werden können, wie sie der Betreffende gerade für seine Arbeit braucht. Für solche kostspieligen Hilanzierungen kann aber die Militärbehörde nicht aufkommen, und hier wird dann der Landesausschuß helfend eingreifen.

Hauptauschuß für Kriegsheimstätten.

In Berlin hat sich in diesen Tagen ein Hauptauschuß für Kriegerheimstätten gebildet. Seine Geschäftsstelle ist in Berlin, Bessingstraße 11. Er erstrebt nach seinen Satzungen ein Reichsgesetz, durch das den heimkehrenden Kriegern die Möglichkeit geboten wird, mit öffentlicher Hilfe eine Heimstätte zu erwerben, sei es zum Zweck ländlicher oder gärtnerischer Siedlung, sei es zum Erwerb eines Wohnheimes, und zwar auf folgender Grundlage: 1. Anspruch eines jeden Kriegers auf Vergabe billigen Bodens, bei dessen Preis nicht der Marktwert, sondern allein die Rücksicht auf den gesicherten Bestand der Heimstätten ausschlaggebend ist. 2. Uebernahme des Grundstückes ohne Kapitalanzahlung gegen eine mäßige unkündbare Rente, die nicht erhöht werden darf, solange der Kriegsteilnehmer lebt oder sich nicht der Heimstätte entäußert. 3. Bereitstellung von Baudarlehen gegen mäßige Zins- und Tilgungssätze, wobei nur für gärtnerische oder landwirtschaftliche Betriebe die betragsmäßige Eignung und ein angemessenes Betriebskapital vorauszusetzen sind. Diese Tilgungsdarlehen dürfen die volle Höhe der Baukosten erreichen, damit auch Unbemittelten die Errichtung eines Eigenheims ermöglicht wird.

Wie tief der Gedanke zur Schaffung von Kriegerheimstätten in unserem deutschen Volke wurzelt, zeigte die Gründungsversammlung. Da der Hauptauschuß ein vollkommen neutrales Gebiet bearbeitet, traten ihm sofort die mannigfaltigsten Vereine, die mehr als eine Million Mitglieder vertreten, bei.

Hamburgische Fürsorge für Kriegsinvaliden.

II.

Umlernen.

Das Ziel, das erstrebt wird, ist dies: Jeden seinem Beruf nach Möglichkeit zu erhalten, falls dies jedoch unmöglich ist, ihn zu einem andern Beruf vorzubereiten. Es braucht also kein Kriegsbeschädigter zu verzweifeln, freilich aber muß mancher völlig umlernen, und die etwa dazu erforderliche gewerbliche Ausbildung findet bereits vor der Entlassung der Invaliden aus dem Militärverbande statt, soweit sich dies ermöglichen läßt. Die nötigen Erhebungen über die Verhältnisse der in Frage kommenden Leute werden in den Lazaretten vorgenommen. Es wird dort mit den Verwundeten über ihre Lage gesprochen, und man erfährt so die Wünsche und Pläne der Leute. Alle, die in Lazaretten tätig sind, können nach dieser Richtung hin mitwirken, und es wird ihnen ihre Arbeit gewiß erleichtern und verschönern, wenn sie ihren Pflichten nicht nur die körperlichen Schmerzen lindern, sondern ihnen auch das helle Licht der Hoffnung anzuhängen, und die Angst vor der Zukunft verdrängen können. Will dann einer die Hilfe des Landesauschusses in Anspruch nehmen, so wird dies von den Chefsärzten der Lazarette vermittelt.

Es ist kaum auszudenken, welche Wohltat diese vorsorgende Arbeit des Landesauschusses für manchen schwer Verwundeten bedeuten muß. Wird doch der Gedanke an die Erwerbsschwierigkeiten, die ihm und den Seinen durch seine Invalidität drohen, gar manchem Familienvater vielleicht empfindlichere Schmerzen bereitet haben, als alle seine Verwundungen es vermochten. Und nun kommen Menschen, die ihm seine Angst und Sorge nehmen und ihm die Gewißheit geben, daß unter allen Umständen eine Arbeitsmöglichkeit für ihn geschaffen wird, die ihn vor dem Schlaf bewahrt, auf Almosen angewiesen zu sein. Wie mögen sich bei einer solchen Aussicht die Schmerzen leichter ertragen lassen, und wie mag sich der Blick in die Zukunft erhehlen!

Wiedereinstellung.

Die Tätigkeit des Ausschusses ist daher auch von allen Seiten in ihrer Bedeutung erkannt und mit Freude begrüßt worden. Viele wohlwollende, begüterte Familien haben sich sofort bereit erklärt, Leute, die nach der Entlassung aus dem Militärverband noch der Erholung bedürfen, in ihren Häusern aufzunehmen, sie sorgsam zu versorgen und ihnen die Kräfte zu stärken. Große industrielle Unternehmungen haben in Aussicht gestellt, stellenlose Invaliden in ihren Betrieben zu beschäftigen, und auch der Senat hat den Beschluß gefaßt, daß die früher bei einer staatlichen Behörde beschäftigten Leute, auch wenn sie kriegsbeschädigt sind, nach dem Kriege wieder eingestellt werden, und daß auch andere kriegsbeschädigte nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. So sucht man also allerseits die Bestrebungen des Landesauschusses zu fördern und ihm die Erreichung seiner Ziele zu erleichtern. Diese Ziele sind freilich auch hochgesteckt, denn der Landesauschuss läßt seine Fürsorge jedem in Hamburger Lazaretten untergebrachten Kriegsbeschädigten in weitestgehendem Maße zuteil werden, einerlei, ob er geborener Hamburger oder Waber oder Thüringer oder Angehöriger irgend eines anderen Bundesstaates ist; es wird unerschrocken jedem Deutschen geholfen, der Blut und Leben für sein Vaterland in die Schanze geschlagen hat. Nur müssen natürlich die festen Stellen an den Einheimischen vorbehalten bleiben, um einen allzu großen Zustrom Kriegsbeschädigter nach Hamburg zu vermeiden, doch wird man auch hierin so weit möglich sein, daß man Leute, die bei Ausbruch des Krieges in Hamburg gearbeitet haben, obwohl sie hier nicht heimatherechtigt sind, den Hamburger Staatsangehörigen gleichstellt und sie bei Vermittlung von Stellen mit berücksichtigt. Alle nicht hamburgischen Staatsangehörigen aber, die in Hamburger Lazaretten versorgt werden, genießen gleichmäßig den großen Vorteil, daß sie für die Übernahme eines Berufes vorbereitet werden, so daß sie, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, dort leicht ein Unterkommen finden können. Es kann diese großzügige und umfassende Fürsorge natürlich nur in der Hoffnung und Erwartung geleistet werden, daß in anderen Bundesstaaten in ähnlicher Weise verfahren wird, so daß sich allmählich über das ganze Deutsche Reich diese Organisation zum Segen derer verbreitet, die für ihr Vaterland ihr Blut vergossen und ihre Gesundheit geopfert haben.

Invalidentrente.

Trotz all dieser ungeheuren Vorteile ist es aber doch, so sonderbar dies klingen mag, oftmals nicht ganz leicht, die Leute dazu zu bewegen, sich diese Vorteile zu sichern und sich erwerbsfähig machen zu lassen. Manche nämlich, die an ihrer Gesundheit geschädigt worden sind, fürchten, daß sie ihre Invalidentrente verlieren, wenn sie einen lohnbringenden Erwerb finden. Das ist natürlich eine große Kurzsichtigkeit, gegen die man mit allen Mitteln ankämpfen muß. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Tatsache der lohnbringenden Beschäftigung oder die Höhe des Verdienstes allein eine Entziehung der Rente niemals zur Folge haben, sondern daß nur eine wesentliche Steigerung der Erwerbsfähigkeit ihren Verlust herbeiführen kann. Ein Invalide aber, der eine geringere Erwerbsfähigkeit erlangt hat, wird sich prinzipiell unter allen Umständen verbessern, selbst wenn ihm dann seine Invalidentrente vermindert würde oder er sie ganz verliere. Zudem bleibt jedem die Kriegszulage und die Verfümmelungszulage unantastet, einerlei, ob er seine Erwerbsfähigkeit wieder erlangt hat oder nicht. Es wäre vielleicht, um die Bedenken der Leute, die nicht wieder auftauchen, zu zerstreuen, erstrebenswert, den festen Grundsatz aufzustellen, daß jeder, der dauernd garnisondienst- und selbstdienstfähig ist, nicht nur die Kriegszulage und die Verfümmelungszulage, sondern auch die Invalidentrente für eine bestimmte Zeit unverfälscht erhält. Es würde dann vielleicht erreicht werden, daß mancher mit größerer Freudigkeit an der Erlangung irgend einer Erwerbsmöglichkeit partizipiert, da er nicht zu beschränken braucht, daß ihm seine Rente dadurch gekürzt wird. Freilich bleibt ja die Unfähigkeit zum Garnison- und Selbstdienst, selbst wenn sie durch schwere körperliche Verfümmelung hervorgerufen ist, an sich noch nicht aus, daß ein solch Verfümmelter doch wohl erwerbsfähig bleibt oder es wieder werden kann. Nimmt man z. B. an, daß einer sein Bein verloren hat, so könnte er unter Umständen doch eine Beschäftigung haben oder erlangen, bei der ihm seine Verfümmelung durchaus in seinem Erwerb nicht hinderlich wäre. Es liegen also auf diesem Gebiet mancherlei Schwierigkeiten vor, die nicht leicht zu überwinden sind. Das aber unterliegt wohl keinem Zweifel, daß jeder Invalide sich am besten sieht, wenn er die Bestrebungen unterstützt, die ihm möglichst frühzeitig wieder eine lohnbringende Beschäftigung vermitteln wollen, und dies muß den Verwundeten klargemacht und immer wieder vor die Seele geführt werden. Denn, abgesehen von dem materiellen Gewinn, den er erzielen kann, wird ihm vor allen Dingen der Segen der Arbeit eine gesteigerte Lebensfreudigkeit und ein neues Vertrauen auf die eigene Kraft geben, die gerade für Verfümmelte von allerhöchster Bedeutung ist.

Die Tätigkeit des Hamburgischen Landesauschusses für Kriegsbeschädigte ist also eben so wichtig wie vielversprechend und gewährt die Aussicht, daß sie zu einer Segensquelle für viele tapfere deutsche Soldaten werden, und daß sie die Härte des Schicksals, unter dem die im Kriege zu Schaden kommenden Leute leiden müssen, nach Möglichkeit ausgleichen wird.

Aufstellung genommen und die Regimentismus empfing die Leiche beim Hinaustragen mit dem Choral: „Jesus meine Zuversicht“. Unter dem Vorantritt der Musik, der die Soldaten unmittelbar folgten, wurde die Leiche zu Grabe getragen. Am offenen Grabe nahm der Geistliche noch einmal das Wort, dann trachten drei Ehrenwachen über das Grab und ein tapferer Krieger hatte seine letzte Ruhestätte gefunden.

V.

16./IV. 1915

Kriegsbeschädigten-Fürsorge. Am 9. April fand unter dem Voritze des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen, Wirklichen Geheimen Rats Freiherrn v. Wilmowski, eine Konferenz der deutschen Landesversicherungsanstalten über ihre Beteiligung an der Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Rathause zu Erfurt statt. Es waren Vertreter sämtlicher deutschen Landesversicherungsanstalten anwesend. Die Konferenz nahm auf Antrag des Bericht-erstatters, Geheimrats Dr. Schroeder-Kassel, nachfolgende Entschliebung an:

1) Die deutschen Landesversicherungsanstalten sind berufen und gewillt, sich an der Kriegsbeschädigten-Fürsorge im größtmöglichen Umfange zu beteiligen, und zwar nicht nur auf dem Gebiete der ärztlichen Fürsorge (Heilverfahren), sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete (Berufsberatung, Berufsumschulung, Arbeitsvermittlung usw.).

2) Die deutschen Landesversicherungsanstalten sind der Anschauung, daß ihr eigenes Interesse, das in der auch volkswirtschaftlich notwendigen Verhütung des Eintritts dauernder Erwerbsunfähigkeit der Versicherten besteht, das Eintreten der Versicherungsanstalten auf ärztlichem und wirtschaftlichem Gebiete schon vor der Entlassung der Kriegsbeschädigten aus dem Heeresdienste fordert, und daß zur Klärung der Zuständigkeitsfragen Abkommen mit der Militärverwaltung zweckmäßig erscheinen.

3) Der ständige Ausschuß wird beauftragt, mit dem preussischen Kriegsministerium über die Grundlage (Richtlinien) vom Abkommen zu verhandeln, die mit örtlichen, eventuell propinziellen Organen der Militärverwaltung abzuschließen sind und deren Abschließung sämtlichen Landesversicherungsanstalten freisteht.

Die Beschlußfassung über die Beteiligung an der Kriegsbeschädigten-Fürsorge war eine einstimmige. Die Annahme der Leitsätze über den Abschluß von Abkommen mit der Militärverwaltung erfolgte gegen einige Stimmen, weil in den Bezirken dieser Anstalten ein solches Abkommen nicht für erforderlich gehalten wurde.

Der anwesende Chef der Medizinalabteilung des preussischen Kriegsministeriums, Generalarzt Dr. Schulzen, gab überaus entgegenkommende Erklärungen ab, insbesondere erklärte er sich bereit, in die gewünschten Verhandlungen über die Grundlage von Abkommen einzutreten.

17. IV. 1915

Die Kriegsbeschädigten und die Eisenbahn.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat in einem Er-
laß die Grundsätze aufgestellt, die für die Wiedereinstel-
lung der Kriegsinvaliden im Eisenbahndienst anzu-
wenden sind. Ihr Grundgedanke ist der, daß die Wiederein-
stellung erfolgen darf, wenn die Eignung zum Dienst noch
vorhanden ist, obgleich den Vorschriften über die körperlichen
Anforderungen nicht voll entsprochen wird. Beamte, Hilfs-
beamte und Arbeiter sind tunlichst in ihrer bisherigen oder
aber in einer anderen Stellung, in der sie nach ihrer körper-
lichen Beschaffenheit und ihrer Befähigung noch verwendet
werden können, weiter zu beschäftigen. In gleicher Weise
sind nach Möglichkeit solche kriegsinvaliden Personen einzu-
stellen, die noch nicht im Eisenbahndienst beschäftigt, aber
gegenwärtig bereits in einer Bewerberliste aufgezeichnet
sind (Supernumerarbewerber usw.). Die Vorschriften über
die körperliche Tauglichkeit sollen in diesen Fällen der Wei-
terbeschäftigung nicht hinderlich sein. Die Eisenbahndirek-
tionen wollen sich die Unterbringung dieser Bediensteten und
Bewerber nach Benehmen mit den Bahnärzten besonders an-
gelegen sein lassen.

Bewirbt sich ein als Kriegsinvalide zurückkehrender Eisen-
bahnbediensteter auf Grund eines Anstellungscheins um eine
Unterbeamtenstelle, für die er nach den Vorschriften
nicht voll geeignet ist, so ist ihm zunächst eine Beschäftigung
außerhalb des Beamtenverhältnisses, für die er geeignet er-
scheint, anzubieten. Ist er zur Uebernahme einer solchen nicht
bereit, so ist das Bewerbungsgesuch abzulehnen.

Bewerbungen nicht im Eisenbahndienst beschäftigt gewe-
sener Kriegsinvalider Inhaber des Anstellungscheins um
Anstellung als Unterbeamter kann nicht stattgegeben werden,
wenn die Bewerber den Anforderungen der Vorschriften für
die Feststellung der körperlichen Tauglichkeit nicht entsprechen.
Wenn sich jedoch der Bewerber für eine Beschäftigung außer-
halb des Beamtenverhältnisses eignet, so empfiehlt es sich,
ihm eine solche anzubieten, auch wenn er den Vorschriften über
die körperliche Tauglichkeit nicht voll genügt. Ob er später
als Beamter angestellt werden kann, wäre demnächst auf
Grund seiner praktischen Leistungen zu prüfen.

Im mittleren Dienst können Bewerbungen kriegs-
invalider Eisenbahnbediensteter oder anderer Kriegsinvalider
Personen um Aufzeichnung für die Stellen der Kanzlisten
und technischen Bureauassistenten berücksichtigt werden, wenn
sie zwar den Vorschriften über die körperliche Tauglichkeit nicht
genügen, aber zur Wahrnehmung des Dienstes tatsächlich
geeignet sind. Für die Stellen der Eisenbahnassistenten kom-
men gemäß § 1 (5) der Prüfungsordnung auch solche Bewer-
ber in Betracht, die die körperliche Tauglichkeit für den Bahn-
hofsdienst nicht besitzen, wohl aber für den Abfertigungs-
und Bureauassistenten geeignet sind.

Die Wiederherstellung der Kriegsbeschädigten.

Von Universitätsprofessor Dr. Heinrich Rauchberg in Prag.
Siehe Nr. 18189 der „Neuen Freien Presse“ vom 13. April 1915.

Prag, 21. April.

In meinem Aufsatze über „Die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Militärhinterbliebenen“ habe ich die Forderungen aufgestellt, die sich aus dem Kriege für die Reform unserer Militärfürsorgegesetzgebung ergeben. Selbst wenn wir die Invaliden- und Hinterbliebenenrenten auf das Sparfämste bemessen, wird sich ein Bedarf von vielen Millionen, eine schwere Last für unsere Staats- und Volkswirtschaft ergeben. Aus Steuergeldern wird den Kriegsinvaliden wenigstens ein Teil des Einkommens gereicht werden müssen, das sie infolge geminderter Arbeitskraft nicht mehr selbst zu erwerben vermögen, wird den Hinterbliebenen der an den Folgen des Krieges Gestorbenen die Fürsorge des Ernährers ersetzt werden müssen. Aus unserer Volkswirtschaft scheiden viele Tausende Erwerbstätige aus; die Lehrer bleiben und aus vielen Schaffenden werden Lehrer. Nach der letzten Volkszählung waren von je 100 Bewohnern Oesterreichs 58 erwerbstätig; 42 wurden von den Erwerbenden erhalten. Der Krieg vermindert die Quote der Erwerbenden und erhöht die Quote der von ihnen Ernährten. Diese unerwünschte Verschiebung auf das unbehebbar Mindestmaß zurückzuführen, das ist die Aufgabe, deren Lösung mit allen Mitteln der Heilkunst, der Technik und der sozialen Organisation angestrebt werden muß. Was kann zu diesem Zwecke geschehen?

Zuerst müssen wir die Heilkunst anrufen. Ihren Fortschritten danken wir es, daß selbst eine schwere Verstümmelung nicht mehr zum Erwerbe untauglich macht. Ärztliche Kunst vermag in vielen, rechtzeitig angewendet, sogar in den meisten Fällen selbst schwere Verletzungen so auszuheilen, daß die Erwerbsfähigkeit erhalten bleibt. Die moderne Orthopädie kennt auch eine Reihe von Operationen, die die Arbeitsfähigkeit selbst nach Abschluß der Wundbehandlung wieder gänzlich oder doch teilweise herzustellen vermag. Der unblutigen Orthopädie ermöglicht die Meditomechanik ungeahnte Erfolge. Und die Kunst der Mechaniker versteht Prothesen zu bauen, die verlorene Gliedmaßen nicht etwa bloß in ästhetischer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich ihrer Arbeitsleistungen in geradezu staunenswerter Weise ersetzen. Dazu kommt noch die orthopädische Pädagogik, welche die Verletzten anleitet, verlorene Gliedmaßen durch die Übung und geschickte Verwendung der heil gebliebenen zu ersetzen. Was durch das Zusammenwirken dieser Methoden geleistet werden kann, ist kürzlich auf der Berliner Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge gezeigt worden. „Es gibt kein Krüppeltum mehr; das ist eine neue Botschaft!“ Dieser bewundernde Ausruf kennzeichnet den Eindruck, den die Besucher der Ausstellung und der in ihrem Rahmen veranstalteten Vorträge empfingen.*) Zur Krüppelfürsorge kommt die Fürsorge für zahlreiche andere vor dem Feinde

*) Vergleiche die Werbeschriften des unermüdblichen Kämpfers der Krüppelfürsorge Professor Dr. Biesalski, besonders „Die ethische und wirtschaftliche Bedeutung der Kriegskrüppelfürsorge“. Verlag von Leopold Wof, Leipzig, 1915.

Beschädigten: für die Erblindeten, für die an inneren Leiden Erkrankten, für die psychisch Bedrückten. Endlich müssen wir uns derer annehmen, die, ohne gerade verletzt zu sein, aus ihrer Laufbahn herausgerissen wurden und ohne Hilfe nicht in die Erwerbstätigkeit zurückfinden. Das alles erfordert unermüdbliche Arbeit: Aufklärung, Organisation der ärztlichen Hilfe, Erziehungskunst, wirtschaftliche und soziale Fürsorge. Nur durch das planmäßige Zusammenwirken aller in Betracht kommender Organisationen unter einheitlicher staatlicher Leitung kann diese große Aufgabe bewältigt werden.

Was zunächst die Krüppelfürsorge anbetrifft, so muß sie schon in den Lazaretten beginnen. Die Chirurgie ist ja, Gott sei Dank, konservativ geworden und von vorneherein auf die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit bedacht. Die orthopädische Chirurgie hat sich jedoch zu einem so großen Spezialfach entwickelt, daß ihre Methoden nur von Fachmännern mit besonderer Ausbildung und Erfahrung vollkommen beherrscht werden. Darum müssen die Fälle, die einer besonderen orthopädisch-chirurgischen Nachbehandlung bedürfen, auf Grund fachlicher Gutachten ausgeschieden und den Speziallazaretten und -anstalten überwiesen werden. Im Deutschen Reiche stehen zu diesem Zwecke 54 Krüppelheime mit 3000 Betten zur Verfügung, wo in 221 Werkstuben 51 verschiedene Berufe gelehrt werden. Die Ueberführung in einen neuen Beruf sollte jedoch nur in den dringendsten Notfällen stattfinden. Das Hauptaugenmerk muß darauf gerichtet sein, den Verletzten in seinem alten oder doch in einem verwandten, jedoch leichteren Beruf zu erhalten, wenn auch unter Wechsel der technischen Verwendung. Unter 235 in der Krüppelanstalt Zehlendorf bei Berlin behandelten, ausgesucht schweren Fällen waren nur zehn, wo ein Berufswechsel sich als nötig herausstellte. Man ist daher in Deutschland von dem anfänglich geäußerten Gedanken abgekommen, die Verkrüppelten in neuen Lehrwerkstätten für neue Berufe auszubilden. Sie werden vielmehr unter fachmännischer Leitung ihrem früheren Berufe erhalten und in ihre alte Umwelt zurückversetzt. Es handelt sich dabei nicht nur um eine technische Aufgabe, sondern auch um die Bekämpfung der Rentenpsychose, zu der allerdings bei der Veringfügigkeit der österreichischen Invalidenrenten wenig Anreiz gegeben ist. Von größter Wichtigkeit ist, daß die Leute nicht in ihre Familie entlassen werden, bevor sie wieder zur Arbeit geschickt gemacht und in einen Betrieb eingestellt sind. Darum muß die Krüppelfürsorge mit dem Arbeitsnachweis Hand in Hand gehen. Der beschämende Anblick des invaliden Werklmanns oder Hausierers muß uns erspart bleiben. Wir können und müssen aus Almosenempfängern, wozu die Krüppel sonst würden, Steuerzahler, aus Zehrenden wieder Schaffende machen.

Ähnlich verhält es sich mit der Einführung der Erblindeten in der Erwerbsarbeit. Diese wird hier allerdings häufiger mit einem Berufswechsel verbunden werden müssen. Organisatorisch ist die Aufgabe insofern leichter, als es sich um weniger zahlreiche Fälle handelt und wir besser mit Blindenanstalten als mit Krüppelanstalten versehen sind.

Für die Herstellung der an innerlichen und psychischen Leiden Erkrankten liegen die Bedingungen in Oesterreich insofern besonders günstig, als hiesfür die Heilfaktoren unserer zahlreichen Kurorte wertvolle Dienste leisten können. Es handelt sich nur darum, sie restlos und mit möglichst geringen Kosten heranzuziehen. Im Deutschen Reiche ist das dadurch in die Wege geleitet worden, daß das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuze eine Konferenz sämtlicher beteiligter Kurverwaltungen und sonstiger Interessenten zur Förderung der Bäderfürsorge für Kriegsbeschädigte nach Berlin einberief, an der sich auch der Verband der österreichischen Kurorte und der Zentralverband der Balneologen Oesterreichs beteiligten. Auf dieser Konferenz wurden die Richtlinien aufgestellt, um die gewaltigen Ansprüche, die die Bäderfürsorge für Kriegsbeschädigte an die Kurorte stellt, mit den berechtigten Interessen dieser letzteren in Einklang zu bringen. Wenn wir auch bei den Leitungen unserer Kurorte volles Verständnis

Die Hindernisse der Heilberufstätigen.

für die Aufgaben voraussetzen dürfen, die ihnen der Krieg gestellt hat, so wird doch stete Einwirkung der Staatsverwaltung notwendig sein, damit jene Mittellinie stets eingehalten werde.

Endlich sind die Zurückkehrenden und die Wiederhergestellten zur Erwerbstätigkeit zurückzuführen. Das wird schon für die Gesunden mit manchen Schwierigkeiten verbunden sein, vollends für Leute von geminderter Leistungsfähigkeit. Während des Krieges haben erhebliche Arbeitsverschiebungen stattgefunden; für viele Einberufene ist Ersatz gefunden worden. Da muß vor allem der Grundsatz gewahrt werden, daß der aus dem Kriege Heimkehrende das erste Anrecht auf seinen früheren Posten hat, und der Mann mit geminderter Arbeitskraft erst recht. Den Arbeitsnachweisern aller Art fällt die große Aufgabe zu, das Menschenmaterial unserer Volkswirtschaft wieder an seine frühere Stelle zurückzuführen. Es wird aber eifriger Belehrung und starker staatlicher Einflußnahme bedürfen, um zu verhindern, daß Schwächere ausgeschieden oder unbillig verkürzt werden. Staatliche, kommunale und sonstige öffentliche Betriebe müssen in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel vorangehen. Manches ist in dieser Absicht bereits geschehen. Unser Hauptmünzamt teilt mit, daß es schon seit geraumer Zeit felddienstuntaugliche Verwundete wieder eingestellt und mit ihnen die besten Erfahrungen gemacht habe. Aber auch die Privatunternehmungen werden es hoffentlich nicht an sozialpolitischer Einsicht fehlen lassen. So hat die Direktion der Krupp-Gruson-Werke in Magdeburg die Erklärung abgegeben, ihre früheren Beamten und Arbeiter, die im Kriege verwundet wurden oder erkrankt sind, bei Tauglichkeit wieder anzustellen. Der Staat verfügt übrigens über mancherlei Mittel, um die Privatunternehmungen zur Befolgung dieses Beispiels zu nötigen, besonders solche, die mit ihm in Geschäftsverbindung stehen.

Zur Durchführung der hiemit angedeuteten großen Aufgaben müssen Staat und Selbstverwaltung, die Arbeitsnachweise, die Kranken- und Heilanstalten, die Träger der Sozialversicherung und die gesellschaftliche Fürsorge planmäßig zusammenwirken. Um ihre gemeinsame Arbeit zu organisieren, ist man in Preußen eben daran, eigene Ausschüsse aus Vertretern der beteiligten Stellen für die einzelnen Provinzen zu bilden. Auch für Oesterreich wird sich ein derartiger Vorgang empfehlen. Leider fehlen hier — bis auf eine einzige Ausnahme, die Allgemeine Pensionsanstalt für Angestellte — die Alters- und Invalidenversicherungsanstalten, die im Deutschen Reiche die Hauptträger der sozialen Fürsorge sind. Die überwiegende Mehrzahl der Kriegsbeschädigten ist dort versichert; die Versicherung spürt den Wert der Arbeitsfähigkeit in ihrer Bilanz; sie kann ihn mit einem genauen Geldbetrag berechnen und sinnfällig machen. Sie besitzt daher das größte Interesse, in dem Heilverfahren und ihren mannigfachen Heilanstalten aber auch ein Mittel, um die geminderte Gesundheit und Arbeitskraft selbst gegen den Willen eines kurzfristigen oder seelisch bedrückten Verletzten wiederherzustellen.

Die allgemeine Wehrpflicht und die allgemeine Versicherungspflicht sind unabhängig von einander entstanden und lange ohne Verbindung nebeneinander hergegangen. Erst der gegenwärtige Krieg hat ihren inneren Zusammenhang klar gemacht und damit zugleich die Frage aufgeworfen, ob nicht die Sozialversicherung in Zukunft als Kriegsversicherung auszubauen sein wird. Auszubauen bevor der Grund vollständig gelegt ist? Noch haben wir ja denjenigen Zweig der Sozialversicherung nicht, auf den es dabei ankommt: die allgemeine Alters- und Invalidenversicherung. Aber alles spricht dafür, ihn sofort nach Friedensschluß einzuführen. Die breiten Volksschichten, die von den Mühen und Lasten des Krieges am härtesten betroffen sind, haben ein Anrecht auf kräftigere staatliche Fürsorge und Geltung; auf keine Weise kann sie ihnen besser zuteil werden, als durch den längst erwogenen Ausbau unserer Sozialversicherung. Durch einen

Ausbau freilich, der Experimente vermeidet, die nicht aus sachlichen Erwägungen entspringen, und sich an das bewährte reichsdeutsche Muster eng genug anschließt, um die sozialpolitische Freizügigkeit zu ermöglichen. Die Heilanstalten, die im Deutschen Reiche von den Landesversicherungsanstalten geschaffen worden sind und nunmehr für die Kriegsbeschädigten zur Verfügung stehen, müssen bei uns im Drange der Not eilig aus öffentlichen Mitteln errichtet werden. Aber auch die Sozialversicherung wird, wenn sie nur einmal besteht, diese Anstalten brauchen. Liegt es da nicht nahe, jene Anstalten späterhin allmählich in den Besitz der erstarkenden Sozialversicherungsanstalten überzuführen? Die Anstalten, die zunächst zur Herstellung der Kriegsinvaliden geschaffen werden sollen, würden späterhin ungezählten Arbeitsinvaliden zustatten kommen. Indem wir so alles aufbieten, um die Kriegsbeschädigten als arbeitsfrohe Männer wieder in die Volkswirtschaft einzustellen, sorgen wir mitten im Kriege für den Frieden.

Die Kriegstrüppel als Arbeiter.

Der einen gleichsam behördlichen Charakter tragende Reichsverband der allgemeinen Arbeitsvermittlungsanstalten in Oesterreich teilt mit:

Der Reichsverband der allgemeinen Arbeitsvermittlungsanstalten in Oesterreich und die Oesterreichische Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (diese ist uns nicht näher bekannt! D. Red.) beabsichtigen, die Errichtung gemeinnütziger Betriebswerkstätten mit arbeitssteigerndem Verfahren für Kriegsinvalide zu fördern. Hierdurch soll unter Benützung der modernsten mechanischen Hilfsmittel eine volkswirtschaftlich und individuell zweckmäßige Verwendung von Kriegsinvaliden ermöglicht werden. In einer unter Vorsitz des Vöhrates Professor Dr. Eugen Schwiebland am Freitag stattgefundenen gemeinsamen Sitzung beider Vereinigungen erstatteten Professor Dr. Karl Fribram und der Wiener Konfektionär Habersfeld Bericht über einen Plan, worauf der Leiter der Invalidenschule Oberstabsarzt Professor Spitz zu den Anregungen vom Standpunkt der Erfolge der bisherigen Invalidenschulungen Stellung nahm. Ministerialrat Baron Klimburg erörterte die Absichten des Arbeitsministeriums, das das gesamte gewerbliche Schulwesen in den Dienst der Invalidenausbildung stellen wird. Nach einer eingehenden Erörterung, an der sich auch Primararzt Dr. Moszkowicz, Gewerbe-Oberinspektor Laub, die Abgeordneten Dr. Krejzler und Prochazka sowie Obermagistratsrat Dr. Feith (Brünn) und Oberlandesrat Dr. Krejci (Prag) beteiligten, wurde beschlossen, voreinst ein mechanisch eingerichtetes Erwerbsunternehmen für invalide Schneider auf gemeinnütziger Grundlage zu errichten. Die darin zu beschäftigenden Leute sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Verwendung finden. Es wird erwartet, daß sich ein derartiger Betrieb in kürzester Zeit als existenzfähig erweisen wird.

Mit der Frage, die Kriegstrüppel wieder arbeitsfähig zu machen, beschäftigen sich amtliche Stellen dem Anschein nach sehr eingehend. Aber es besteht leider die sehr begründete Vermutung, daß sie die Aufgaben, die in dieser Richtung gestellt sind, falsch beurteilen. Es ist sehr wichtig, daß den unglücklichen Menschen, die mit verstümmelten Gliedmaßen aus dem Kriege heimgekehrt sind, Gelegenheit geboten werde, das wenige auszunützen, was sie an Arbeitsfähigkeit übrig haben, oder was ihnen durch Anwendung der neuesten Fortschritte einer anscheinend ziemlich ausgebildeten Technik beigebracht werden kann. Aber der Zweck, der damit erreicht werden soll, muß der Vorteil dieser Krüppel sein, und nur von diesem Standpunkt darf man sich leiten lassen. Der Mensch braucht Arbeit, und in vernünftigem Maße geleistet und die Kräfte des Menschen nicht übersteigend, ist sie ein Segen für ihn und wirkt besser als die meisten der Zerstreuungen, die sich diejenigen gönnen, die es infolge ihres Reichtums nicht notwendig haben, zu arbeiten. Die Kriegstrüppel sollen die Arbeitsfähigkeit, die sie noch haben oder die sie erreichen können, ausnützen, weil ihnen die Arbeit hilft, seelisch gesünder zu werden. Dieser Zweck allein darf für die Unternehmungen bestimmend sein, die in dieser Sache ins Werk gesetzt werden. Man darf sich nicht täuschen, so viel Erstaunliches und vor kurzem noch nicht Geahntes mit künstlichen Armen oder Beinen oder mit zur Arbeit trainierten Armschlingen geleistet werden kann — ein Vollarbeiter wird ein solcher Kriegstrüppel unter keinen Umständen. Immer wird seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt viel weniger Wert haben als die eines Nichtverstümmelten. Wird ferner einige Zeit nach dem Friedensschluß verstrichen sein, dann wird es auch nur noch sehr wenige Unternehmer geben, die Kriegstrüppel beschäftigen; die Herren werden sagen: „Ich bekomme doch genug Arbeiter, die ganze Arme und ganze Beine haben; für die Kriegstrüppel muß der Staat durch Pensionen sorgen!“

Und das ist der Kern der Sache. Man darf sich nicht einbilden, daß man durch die Ausbildung der Kriegstrüppel zu arbeitsfähigen Pensionen ersparen könne. Wenn der Kriegstrüppel etwas verdient — ausreichenden Lohn wird er doch nur in Ausnahmefällen aus Miltätätigkeit bekommen — dann muß das ein Zuschuß zur Pension sein, die an sich ausreichen muß, daß ein Mann mit seiner Familie von ihr leben kann.

Von dieser Auffassung legen leider die offiziellen Meldungen noch nicht Zeugnis ab. Die Zeitschrift „Deutschösterreich“, ein deutschnationales Organ, bringt einen Artikel amtlichen Ursprungs über die „wirtschaftliche Fürsorge für die heimkehrenden Krieger“. Darin wird nun von der „Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit“ der Kriegstrüppel gesprochen — von Wiederherstellung der vollen Arbeitskraft kann doch keine Rede sein —, aber kein Wort wird über die Pensionen gesagt. Sinequidam wird immer wieder — und zwar nicht weniger als dreimal — sehr eindringlich betont, daß die Krüppel während ihrer Ausbildung in den Invalidenschulen der

militärischen Disziplin unterliegen müssen. Das ist heute nicht möglich, weil es ungesetzlich ist. Bei dem heutigen Stande der Gesetzgebung ist der Mann, der als militäruntauglich und erwerbsunfähig erklärt ist, ein Zivilist. Es ist auch etwas anderes nicht nötig. Mag sich auch mancher eine Kaserne oder ein gewöhnliches Militärspital ohne Arrest, ohne Rapport und ohne bis zum höchsten getriebene Subordination nicht vorstellen können — von einem Spital, das die schwersten Krüppel beherbergt, wird doch jeder meinen, daß man mit den Gesetzen und den Verfahrensformen das Auslangen findet, die die Bewohner anderer Spitäler oder Schulen binden. Ungebärdiger als Universitätshörer sind doch die durch den Krieg Verstümmelten sicher nicht.

Die Regierung hat, wie wir schon dargelegt haben, die Pflicht, sich sehr bald darüber klar zu werden, daß für die Kriegstrüppel, ebenso für ihre Familien und für die Hinterbliebenen der Kriegstoten ausreichende Pensionen sichergestellt werden müssen; sie muß sich auch darüber klar sein, daß durch Invalidenschulen, so nötig und nützlich sie sind, an den Pensionen nichts erspart werden kann.

27./IV. 1915.

[Linkskultur.] Vor längerer Zeit hat der Psychiater Professor Liepmann in der Berliner Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenkrankheiten angeregt, man solle feststellen, wie häufig unter hervorragenden Männern Linkshändigkeit anzutreffen ist. Die Untersuchung kam leider nicht zustande; sie wäre im gegenwärtigen Augenblick um so wertvoller gewesen, weil ja als Folge von Kriegsbeschädigung zahlreiche Personen zum Gebrauche der linken Hand gezwungen sein werden. Vielfach besteht die Meinung, daß bei planmäßiger Ausbildung der linken Hand zu Leistungen, die denen der rechten gleichwertig sind, auch in intellektueller Beziehung höhere Leistungen zu erreichen wären. Diese Vorstellung ist aber bisher, wie Liepmann nachweist, unbewiesen. Da zwischen der Rechtshändigkeit und der linken „begabteren“ Hirnhälfte ein Zusammenhang besteht, sollte es (so nahm man einfach an) auch möglich sein, durch Ausbildung der linken Hand die rechte „minderbegabte“ Hirnhälfte mehr auszubilden. Daß die Verhältnisse keineswegs so einfach liegen, zeigt eine umfassende Untersuchung des Stabsarztes Privatdozenten Dr. Stier. Er hat ungefähr gleichzeitig mit Liepmann in der Berliner Militärärztlichen Gesellschaft berichtet, daß der Linkshänder im allgemeinen körperlich, psychisch, sozial und militärdienstlich gewöhnlich nicht mit dem Rechtshänder völlig gleichwertig ist. Er stützt sich auf Beobachtungen an 10.292 Linkshändern. Natürlich zieht das nicht etwa die hervorragende Leistungsfähigkeit einzelner Personen aus. Von diesem Gesichtspunkt aus hat es daher nach dem heutigen Stande unserer Kenntnisse wenig Zweck, die sogenannte „Linkskultur“ zu fördern. Ganz etwas anderes ist es natürlich, wenn man ohne die Hoffnung auf erheblichen geistigen Gewinn, rein aus Zweckmäßigkeitsgründen die gleiche Ausbildung beider Hände fördert. Für viele wäre das jetzt natürlich von Wichtigkeit. Vielleicht wird man deshalb die von Liepmann angeregte Feststellung doch noch in die Wege leiten oder, was noch mehr Vorteile verspräche, in großem Maße an Schulkindern entsprechende Versuche machen.

Gemeinnützige Betriebswerkstätten für Kriegsinvaliden.

Der Reichsverband der allgemeinen Arbeitsvermittlungsanstalten in Oesterreich und die Oesterreichische Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beabsichtigen die Errichtung gemeinnütziger Betriebswerkstätten mit arbeitsteiligem Verfahren für Kriegsinvalide zu fördern. Hierdurch soll, unter Benützung der modernsten mechanischen Behelfe, eine volkswirtschaftlich und individuell zweckmäßige Verwendung von Kriegsinvaliden ermöglicht werden. In der unter Vorsitz des Hofrates Prof. Dr. Eugen Schwieland am Freitag den 23. d. abgehaltenen gemeinsamen Sitzung beider Vereinigungen erstatteten in dieser Angelegenheit zunächst Prof. Dr. Karl Pribram und der Wiener Konfektionär Haberfeld Bericht über den bezüglichen Plan, worauf der Leiter der Invalidenschule Oberstabsarzt Prof. Spiky zu den Anregungen vom Standpunkt der Erfolge der bisherigen Invalidenschulungen Stellung nahm. Ministerialrat Baron Klimburg erörterte die Absichten des Arbeitsministeriums, das das gesamte gewerbliche Schulwesen in den Dienst der Invalidenausbildung stellen wird. Nach einer eingehenden Diskussion, an der auch Primararzt Dr. Moszkowicz, Gewerbeoberinspektor Laub, die Abgeordneten Dr. Freißler und Prochazka sowie Obermagistratsrat Dr. Feith (Brünn) und Oberlandesrat Dr. Krejci (Brag) sich beteiligten, wurde beschlossen, vorerst ein mechanisch eingerichtetes Erwerbsunternehmen für invalide Schneider auf gemeinnütziger Grundlage zu errichten. Die darin zu beschäftigenden Leute sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Verwendung finden.

28. IV. 1915.

Die Kriegsfürsorge.**Fürsorge für Kriegsblinde.**

Bereits seit sieben Monaten werden die kriegsblinden Soldaten im k. k. Blinden-Erziehungsinstitut in verschiedenen Fertigkeiten und Gewerben unterrichtet. Der Direktor dieses Instituts, Regierungsrat Alexander Mell, hatte

gestern das Komitee für Kriegsblinde und Landstunne des Kriegsfürsorgeamtes zu einer Besichtigung der Anstalt eingeladen. An derselben nahmen teil der Vorstand des Kriegsfürsorgeamtes J. M. L. L. L. L., der Komitee-Vorstand Hofrat Graf Stainach, die Komiteemitglieder Prof. Dimmer, Hofrat Prof. Dr. Fuchs, Gesandter Baron Riedl, Karl Mayer, Prof. Dr. Sachs und kais. Rat Siegfried Franz Weil, ferner die Herren Rittmeister Graf Wurmbrand-Stuppach vom Roten Kreuz, Primarius Dr. Wittmann und der Chefarzt des Instituts Linienschiffsarzt Dr. Uhlir. Der Hauptzweck der Fürsorge erstreckt sich auf den Unterricht im Lesen und Schreiben und wird in allen Landessprachen erteilt. Weitere Unterrichtszweige bilden der Handwerksunterricht in der Korbflechterei mit ihren Nebenzweigen, Unterricht im Klavierstimmen und in einzelnen Musikinstrumenten, wie Violine, Laute, Gitarre und Klavier. Vor kurzem waren 16 Kriegsblinde auf dem Lande, wo sie in der Realität des Instituts bei Uhlir's Anleitung erhielten, sich im Freien selbständig zu bewegen, Hindernisse zu erkennen, ihnen auszuweichen und selbst weniger gute Landwege mit Sicherheit zu begehen. Die Teilnehmer an der Besichtigung waren von dem Ergebnis in hohem Grade befriedigt.

Fürsorge für die Kriegsinvaliden.

Die Arbeitsvermittlungsektion der Zentralstelle für soziale Fürsorge hielt gestern unter dem Vorsitz des Oberkurators Steiner eine Sitzung ab, in der zunächst Oberinspektionsrat Serenyi einen Bericht über die Tätigkeit der Sektion erstattete.

Im Dezember 1914 hatte die Sektion eine Eingabe an die Heeresverwaltung gerichtet, in der gegen die lange Arbeitszeit, die Ueberstunden und die Nacharbeit Vorstellung erhoben und die Einführung der dreifachen Achtstundenschicht in den Betrieben, die für den Kriegsbedarf arbeiten, gefordert wurde. Erst im März dieses Jahres wurde die Eingabe dahin beantwortet, daß im Interesse der raschen Deckung des Bedarfes und mit Rücksicht auf die technischen Einrichtungen vieler Betriebe, endlich mit Rücksicht auf den Arbeitermangel von der Ausdehnung der Arbeitszeit nicht Umgang genommen werden könne.

Zur Abwehr des Zustromes Arbeitsloser nach Wien hat die niederösterreichische Statthalterei mittels Erlasses angeordnet, daß nur dann die Möglichkeit des Aufenthalts zugesichert werde, wenn bereits ein abgeschlossener Arbeitsvertrag vorliegt. Für landwirtschaftliche Arbeiten seien bereits 2490 galizische Flüchtlinge teils in Vormerkung genommen, teils untergebracht worden. Ungarn habe die Grenze gesperret, um eine Zuwanderung ungarischer landwirtschaftlicher Arbeiter zu verhindern.

Die Frage der Beschäftigung Kriegsgefangener in landwirtschaftlichen Betrieben sei dahin geregelt worden, daß Gemeinden, die darum ansuchen, Kriegsgefangene in Gruppen von dreißig Mann aufwärts erhalten. Es sei auch der Frage nähergetreten worden, ob die Flüchtlinge nicht zur Strafenpflege in Wiens Umgebung herangezogen werden sollen. Schließlich wurde von dem Berichterstatter mitgeteilt, daß auch die Unfallversicherung der Schanzarbeiter, die von der Sektion gefordert wurde, zum größten Teil durchgeführt sei.

Dem Bericht folgte eine eingehende Debatte über die Unterbringung der Kriegskrüppel in den industriellen Betrieben. Der Direktor der städtischen Arbeitsvermittlung Prochazka führte aus, daß bis zum 15. März von allen Spitälern 3000 Schwerverwundete gezählt wurden und daß die Zahl der Minderbeschädigten 30.000 bis 50.000 Mann betrage. Für die Unterbringung der in den Kriegsinvalidschulen Heranzubildenden sei eine eigene Abteilung neben der städtischen Arbeitsvermittlungsanstalt zu errichten, die ihre Vermittlungstätigkeit ausschließlich auf die Kriegskrüppel zu beschränken hätte. Der Staat müsse leichter Verletzte in seinen Betrieben beschäftigen. So könne er zum Beispiel die Sortierung und Verpackung von Zigarren Kriegsinvaliden überlassen. Alle Betriebe des Staates hätten für die Beschäftigung der Kriegsinvaliden zu sorgen, damit auch die Privatunternehmer diesem Beispiel folgen.

Vorsitzender Oberkurator Steiner führte ein Fürsorgebeispiel des Staates an: Am 23. März sei ein Gefreiter aus

dem Spital in Banjaluka, wo er seine furchtbaren Wunden heilen ließ, entlassen worden. In Wien angekommen, sei er aller Mittel entblößt gewesen. Er wurde mit 52 Heller Menagegeld und 14 Heller Brotrelutum aus dem Spital weggeschickt. In Wien mußte er sich Unterstützung erbetteln. Er hatte binnen drei Tagen die Montur abzuliefern; die Zivilkleider fanden sich aber im Depot nicht mehr vor! Aus Sammelgeldern mußte dem Manne ein Anzug gekauft werden! Diese Schilberung rief eine längere Erörterung der Unterbringung der Kriegsinvaliden hervor, an der sich Frau Granitsch, Hofrat Schwiedland und Ritter v. Wittel beteiligten. Gemeinderat Neumann bemerkte, daß die Frage der Beschäftigung der Kriegsinvaliden erst brennend werden werde, wenn wieder geordnete Verhältnisse eintreten. Jetzt sei es eher möglich, Kriegskrüppel bei Unternehmern, die für den Militärbedarf arbeiten, unterzubringen. Was werde aber dann geschehen, wenn dem Kriege eine Zeit folgt, in der die Produktion stößt? Eine Zeit, in der für den Kriegsbedarf nicht mehr gearbeitet wird und die patriotische Begeisterung vieler Unternehmer verflüchtigt ist? Auf Glücksfälle darf die Existenz der Kriegskrüppel nicht aufgebaut werden und die Sorge der Sektion müsse daher dahingehen, eine namhafte Erhöhung der Invalidenpensionen für den Mannschaftsstand herbeizuführen. Für diese Forderung müsse lebhaft geworben werden. Man hüte sich, die Meinung zu verbreiten, künstliche Glieder seien imstande, die größte Zahl von Krüppeln voll erwerbsfähig zu machen und ihnen Erwerb zu sichern. Die Folge wäre, daß die Heeresverwaltung nur eine sehr unzulängliche oder gar keine Uenderung der Invalidenpensionsvorschriften anstreben würde. Wegen der Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide müsse man aber auch mit den Gewerkschaften in Verhandlungen treten. Hofrat Schwiedland berichtete hierauf, daß ein soziales Fürsorgecomité eine Uniformierungswerkstätte ins Leben zu rufen im Begriff sei, in der durch die weitestgehende Arbeitsteilung, die in Verbindung mit vollendeten technischen Einrichtungen gebracht werden soll, es möglich sein werde, Kriegsinvaliden Erwerb zu sichern. Die nächsten Versuche würden mit der Erzeugung von Schuhwaren und Kürschnerarbeiten gemacht werden.

Die weitere Debatte betraf die Bildung der Bandekommissionen, die sich mit Fürsorge für Kriegsinvalide beschäftigen werde. Auf Antrag der Frau Granitsch wird die nächste Sitzung der Sektion über die Frage des Erlasses der Arbeit der Männer, die im Felddienst stehen, durch Frauen prechen.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften auf alle diese Fragen, die für sie von weitgehendem Interesse sein dürften.

Bienenzucht und Kriegsfürsorge.

Die Bienenzucht bietet auch für viele Invaliden eine äußerst anregende, beruhigende und dabei erträgnisreiche Beschäftigung. Invaliden mit leichten Gebrechen des Körpers ist daher der Betrieb der Imkerei aufs beste empfohlen. Freilich ist die Bienenzucht an solche Gegenden gebunden, die eine entsprechende Blütenweide aufweisen, doch ist daran unser Vaterland sehr reich. Der Oesterreichische Reichsverein für Bienenzucht^{u. z.} bereit, in seiner Imkerschule im Prater nächst dem Nordportal

der Rotunde eigene Lehrkurse für Invaliden abzuhalten. Auch kann diese Anstalt jeden Tag während der Nachmittagsstunden ohne Entgelt und Meldung besucht und zu etwaigen Aufklärungen benützt werden. Die Vereinskanzlei, 1. Bezirk, Helfertorferstraße Nr. 5, gibt auf schriftlich gestellte Fragen entsprechende Auskünfte; mündliche Auskünfte werden an Nachmittagen von 5 bis 7 Uhr erteilt. Der Verein hält auf Verlangen für Rekonvaleszente und Leichtverwundete unentgeltlich Vorträge über das Leben der Bienen und ihre Zucht ab.

Arbeitsbeschaffung für Kriegsinvalide.

Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat nachfolgende Leitsätze gutgeheißen und den Verbandsmitgliedern durch Mundschreiben zur Kenntnis gebracht:

1. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit und der Dankbarkeit, die Krieger, die im Kampfe für das Vaterland Invaliden geworden sind, der Arbeit wieder zuzuführen, damit sie sich weiter als nützliche Glieder der Gesellschaft fühlen.

2. Sache des Staates und der Gemeinden ist es, die Heilung der Kriegsinvaliden auf ihre Kosten durchzuführen, für Beschaffung von künstlichen Gliedmaßen und Hilfsvorrichtungen (Prothesen) Sorge zu tragen, ihnen in Schulen Gelegenheit zu geben, wenn nötig, einen neuen Beruf zu erlernen, kurz, sie wieder arbeitsfähig zu machen — und sie für die verminderte Arbeitskraft in Form einer Rente genügend zu entschädigen. Den dadurch erwachsenden Anforderungen an die Allgemeinheit geben auch die Arbeitgeber als Staatsbürger freudig und dankbar ihre Zustimmung.

3. Alle Bemühungen von Staat und Gemeinden sind vergebens, wenn den Kriegsinvaliden nicht in weitestem Umfange wieder Arbeitsplätze eingeräumt werden. Die Arbeitgeberschaft erkennt es daher als ihre Ehrenpflicht an und sieht ihre besondere Aufgabe darin, kriegsverletzte Angestellte und Arbeiter, die ihren Betrieben angehörten, wieder aufzunehmen und beim Anlernen und Umlernen zu unterstützen, soweit dies die Verhältnisse im einzelnen nur irgend gestatten. Sie würde es für verfehlt halten, diesen ein Almosen zu geben, sie will sie vielmehr ihren Leistungen entsprechend entlohnen.

4. Die Industrie bringt durch Einstellung von Kriegsinvaliden ein Opfer, da sie mit ihnen ihre Betriebsmittel nur in geringerem Maße ausnutzen kann. Sie ist hierzu bereit und erhält dadurch sich und der Allgemeinheit das Kapital an geistigen und praktischen Fähigkeiten, das die Kriegsinvaliden Arbeiter in ihrer Gesamtheit darstellen.

1. IV. 1915.

* (Erzherzog Karl Stephan bei den Kriegsblinden.)
Gestern erschien Se. k. u. k. Hoheit Erzherzog Karl Stephan in der Kriegsblindenzentrale im Blinden-Erziehungsinstitute, um sich von dem Stande der dort untergebrachten Kriegsblinden zu unterrichten. Es hatten sich zum Empfange eingefunden Ministerialrat v. Braitenberg, Kämmerer Graf Thurn, die Aerzte und das Lehrpersonale der Anstalt sowie die Pflegerinnen. Der Erzherzog wurde von Regierungsrat Meli begrüßt und unternahm dann einen Rundgang durch sämtliche Lokale des Rekonvaleszentenheimes. Er sprach jeden der Verwundeten und Kriegsblinden an, erkundigte sich über die Verhältnisse der letzteren auf das genaueste und versprach, nach Kräften für deren angemessene Fürsorge zu wirken. Er wohnte einer Schreibunterrichtsstunde bei, wo Hauptlehrer Gigerl die nötigen Aufklärungen bot. Sodann verfügte er sich in die Werkstätten, um die erblindeten Soldaten bei ihren Beschäftigungen zu beobachten. Nach zweistündigem Aufenthalte verließ der Erzherzog unter dem Ausdrucke seiner Befriedigung über das Gesehene das Blinden-Erziehungsinstitut.

Für die Kriegsblinden.

In Berlin veröffentlicht die Kriegsblindenstiftung der Deutschen Gesellschaft für Künstlerische Volkserziehung einen Aufruf, der unterzeichnet ist von dem Prinzen und der Prinzessin August Wilhelm, dem Grafen Volko von Hochberg, Frau v. Thne, dem Staatsminister Dr. v. Studt und einer weiteren Anzahl Persönlichkeiten, die auf dem Gebiet der Krüppelfürsorge Autoritäten sind. Die Stiftung stellt sich die Aufgabe, sofort, d. h. so lange nicht die Erhaltungspflicht des Staates in Kraft treten kann, den Bedauernswertesten unter unseren Kriegsinvaliden, den Erblindeten, eine nutzbringende Beschäftigung zu verschaffen, die sie gleichzeitig vor den Gefahren bewahrt, die das Grübeln über ihr Schicksal für die Ärmsten mit sich bringt. Die Leute sollen unter gleichzeitiger Erlernung der Blindenschrift zu Telephonisten, Schreibmaschinenisten, Masseuren ausgebildet werden, soweit nicht die üblichen Blindenberufe in Frage kommen. Gleichzeitig sollen sie durch eine strenge musikalische Erziehung sich einen dauernden Trost erwerben, der ihnen ihre Mußestunden erhellt. Eine berufliche Ausbildung zur Musik soll nur ganz ausnahmsweise bei genialer Begabung erfolgen. (Auch in der Blindenfürsorge macht sich z. B. eine Zersplitterung bemerklich; es wäre wünschenswert, wenn die verschiedenen Bestrebungen zusammenarbeiten würden. D. Red.)

Gemeinnützige Betriebswerkstätten für Kriegsinvaliden.

Der Reichsverband der allgemeinen Arbeitsvermittlungsanstalten in Oesterreich und die Oesterreichische Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beabsichtigen die Errichtung gemeinnütziger Betriebswerkstätten mit arbeitsteiligem Verfahren für Kriegsinvaliden zu fördern. Hiedurch soll unter Benützung der modernsten mechanischen Behelfe eine volkswirtschaftlich und individuell zweckmäßige Verwendung von Kriegsinvaliden ermöglicht werden. In der unter Vorsitz des Hofrates Professor Dr. Eugen Schwiedland am Freitag den 23. d. stattgefundenen gemeinsamen Sitzung beider Vereinigungen erstatteten in dieser Angelegenheit zunächst Professor Dr. Karl Pribram und der Wiener Konfektionär Habersfeld Bericht über den bezüglichen Plan, worauf der Leiter der Invalidenschule Oberstabsarzt Professor Spitz zu den Anregungen vom Standpunkte der Erfolge der bisherigen Invalidenschulungen Stellung nahm. Ministerialrat Baron Klimburg erörterte die Absichten des Arbeitsministeriums, das das gesamte gewerbliche Schulwesen in den Dienst der Invalidenausbildung stellen wird. Nach einer eingehenden Diskussion, an der auch Primararzt Dr. Moszkowicz, Gewerbe-Oberinspektor Lauff, die Aboordneten Dr. Kreißler und Prochazka sowie Obermagistratsrat Dr. Feit (Brünn) und Oberlandesrat Dr. Krejci (Prag) sich beteiligten, wurde beschlossen, vorerst ein mechanisch eingerichtetes Erwerbsunternehmen für invalide Schneider auf gemeinnütziger Grundlage zu errichten. Die darin zu beschäftigten Leute sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Verwendung finden.

*** (Ein neues Heim für polnische Legionäre.)**
 Sonntag vormittag fand die Einweihung des im Hause 3. Bezirk, Esterplatz Nr. 3 untergebrachten neuen Heims für superarbitrierte polnische Legionäre statt, das einem besonderen, von Frau Hofrat Rosner, Markgräfin Eschy-Pallavicini und Frau Dr. German ins Leben gerufenen Fürsorgekomitee, an dessen Spitze Minister außer Dienst v. Bilinski steht, sein Entstehen verdankt. Zu dem feierlichen Akt, der durch den Lemberger Bischof Bandurski vorgenommen wurde, hatten sich eingefunden: der Präsident des Fürsorgekomitees Minister außer Dienst von Bilinski, dessen Stellvertreter Staatsanwalt Doktor Habicht sowie die Komiteedamen Frau Hofrat Rosner, Markgräfin Eschy-Pallavicini und Frau Dr. German, ferner Minister für Galizien v. Morawski, Präsident des Obersten polnischen Nationalrates Professor v. Jaworski, Kommandant der polnischen Legionen FML. v. Dursti, Präsident des „Polnischen Samariters“ Hofrat Professor Wicherkiwicz, die Mitglieder des Wiener Kommissariats des Obersten polnischen Nationalrates Hofräte Pilat und Rosner, Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Chmurski und Dr. Jerich, Schriftsteller Scharlitt, weiter die Sektionschefs Cwilkinski und Zwardowski, Universitätsprofessor Sternbach, Stabsarzt Dr. Melinski, kaiserlicher Rat Doktor Sarajewicz sowie zahlreiche andre Persönlichkeiten aus der Wiener polnischen Gesellschaft, Offiziere der polnischen Legionen mit deren Wiener Platzkommandanten Malisz und andre. Nach vollzogener Einweihung des überaus schönen, aus einer ganzen Reihe von Zimmern bestehenden Heims, das von dem Besitzer des Hauses 3. Bezirk, Esterplatz Nr. 3, Architekten Herrn Reitmann, dem humanitären Zweck kostenlos zur Verfügung gestellt wurde, hielt Bischof Bandurski an die Versammelten eine von patriotischem Geist beseelte Ansprache, auf die Minister außer Dienst v. Bilinski als Präsident des Fürsorgekomitees erwiderte, indem er auf die bisherige Rolle der polnischen Legionen in dem Weltkrieg hinvies und der Hoffnung Ausdruck gab, daß das vergossene Blut der Blüte der Nation die Saat bilden werde, aus der den Polen eine glückliche Zukunft erblühen soll. Hierauf erfolgte ein Rundgang der Versammelten durch die herrlichen Räume des neuen Heims für Legionäre, dessen nach jeder Hinsicht ausgezeichnete, von echt weiblicher Fürsorglichkeit zeugende Einrichtung allgemeines Lob fand. Die Einrichtungsgegenstände sind dem Heim einestheils von Erzherzogin Isabella und dem Kriegsfürsorgeamt, andernteils von polnischer Seite gespendet worden.

In einer Wiener Invalidenschule.

„Nirgends wird die Arbeit des „Roten Kreuzes“ in Europa mit mehr Weisheit und Sorgfalt verrichtet, als in Oesterreich.“ So urteilt eine Dame, die Angehörige eines neutralen Landes, die im „Daily Chronicle“ den Lazaretten der Doppelmonarchie ein hohes Lob spendet. Sie hat die Invalidenschulen in Wien besucht, die hier in Verbindung mit den Hospitälern eingerichtet sind, und unvergeßliche Eindrücke mit fortgenommen. „Ein einfacher, kroatischer Soldat, mit dem ich in einer dieser Schulen sah, hat mir mehr von dem Schrecken des Krieges enthüllt, als selbst die mit Typhuskranken überfüllten elenden Räume in Serbien. Nichts, das ich je gesehen habe, erschien mir so tragisch und zugleich so ergreifend, als das Bild dieses kroatischen Bauern, dem der eine Arm und die Schulter weggeschossen sind und der hier in einem stillen Wiener Schulraum mit einer Sense arbeitete, die eine besondere Vorrichtung nach Angabe des Arztes aufwies. Er übte den Sensenschwung mit einem Arm und sang dabei in dunklen Tönen die Melodie eines slavischen Erntegesanges. „Sieh nur her,“ sagte er, „das wird bald so gut gehen, wie nur je. Ich lerne es schon.“ Ein wenig unbehilflich faßte er dann wieder seine Sense und ließ sie von neuem durch die Luft sausen, ganz in seine Arbeit vertieft und ruhig in dem Bewußtsein, daß er die nächsten zwanzig Ernten nun auf die Weise das Korn schneiden müsse. Er feußte einen Augenblick, und dann marmelte er getrost: „Bald geht es so gut, wie nur je.“

Diese Invalidenschulen, von denen vier in Wien und eine in Prag eingerichtet sind, müssen als die erfolgreichsten unter all den Einrichtungen in Oesterreich erscheinen, durch die man den verwundeten Soldaten ihre Arbeitsfähigkeit wieder verschafft und sie auf ihren Erwerb nach dem Kriege vorbereitet. Man geht dabei von dem Grundsatz aus, daß zwei Monate einer erzwungenen Beschäftigungslosigkeit, in der die geheilten Glieder nicht geübt werden, genügend sind, um das körperliche und geistige Gleichgewicht eines Mannes für ein ganzes Leben zu vernichten. Deshalb sieht man darauf, die Verwundeten möglichst rasch zu beschäftigen. So weit es irgend möglich ist, setzt man die Arbeit der Hände an die Stelle jener theoretischen gymnastischen Apparate, die gewöhnlich gebraucht werden, um den verletzten Armen und Füßen ihre Beweglichkeit wiederzugeben. Und diese Arbeit der Hände ist, so weit es möglich ist, die, welche der Verwundete vor dem Kriege ausübte und an die er gewöhnt ist. „Wir haben herausbekommen,“ erzählte mir eine Krankenpflegerin, „daß ein Mann seine richtige gewohnte Arbeit, so weit er es kann, stundenlang gern ausführt, während eine ähnliche Übung mit Gewichten in einer gymnastischen Anstalt ihn in viel kürzerer Zeit völlig ermüden würde.“ Damit die Verletzten ihre Arbeit ausführen können, hat man besondere Werkzeuge für sie geschaffen. Ich sah z. B. in der Tischlerwerkstatt der Invalidenschule für Verwundete und geschwollene Hände Hammer mit Handgriffen, die dreimal so groß waren, als die gewöhnlichen und Hobel mit Handgriffen, die Hände ohne Finger angepaßt waren. In der Schule, die ich besuchte, sind jetzt Werkstätten und Klassen für 28 verschiedene Berufe eingerichtet, und die Erzeugnisse einer jeden Schule werden möglichst für den Pinnkiefer verfertigt, Schneiderarbeiten besorgen Schneider, und ebenso werden Schuhe, Stühle und Körbe verfertigt. Für Leute, die völlig unfähig sind, ihren früheren Beruf wieder aufzunehmen, ist Unterricht eingerichtet, um ihnen neue Beschäftigungen beizubringen. Zahlreiche Strickmaschinen für Leute ohne Beine sind über das Land verteilt, und den Invaliden wird gezeigt, wie sie zusammen mit ihrer Frau diese Maschinen zu Hause bedienen können. Viele dieser Beinlosen lernen Schreibmaschine, und es sind Listen von Maschinen angelegt, die von zu sonstiger Arbeit unfähigen Männern gut bedient werden können. Alle Soldaten, die ihren rechten Arm verloren haben, lernen mit dem linken schreiben, und es ist ein ergreifender Anblick, die Räume in diesen Schulen mit ruhigen, eifrigen Männern angefüllt zu sehen, denen die Lehrer hier und da die so nützlichen Winke geben.“

Die Fürsorge für die vom Militär entlassenen Lungenkranken.

N Berlin, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Die Fürsorgestellenkommission des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose trat in Berlin zu einer Sitzung ihres Arbeitsausschusses unter dem Vorsitz von Landesrat Dr. Freund (Berlin) zusammen, um über die Fürsorge für die vom Militär entlassenen Lungenkranken zu beraten. An der Sitzung nahmen teil der stellvertretende Chef der Medizinal-Abteilung des Kriegsministeriums, sowie Vertreter des Reichsgesundheitsamts, des Reichsversicherungsamts und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Nach eingehenden Beratungen wurde eine Reihe von Richtlinien zum Beschluß erhoben, von denen besonders folgende von allgemeinem Interesse ist: Nach den bis jetzt vorliegenden Beobachtungen ist die von vielen befürchtete ungünstige Beeinflussung des Ganges der Tuberkulose durch die Kriegsverhältnisse nicht wahrzunehmen. Anscheinend hat sich unsere Kriegsrüstung gegen die Tuberkulose sowohl für das Heer, wie für die bürgerliche Bevölkerung gut bewährt. Trotzdem bedarf es auch weiter einer erhöhten Aufmerksamkeit und vermehrter Anstrengungen, um zu verhüten, daß die Tuberkulose in unserem Volke wieder stärker hervortritt.

Hoher Besuch in den Invalidenschulen.

Am 4. d. besuchten Erzherzogin Zita und Admiral Erzherzog Karl Stephan die in der Sonnleithnergasse untergebrachten Invalidenschulen des k. u. k. Reservehospitals Nr. 11. Empfangen und geführt von dem Schöpfer und Leiter dieser richtunggebenden Anstalten, Oberstabsarzt Professor Doktor Spitz, besichtigten die Besucher die in einem mächtigen Doppelschulgebäude untergebrachten, in voller Tätigkeit befindlichen Betriebe, fast alle dort arbeitenden Kriegsinvaliden durch Ansprachen auszeichnend. Dieser Besuch der höchsten Schutzfrau der Invalidenfürsorge und des mit der Generalinspektion dieses unendlich wichtigen Zweiges sozialer Kriegshilfstätigkeit betrauten Erzherzogs ist ein neues Zeugnis des intensiven Interesses, das die aus der Initiative des Professors Spitz hervorgegangenen Invalidenschulen, deren segensreicher Tätigkeit eine große Anzahl verwundet Gewesener ihre wiedererlangte volle Erwerbsfähigkeit dankt, bei ihren Protpektoren findet. Die Erzherzogin Zita und Erzherzog Karl Stephan verweilten 2½ Stunden in den Invalidenschulen und schieden mit begeistertsten Worten voller Anerkennung von dieser Stätte reger Tätigkeit.

Verförgung invalider Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen. Die Bestrebungen, den invaliden Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen eine den sozialen Verhältnissen des Einzelfalles in höherem Maße angepaßte reichsgesetzliche Verförgung als sie durch die gegenwärtige Gesetzgebung gewährleistet wird, zuteil werden zu lassen, finden mit Recht allgemeine Zustimmung in der Volkstretung und auch wohlwollende Aufnahme bei der Reichsregierung. Es muß aber darauf hingewirkt werden, daß diese erweiterte Fürsorge der Gesetzgebung auch den während des Krieges im Friedensdienst von Dienstbeschädigungen Betroffenen und deren Hinterbliebenen zugewendet wird. Die sozialen Gründe gelten im gleichen Maße für beide Teile. Der Reichstag hat es übrigens als einen erheblichen Fortschritt des geltenden Mannschastsversörgungsgesetzes erachtet, daß die wirtschaftlichen Nachteile, welche der Soldat durch Beschädigungen im Friedensdienst erleidet, gleich geachtet werden mit den Kriegsbeschädigungen. Die Begründung des Regierungsentwurfs von 1905 führt aus: Es kann nicht bestritten werden, daß der wirtschaftliche Schaden, welchen ein Soldat durch Beschädigungen des Kriegsdienstes erleidet, die gleiche ist wie der durch Beschädigungen des Friedensdienstes. Die besondere Entschädigung für die letzteren erfolgt durch die Kriegszulage. Hiernach ist es begründet, die gleichen Pensionsätze der Abfindung sowohl der Friedensinvaliden als der Kriegsinvaliden zugrunde zu legen. Es wird mit diesen Grundsätzen bei der Verbesserung der Mannschastsverförgung und der Hinterbliebenen im Interesse der zahlreichen im Friedensdienst stehenden Reservisten, Landwehrmänner und Landsturmlente festgehalten wird.

*

Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Berliner Stadtparlament.

Einführung des sozialdemokratischen Stadtrats Sassenbach.

In der kommunalen Geschichte der Stadt Berlin wird die gestrige Sitzung der Stadtverordneten zu den bemerkenswerten gehören; sie brachte die Einführung des zum unbesoldeten Stadtrat gewählten Stadtverordneten Johannes Sassenbach, des ersten Berliner Stadtrats, der aus den Reihen der Sozialdemokraten hervorgegangen ist. Oberbürgermeister Bermuth richtete an das neue Mitglied des Kollegiums eine Begrüßungsansprache und nahm Herrn Sassenbach dann den durch die Städteordnung vorgeschriebenen Treueid ab. — Den größten Raum bei den Verhandlungen nahm die Beratung des Antrags auf Fürsorgemaßnahmen für die Berliner Kriegsbeschädigten in Anspruch. Ueber den Verlauf der Sitzung, die unter Leitung des Stadtverordnetenvorsitzers Michelet stattfand, wird uns wie folgt berichtet:

Oberbürgermeister Bermuth:

Meine Herren! Es ist heute die erste Einführung eines Stadtrats während des Krieges. Wir hatten auf eine Doppelseinführung gerechnet, allein unser neuer Stadtschulrat kann den Posten vor dem Feind nicht verlassen. Doch wollen wir uns der Hoffnung hingeben, daß er recht bald unsere Lasten teilen wird. Sie, verehrter Herr Kollege (zu Herrn Sassenbach gerichtet), kann der Magistrat schon heute in seiner Mitte aufnehmen, er tut es mit aufrichtiger Freude, denn er kennt Sie nach Ihrem fast zehnjährigen Wirken in dieser Versammlung durch und durch und weiß, was er an Ihnen gewinnt: einen Arbeiter in umfassendstem Sinne, einen Arbeiter am Gemeinwohl. Zu einem solchen hat Sie das Leben, auf dessen Höhe Sie stehen, mit nachhaltigem Drude geprägt. Zuerst dem Berufe gewidmet, auf den Ihre Familie Sie wies, hat ihre Tätigkeit in immer weiterem Umkreise sich entwickelt, von der Gewerkschaftsbewegung in Berlin sind Sie aufwärts gestiegen zu dem gewerkschaftlichen Leben im ganzen Reich, und immer größer ist auch Ihr Anteil an dem geistigen Leben des Volkes geworden. Was Sie so emporsteigend geübt und gelernt haben, das finden Sie auch bei uns: Arbeit, harte, unerbittliche, aufreibende und doch erhebende und nützbringende Arbeit. Die Kriegszeit führt Sie, lieber Kollege, uns zu. Es wird unsere schöne Aufgabe sein, für Sie auf dem unermesslichen Felde unserer sozialen Kriegspflichten den Platz zu finden, auf dem Ihre Erfahrung sich am freiesten regen kann. Kehrt dann nach ruhmreichen Kämpfen der Friede wieder bei uns ein, so wird sich erweisen, daß durch die Kriegsnot unsere Zusammengehörigkeit gefestigt ist. Dann werden wir friedlich weiterarbeiten, um unserem Gemeinwesen zu neuer fröhlicher Blüte zu verhelfen. Wir werden arbeiten in der Freude des freien Mannes an der Wohlfahrt des Ganzen, an der Wohlfahrt unseres Landes und unserer Stadt, der wir alle mit gleicher Liebe und Hingebung dienen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem Stadtrat Sassenbach den vorgeschriebenen Eid geleistet hat, widmet ihm auch Stadtv. Vorsteher Michelet einen „fröhlichen Willkommensgruß“ seitens seiner bisherigen Kollegen. Vorst. Michelet bemerkt u. a., daß Stadtrat Sassenbach in der Versammlung sich als fleißiger, treuer und gewissenhafter Mitarbeiter erwiesen habe, dem es zur höchsten Ehre gereiche, wenn er aus bescheidenen Anfängen durch eigene Kraft, durch ein Sichvertiefen in die sozialen Verhältnisse, durch ein fortgesetztes ernstes Studium der sozialen Gesetzgebung sich eine bevorzugte Stellung erworben habe.

Die übrige Tagesordnung brachte zunächst den Bericht des Ausschusses zur Vorberatung des Antrages des Stadtv. Barfowski und Gen. (Sozd.) betr. Errichtung eines

gemeinsamen Arbeitsnachweises

für kaufmännische Angestellte und technische Beamte.

Berichterstatter des Ausschusses war Stadtv. Sinke (Sozd.). Der Ausschuss empfahl die Ablehnung des Antrages mit Rücksicht darauf, daß in dieser Frage die Verhältnisse noch nicht geklärt seien. Nach Ansicht des Ausschusses müssen vor allem erst die Verbände selbst zu einer bestimmten Klarheit kommen und mit entsprechenden Anträgen an die Stadt herantreten; erst dann würde mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises auch für die kaufmännisch Angestellten und technischen Beamten durch die Stadt für diese etwas Großes und Soziales geschaffen werden können.

Stadtv. Nettig (L.) empfiehlt die Annahme des Ausschussantrages aus den schon im Ausschusse geltendgemachten Gründen. Nachdem noch mehrere Redner für den Ausschussantrag eingetreten waren, wurde dieser angenommen und der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Es folgte der Antrag Barfowski und Gen. (Sozd.): „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation

Fürsorgemaßnahmen für Berliner Kriegsbeschädigte

zu beraten. — Der Antrag wird vom Stadtv. Hoffmann (Sozd.) begründet: Wenn auch Reich und Staat ihre Pflichten den Kriegsbeschädigten gegenüber zu erfüllen haben, müssen wir doch die Frage aufwerfen: Wann geschieht dies? Die Kommunen haben die Pflicht, ihrerseits nach besten Kräften einzugreifen. Es muß zeitig und bald und möglichst radikal eingegriffen werden, um diejenigen, die nach Verlust von Gliedmaßen aus dem Kriege heimkehren, in den Stand zu setzen, zu ihrem alten Beruf zurückzukehren oder einen neuen Beruf zu ergreifen. Wir müssen ihnen die Möglichkeit schaffen, an der Kulturarbeit des Volkes sich wieder zu beteiligen. Das wird nicht nur durch einen Arbeitsnachweis erreicht werden. Dringend

Springbeschädigten - Versorgung im Berliner Mutterland.

notwendig ist die Fürsorge für die orthopädische Behandlung, für die Beschaffung künstlicher Gliedmaßen, denn auf letzterem Gebiete treibt der Kriegswucher unheimliche Blüten, und es zeigt sich eine kolossale Preissteigerung. Da muß die Gesamtheit, der Staat und die Kommune, eingreifen; und es muß hier eine Wandlung eintreten, selbst wenn die Stadt selbst die Fabrikation solcher Dinge übernimmt. Die Kommunen müssen den Landesversicherungsanstalten den Anstoß geben, für die Kriegsinvaliden Werkstätten einzurichten, in dieser Beziehung muß in den Berliner Lazaretten selbst das Nötige geschehen durch Benutzung der Fach- und Fortbildungsschulen. Dies alles wird viel Geld kosten. Die Stadt Berlin hat hier aber eine Ehrenpflicht zu erfüllen.

Stadttrat Dr. Preuß: Die Vorlage, die der Vorredner wünscht, liegt bereits im Entwurfe vor und wird der Versammlung in den nächsten Tagen zugehen. Die Ausführungen des Stadtv. Hoffmann sind von Erwägungen ausgegangen, die seit langem auch im Magistrat vorgenommen worden sind. Die städtische Medizinalverwaltung hat die städtischen Lazarette darauf hingewiesen, die Nachbehandlung und die Sorge für die Wiedererwerbsfähigkeit zum Gegenstand ihrer besonderen Sorgfalt zu machen, die Organisation selbst hat aber nach den bekannten Großberliner Verhältnissen ihre besonderen Schwierigkeiten. Die Stadt kann naturgemäß nicht die Gesamtheit der Kosten tragen, vielmehr müssen

die berufenen Lastenträger mit dazu herangezogen werden.

Mit Rücksicht auf die zu erwartende Magistratsvorlage empfiehlt sich nicht die Beratung in gemischter Deputation, das würde die Sache nur auf die lange Bank schieben.

Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.): Daß wir hier alle für die Kriegsbeschädigten, jene Helden, die verstümmelt worden sind, alles tun wollen, was in unseren Kräften steht, ist ja selbstverständlich. Die Zeiten, zu denen der verstümmelte und invalide Teilnehmer an einem Feldzuge mit dem Leierkasten auf den Höfen herumgehen mußte, sind vorüber. (Lebhafte Zustimmung.) Das Beste und Meiste ist für jene Leute gerade gut genug. Die Empfindung, als wenn sie Bettler sind und Almosen empfangen, darf bei ihnen gar nicht erst aufkommen. Ueber diese wichtige Frage haben ja bereits auch im Abgeordnetenhaus in den Kommissionen Erörterungen stattgefunden. Die Reichszentralbehörde muß erst gewisse Grundsätze aufstellen, nach denen dann die Sache geregelt werden wird. Man darf auch vorläufig nicht die Befürchtung hegen, daß den Provinzen und Kommunen Lasten aufgelegt werden, die das Reich zu tragen hat. Daß das Reich allein hierfür in Frage kommt, steht doch wohl außer Frage. Was dann noch die Städte nach ihrem freien Ermessen außerdem tun werden, wird ja die Zukunft lehren. Auch wir sind bereit, der in Aussicht gestellten Vorlage des Magistrats, vorbehaltlich ihrer Kenntnisnahme, freudig zuzustimmen. Jedenfalls wissen wir alle hier voll zu würdigen, was jene Leute draußen im Felde für uns getan und gelitten haben, wir werden schon in Kürze den ersten Schritt tun, um eine „verzweifelte Stimmung“, von der Stadtv. Hoffmann sprach, bei unseren tapferen Kriegsbeschädigten ein für allemal zu beseitigen. (Lebhafte Beifall.)

St.-B. Cassel: Nach der Erklärung des Magistratskommissars erscheint es zweckmäßig, den Antrag zurückzuziehen. Jeder hier im Saal wird mit Freuden dafür eintreten und dafür sorgen, daß die im Kriege Verwundeten, soweit es sich um den Verlust von Gliedern handelt, nach Möglichkeit Ersatz erhalten, soweit es sich um sonstige Verstümmelungen handelt, daß sie Unterweisung bekommen, um arbeitsfähig zu werden. Lohn-drückerei ist ihnen gegenüber doch wohl kaum zu befürchten, dazu wird sich wohl kein Arbeitgeber hergeben. Mit dem Ziele des Antrages sind wir durchaus einverstanden, betonen aber, daß die Pflicht, für die Betroffenen zu sorgen, dem gesamten Vaterlande, dem Reich, in den Einzelfällen dem Staat, den Versicherungsanstalten usw. obliegt. Wir werden mit aller Macht dabei helfen, daß das Ziel erreicht wird, aber wir müssen verlangen, daß die dem Reiche obliegende Last auch vom Reiche getragen wird und uns die Kosten entsprechend ersetzt werden. (Beifall.)

Nach einem Schlußwort des St.-B. Hoffmann zieht dieser den Antrag zurück.

Die Magistratsvorlage, wonach den Angestellten der Feuerwehr, die nicht mehr als 2000 M. Dienstlohn beziehen, vom 1. April ab eine Kriegszulage von 10 M. gezahlt werden soll, wird nach kurzer Erörterung angenommen.

Schluß 8¼ Uhr. Es folgt eine geheime Sitzung.

Fürsorge für Kriegsblinde.

Bereits seit sieben Monaten werden die kriegsblinden Soldaten im Blindenerziehungsinstitut in verschiedenen Fertigkeiten und Gewerben unterrichtet. Direktor dieses Instituts Regierungsrat Alexander Mell hatte für den gestrigen Tag das Komitee für Kriegsblinde und Taubstumme des Kriegsfürsorgeamtes zu einer Besichtigung der Anstalt eingeladen. An dieser nahmen teil der Vorstand des Kriegsfürsorgeamtes F.M. Löbl, der Komiteevorstand Hofrat Graf Stainach, die Komiteemitglieder Professor Dimmer, Hofrat Professor Doktor Fuchs, Gesandter Baron Kiedl, Karl Mayer, Professor Doktor Sachs und kaiserlicher Rat Siegfried Franz Weil, ferner die Herren Rittmeister Graf Wurmbrand-Stuppach vom Roten Kreuz, Primarius Dr. Wittmann und der Chefarzt des Instituts Linienschiffsarzt Dr. Uhlir. Der Hauptzweck der Fürsorge erstreckt sich auf den Unterricht im Lesen und Schreiben und wird in allen Landessprachen erteilt, und zwar in deutscher Sprache vom Hauptlehrer Gierl, in czechischer Sprache vom Lehrer Meschula, für Polen, Ruthenen und Rumänen vom Lehrer Galarevice vom Czernowitzer Blindeninstitut, für Schreibmaschine von Frau Chamrath. Weitere Unterrichtsweige bilden der Handwerksunterricht in der Korbflechterei mit ihren Nebenzweigen, Unterricht im Klavierstimmen und in einzelnen Musikinstrumenten, wie Violine, Laute, Gitarre und Klavier, welcher teils von verschiedenen Handwerksmeistern, teils von geprüften Lehrern der betreffenden Zweige erteilt wird. Vor kurzem waren sechzehn Kriegsblinde auf dem Lande, wo sie in der Realität des Instituts bei Jbbsitz Anleitung erhielten, sich im Freien selbständig zu bewegen, Hindernisse zu erkennen, ihnen auszuweichen und selbst weniger gute Landwege mit Sicherheit zu begehen. Die Teilnehmer an der Besichtigung waren von dem Ergebnisse in hohem Grade befriedigt. Sie konnten den vollen Eindruck gewinnen, daß die in der Anstalt untergebrachten Kriegsblinden sich bereits dank der aufopfernden Fürsorge des Direktors Mell und der anderen Lehrpersonen mit ihrem traurigen Lose einigermaßen ausgeöhnt haben. Ein Teil der in der Anstalt untergebrachten Kriegsblinden, insbesondere die Verheirateten, wird nach Erlangung der nötigen Fertigkeiten zu ihren Familien zurückkehren. Die Mitglieder des Komitees widmeten sich jedem einzelnen der Kriegsblinden. Vor dem Abschiede übergab F.M. Löbl namens des Komitees einen größeren Geldbetrag zur sofortigen Verteilung an die Kriegsblinden.

Ausbildung von Invaliden für landwirtschaftliche Berufszweige.

Einen wesentlichen Teil der Kriegsfürsorge im weitesten Sinne wird die Obforgen für alle mittellosen Kriegsinvaliden bilden müssen. Die Erkenntnis ist eine allgemeine, daß es Pflicht für alle in Betracht kommenden Behörden und die Gesellschaft ist, hier helfend und belehrend einzugreifen und keine Mittel zu scheuen, um den Tausenden heldenmütiger Männer, die ihre Gesundheit eingebüßt haben oder als Krüppel zurückkehren, die Möglichkeit einer auskömmlichen Existenz zu bieten.

Mit Geldrenten wird ausgeholfen werden müssen, doch damit erschöpft sich keineswegs die Aufgabe; nur eine geringe Anzahl der Invaliden wird so schwer verletzt sein, daß sie, für jeden Erwerb unfähig, auf die finanzielle Hilfe des Staates angewiesen sein werden. Die große Mehrzahl wird voraussichtlich mit geringen Körperschäden wegkommen, so daß sie wohl für ihre frühere Beschäftigung nicht mehr taugen werden, aber doch zu vielen anderen, leichteren Arbeiten brauchbar sind. Das Streben der Kriegsfürsorge muß dahin gehen, ihre Arbeitskräfte nun so weit zu stärken, daß sie, so weit es nur möglich, sich selbst fortbringen können und nicht auf die Rente des Staates angewiesen sind. Für sie gilt es, Stellen zu suchen, ihnen eine Arbeit zu ermöglichen, sie vor allem aber vorzubereiten und zu unterrichten für ihre künftige Tätigkeit. Das Glück so vieler Menschen, die das Bewußtsein ihrer Selbständigkeit stärken und denen die eigene Arbeit Freude und Trost gewähren wird, aber auch der Vorteil der ganzen Volkswirtschaft, der die neuen Arbeitskräfte zugute kommen, wird der Lohn sein.

Alles weist darauf hin, möglichst den Uebergang zu landwirtschaftlichen Berufen zu fördern. Die Folgen der erlittenen Verletzungen werden noch lange die gesunde, frische Luft des Landlebens verlangen, die staubige Atmosphäre der Fabrik verbieten. Wir führen jährlich für Hunderte von Millionen Kronen landwirtschaftliche Produkte, wie Milch, Eier, Käse, Gemüse ein und könnten doch so gut all diese Produkte im Inlande selbst erzeugen. Eine intensivere Bewirtschaftung unsres Landes ist so notwendig und bei einigem Willen leicht durchzuführen. Darum ist es mit Freude zu begrüßen, wenn der niederösterreichische Landesauschuß schon jetzt beginnt, Militär-Rekonvaleszenten in seinen landwirtschaftlichen Unterrichtsanstalten aufzunehmen, um sie in mehrmonatlichen Kursen unter Leitung von geprüften und tüchtigen Fachlehrern für jene landwirtschaftlichen Spezialgebiete auszubilden, für die sie sich am meisten geeignet zeigen. Wie man uns mitteilt, sollen nach einem noch festzustellenden Unterrichtsprogramme nachstehende Kurse abgehalten werden, und zwar aus: Landwirtschaft im engeren Sinne: Kurse für Milchwirtschaft und Molkereiwesen; für Kühler, Melker, Käser, Buttermeister, Tierhelfer; ferner Maschinewärter-, Weidewärter-, Wiesenwärter-, Waldwärter- und Drainagemeisterkurse; Kurse über landwirtschaftliches Genossenschaftswesen; für Weinbau: Kellermeisterkurse; für Obst- und Gemüsebau; Baumwärterkurse, Kurse für Gemüse- und Biergärtnerei; endlich Zimberkurse.

Zur Abhaltung der vorstehenden Unterrichtskurse beabsichtigt der Landesauschuß von den in seiner Verwaltung stehenden landwirtschaftlichen Lehranstalten die Schulen in Ober-Siebenbrunn, Nyitra, Feldsberg, Edelhof, Rez, Mistelbach, Gumpoldskirchen, Oberhollabrunn, Elisabethinum in Mödling, in denen rund 300 Rekonvaleszenten in länger dauernden Kursen gleichzeitig untergebracht werden können, zur Verfügung zu stellen. Der Referent für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen, W. Johann Mayer, hat bereits ein eingehendes Programm ausgearbeitet und mit den in Betracht kommenden Instanzen Fühlung genommen. Mit der Durchführung der Aktion wurde Landesrat Dr. Pastner beauftragt.

Die Prothesenbeschaffung.

Ein erweiternder und ergänzender Erlaß des Kriegsministeriums besagt: Unter künstlichen Gliedmaßen, orthopädischen Apparaten, sonstigen Körperersatzstücken und Bandagen sind auch orthopädische Schuhe, Stützapparate bei Gelenksaffektionen, künstliche Augen, Ohren, Nasen, Kiefer- und Zahnprothesen, Leibbinden und Bruchbänder zu verstehen. Die Militärkommandos wurden neuerdings beauftragt, allen Prothesenbedürftigen (Amputierten) nach vollständiger Verheilung des Amputationsstumpfes die Ersatzstücke nur in solchen Heilanstalten anfertigen zu lassen, in welchen die Bedingungen zur Beteiligung mit vollkommen entsprechenden Prothesen gegeben sind (Spitäler in Universitätsstädten, Landeshauptstädten) und aus andern Anstalten die Amputierten in diese Orte zu transferieren. Jeder an den unteren Gliedmaßen Amputierte erhält zuerst eine einfache (provisorische) Immediatprothese, hat aber den Anspruch auf Beistellung eines zweiten definitiven Ersatzstückes (je nach Bedarf Stelzfuß oder künstliche Gliedmaße), welches ihm erst nach vollständiger Konsolidierung des Stumpfes durch eine der früher erwähnten Anstalten zu beschaffen ist. Der als Höchstausmaß für Prothesenbeschaffung ausgesetzte Betrag von 250 K. kann im Bedarfsfalle, wenn infolge besonderer Komplikationen das Auslangen nicht gefunden werden sollte, nach eingeholter Entscheidung des Kriegsministeriums auch überschritten werden.

Prothesenbedürftige und sonstige infolge Verwundung oder Kriegsstrapazen erwerbsunfähig gewordene Militärpersonen sind nicht eher zu superarbitrieren und zu entlassen, bevor sie nicht einer die Erhöhung der Erwerbsfähigkeit bezweckenden Nachbehandlung und Schulung unterzogen wurden.

11./V. 1915.

Die Kriegsinvaliden-Fürsorge in der Provinz Westfalen.

* Münster, 10. Mai.

Unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns Dr. Hammer Schmidt trat der Ausschuss für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge in der Provinz Westfalen am 6. Mai im Landeshause zu Münster zu einer Sitzung zusammen, in der über die bisherigen Ergebnisse der Kriegsinvaliden-Fürsorge Bericht erstattet wurde. Der Landeshauptmann wies zu Eingang der Besprechung auf die Entwicklung hin, die das Fürsorgewesen für Kriegsinvaliden im ganzen Reiche genommen hat, insbesondere durch das Bestreben, die Fürsorge zu einer Aufgabe der Provinzialverbände als Kommunalverbände zu machen. Er selbst ist der Ansicht, daß das westfälische System der sogenannten freiwilligen Fürsorgetätigkeit, das in Westfalen gleich zu Anfang des Krieges ausgebaut wurde und das von einer Reihe anderer Provinzen als Muster übernommen worden ist, Vorteile hat und daß es keinerlei Schwierigkeiten begegnen wird, wenn später durch die Gesetzgebung bestimmt wird, daß die Fürsorge Gegenstand und Aufgabe der Kommunalverbände wird. Aber die bisherige Entwicklung des Fürsorgewesens in Westfalen berichteten Generaloberarzt Dr. Haehner und Landesarzt Dr. Paal. Generaloberarzt Dr. Haehner schilderte die Tätigkeit der Militärbehörden für die Kriegsinvaliden, insbesondere die Bestrebungen, sie möglichst allgemein wieder ihrem eigenen Berufe oder aber möglichst schnell einem neuen Berufe zuzuführen. Er zerstreute zu Eingang seiner Ausführung das Mißtrauen, das in weiten Kreisen der Kriegsinvaliden herrscht, als ob man sie durch diese Fürsorge „um ihre Renten bringen“ oder diese schmälern wolle. Er verlas eine Erklärung des Versorgungs- und Justizdepartements des Kriegsministeriums vom 8. März, die folgenden Wortlaut hat:

„Im sozialen wie im volkswirtschaftlichen Interesse kann es nur begrüßt werden, wenn die durch den Krieg beschädigten Militärpersonen durch Berufsberatungstellen, Arbeitsnachweise usw. möglichst frühzeitig wieder einer lohnenden Beschäftigung zugeführt werden. Dabei kann die Aufgabe lohnbringender Beschäftigung oder die Höhe des Verdienstes für sich allein eine Minderung oder Entziehung der Rente nicht begründen. Eine Anrechnung des Verdienstes auf die Versorgungsgebühren ist unzulässig. Eine Minderung oder Entziehung der Rente könnte nur bei einer wesentlichen Steigerung der Erwerbsfähigkeit eintreten. Inwieweit eine Beschäftigung in lohnbringender Stellung einen Rückschlag auf eine solche Steigerung der Erwerbsfähigkeit gestattet, kann nicht allgemein entschieden werden. Eine Prüfung dieser Frage wird sich vielmehr nur von Fall zu Fall ermöglichen lassen. Hierbei wird bemerkt, daß die Kriegszulage so lange fortzuzahlen ist, als der Versorgungsberechtigte in seiner Erwerbstätigkeit in mehrbarem Grade, also mindestens um 10 Prozent, geschädigt ist. So würde z. B. jemand, der durch den im Kriege erlittenen Verlust eines Fußes erwerbsbeschränkt geworden ist, stets neben der dem Grade seiner Erwerbsunfähigkeit entsprechenden Rente die Verstümmelungszulage von 27 M monatlich und die Kriegszulage beziehen, auch wenn er infolge lohnbringender Beschäftigung ein ausreichendes Einkommen hätte.“

Generaloberarzt Dr. Haehner gab dann weiter ein anschauliches Bild von dem Unterrichtswesen und von der Art des Handfertigkeitsunterrichts, der für die Verwundeten in vielen Lazaretten des Bezirks eingerichtet worden ist. Gerade der praktische Unterricht in der Vorbereitung der Verwundeten für einen neuen Beruf oder in der Wiedererweckung der seelischen und geistigen Kräfte für den alten Beruf wird besonders gepflegt. Das gilt natürlich vor allem für die Amputierten, von denen in der Zeit vom 1. Januar bis 25. April im Bereiche des Korpsbezirks insgesamt 500, darunter 180 Westfalen, festgestellt wurden. Unter diesen sind die rechtsarmig Amputierten erfreulicherweise in der Minderzahl. Diese Amputierten werden in Düsseldorf und Bochum zusammengelegt, weil man dort neue Einrichtungen für die sachmännische Herstellung der künstlichen Glieder geschaffen hat. Das ist sehr wertvoll, weil man jetzt nicht mehr daran denkt, den Verletzten nur sogenannte „Sonntagsglieder“ zu geben, sondern sie mit Hilfe der künstlichen Ergänzungen wieder möglichst arbeitsfähig zu machen. Die Verwundeten sollen gleichzeitig auch in Betrieben dieser Städte arbeiten und dort auch schon einen gewissen Betrag als Lohn erhalten. In gleicher Weise wird für die Versteiften und für die Blinden Vorlesung getroffen.

Landesarzt Dr. Paal teilte mit, daß zurzeit schon 300 Berufsberater in Westfalen tätig sind. Eine sehr wichtige Aufgabe sei naturgemäß die Berufsberatung in der Heimat. Darum haben sich in manchen Orten die Berufsberater wieder zu Ortsvereinigungen zusammengeschlossen und schon recht gute Erfolge erzielt. Die Arbeitsvermittlung durch die Berufsberater wäre bisher verhältnismäßig leicht, weil das Angebot geringer war als die Nachfrage. Das werde natürlich nach dem Kriege wesentlich anders werden, und es müssen deshalb besondere Vereinbarungen mit den Arbeitsnachweisen getroffen werden. Besonders notwendig sei es, für die beschränkt Erwerbsfähigen eine besondere Arbeitsvermittlung zu schaffen. Für die weitere Ausgestaltung der Fürsorgetätigkeit wurde aus der Versammlung heraus ein innigeres Handinhand-Arbeiten der Militärbehörden mit den Berufsberatern für wünschenswert gehalten. Vor allem müßte die Fühlung mit den Bezirkskommandos enger werden. Der Vertreter des Generalkommandos gab Kenntnis von entsprechenden Verfügungen, durch welche die Bezirkskommandos angewiesen werden, den Berufsberatern die Namen derjenigen Kriegsbeschädigten mitzuteilen, die der Beratung bedürftig erscheinen. Auch wurde in diesen Verfügungen die Vereinbarung einer allgemeinen Sprechstunde des Berufsberaters angeregt. Daneben sind die Bezirkskommandos vom Generalkommando angewiesen worden, sie sollten die Namen sämtlicher Kriegsbeschädigten den Berufsberatern mitteilen. Für die örtliche Ausgestaltung des Fürsorgewesens wurde eine größere und planmäßigere Aufteilung der Arbeit in den einzelnen Städten und Kreisen beschlossen. In allen Stadt- und Landkreisen sollen Unterausschüsse gebildet werden; der Provinzialausschuss wird dann näher die allgemeinen Fragen regeln. Zu diesem Zwecke wurden weitere Zuwahlen zu dem großen Ausschuss vorgenommen.

Der wichtigste Punkt in der ganzen Fürsorge ist die Aufbringung der Kosten. Hier trat Landeshauptmann Dr. Hammer Schmidt mit warmen Worten für die freiwillige Liebestätigkeit ein. Die lebendige opferfreudige Tat müsse in allen Kreisen der Bevölkerung der Dank sein an alle, welche für das Vaterland geblutet haben. Der Provinziallandtag habe schon jetzt für diese und verwandte Zwecke 95 000 M zur Verfügung gestellt. Die Landesversicherungsanstalt hat, wie Landesrat Dr. Althoff mitteilte, ihrerseits 40 000 M gestiftet. Die beiden großzügigen Spenden wurden von der Versammlung mit lebhafter Freude zur Kenntnis genommen. Noch freudiger aber begrüßte der Ausschuss die Mitteilung des Landeshauptmanns, daß außerdem schon mehr als 30 000 M freiwillige Spenden eingegangen seien, ohne daß bisher ein Aufruf erschienen ist. In dieser Summe fänden sich unter anderem auch namhafte Beiträge von Leuten, die gewiß keinen Überfluß hätten, und sicher würden viele unserer Landsleute jetzt gern Gelegenheit nehmen, weiter freiwillige Beiträge zu stiften und sie der Landesbank der Provinz Westfalen in Münster zu überweisen. Denn nach dem Kriege werde die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten große Mittel erfordern. Und darum sei es schon jetzt eine heilige Pflicht der Daheimgebliebenen, jeder nach seinen Kräften dazu beizutragen, daß unsere wackern Brüder, die für die Freiheit und Errettung unseres Vaterlandes aus schwerer Not und Bedrängnis gekämpft und geblutet haben, alle insgesamt wieder gesicherte Lebensbedingungen vorfinden und in sich das Gefühl tragen, daß das deutsche Volk ihnen ihre Opfer an Gut und Blut von Herzen danken und veraekten will.

Die Kriegsfürsorge.

Unterrichtskurse für Verwundete der Wiener Universität.

Seit Mitte März werden im Verwundetenhospital der Wiener Universität vom Ausschub für volkstümliche Universitätsvorträge für die im Spital in Pflege befindlichen Verwundeten Unterrichtskurse abgehalten. Die Einrichtung dieses Unterrichtes ist namentlich der Initiative einer im Spital als Pflegerin tätigen Hörerin der Philosophie, Fräulein Marta Brünner, zu verdanken, die auch weiterhin die Aufsicht über die Kurse führt. Es wurden bisher folgende Kurse eingerichtet: Deutsche Sprache für Nichtdeutsche, Schreib- und Leseunterricht für Analphabeten, Stenographie, endlich Ungarisch für Nichtungarn. Die bisherigen Erfolge sind außerordentlich erfreuliche. Die Vorträge werden von bewährten Lehrkräften der Wiener Volksbildungsinstitutionen an bestimmten Tagen der Woche abgehalten. An den dazwischenliegenden Tagen wird ein Repetitionsunterricht dank der Hilfsbereitschaft der akademischen Legionäre eingehalten.

Fürsorge für erblindete und ertaubte Krieger.

Zu den bedauernswertesten Opfern des Krieges gehören zweifellos diejenigen Krieger, die ihr Augenlicht auf dem Altar des Vaterlandes geopfert haben. Die Pflicht der Dankbarkeit, die wir allen Kriegsverstümmelten, so auch ihnen gegenüber, zu erfüllen haben, ist daher außerordentlich groß. Es muß ihnen auch über die Militärrente hinaus nach Möglichkeit geholfen werden, um ihnen das Leben so angenehm zu gestalten, als es irgend angeht. Freudig ist daher die eingeleitete Sammlung eines Kapitals zur Unterstützung erblindeter Krieger zu begrüßen. Was aber den Blinden zunächst geboten werden muß, ist nicht nur Geldunterstützung sondern vor allem die Anpassung ihres Lebens an ihren jetzigen Zustand. Zu dem Zwecke müssen sie Unterricht im Lesen und Schreiben der Blindenschrift erhalten; es muß eine Beschäftigung für sie gefunden werden, die sie erlernen, mit der sie ihr Leben ausfüllen und auch noch etwas verdienen können. In der Rheinprovinz sind diese Aufgaben leicht zu lösen, da wir hier vorbildliche Einrichtungen zur Fürsorge für Blinde in den Provinzial-Blindenanstalten und in den Anstalten des Rheinischen Blindenfürsorgevereins in Düren haben. Der Tätigkeitsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Rheinprovinz, der unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns in Düsseldorf die Wiederherstellung und Besserung der Erwerbsfähigkeit aller Kriegsbeschädigten zur Aufgabe hat, hat sich auch besonders mit den erblindeten Kriegsbeschädigten beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß ihre Beratung sowohl wie ihre Ausbildung am besten in den Dürener Anstalten erfolgt. Den örtlichen Ausschüssen für Kriegsbeschädigtenfürsorge ist daher zu empfehlen, erblindete Krieger nach Düren an den Direktor Baldus von der Provinzial-Blindenanstalt zu verweisen. Dort wird den Blinden mit Rat und Tat für ihre Zukunft zur Seite gestanden. In den Dürener Anstalten finden sie auch Unterricht und Ausbildung. Sämtliche entstehenden Kosten, auch die Reisetkosten für den Blinden und etwaige Begleiter, übernimmt der Provinzialverband der Rheinprovinz.

In einer bei weitem bessern Lage sind diejenigen, die im Kriege ihr Gehör verloren haben, die Ertaubten. Wenn sie im übrigen gesunde Glieder haben, können sie jede körperliche Beschäftigung in derselben Weise wie früher ausüben. Dennoch sind sie in der Erwerbsfähigkeit bedeutend beschränkt, da sie keine mündlichen Anweisungen über ihre Arbeiten seitens Vorgesetzter in Empfang nehmen und sich mit Arbeitsgenossen über die Arbeit nicht verständigen können. Dieser Mangel kann aber in etwa dadurch gehoben werden, daß die Ertaubten erlernen, die Sprache vom Munde abzulesen, wie es heute auch alle taubstumm Geborenen in den Taubstummenanstalten erlernen. Es empfiehlt sich für die Ertaubten dringend, zu versuchen, diese Kunst zu lernen, auch dann, wenn sie glauben, ohne diese Fertigkeit ihr Brot durch ihrer Hände Arbeit verdienen zu können. Gelegenheit zur Erlernung des Ablesens wird bei verschiedenen Taubstummenanstalten geboten. Anträge sind an den Landeshauptmann der Rheinprovinz als den Vorsitzenden des Tätigkeitsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge zu richten, von dem auch die Kosten übernommen werden.

Fuß- und Armprothesen.

Von Prof. Dr. Hans Spith,
Leiter des Orthopädischen Spitals.

Die Anlegung der definitiven Prothese bedarf all jener Vorkehrungen, die ich in meinen jüngsten Ausführungen eingehend geschildert habe. Die provisorische Prothese macht dem Patienten, wie ich erwähnte, die freie Bewegung immerhin möglich, und so kann er denn auch den Lehrkurs des Invaliden in der Invalidenschule beginnen. Dort lernt er entweder seinen früheren Beruf ausüben oder einen leichteren, zu dessen Ausübung er trotz der künstlichen Gliedmaßen fähig ist.

In den Krankensälen des orthopädischen Spitals, beziehungsweise der Invalidenschule, werden die Patienten denn auch schon nach Berufen gesichtet; die Schulkafel, die in dem ehemaligen Schulzimmer, das nun Krankensaal ist, sich noch befindet, trägt die Namen der Patienten und beigefügt die Angabe ihres Gewerbes: zwei Schlosser, ein Schneider, sieben Bauern, ein Buchbinder usw. Jedem Patienten wird dauernd vor Augen geführt, welchen Beruf er hatte, und in welchen Beruf er zurückkehren soll. Wenn er wieder gehfähig ist, kommt er in jene gewerbliche Schule, die seinem Beruf entspricht, und dort kann es sich erst erweisen, ob seine Prothese auch seiner sozialen Stellung gerecht wird. Zwei Amputierte, denen das linke Bein in gleicher Höhe abgenommen wurde, bekamen die gleichen im Knie beweglichen Prothesengerippe (Immediatprothesen). Der eine war Gärtner und der andere Zimmermann. Der Gärtner verlangte eine im Knie bewegliche Prothese, die unten mit einem breiten Blatt versehen war, denn er muß ja bei seiner Arbeit niederknien und darf in den Boden nicht einsinken. Der zweite wünschte sich anfänglich dieselbe Prothese, kam aber bald nach kurzer Arbeit in der Zimmermannswerkstätte zum Arzt und bat um eine Aenderung seiner Prothese. Seine Arbeit verlangt große Festigkeit im Knie, und er verzichtet lieber auf das bewegliche Knie zugunsten der Festigkeit. Der Schuhmacher benötigt zum Sitzen eine im Knie bewegliche Prothese, die so konstruiert sein muß, daß das Klopfen des Schubes, der am Knie aufliegt, der Prothese nicht schadet. Sie muß eventuell durch einen bei der Arbeit mit ihr verbundenen Holzpflock gestützt und vor dem Stoß des Hammers bewahrt werden.

So wird sich das Bild der Prothese in reicher Abwechslung, je nach der Gewerbebeanspruchung, ändern. Mancher aber wird gezwungen sein, einen anderen Beruf zu ergreifen, wenn auch von allen Patienten nur ein geringer Prozentsatz (4 bis 5 Prozent). Meist gelingt es, die Handwerker in einem Zweig ihres Berufes unterzubringen, der eine etwas verminderte Leistungsfähigkeit der unteren Gliedmaßen erlaubt. Ein amputierter Zahlkellner wird beispielsweise Hotelbureauarbeiter, ein Briefträger wird als Postamtsdiener beschäftigt, Grob schmiede werden Mechaniker, Zimmermaler werden Dekorationsmaler oder Anstreicher usw. Bei einiger Nachsicht der Brotherrn wird den Invaliden gewiß eine Anpassung an ihren Beruf möglich sein. Ist die Ausübung des alten Berufes möglich oder ein neuer gefunden, so wird der Mann mit Hilfe des Arbeitsministeriums in einer gewerblichen Schule untergebracht, wo er in dem Beruf ausgebildet oder in seinem alten Beruf höhergeführt werden kann.

Mit den Immediatprothesen, die schon höheren Anspruch auf Dauerhaftigkeit machen können, soll der Patient in seine Heimat entlassen werden, was schon nach fünf bis sechs Wochen der Fall sein kann. Es hätte keinen Zweck, ihn so lange in der Anstalt zu belassen, bis die anatomischen Veränderungen so weit ge-

diehen sind, daß der Stumpf reif für eine Dauerprothese ist. Dies würde eine Ueberfüllung der Anstalten und einen volkswirtschaftlichen Verlust an Arbeitskapital bedeuten. Bevor jedoch der Patient entlassen wird, muß er lernen, in den einfachen gewerblichen Werkstätten der Schuhmacher, Riemer und Schlosser seine einfache Prothese selbst zu reparieren. Bei uns sind die Städte und Orte nicht so dicht gesät wie etwa in Deutschland, wo eine fachgemäße Reparatur der Prothese leichter möglich ist. In kleinen Gebirgsdörfern muß sich der Mann selbst behelfen, und diese Anleitung wird ihm in der Invalidenschule gegeben.

Erst wenn der Prothesenträger sich in einem Beruf, beziehungsweise in einer Stellung befindet, so wird er sich erst mit der Zeit ganz klar werden über die Ansprüche, die er an ein Kunstbein stellt, und er wird nach Monaten, wenn die anatomischen Veränderungen vollendet sind, mit ganz bestimmten Wünschen kommen, die die heutige Technik immer zu erfüllen imstande sein wird. Die Seeresverwaltung hat sich bereit erklärt, jedem Kriegsverletzten künstliche Extremitäten, Bandagen, orthopädische Apparate bis zu einem Kostenaufwand von 250 Kronen zuzuwenden, eine Summe, die mit wenigen Ausnahmen hoch genug ist, vollständig Brauchbares zu beschaffen. Auch höhere Summen werden von der Seeresverwaltung auf spezielles Ansuchen gewährt. Es wird also jedem Prothesenbedürftigen von der Seeresverwaltung sowohl die anfängliche Immediatprothese als auch das Kunstbein in jener Ausführung, die dem Erwerbs- und dem sozialen Bedürfnis des Prothesenträgers entspricht, beigelegt, doch soll auch dieses natürlich nur unter Sachaufsicht verordnet und geliefert werden; nur so wird es möglich sein, unseren Invaliden das Beste zu geben und den Staat vor ungewöhnlichen Ausgaben zu bewahren.

Mit einigen Variationen gilt das Gesagte auch für die Armprothesen. Schon die Ueberlegung, daß wir es hier mit äußerst komplizierten, in feinen Mechanismen arbeitenden Organen zu tun haben, die so recht der Ausdruck unserer Kulturfähigkeit sind, wird es erklärlich erscheinen lassen, daß wir einem viel schwierigeren Problem gegenüberstehen. Wir können nicht alle die feinen Abstönungen von Bewegungsanpassung an Tätigkeiten schaffen, die eine gesunde befehlte Hand auszuführen vermag. Wir müssen uns hier ganz auf bestimmte vereinfachte Mechanismen beschränken, und müssen uns davor hüten, die Natur nur nachahmen zu wollen. So wenig wie es gelinagt, die Farbe der „Kunsthand“ der ständig wechselnden Hautfarbe der anderen Hand gleichzugestalten, so wenig können wir all die feinen Bewegungen ihr wiedergeben; wenn wir es versuchen wollen, wird eine unbrauchbare Spielerei daraus.

Wir decken im Bewußtsein unseres Unvermögens die künstlich geformte Hand am besten mit einem Handschuh und vermeiden dadurch den Vergleich der feinen Hauttönung und suchen jetzt in diesem Handschuh verborgen einfache Mechanismen mit zangenähnlichen Bewegungen der Finger zueinander zu schaffen, denen natürlich das Gefühl fehlt. Die übriggebliebenen Energiequellen, die wir in den Bewegungen des Armstumpfes, eventuell in denen des anderen Armes besitzen, müssen durch Züge und Rollen ausgenützt werden, um eine Eigenbewegung des Kunstarmes vorzutäuschen. Fehlt nur die Hand, so vermag der Amputierte mit dem Unterarmstummel oft Erstaunliches zu leisten. Ein einarmiger Tischler in den Invalidenschulen, dem die linke Hand fehlt, vollführt mit dem Unterarmstumpf alle Arbeiten in ausgezeichneter Weise. Mittelst eines Riemens befestigt er an dem Stummel einen Meißel, mit dem er jede Arbeit durchzuführen imstande ist. Ein Feinmechaniker behilft sich mit der übrig gebliebenen linken Hand zur Ausführung seines Berufes.

Fuß- und Ohnprothesen.

Beim Oberarmstumpf, insbesondere bei einem kurzen, wird es wohl immer darauf hinauskommen, mit dem übriggebliebenen gesunden Arm auszukommen. In der Schule der Einarmigen lernen die Patienten schreiben, maschinenschreiben, zeichnen und die gewöhnlichen Verrichtungen des täglichen Lebens. Sobald wie möglich versuchen wir aber, sie in den Werkstätten unterzubringen, in denen ein Einarmiger ein für ihn passendes Gewerbe erlernen kann. Wir dürfen ja nicht nur Schreiber und Portiere aus diesen Einarmigen machen, denn der Beruf wird auf die Dauer nicht genügen, und Wohltätigkeitsanstaltungen, die lediglich von der Mitleidsdauer der Arbeitgeber abhängen, wollen wir nicht. Die Prothese muß also hier mehr noch als das künstliche Bein dem Berufe genau angepaßt sein. So mancher Beruf wird mehr eine Maskierung des körperlichen Mangels verlangen, ohne auf eine besondere Funktion Anspruch zu machen. Andere brauchen nur bestimmte Bewegungen unbedingt notwendig. So haben wir beispielsweise unter unseren Patienten einen einarmigen Kirchendiener, der wohl des fehlenden Armes zur Ausübung einiger Funktionen seines Berufes, zur Anlegung der Messgewänder und dergleichen, bedarf, jedoch keine besondere Kraftleistung von ihm zu fordern braucht. Wir konstruieren ihm einen Arm, der diese Bewegungen erlaubt. Ein landwirtschaftlicher Arbeiter dagegen wird an seinen Stumpf wieder eine feste Arbeitsklaus ohne Gelenke erhalten. Ein Ring oder eine Dose genügt oft, um den Stiel eines Werkzeuges in einer Schraube festzumachen oder einen Riemen daran zu knüpfen, um beispielsweise das Mähen mit einer Sense zu ermöglichen. In jedem Falle aber wird die Armprothesenbeschaffung eine viel langsamere sein als an den unteren Extremitäten, die wieder ihrerseits viel dringender ist. Denn jenen Leuten, denen die unteren Extremitäten verletzt wurden, müssen wir vor allem „auf die Beine helfen“. Wir müssen sie von Betten und Krücken erlösen, die Einarmigen aber erst in die Schule schicken, denn der fehlende Arm kann ja doch nur zum Teil soweit ersetzt

werden, daß er den eingeübten, auf besondere Kunstfertigkeit eingestellten gesunden Arm unterstützt. Der Beschaffungspreis der Armprothesen wird natürlich je nach der nötigen Ausführung sehr schwanken, denn einfache Arbeitsklausen werden viel weniger kosten als komplizierte Arbeitsmechanismen, wie sie insbesondere von amerikanischen Fabriken geliefert werden.

Es wird aber schließlich doch möglich sein, allen jenen, die ihre Gliedmaßen im Dienst für das Vaterland geopfert haben, zu helfen und ihnen künstliche Ersatzgliedmaßen zu geben. Nur ist eindringlich zu bemerken, daß man dem Patienten die Anschaffung der Prothesen nicht selbst überlassen darf, und daß man sie auch davor bewahren muß, daß sie in unberufene Hände geraten. Zur rationellen Beschaffung der Prothesen ist es nötig, daß in Universitätsstädten oder in Industriestädten eigene Fachanstalten bestehen, an die sich der Prothesenbedürftige wenden kann. Die orthopädischen Spitäler, die gemäß der Initiative des Kriegsministeriums in größerer Anzahl entstehen sollen, sind in erster Linie berufen, die Beteiligung mit Prothesen in die Hand zu nehmen. Die Prothesenlehrwerkstätte (Aktion Geheimer Rat Czner) will uns geschulte Arbeitskräfte ausbilden und den Stand der Bandagisten, die die definitiven Prothesen herstellen werden, auf jene Höhe heben, die zur Herstellung so subtiler Bandagen notwendig und die bis nun bei uns noch nicht erreicht ist.

Wenn sich somit die staatlichen Behörden, die ärztlichen Organisationen und Spitäler und schließlich die Privatwohltätigkeit zusammenschließen, so wird es unbedingt möglich sein, fast alle Invaliden, die überhaupt noch für einen Beruf in Betracht kommen, wieder dem Erwerb zuzuführen und aus ihnen lebensfreudige, arbeitsfrohe Menschen und dadurch Mitglieder der Gesellschaft zu machen.

Die Stadt Berlin und die Fürsorge für die Kriegsverletzten.

Der Magistrat wird den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreiten, die sich mit der Fürsorge für die im Kriege Verletzten und dadurch in ihrem späteren Erwerbe geschädigten Personen beschäftigt. Für die Schaffung einer diesen Zwecken dienenden Organisation hat der Magistrat zunächst 100,000 Mark bewilligt.

Bereits seit längerer Zeit hat der Magistrat die Frage der Fürsorge für die in Erfüllung der höchsten vaterländischen Pflicht Verletzten zum Gegenstand eingehender Beratung gemacht. Obwohl verfassungsmäßig diese Fürsorge Sache des Reichs ist, will die Stadt Berlin auch bei dieser sozial hervorragend bedeutungsvollen Aufgabe sofort tatkräftig mit eingreifen und gemeinschaftlich mit den in Betracht kommenden Behörden, Verbänden und Anstalten die Organisation in die Hand nehmen.

Unmittelbar nach der Entlassung aus den Lazaretten und im Anschluß an die Behandlung durch die Heeresverwaltung soll die etwa weiter erforderliche Nachbehandlung mit dem Ziele, eine möglichst vollkommene Erwerbsfähigkeit zu erlangen, einsehen. Eine sachgemäße Beratung über die zweckmäßige Verwendung der noch erhaltenen oder wiederzugewinnenden Arbeitsfähigkeit wird der ärztlichen Nachbehandlung den Weg weisen. Nachbehandlung im Anschluß an die der Heeresverwaltung, Berufsberatung, Berufsumschulung, Arbeitsvermittlung werden den wesentlichen Inhalt der Kriegsbeschädigtenfürsorge bilden.

Der Magistrat hat schon vor längerer Zeit die städtischen Anstalten angewiesen, auch der zweckentsprechenden Nachbehandlung der in ihnen befindlichen Krieger ganz besondere Fürsorge zuzuwenden. Er ist auch bereits mit denjenigen Stellen in Verbindung getreten, welche kraft der ihnen obliegenden Aufgaben an der möglichst schnellen und vollkommenen Wiederherstellung der Kriegsbeschädigten interessiert sind. Die Landesversicherungsanstalt Berlin, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die Berufsgenossenschaften und das Rote Kreuz von Berlin haben ihre Mitwirkung in diesem Sinne zugesagt. Für die nicht zu den Versicherten der Landes- und Reichsversicherungsanstalt gehörigen Kriegsbeschädigten will die Stadt die Fürsorge unmittelbar übernehmen, vorbehaltlich der späteren Erstattung durch Reich und Staat.

Die Organisation, durch die auch eine Zerspaltung der Kräfte verhindert werden soll, ist in der Weise gedacht, daß ein Magistratskommissar für die Leitung der Fürsorgetätigkeit bestellt wird. Ihm soll ein Ausschuß und ein Beirat zur Seite treten. Während die Mitarbeit des Beirats zur Materieilung bei der Ausgestaltung der Fürsorge, insbesondere der Berufsberatung und Nachbehandlung, in Anspruch genommen wird, soll der Ausschuß aus Vertretern der Organisationen gebildet sein, welchen vorläufig die finanziellen Lasten obliegen werden. Der Ausschuß soll unter Leitung des Magistratskommissars bestehen aus je einem Vertreter der Landesversicherungsanstalt, der Reichsversicherungsanstalt, der Militär-Medizinalverwaltung, des Roten Kreuzes und des Zentral-Arbeitsnachweises.

Den Beirat sollen bilden die Mitglieder des Ausschusses, weiter Vertreter des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, ein Chirurg, ein Orthopäde, der Gewerberat des Polizeipräsidenten, Vertreter der Handels- und Handwerkskammer, des Vaterländischen Frauenvereins, des Nationalen Frauendienstes, der freien und christ-

lichen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine, der Berufsgenossenschaften, des Werkmeisterverbandes, des Technikerverbandes. Ferner soll der Verein der deutschen Arbeitgeberverbände und der Ausschuß des Kaufmannsgerichts zu Berlin ersucht werden, je einen Vertreter, der letztere aus den Handlungsgehilfen, zu entsenden. Die Zusammensetzung des Beirats soll sich im übrigen dem hervortretenden Bedürfnis anpassen; ihm soll demgemäß das Recht der Zuwahl zustehen.

Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten

3. Eberfeld, 16. Mai.

Um Aufklärung über die Arbeitsfähigkeit der Kriegsbeschädigten und über die Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu verbreiten, berief der Bergische Verein für Gemeinwohl eine außerordentliche Versammlung in die Stadthalle in Eberfeld. Der Vorsitzende Geh. Kommerzienrat Gustav Blank (Eberfeld) konnte eine zahlreiche Zuhörerschaft begrüßen. Mit den meisten Mitgliedern des Zentralvorstandes hatten sich viele Freunde der Bestrebungen des Vereins und Vertreter von Militär- und Zivilbehörden eingefunden; ihnen reichte sich eine namhafte Zahl Verwundeter verschiedener Dienstgrade an. Geheimrat Prof. Dr. Witzel (Düsseldorf) begründete in seinem Vortrage über ärztliche und gewerbliche Fürsorge für unsere Kriegsinvaliden aus seiner Erfahrung heraus die Auffassung, daß bei den dauernd Beschädigten die Wiederaufnahme einer geregelten Arbeit einen Teil des Heilverfahrens selbst bilden und dieses Verfahren seinen Abschluß im Lazarett finden müsse. Es seien nun überall in den Städten Stellen für Berufsberatung eingerichtet worden. Der erste Berufsberater aber müsse für den Verwundeten immer sein Arzt sein. Der Arzt solle sich beim Verband und der sonstigen Behandlung von dem Verwundeten erzählen lassen, was er früher gearbeitet und auch, was er früher gewünscht, aber nicht erreicht habe. Unter keinen Umständen dürfe bei dem dauernd Beschädigten der Gedanke an bleibende Arbeitsunfähigkeit aufkommen, das gebe es nicht. Auch eine Rentenfrage dürfe bei dem Beschädigten nicht aufkommen und dürfe ihm auch nicht von anderer Seite beigebracht werden. Der Gewinn aus dem mit Mühe Hinzugelerten und beruflich dann Ausgeübten dürfe auf den Ehrensold keinen Einfluß haben; der Ehrensold müsse dem Beschädigten immer ungeschmälert erhalten bleiben. Ferner solle mit allen Mitteln angestrebt werden, daß der Invalide in seinem Berufe bleiben oder wenigstens bei seinem Material, so daß höchstens nur eine Berufsveränderung eintrete und die früheren Material- und Betriebskenntnisse verwertet werden könnten. Einem Berufswechsel nach der Richtung von Stellen, wie Pfortner, Bote, Schreiber müsse von vornherein entgegengetreten werden. Der Arzt müsse auch das Rezept für die praktische Arbeit und die technische Ausbildung aufstellen. Sache des technischen Leiters in der Invalidenfürsorge sei es dann, die Durchführung dieses Rezeptes zu erzielen. Lehrsache Beispiele seien dafür die Lazarette des Phönix und der Firma Jagenberg in Düsseldorf. Eine ganz besondere Fürsorge erwiesen die Heeresverwaltung und alle anderen Kreise den Amputierten. Es müsse eingestanden werden, daß die Erfahrungen der Ärzte in der Behandlung von Stümpfen und von Prothesen (Ersatzgliedern der Glieder) noch verhältnismäßig sehr gering seien. Die Ärzte müßten diese Behandlung studieren und probieren, und die Verwundeten müßten sie lernen. Nichts sei verwickelter, kostspieliger und verdrießlicher als zu spät unternommene Reparaturen der künstlichen Glieder. Z. B. habe bei den Handamputierten das Hauptbemühen dahin zu gehen, besonders gute und zweckmäßige Auswechslungsstücke für die Prothese zu finden. Durch eine planmäßige, weitschauende Vorsorge wolle man die invaliden Volksgenossen zu arbeitsfähigen und -frohen Menschen machen; sie dürften nicht durch den Empfang von Almosen für sich und andere entwürdigt werden. Viele Wege führten zu dem Ziele, aber alle Bemühungen und Bestrebungen nach dieser Richtung müßten einheitlich zusammengefaßt werden. Wenn wir unsern dauernd Kriegsbeschädigten Arbeit verschafften und sie über jede Sorge stellten, ehrten wir uns selbst.

Welche Schwierigkeiten sich der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten entgegenstellen, war in dem zweiten Vortrage, dem des Landesrats Dr. Schellmann (Düsseldorf) dargestellt. Die erste Schwierigkeit liege darin, daß es sich um Leute handele, die der mili-

tärischen Aufsicht unterständen. Militärische Rücksichten brächten aber Verhältnisse mit sich, die einer wirklichen Berufsberatung entgegengekehrt seien. Hier seien schon Erleichterungen eingetreten, und an dem guten Willen der Militärbehörden fehle es nicht. Eine weitere Schwierigkeit sei der Umstand, daß zu viele Helfer und Helferinnen zu viele Spezialisten ihre Dienste anböten. Es sei kein Zweifel, daß alle Vorschläge aus bestem Herzen kämen. Man dürfe aber nicht mit Versuchen vorgehen, sondern nur mit richtiger und schneller Anwendung unserer in langer Erfahrung gewonnenen Mittel. In dieses Gebiet gehöre auch die in einem Aufruf in Zeitungen angekündigte Gründung von Heldenheimen. Das widerspreche unmittelbar den Zielen einer wirklichen Fürsorge. Wir sollten die Verletzten nicht zu einer besondern Menschenklasse machen, sondern sie wieder mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten unter der Allgemeinheit verschwinden lassen. In einer Versammlung der deutschen Versicherungsanstalten habe sich auch der Vertreter des Kriegsministeriums entschieden gegen die Gründung von Heldenheimen ausgesprochen. Eine andere Schwierigkeit werde sich bei der Unterbringung der Kriegsbeschädigten ergeben. Bei allem guten Willen der Arbeitgeber würden doch oft die Verhältnisse stärker sein. Viele Arbeitgeber hätten neue Betriebsarten eingerichtet; sie könnten auch nicht sofort alle inzwischen angenommenen Arbeiter entlassen. Vieles werde auch vom Geld- und Arbeitsmarkt abhängen. Die Gefahr einer andern Schwierigkeit sei in den Kreisen der Arbeitsgenossen, der Vorarbeiter und Meister vorhanden. Die Vorarbeiter und Meister würden sich daran gewöhnen müssen, daß sie Kriegsbeschädigte nicht nur annehmen, sondern auch für die Wiedererlangung ihrer alten Arbeitsfreudigkeit sorgen und darum auf diese Leute Rücksicht nehmen und die Stelle eine ständige werden lassen. Die Vorarbeiter und Mitarbeiter dürften ihre Hilfe für die Kriegsbeschädigten nicht auf die Zeit der ersten Begeisterung beschränken, sondern müßten diese Hilfe auch in spätern Jahren erhalten. Auch erwache noch eine Schwierigkeit durch die Vorstellungen des Kriegsbeschädigten über seine Rente. Das sei der Inhalt seines Lebens geworden. Da entstünden unvernünftige Vorstellungen, und Bemühungen, den Verletzten zur Einsicht zu bringen, seien vergebens. Wir müßten immer wieder betonen, daß das Beste, was wir den Beschädigten geben wollten, nicht die Beschaffung einer Rente sei, sondern ein viel höheres Mittel ihm die Erhaltung oder Wiederbeschaffung seiner Arbeitskraft zu sichern, um ihn zu einem vollen Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu machen und als solches zu erhalten. In der Rheinprovinz werde alles geschehen, um die Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu lösen. Vor allem aber müßten die Ortsausschüsse zweckentsprechend tätig sein. Hierzu müßten sich Persönlichkeiten finden, die mit den Orts- und Personenverhältnissen vertraut seien und sich selbstlos dieser Arbeit hingäben. Dazu gehörten Menschen mit ganz gesundem sozialen Menschenverstand. Nichts Schlimmeres könnte einem Kriegsbeschädigten begegnen, als in eine Anstalt, möge sie einen noch so pomphösen Namen tragen, aufgenommen und bis an sein Lebensende dort gefüttert zu werden. Ein glücklicher und zufriedener Mensch solle und müsse er wieder werden. Diese Aufgaben wollen wir lösen.

In der Aussprache teilte Landesrat Dr. Horion, der bei der Rheinischen Provinzialverwaltung die Arbeiten in der Fürsorge für Kriegsbeschädigte im Auftrag des Landeshauptmanns leitet, aus seinen Beobachtungen in vielen Städten mit, daß die Fälle, in denen Kriegsbeschädigte im Lazarett so vorbereitet würden, daß sie von da unmittelbar in Arbeit kämen, sehr selten seien. In den meisten Fällen käme der Kriegsbeschädigte erst nach Hause ohne bestimmten Entschluß. Das habe seine besondern Gründe. Die Rente werde erst festgesetzt, wenn der Beschädigte aus dem Lazarett entlassen sei, und bis die Rente festgesetzt sei, gehe der ganze Gedankengang des Kriegsbeschädigten auf die Rente. Aus dieser Zeit der Rentenpsychose heraus werde die Arbeit nicht gern aufgenommen. Der Landeshauptmann habe ihn beauftragt, hier einem Irrtum entgegenzutreten. Wenn nämlich die Provinzialverwaltung die Fürsorge übernehme, so wolle sie von der Mitarbeit anderer nicht absehen. Gerade hier sei sie auf die Mitarbeit weitester Kreise angewiesen und suche die Mitarbeit solcher Kreise wie des Bergischen Vereins für Gemeinwohl. Die Fürsorge bestehe auch weniger darin, dem Kriegsbeschädigten zu raten, sondern auch dafür zu sorgen, daß er dem Räte folge. Was die Kosten der Fürsorge anbelange, so habe der Provinzialausschuß sich dahin schlüssig gemacht, daß besonders allen örtlichen Organisationen sämtliche durch die Berufsberatung entstehenden Barauslagen erstattet werden. In den letzten Tagen habe das stellvertretende Generalkommando die Bezirkskommandos angewiesen, den Ortsausschüssen der Fürsorge sämtliche Namen der Kriegsbeschädigten, die in den Bezirk entlassen wurden, mitzuteilen. Das sei für die Fürsorge eine sehr große Erleichterung. Diese Kriegsbeschädigten sollen von einem geschickten Berufsberater sofort in ihrer Wohnung aufgesucht werden.

Der Generaloberarzt beim Generalkommando des VII. Armeekorps Dr. Hähner gab einige Zahlen über dauernd Kriegsbeschädigte im Bereich des VII. Armeekorps (Provinz Westfalen und Regierungsbezirk Düsseldorf). Bisher gebe es in diesem großen Bezirk an 900 Amputierte; die Mehrzahl, etwa 500, sei an den untern Gliedmaßen und etwa 400 an den obern Gliedmaßen amputiert, von den letztern an 200 rechtsseitig und an 200 linksseitig. An beiderseitiger Amputation geben es 2 Fälle an den Beinen und 4 an den obern Gliedmaßen. Über die Frage der Tätigkeit der Berufsberater war Dr. Hähner der Ansicht, daß die Militärbehörde in dieser Sache die Initiative an die Hand des Arztes habe legen müssen. Die Ärzte bestimmeten, wo ein Verletzter sich befinde, der für die Berufsberatung geeignet erscheine; dies werde dann dem Berufsberater mitgeteilt, und für die Beratung werde ein eigenes Zimmer bereitgestellt. Es sei ganz unglücklich, wie wenig die Leute vor einer größeren Korona mit Mitteilungen über ihr Wissen und ihr Können aus sich herausgingen. In der Aussprache wurde noch von einem Redner darauf hingewiesen, daß die Militärverwaltung selbst Kriegsbeschädigte, die noch in ihrem Berufe zu verwenden seien, nach ihrer Entlassung aus dem Lazarett in ihrem Berufe beim Militär beschäftige, so Maurer, Schreiner, Schlosser, Mechaniker usw. Das sei außerordentlich zu begrüßen.

19. IV. 1915.

Hilfsbereitschaft.**Errichtung von Kriegsinvaliden-Werkstätten
bei Korps-Bekleidungsämtern.**

Man schreibt uns:

Als eine recht dankenswerte Einrichtung wird die Errichtung von besondern Werkstätten für die Kriegsinvaliden bei den Korps-bekleidungsämtern begrüßt werden. Zunächst ist beim Gardekorps eine derartige Werkstatt beim Kriegsbekleidungsamt errichtet worden. Der Zweck der Werkstätte ist, insbesondere denjenigen Kriegsinvaliden, die durch Verwundungen und Verstümmelungen nicht mehr ihren Beruf ausfüllen können, Gelegenheit zu geben, sich für einen neuen Beruf vorzubereiten und heranzubilden, um auf diese Weise sich selbst und ihrer Familie den nötigen Unterhalt erwerben zu können. Besonders hervorzuheben ist, daß die neue Einrichtung auch Aussicht auf dauernde Beschäftigung gewährt, da die Kriegsinvaliden in der Werkstatt, wenn sich ihre Tätigkeit bewährt, später als Handwerker bei dem Bekleidungsamt Beschäftigung finden sollen. In der Invalidenwerkstatt sollen nur solche Kriegsinvaliden Aufnahme und Beschäftigung finden, die bereits aus dem Militärverhältnis ausgeschieden sind. Behufs Einstellung wird mit ihnen ein Arbeitsvertrag abgeschlossen, und es steht ihnen frei, entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen entweder als Schneider, Schuhmacher oder Sattler Verwendung zu finden. Für ihre Tätigkeit wird ihnen ein Tagelohn ausgezahlt, dessen Höhe für einen auskömmlichen Lebensunterhalt ausreicht. Unabhängig hiervon können sie Renten oder Kriegs- bzw. Verstümmelungszulagen beziehen. Auf die sich bietende Gelegenheit zur Beschäftigung beim Kriegsbekleidungsamt sind alle zur Entlassung kommenden Kriegsinvaliden hinzuweisen, und die Einstellungs-gesuche sind unmittelbar mündlich oder schriftlich an das Kriegsbekleidungsamt des Gardekorps (Berlin, Lehrterstr. 5) zu richten. Auch den Geheilten-Sammelstellen kann nun empfohlen werden, daß alle von dort zur Entlassung kommenden dienstunbrauchbaren Mannschaften im Interesse ihres Fortkommens sich gegebenenfalls an die zuständige Stelle wenden.

Hausbesorgerstellen für Kriegsinvalide.

Um jenen, die in Ausübung ihrer Dienstpflicht verwundet ihrer früheren Erwerbsfähigkeit beraubt wurden, dauernden und auskömmlichen Lebenserwerb zu sichern, ist in vielen Fällen ihre Ausbildung zu einem solchen Berufe notwendig, den sie trotz der Folgen der erlittenen Verwundungen flaglos auszufüllen imstande sein werden. Oberstabsarzt Prof. Dr. Hans Spitz als Leiter des Reservehospitals Nr. 11 hat in Verbindung mit demselben eine Reihe derartiger Ausbildungsanstalten ins Leben gerufen und ist nunmehr im Begriffe, auch eine Schule zur Heranbildung von Hausbesorgern zu etablieren, in der diejenigen Invaliden, die zu diesem Berufe Lust zeigen, genügende Intelligenz besitzen und geeignet sind, herangebildet werden sollen. Sie werden in den für den Hausbesorger wissenswerten Rechtsfragen, in der Bürgerkunde, Baukunde, in der Hygiene, Gas- und Wasserleitungseinrichtungskunde, in der Elektrotechnik, in Maurer-, Tischler- und Tapeziererarbeiten und in praktischen Fragen unterrichtet, deren Lösung dem Hausbesorger obliegt, so daß ein eventueller Mangel an physischer Kraft durch größere Kenntniss in allen für diese Stellung wichtigen Wissensgebieten voll aufgewogen wird. Es hat sich auch bereits eine Reihe von Invaliden gefunden, die geeignete Bewerber dieses Kuriers sind. Es ergeht nunmehr seitens der dem Reservehospital Nr. 11 angegliederten Invalidenhilfsstelle, die in Wien, 10. Bezirk, Sonnleitnergasse Nr. 32, ihre Tätigkeit entfaltet, an alle Hausbesitzer der Appell, ihre Bestrebungen in patriotischer Weise durch Anmeldung von freien Hausbesorgerstellen zu unterstützen.

Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Der Berliner Magistrat hat, wie wir am 13. Mai in Nr. 242 der „Vossischen Zeitung“ mitteilten, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, wonach die Stadt Berlin gemeinschaftlich mit den in Betracht kommenden Behörden, Verbänden und Anstalten die Organisation der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten in die Hand nehmen will. Für Ausarbeitung dieses Planes wird der Betrag von 100 000 M. gefordert. Die Organisation ist in der Weise erdacht, daß ein Magistratskommissar für die Leitung der Fürsorgelätigkeit bestellt wird; ihm soll ein Ausschuß und ein Beirat zur Seite treten. Während die Mitarbeiter des Beirates zur Materielementung insbesondere für die Berufsberatung und Nachbehandlung in Anspruch genommen werden, soll der Ausschuß aus Vertretern der Organisation gebildet sein, dem vorläufig die finanziellen Lasten obliegen würden.

Mit dieser Vorlage haben sich gestern abend Vertreter der Gewerkschafts- und Angestellten-Organisationen der verschiedensten Richtungen hier im Gewerkschaftshause beschäftigt. Neben der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, dem Verband der deutschen Gewerksvereine (G.-V.), dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten waren u. a. noch vertreten der Deutsche Technikerverband, der Verein deutscher Kaufleute, der Verband deutscher Handlungsgehilfen, der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bund der technisch-industriellen Beamten. So sehr man auch das Vorgehen des Berliner Magistrats begrüßte, so hielten sie es doch für unzweckmäßig, wenn Berlin diese Organisation für sich unabhängig von der für die Provinz Brandenburg durchführt. Kriegsbeschädigte, die in den Berliner Lazaretten der Wiedergewinnung ihrer Arbeitskraft entgegensehen werden — so betonte man — zum großen Teil in den zahlreichen industriellen Unternehmungen von Groß-Berlin, also in Orten, die zum Verwaltungsgebiet der Provinz Brandenburg gehören, ihre Arbeitsstellen suchen und finden. Daher kann den Kriegsbeschädigten mit dieser getrennten Organisation nicht gedient werden.

Die Vertreter der eben genannten Verbände ersuchen daher in einer besonderen Eingabe, die sie heute nachmittag gegen 5 Uhr dem Oberbürgermeister überreichen werden, den Magistrat sowie die Stadtverordnetenversammlung, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten in Berlin mit der gleichartigen Einrichtung für die Provinz Brandenburg planmäßig zu verbinden. Sie bitten zugleich, die Organisationsinstanzen zu erweitern. Dem Ausschuß, dem die Verwaltung obliegt, der alle Entscheidungen endgültig zu treffen hat, sollen auch Vertreter aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen angehören. Nur so wird man es ermöglichen können, daß die Kriegsbeschädigten, die — zum mindesten in der ersten Zeit — minder leistungsfähig sein werden, vollständig oder in größerer Zahl der Erwerbsarbeit zugeführt werden, daß ferner zwischen ihnen und den vollwertigen Arbeitern im Betriebe ein gutes Einvernehmen herrscht. Man erstrebt auch, daß neben Beratungsstellen, die sich über das ganze Reich erstrecken, solche für bestimmte Bezirke und für örtliche Kreise, in denen neben den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, die der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen sitzen, errichtet werden.

Heute abend wird sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Magistrats beschäftigen. Es ist anzunehmen, daß auf Grund dieser Eingabe die Vorlage nicht ohne weiteres angenommen sondern einem Ausschuß überwiesen wird.

Die Berliner Stadtvorordneten beschäftigten sich in ihrer gestrigen Sitzung, nachdem der neugewählte Stadtv. Architekt S. Weile eingeführt und verpflichtet worden war, wiederum mit Fragen der Kriegsfürsorge. Es handelte sich einmal um die Mietbeihilfe an Kriegerfamilien, dann um die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Der Ausschuss zur Vorlage über die Neuregelung der Mietbeihilfen an die Kriegerfamilien und die alleinstehenden Kriegsteilnehmer schlug, wie der Berichterstatter Stadtv. Liebenow mitteilte, folgende Beschlussfassung vor:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Zahlung von Mietbeihilfen nach Maßgabe der Vorlage vom 24. April 1915 mit der Abänderung einverstanden, daß monatlich erhalten: Frauen ohne Kinder höchstens 20 M., Frauen mit einem Kinde höchstens 15 M., Frauen mit zwei Kindern höchstens 12,50 M., Frauen mit drei und mehr Kindern höchstens 10 M. und ermächtigt den Magistrat, die Mittel vorstufweise zu verausgaben. Ueber die endgültige Deckung bleibt ein besonderer Gemeindecbeschluss vorbehalten.

Stadtrat Franz: Die Magistratsvorlage stellt eine erhebliche Verbesserung des bestehenden Zustandes dar. Nun ist aber der Ausschuss über diese Verbesserungen noch weit hinausgegangen. Er hat bei Frauen ohne Kinder und mit einem Kind die Bedingung gestrichen, daß eine durch Krankheit verursachte Arbeitslosigkeit vorhanden sein muß, und hat auch die Höchstsätze erhöht. Der Magistrat ist nun geneigt, die Streichung der genannten Bedingung anzunehmen und auch den Höchstsatz von 15 Mark bei Frauen mit einem Kind der Satz von 20 Mark bei Frauen ohne Kinder würde aber eine ganz außerordentliche Belastung der Stadtgemeinde bedeuten. Der Magistrat ist jedoch bereit, einem Satz von 18 Mark zuzustimmen.

Stadtv. Loeser (L.) stellt einen Antrag im Sinne der Ausführungen des Magistratsvertreters. Stadtv. Leid (Soz.) will, um einem Konflikt mit dem Magistrat aus dem Wege zu gehen, dem Antrag Loeser zustimmen. In gleichem Sinne äußern sich die Stadtv. Dr. Kuhle mann (Fr. Fr.) und Ladewig.

Der Ausschussantrag wird hierauf in der durch den Antrag Loeser abgeänderten Form angenommen.

In einer Vorlage beantragt der Magistrat die Bewilligung eines Betrages von 100 000 M. zur

21. Mai

Berlins Kriegsfürsorge.

Die Berliner Stadtvorordneten beschäftigten sich in ihrer gestrigen Sitzung, nachdem der neugewählte Stadtv. Architekt S. Weile eingeführt und verpflichtet worden war, wiederum mit Fragen der Kriegsfürsorge. Es handelte sich einmal um die Mietbeihilfe an Kriegerfamilien, dann um die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Der Ausschuss zur Vorlage über die Neuregelung der Mietbeihilfen an die Kriegerfamilien und die alleinstehenden Kriegsteilnehmer schlug, wie der Berichterstatter Stadtv. Liebenow mitteilte, folgende Beschlussfassung vor:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Zahlung von Mietbeihilfen nach Maßgabe der Vorlage vom 24. April 1915 mit der Abänderung einverstanden, daß monatlich erhalten: Frauen ohne Kinder höchstens 20 M., Frauen mit einem Kinde höchstens 15 M., Frauen mit zwei Kindern höchstens 12,50 M., Frauen mit drei und mehr Kindern höchstens 10 M. und ermächtigt den Magistrat, die Mittel vorstufweise zu verausgaben. Ueber die endgültige Deckung bleibt ein besonderer Gemeindecbeschluss vorbehalten.

Stadtrat Franz: Die Magistratsvorlage stellt eine erhebliche Verbesserung des bestehenden Zustandes dar. Nun ist aber der Ausschuss über diese Verbesserungen noch weit hinausgegangen. Er hat bei Frauen ohne Kinder und mit einem Kind die Bedingung gestrichen, daß eine durch Krankheit verursachte Arbeitslosigkeit vorhanden sein muß, und hat auch die Höchstsätze erhöht. Der Magistrat ist nun geneigt, die Streichung der genannten Bedingung anzunehmen und auch den Höchstsatz von 15 Mark bei Frauen mit einem Kind der Satz von 20 Mark bei Frauen ohne Kinder würde aber eine ganz außerordentliche Belastung der Stadtgemeinde bedeuten. Der Magistrat ist jedoch bereit, einem Satz von 18 Mark zuzustimmen.

Stadtv. Loeser (L.) stellt einen Antrag im Sinne der Ausführungen des Magistratsvertreters. Stadtv. Leid (Soz.) will, um einem Konflikt mit dem Magistrat aus dem Wege zu gehen, dem Antrag Loeser zustimmen. In gleichem Sinne äußern sich die Stadtv. Dr. Kuhle mann (Fr. Fr.) und Ladewig.

Der Ausschussantrag wird hierauf in der durch den Antrag Loeser abgeänderten Form angenommen.

In einer Vorlage beantragt der Magistrat die Bewilligung eines Betrages von 100 000 M. zur

Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Organisation ist so gedacht, daß ein Magistratskommissar zur Leitung der Fürsorgetätigkeit bestellt wird. Ihm tritt ein Ausschuss und ein Beirat zur Seite. Während die Mitarbeit des

Kriegschrüppelfürsorge.

♣ Berlin, 21. Mai. (Telegr.) Der Arbeitsauschuß für Kriegschrüppelfürsorge, Kreishauptmannschaft Dresden und Bauhen, bittet den Reichstag, recht bald eine Entschlieung dahin fassen zu wollen, daß es als eine Ehrenpflicht insbesondere der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden anzusehen ist, den im Dienst des Vaterlandes verstümmelten Kriegsteilnehmern bei der Wiederaufrichtung ihrer bürgerlichen Existenz behilflich zu sein und aus diesem Grunde, soweit verstümmelte Kriegsteilnehmer als Bewerber in Frage kommen, den Begriff „körperliche Tüchtigkeit“ möglichst weit zu fassen. In der Sitzung der Petitionskommission erklärte der Regierungsvertreter:

Die Reichsleitung billigt durchaus die in der Petition gegebenen Anregungen und hat keinen Zweifel, daß die geäußerten Wünsche bei allen beteiligten Stellen volle Anerkennung und lebhafteste Unterstützung finden werden. Insbesondere hat die Finanzverwaltung auch mit Rücksicht auf die gewaltige Pensions- und Rentenlast ein erhebliches Interesse daran, innerhalb der einzelnen Verwaltungen soweit als möglich versorgungsberechtigte Kriegsteilnehmer zur Anstellung gelangen zu lassen. Für eine Reihe von Stellen ist freilich eine bestimmte körperliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers im Interesse des Dienstes nicht zu entbehren. Zu berücksichtigen bleibt auch, daß durch die bestehenden Vorschriften ein wesentlicher Teil der in Betracht kommenden Stellen den Inhabern des Zivilversorgungsscheins vorbehalten ist. Welche Maßnahmen im einzelnen zu treffen sind und wie im allgemeinen ein billiger Ausgleich zwischen den sich teilweise zuwiderlaufenden Interessen zu finden ist, darüber schweben zurzeit die Verhandlungen.

Die Kommission überwies die Bittschrift dem Reichstanzler zur Berücksichtigung.

☞ Berlin, 21. Mai. (Telegr.) Die Berliner Stadtverwaltung, deren ausgezeichnete Kriegsmahnahmen wiederholt Anerkennung gefunden haben, hat wieder eine große Vorlage zugunsten der Kriegsbeschädigten angenommen. In den Blättern wird über den betreffenden Teil der gestrigen Stadtverordnetenversammlung folgendes berichtet: Es handelte sich um die Bewilligung von 100 000 M. Bei der feierlichen Begrüßungsansprache kam Geheimrat Cassel auf den kürzlich veröffentlichten Bericht eines ausländischen Schriftstellers zu sprechen, der seine Bewunderung über die großartigen Kriegsmahnahmen und Verwaltungsgeschäfte der Stadt Berlin ausgesprochen hatte, die so glatt und ruhig ihre Bahnen gingen, als ob wir mitten im tiefsten Frieden wohnen. Der Vorkühende gab auf diese Frage eine Antwort. Er führte unter dem Beifall der Versammlung aus, daß der sichere Gang der Geschäfte nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Deutschen Reich zuerst dem glänzenden, unübertrefflichen Heere, den Brüdern und Söhnen im Felde zu danken sei, die mit beispielloser Hingabe bewirkt hätten, daß Deutschland von den Schrecken des Krieges innerhalb seiner Grenzen so gut wie verschont geblieben sei. Ferner verdanke man den guten Geschäftsgang der Ruhe und Fassung, mit der man im Vertrauen auf die gerechte Sache dem endgültigen vollen Siege entgegenstehe, und nicht zum mindesten hätten für die glatte Abwicklung der städtischen Verwaltungsgeschäfte die unbefordeten Ehrenbeamten der Stadtgemeinde mitgewirkt. Gerade diesen Ehrenbeamten gebühre der volle Dank der Bevölkerung. Durch die in der Vorlage vorgesehene Organisation soll die Möglichkeit einer sofortigen Fürsorge für die aus den Lazaretten kommenden Kriegsbeschädigten geschaffen werden, um sie so früh als möglich in Berufe und Verhältnisse überzuführen, die sie in den Stand setzen, die Kräfte und Fähigkeiten, die ihnen verblieben sind, voll zu verwerten. Die Organisation ist so gedacht, daß ein Magistratskommissar zur Leitung der Fürsorgetätigkeit bestellt wird. Ihm tritt ein Ausschuss und ein Beirat zur Seite. Während die Mitarbeit des Beirats zur Materieleistung bei der Ausgestaltung der Fürsorge in Anspruch genommen wird, soll der Ausschuss aus Vertretern der Organisationen gebildet sein, denen vorläufig die finanziellen Lasten obliegen. Der Ausschuss soll unter Leitung des Magistratskommissars aus je einem Vertreter der Landesversicherungsanstalt, der Reichsversicherungsanstalt, der Militärmedizinverwaltung, des Roten Kreuzes und des Zentralarbeitsnachweises bestehen. Oberbürgermeister Wermuth führte die Vorlage mit folgenden Worten ein: „Die Vorlage des Magistrats soll mitwirken an der Erfüllung des Wortes, daß es Krüppel im alten, traurigen Sinne nicht mehr geben darf und auch nicht mehr zu geben braucht. Die Behandlung der Verwundeten mit dem Ziele nicht nur der Heilung, sondern auch der Berufsfähigmachung, der Wiederbelebung der Berufstüchtigkeit und die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit sind die Wege, die wir gehen wollen. Aber glauben Sie nicht, daß die städtische Verwaltung zugewartet hätte, bis die Form sich fand, für die Organisationen, im Gegenteil: die Praxis hat überall schon da zugegriffen, wo das Eingreifen ohne längeres Besinnen sich als notwendig und möglich erwies. Die Nachbehandlung ist im Gange, und auch der Arbeitsnachweis ist nicht müßig gewesen. Nun ist es aber an der Zeit, auch die Organe zu schaffen, in die die verschiedenen Körperschaften und alle menschenfreundlichen Bestrebungen gleichartigen Charakters einmünden, und welche schließlich mit den Gemeinden und Kommunalverbänden, sowohl der nähern Nachbarschaft als auch des ganzen Reiches, zusammenarbeiten können. Wenn die Organisationen so planmäßig geschaffen werden sollen, so geschieht dies in der sichern Hoffnung, daß der Hauptverpflichtete, das Reich, unsere Tätigkeit anerkennen und die ihm zukommenden Lasten auf seine Schultern nehmen wird. Aber jetzt heißt es nicht rechnen, sondern handeln.“ Die Versammlung nahm diese Bemerkungen mit allseitigem Beifall auf und begrüßte ebenso die Vorlage, die zur Beratung der Einzelheiten an eine Kommission verwiesen wurde.

Organisation der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden.

Die Heimkehr zahlreicher durch den Krieg invalid oder vermindert erwerbsfähig Gewordener stellt die Staatsverwaltung vor eine bedeutsame Aufgabe. In erster Linie gilt es — sobald die Tätigkeit des Arztes beendet ist — jenen Männern, welche ihre Person im Kampfe fürs Vaterland eingesetzt und zumindest einen Teil ihrer bürgerlichen Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, nach Maßgabe ihrer Arbeitskräfte Beschäftigung zu geben, um ihnen eine neue Grundlage für ihre wirtschaftliche Existenz zu schaffen, ihr Selbstvertrauen zu heben, damit auch ihren psychischen Zustand zu bessern und ihre allmähliche Wiedereinführung in das Erwerbsleben durch Beseitigung sich ergebender Hemmungen herbeizuführen. Für die Zwecke der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden kann zunächst die bestehende Kriegsorganisation der Arbeitsvermittlung zur Verfügung gestellt werden, welche auf dem Zusammenschlusse der öffentlichen, beziehungsweise gemeinnützigen Arbeitsvereine unter der Leitung einer Landes-Arbeitsnachweisstelle besteht und sohin eine weitverzweigte Organisation in den Dienst der Sache stellt.

Dieser mit der allgemeinen Arbeitsvermittlung besetzte Apparat erfordert jedoch, wenn er sich für die Zwecke der Vermittlung an Kriegsinvaliden bewähren soll, in mehrfacher Beziehung eine Anpassung an die Eigenart der Aufgabe. Er bedarf — eben infolge der verminderten Arbeitsfähigkeit der Arbeitssuchenden und der dadurch bedingten Erschwerung der Arbeitsuche — der opferwilligen, vom Gemeinfinne und Patriotismus getragenen Mitwirkung der Unternehmerkreise, wie jener der voll erwerbsfähigen Arbeiterschaft; er verlangt auch besondere Bedachtnahme einerseits auf die physischen und moralischen Qualitäten der zu vermittelnden Arbeitskräfte, andererseits darauf, daß der freie Arbeitsmarkt, auf welchem die voll erwerbsfähige Bevölkerung ihre Arbeitskraft verwertet, nicht ungünstig beeinflusst werde. Zur Unterstützung bei diesen, die Bedachtnahme auf mannigfache Verhältnisse erforderlichen Aufgaben soll der Landesarbeitsnachweisstelle, welche für diese Zwecke amtlichen Charakter erhält und zur Durchführung der praktischen Vermittlungstätigkeit eine weitere Ausgestaltung durch amtliche Bezirksstellen erfährt, die Mitarbeit einerseits der Unternehmerschaft und Arbeiterschaft, andererseits von Sachmännern auf den in Betracht kommenden Gebieten gewonnen werden. Der „Amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden“ soll sohin ein Kuratorium beigegeben werden, welches vor allem zur

Aufgabe hat, die für Kriegsinvaliden in Betracht kommenden Arbeitsplätze durch engste Fühlungnahme mit den Arbeitsgebern ausfindig zu machen und der Landesarbeitsnachweisstelle bekanntzugeben, diese durch Aufklärung der weitesten Bevölkerungskreise über die Möglichkeiten und Bedeutung der Invalidenbeschäftigung zu unterstützen und ihr bei der Lösung fachlicher (medizinischer, vertrags- und lohnrechtlicher, kommerzieller), mit der Beschäftigung von Kriegsinvaliden zusammenhängender Fragen zur Seite zu stehen.

In das Kuratorium werden Vertreter der k. k. Statthalterei Wien, des Landesauschusses des Erzherzogtums Oesterreich unter der Enns und der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, ferner Vertreter der an den einschlägigen Fragen interessierten Korporationen und Stellen, endlich Privatpersonen berufen, welche sich auf den Gebieten der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden betätigen und deren Mitarbeit für das Kuratorium förderlich ist. Die Öffentlichkeit wird auf diese hochbedeutende humanitäre Aktion besonders aufmerksam gemacht und eingeladen, in der Art mitzuwirken, daß alle für Kriegsinvaliden geeigneten Arbeitsplätze der Landesnachweisstelle in Niederösterreich, Wien, 1. Bezirk, Stad-im-Eisenplatz, als der amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden zur Kenntnis gebracht werden.

Die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvaliden.

Eine großzügige Aktion, unterstützt vom Lande
und der Gemeinde Wien.

Unter dem Voritze des Ministers des Innern Dr. Freiherrn v. Heindl fand im Ministerium des Innern die konstituierende Sitzung des Kuratoriums statt, welches der nunmehr geschaffenen amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung für Kriegsinvaliden in Wien und Niederösterreich zur Seite stehen soll. An der Sitzung nahmen vom Ministerium des Innern Sektionschef Dr. Schreyer und Sektionsrat Dr. v. Marquet, von der niederösterreichischen Statthalterei Statthaltersekretär Dr. Semsch, namens der Gemeinde Wien Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit Obermagistratsrat Bamelka, Magistratsrat Winkler und Magistratssekretär Hofner, namens des Landes Niederösterreich Landesauschuß Runschak und Regierungsrat Huemer teil. Weiter waren vertreten die Handels- und Gewerbekammer in Wien und zahlreiche andere betroffene Körperschaften.

Der Minister des Innern Freiherr von Heindl bemerkte, den Vertretern der autonomen Stellen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wie auch den in das Kuratorium berufenen Fachleuten für ihr Erscheinen dankend, daß die Fürsorge für jene heimkehrenden Soldaten, die ihre Person und ihr Leben im Kampfe für das Vaterland eingesetzt und ihre bisherige bürgerliche Erwerbsfähigkeit ganz oder teilweise verloren haben, in erster Linie dem State zukomme, der mit ihrer Durchführung gewiß nur eine Ehrenschuld erfülle. Diese Fürsorge solle sich nicht nur darauf erstrecken, die Erwerbsunfähigen und vermindert Erwerbsfähigen mit Pensionen zu bedenken, sie müsse vielmehr eine zweite Frage des Invalidenproblems zu lösen suchen, die Frage der allmählichen Einführung der Invaliden in das Erwerbsleben durch Sicherung von ihren Fähigkeiten angepassten Arbeitsplätzen und Stellen. „Ich möchte,“ jagte der Minister, „um Mißverständnisse zu vermeiden, ausdrücklich betonen, daß durch die nunmehr eingeleitete Aktion die Frage der staatlichen Invalidenpensionen, die, wie bekannt, bereits seit längerer Zeit den Gegenstand eingehender Erwägung bei der Regierung bildet, in keiner Weise berührt wird. Unsere Aufgabe geht nun dahin, die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvaliden durch Schaffung einer amtlichen Organisation und durch engste Mitwirkung aller Berufs- und Bevölkerungskreise in eine einheitliche und zweckentsprechende Bahn zu leiten. Als Grundbau für diese Aufgabe steht in Niederösterreich die Kreisorganisation der Arbeitsvermittlung, bezw. ihr Mittelpunkt, die Landes-Arbeitsnachweisstelle, zu Gebote, die, nunmehr zu einer amtlichen Stelle ausgestaltet, im Vereine mit den ihr angeschlossenen gemeinnützigen Nachweisen, im Vereine mit den vom Landesausschuße für diesen Zweck in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Bezirksarmenräten und durch Inanspruchnahme des vom Herrn Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt in gleich dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien sowie in enger Kooperation mit allen bereits bisher mit der Unterbringung und Verpflegung von Invaliden befaßten privaten Korporationen und Sellen ihre Aufgabe erfüllen soll. Die Erwägung, daß dieser Apparat ohne die opferwillige, vom Patriotismus und sozialen Sinn getragene Mitwirkung der Bevölkerung, und zwar sowohl der Unternehmerkreise wie auch der Arbeiterchaft, seinen Aufgaben nicht nachkommen kann, veranlaßte das Ministerium des Innern, der Landes-Arbeitsnachweisstelle ein Kuratorium zur Seite zu stellen, dem eine Reihe von bedeutenden Aufgaben erwachsen.“

Die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide.

unterbrochen ausfällig waren. Der Landes-Arbeitsnachweisstelle werde ein Kuratorium beigegeben, bestehend aus Vertretern der Landesbehörden und der Gemeinde Wien, den Vertretern der an der Beschäftigung von Invaliden interessierten Körperschaften und aus Sachleuten, die sich auf dem Gebiete der Beschäftigung von Invaliden betätigen. Die Aufgabe dieses Kuratoriums bestehe einerseits in der Anregung und Erörterung der verschiedensten Projekte der Kriegsinvalidenfürsorge, andererseits in der weitestgehenden Propaganda für die Anstellung von Kriegsinvaliden und der Sammlung von Arbeitsplätzen für dieselben. Diese letztere Aufgabe sei die unmittelbar dringendste, weil ihr praktisches Ergebnis die Landesstelle erst in die Lage versetze werde, mit ihrer Arbeit zu beginnen. Sobald die für die Heilbehandlung rückkehrender Invaliden geschaffene „Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger“ in Niederösterreich ins Leben getreten ist, wird die amtliche Landesstelle sich mit ihr ins Einbernehmen setzen und — insbesondere in allen grundsätzlichen Fragen der Arbeitsvermittlung an Invalide — ihre Ansicht hören. Redner richtete an die Vertreter der Arbeitgeber der verschiedensten Berufszweige sowie der Presse die dringende Bitte, mit der Sammlung von für Invalide geeigneten Stellen in den Kreisen ihrer engeren Berufskollegen so rasch und intensiv als möglich zu beginnen und die gesammelten Stellen auf kurzem Wege der Landesstelle mitzuteilen.

Oberkurator Steiner, der Vorsitzende der neuen amtlichen Landesstelle, gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß es dem Zusammenschlusse aller Kreise gelingen werde, die Frage der Wiedereinführung der Invaliden in das Erwerbsleben in allseits zufriedenstellender Weise zu lösen.

Sektionsrat Dr. Marquet erörterte nun eingehend die Grundgedanken der amtlichen Kriegsinvaliden-Arbeitsvermittlungs-Organisation für Wien und Niederösterreich: Diese werde aus einer amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide (welche im Bureau, Wien, 1. Bez., Stadtim-Eisen-Platz, hat) und aus den zu amtlichen Bezirksstellen ausgestatteten Bezirksarmenräten bestehen. Zur Durchführung ihrer Aufgabe werde sich die Landesstelle der angegliederten Arbeitsvermittlung, insbesondere auch der gewerkschaftlichen Nachweise und des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien bedienen, bei welchem eine eigene Abteilung für Kriegsinvalide geschaffen werden wird. Die Aufgabe der amtlichen Landesstelle werde vor allem vorläufig dahin gehen, ein möglichst ausgedehntes Reservoir von Arbeitsplätzen zu schaffen, welche für Kriegsinvalide geeignet sind, ferner Aktionen, welche das Arbeitsfeld für Kriegsinvalide grundsätzlich erweitern, anzuregen und zu fördern sowie Invalide in der Zwischenzeit, bevor eine geeignete Arbeit für sie gefunden wurde, zu unterstützen. Die Fürsorge der niederösterreichischen Landesstelle solle sich auf alle Kriegsinvaliden erstrecken, welche in Niederösterreich heimatberechtigt oder daselbst mindestens sechs Monate un-

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte die Bereitwilligkeit der Gemeinde zur Mitarbeit einerseits durch das Dienst- und Stellenvermittlungsamt, andererseits aber auch als Großunternehmerin. Er stellte zur Erörterung, ob sich die nun gegründete amtliche Landesstelle mit der technischen Vermittlung selbst befassen oder nur eine Ausgleichsstelle bilden solle, und verwies weiter darauf, daß die bedeutamen Aufgaben, die der neuen amtlichen Organisation und dem Kuratorium erwachsen, mit Friedensschluß nicht beendet sein können, so daß es wohl zweckmäßig sei, bereits jetzt über diese Angelegenheit zu gewinnen. Er lenkte bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit der Regierung auch auf das Problem der zentralisierten Arbeitsvermittlung überhaupt, das eine rechtzeitige Lösung erfordere, um den Strom der voll arbeitsfähig heimkehrenden Krieger ihren früheren Berufen wieder zuzuführen und ihre Existenz zu sichern. Zur Fürsorge für die Kriegsinvaliden besahe sich die Gemeinde Wien mit der Frage der Kriegerheimstätten und beabsichtige die Herstellung von Wohnhäusern in Verbindung mit Werkstätten, deren Finanzierung in der Weise gedacht sei, daß der mäßig angelegte Preis dieser Heimstätten durch Abschlagszahlungen aus den Invalidenrenten gedeckt werden soll.

Regierungsrat Häusler stellte namens der Landwirtschaftsgesellschaft fest, daß die Landwirtschaft für die Beschäftigung von Kriegsinvaliden außerordentlich aufnahmefähig sei. Die Landwirtschaftsgesellschaft habe sich mit diesen Fragen schon beschäftigt, dem Großgrundbesitzer die Anregung zur Beschäftigung von Invaliden gegeben und fasse jetzt die Errichtung von Landwirtschaftlichen Invalidenschulen ins Auge. Die Landwirtschaftsgesellschaft sei zu jeder Mitarbeit gerne bereit.

Dr. Kunschak versicherte die Bereitwilligkeit des Landesauschusses, die Bezirksarmenräte für die Mitwirkung bei der Invalidenbeschäftigung zur Verfügung zu stellen, und betonte, der Umstand, daß der Name der in jeder Richtung qualifizierten Stelle mit der Armenpflege in Verbindung stehe, dürfe nicht etwa den Glauben erwecken, daß in ihrer Betätigung auf dem Gebiete der Invalidenfürsorge Fragen der Armenpflege vorwalten werden. Die Anregung der Schaffung von Kriegerheimstätten sei um so mehr zu begrüßen, als die Kriegszeit auf dem Gebiete der Verteilung des ländlichen Grundbesitzes ungünstige Folgen zeitigte, was auch den Landesauschuß dazu veranlasse, in nächster Zeit 400 Invalide in die landwirtschaftlichen Schulen des Landes aufzunehmen. Auch Präsident List gab namens des Landeskulturrates der Ueberzeugung Ausdruck, daß es gelingen werde, viele Kräfte in der Landwirtschaft unterzubringen, in welcher ja namentlich gegenwärtig Arbeitermangel herrsche, und versicherte die Regierung der weitestgehenden Mitarbeit der Landwirtschaft.

Regimentsarzt Dr. Bokorny schilderte die Tätigkeit der von Oberstabsarzt Professor Dr. Spahn unter Mitwirkung des Redners bei dem von ihm geleiteten Militärhospital eingerichteten Invalidenschulen. Mit diesen sei auch eine Arbeitsvermittlung verbunden, die sich gern in den Dienst der nunmehr geschaffenen amtlichen Landesstelle stelle.

Eine Reihe von anderen Rednern, insbesondere Abg. Stary, Kammererrat Vinz, G. R. Schlechter, Ludwig, Vizepräsident Dr. Pfeiffer, Regierungsrat Fritsch und Präsident Dr. Wagner, erklärten, daß sich auch die von ihnen vertretenen Korporationen ganz in den Dienst der Organisation stellen.

Minister Dr. Freiherr v. Heintold schloß die Versammlung mit Worten des Dankes für die gegebenen Anregungen, welche eine sichere Gewähr für die erfolgreiche Arbeit des Landesstellenamtes bedeuten.

Die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide.

Konstituierende Sitzung des Kuratoriums.

Unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Dr. Freiherrn v. Seindl fand im Ministerium des Innern die konstituierende Sitzung des Kuratoriums statt, welches der nunmehr geschaffenen amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide in Wien und Niederösterreich zur Seite stehen soll. An der Sitzung nahmen vom Ministerium des Innern Sektionschef Dr. Schreyer und Sektionsrat Dr. v. Marquet, von der niederösterreichischen Statthalterei Statthaltereisekretär Dr. Semsch, namens der Gemeinde Wien Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit Obermagistratsrat Pawelka, Magistratsrat Winkler und Magistratssekretär Hofer, namens des Landes Niederösterreich Landesauschuss Kunschak und Regierungsrat Suemer teil. Weiter waren vertreten die Handels- und Gewerbekammer in Wien (kaiserlicher Rat Weissenstein und Kammerkonsulent Perels), der niederösterreichische Landesulturrat (Präsident List), der Zentralverband der Industriellen (Großindustrieller Artur Kuffler), die Landwirtschaftsgesellschaft (Regierungsrat Häusler), der Industrieller Klub (Kammerrat Dr. Fürth), der Bund Oesterreichischer Industrieller (Kammerrat Doktor Singer), die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt (kaiserlicher Rat Ritschelt und Regierungsrat Kögler), die Hauptstelle industrieller Arbeitgeber (Sekretär Dr. Kaiser), die niederösterreichische Advokatenkammer (Vizepräsident Dr. Weiffer und Dr. Harpner), die Notariatskammer (Dr. Wagner), der Zentralverband österreichischer Kaufleute (Kammerrat Vinz), der Reichsverband der Arbeitsvermittlungsanstalten Oesterreichs (Hofrat Dr. Schwiedland), die „Concordia“ (Präsident Doktor Ehrlich und kaiserlicher Rat Skrein), die Deutschösterreichische Schriftstellergenossenschaft (Präsident Buchstein und Hofrat Dr. Hawerland), die Gewerkschaftskommission Oesterreichs (Sekretär Hueber), die Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften (Ulrich, Schmidt und Krilawa), der Niederösterreichische Gewerbeverein (Regierungsrat Fritz), der Niederösterreichische Gewerbe-Genossenschaftsverband (Bezirksvorsteher Starb), der Deutschösterreichische Gewerbebund (Landtagsabgeordneter Breuer, Gemeinderat Schlegler, Dr. Haslinger und Herr Seitzelmann), das Gremium der Wiener Kaufmannschaft (Sekretär Dr. Brichta), der Wiener Industriellenverband (Direktor Knauer), der Wiener Kaufmännische Verein (Herr Winter), der deutsche Handlungsgehilfenverein (Herr Köhler), das Gremium der Hoteliers (Bezirksrat Mach), das Silberne Kreuz (Vorstandsmitglied Zell und Doktor v. Viezo), die Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide (Dr. Elias und kaiserlicher Rat Lambrecht); ferner waren erschienen der Präsident der amtlichen Landesstelle Oberkurator Steiner, G. d. J. v. Seibt, Ministerialrat Haas, Hofrat Dr. Bette, Abgeordneter Friedmann, Oberinspektionsrat Gerenni, in

Vertretung des Professors Dr. Spitz, Regimentsarzt Dr. Polorny, Dr. Michael Hainisch, Architekt Großelfinger und andre.

Der Minister des Innern Dr. Freiherr von Seindl bemerkte, daß die Fürsorge für jene heimkehrenden Soldaten, die ihre Person und ihr Leben im Kampfe für das Vaterland eingesetzt und ihre bisherige bürgerliche Erwerbsfähigkeit ganz oder teilweise verloren haben, in erster Linie dem Staate zukomme, der mit ihrer Durchführung gewiß nicht eitle Ehrenschuld erzeuge. Diese Fürsorge solle sich nicht nur darauf erstrecken, die Erwerbsunfähigen und vermindert Erwerbsfähigen mit Pensionen zu bedenken, sie müsse vielmehr eine zweite Frage des Invalidenproblems zu lösen suchen, die Frage der allmählichen Wiedereinführung der Invaliden in das Erwerbsleben durch Sicherung von ihren Fähigkeiten angepaßten Arbeitsplätzen und Stellen. „Ich möchte“, sagte der Minister, „um Mißverständnisse zu vermeiden, ausdrücklich betonen, daß durch die nunmehr eingeleitete Aktion die Frage der staatlichen Invalidenpensionen, die, wie bekannt, bereits seit längerer Zeit den Gegenstand eintgehender Erwägung bei der Regierung bildet, in keiner Weise berührt wird. Unsere Aufgabe geht nun dahin, die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide durch Schaffung einer amtlichen Organisation und durch engste Mitwirkung aller Berufs- und Bevölkerungskreise in eine einheitliche und zweckentsprechende Bahn zu leiten. Als Grundbau für diese Aufgabe steht in Niederösterreich die Kriegsorganisation der Arbeitsvermittlung, beziehungsweise ihr Mittelpunkt, die Landes-Arbeitsnachweistelle, zu Gebote, die, nunmehr zu einer amtlichen Stelle ausgestaltet, im Vereine mit den ihr angeschlossenen gemeinnützigen Nachweisen, im Vereine mit den vom Landesauschuss für diesen Zweck in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Bezirksarmenräten und durch Inanspruchnahme des vom Herrn Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt in gleich dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien sowie in enger Kooperation mit allen bereits bisher mit der Unterbringung und Versorgung von Invaliden befaßten privaten Korporationen und Stellen ihre Aufgabe erfüllen soll. Die Erwägung, daß dieser Apparat ohne die opferwillige, vom Patriotismus und sozialen Sinn getragene Mitwirkung der Bevölkerung, und zwar sowohl der Unternehmerkreise wie auch der Arbeiterschaft, seinen Aufgaben nicht nachkommen kann, veranlaßte das Ministerium des Innern, der Landes-Arbeitsnachweistelle ein Kuratorium zur Seite zu stellen, dem eine Reihe von bedeutenden Aufgaben erwachsen.“

Sektionsrat Dr. Marquet erörterte nun eingehend die Grundgedanken der amtlichen Kriegsinvaliden-Arbeitsvermittlungsorganisation für Wien und Niederösterreich: Diese werde aus einer amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide (welche ihr Bureau, Wien, 1. Bezirk, Stad-im-Eisen-Platz, hat) und aus den zu amtlichen Bezirksstellen ausgestatteten Bezirksarmenräten bestehen. Zur Durchführung ihrer Aufgabe werde sich die Landesstelle der angegliederten Arbeitsvermittlungen, insbesondere auch der gewerkschaftlichen Nachweise, und des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien bedienen, bei welchem eine eigene Abteilung für Kriegsinvalide geschaffen werden wird. Die Aufgabe der amtlichen Landesstelle werde vor allem vorläufig dahin gehen, ein möglichst ausgedehntes Reservoir von Arbeitsplätzen zu schaffen, die für Kriegsinvalide geeignet sind, ferner Aktionen, welche das Arbeitsfeld für Kriegsinvalide grundfänglich erweitern, anzuregen und zu fördern sowie Invalide in der Zwischenzeit, bevor eine geeignete Arbeit für sie gefunden wurde, zu unterstützen. Die Fürsorge der niederösterreichischen Landesstelle

In Vorbereitung für Kriegsinvalide.

solle sich auf jene Kriegsinvaliden erstrecken, welche in Niederösterreich heimatberechtigt oder daseibst mindestens sechs Monate ununterbrochen ansässig waren. Der Landes-Arbeitsnachweisstelle werde ein Kuratorium beigegeben, bestehend aus Vertretern der Landesbehörden und der Gemeinde Wien, den Vertretern der an der Beschäftigung von Invaliden interessierten Körperschaften und aus Fachleuten, die sich auf dem Gebiete der Beschäftigung von Invaliden betätigen. Die Aufgabe dieses Kuratoriums bestehe einerseits in der Anregung und Erörterung der verschiedensten Projekte der Kriegsinvalidenfürsorge, andererseits in der weitestgehenden Propaganda für die Anstellung von Kriegsinvaliden und der Sammlung von Arbeitsplätzen für dieselben. Diese letztere Aufgabe sei die unmittelbar dringendste, weil ihr praktisches Ergebnis die Landesstelle erst in die Lage versetzen werde, mit ihrer Arbeit zu beginnen.

Oberkurator Steiner, der Vorsitzende der neuen amtlichen Landesstelle, gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß es trotz gewiß vorhandener Schwierig-

keiten beim Zusammenschlusse aller beteiligten Kreise gelingen werde, die Frage der Wiedereinführung der Invaliden in das Erwerbsleben in allseits zufriedenstellender Weise zu lösen. Die vom Ministerium des Innern eingeleitete Aktion lasse den erhofften Erfolg erwarten, wenn auch künftig bei den Arbeiten der Landesstelle und des Kuratoriums, ebenso wie bei der Schaffung der Organisation das direkte Eingreifen hergesteuert werde und ein von praktischen Gesichtspunkten getragenes Vorgehen Platz greife. Für die Landesstelle wäre die Portofreiheit sowie auch die Befreiung von Telephongebühren zu erwirken.

Der Delegierte des Zentralverbandes der Industriellen Ruffler erklärte es für erforderlich, zunächst die technische Grundlage für die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide dadurch zu schaffen, daß unter Mitwirkung von Fachmännern ein Ueberblick über die Möglichkeit der Beschäftigung von Invaliden in den einzelnen Zweigen der Industrie gewonnen werde, da mit Hilfe der modernen Chirurgie, namentlich der Prothesen, eine weitgehende Anpassung der Invaliden an die verschiedensten Arbeitsmethoden erzielt werden kann. Die industriellen Korporationen seien, wie dies auch die übrigen Vertreter erklärten, bereit, in jeder Richtung mitzuwirken und sich voll und ganz in den Dienst dieser Sache zu stellen. In gleichem Sinne sprach sich auch der Vertreter der Hauptstelle industrieller Arbeitgeber Dr. Kaiser aus, der sich mit den aufgestellten Grundsätzen vollkommen einverstanden erklärte und es für eine wichtige Aufgabe der Landes-Arbeitsnachweisstelle hält, eine Evidenz über die zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze einerseits und der zu versorgenden Invaliden andererseits herzustellen.

Gesrat Dr. Schwindler teilte mit, daß der Reichsverband der Arbeitsvermittlungsanstalten bereits Vorarbeiten zu dieser Aufgabe durchgeführt habe, erörterte sodann die Fragen der Errichtung von Betriebswerkstätten für Kriegsinvalide und der Anstellung von Invaliden auf Rentengütern sowie die auf diesem Gebiete bereits bestehenden Ansätze.

Bürgermeister Dr. Weisskirchner erklärte die Bereitwilligkeit der Gemeinde zur Mitarbeit einerseits durch das Dienst- und Stellenvermittlungsgesamt, andererseits aber auch als Großunternehmerin. Er stellte zur Erörterung, ob sich die nun gegründete amtliche Landesstelle mit der technischen Vermittlung selbst befassen oder nur eine Ausgleichsstelle bilden solle, und verwies weiter darauf, daß die bedeutungsvollen Aufgaben, die der neuen amtlichen Organisation und dem Kuratorium erwachsen, mit Friedensschluß nicht beendet sein können, so daß es wohl zweckmäßig sei, bereits jetzt über diese Frage Klarheit zu gewinnen. Er lenkte bei diesem Anlasse die Aufmerksamkeit der Regierung auch auf das Problem der zentralisierten Arbeitsvermittlung überhaupt, das eine rechtzeitige Lösung erfordere, um den Strom der voll arbeitsfähig heimkehrenden Krieger ihren früheren Berufen wieder zuzuführen und ihre Existenz zu sichern. Zur Fürsorge für die Kriegsinvaliden befaßte sich die Gemeinde Wien mit der Frage der Kriegerheimstätten und beabsichtige die Herstellung von Wohnhäusern in Verbindung mit Werkstätten, deren Finanzierung in der Weise gedacht sei, daß der mäßig angelegte Preis dieser Heimstätten durch Abschlagszahlungen aus den Invalidentrenten gedeckt werden soll.

Regierungsrat Häusler stellte namens der Landwirtschaftsgesellschaft fest, daß die Landwirtschaft für die Beschäftigung von Kriegsinvaliden außerordentlich aufnahmefähig sei. Die Landwirtschaftsgesellschaft habe sich mit diesen Fragen schon beschäftigt, dem Großgrundbesitz die Anregung zur Beschäftigung von Invaliden gegeben und fasse jetzt die Errichtung von landwirtschaftlichen Invalidenschulen ins Auge. Die Landwirtschaftsgesellschaft sei zu jeder Mitarbeit gern bereit.

Landesausschuß Kunzschal versicherte die Bereitwilligkeit des Landesausschusses, die Bezirksarmenräte für die Mitwirkung bei der Invalidenbeschäftigung zur Verfügung zu stellen, und betonte, der Umstand, daß der Name der in jeder Richtung qualifizierten Stelle mit der Armenpflege in Verbindung stehe, dürfe nicht etwa den Glauben erwecken, daß in ihrer Betätigung auf dem Gebiete der Invalidenfürsorge Fragen der Armenpflege vorwalten werden. Die Anregung der Schaffung von Kriegerheimstätten sei um so mehr zu begrüßen, als die Kriegszeit auf dem Gebiete der Verpflegung des sündlichen Grundbesitzes ungünstige Folgen zeitige, was auch den Landesausschuß dazu veranlasse, in nächster Zeit 400 Invalide in die landwirtschaftlichen Schulen des Landes aufzunehmen. Auch Präsident Pöst gab namens des Landeskulturates der Ueberzeugung Ausdruck, daß es gelingen werde, viele Kräfte in der Landwirtschaft unterzubringen, in welcher ja namentlich gegenwärtig Arbeitermangel herrsche.

Die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide

Regimentsarzt Dr. Kofornik schilderte die Tätigkeit der von Oberstabsarzt Professor Dr. Spitz unter Mitwirkung des Redners bei dem von ihm geleiteten Militärspital eingerichteten Invalidenthulen. Architekt Großkelfinger sprach über die Erfolge der von ihm geleiteten Einarmigenerschule.

Abgeordneter Friedmann erklärte es für erforderlich, mit der Arbeit so rasch und intensiv als möglich zu beginnen, und das Verständnis weiter Kreise für die patriotische und soziale Bedeutung des Problems rege zu erhalten.

Der Sekretär der Gewerbeschäftskommission Oesterreichs Duerber erklärte, daß die organisierten Arbeiter auf dem Standpunkt stehen, alle Aktionen wirklicher Kriegsfürsorge zu unterstützen, die darauf zielen, die Kriegsinvaliden wieder arbeitsfähig zu machen. Hierbei werde allerdings die Frage der Entlohnung dieser Arbeitskräfte und der Vermeidung einer Konkurrenzierung der Vorkriegsbeschäftigten bedeutsam sein. Es werde jedoch wohl durch Vereinbarungen mit den Unternehmern gelingen, diese Fragen in befriedigender Weise zu lösen.

Ueber bereits erzielte Erfolge auf dem Gebiete der Invalidenvermittlung berichteten Dr. Elias (Gesellschaft der Fürsorge für Kriegsinvalide) und Direktor v. Biczko (Silbernes Kreuz) mit der Versicherung, daß sie ihre Organisation voll und ganz der amtlichen Landesstelle zur Verfügung stellen wollen.

Sektionschef Dr. Schreher stellte fest, daß die Besprechung die Harmonie der Bestrebungen auf dem in Rede stehenden Gebiet ergeben habe. Das ganze Werk würde nur ein Torso bleiben, wenn nicht auch die Frage der Arbeitsvermittlung für die aus dem Kriege gesund heimkehrenden Arbeiter gelöst würde. In dieser Hinsicht seien die vom Minister des Innern angeordneten Vorbereitungen bereits weit gediehen. Die von Bürgermeister Dr. Weiskirchner aufgeworfene Frage, ob die amtliche Organisation selbst vermitteln oder sich nur auf die Ausgleichung beschränken solle, werde durch die Geschäftsordnung gelöst werden. Die Wirkungsdauer der Organisation, an der alle in Betracht kommenden wirtschaftlichen Faktoren teilhaben müßten, wenn sie sich voll durchsetzen soll, sei nicht nur für kurze Zeit gedacht, ihr sei der Natur der Sache nach keine zeitliche Grenze gesetzt, ihr Bestand sei schon durch ihr Tätigkeitsfeld als dauernd garantiert.

Minister Dr. Kreißler v. Heinald schloß die Versammlung mit Worten des Dankes für die gegebenen Anregungen, welche eine sichere Gewähr für die erfolgreiche Arbeit des Kuratoriums bedeuten.

Die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide.

Die vom Ministerium des Innern herausgegebenen Grundzüge für die Organisation der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide werden heute im Wege einer Statthaltereifundmachung zur Kenntnis gebracht; sie lauten:

Für die Arbeitsvermittlung in der Kriegszeit wurde durch den Zusammenschluß der bestehenden öffentlichen, beziehungsweise gemeinnützigen Arbeitsnachweise eine Kriegsorganisation der Arbeitsvermittlung in den einzelnen Ländern geschaffen, welche in Niederösterreich durch die Landesarbeitsnachweistelle für Niederösterreich (Zentralstelle für Arbeitsnachweis in Wien und Niederösterreich) geleitet wird. Für die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide kann dieser Apparat bei allen seinen Vorzügen in mancher Richtung nicht völlig ausreichen. Es wurde deshalb verfügt:

Schaffung einer amtlichen Organisation.

Die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide in Niederösterreich wird der Kriegsorganisation der Arbeitsvermittlung übertragen und dieselbe für diese Aufgaben zu einer amtlichen Organisation ausgestaltet. Die Landesarbeitsnachweistelle für Niederösterreich (Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Wien und Niederösterreich) wird zur „amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide“ bestellt und wird sich zur Durchführung ihrer Aufgabe bei ihr angegliederten Arbeitsvermittlungsanstalten insbesondere auch der gewerkschaftlichen Nachweise bedienen sowie mit allen Korporationen und Stellen kooperieren, welche sich mit der Arbeitsvermittlung und sonstigen Fürsorge für Kriegsinvalide im Rahmen der hier aufgestellten Grundsätze beschäftigen.

Nach dem Inkrafttreten einer „Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger“ in Niederösterreich wird sich die amtliche Landesstelle mit dieser ins Einvernehmen setzen und insbesondere derselben Gelegenheit geben, sich in allen grundsätzlichen Fragen zu äußern, welche die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide betreffen.

Zur praktischen Durchführung der Vermittlung wird sich die amtliche Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide insbesondere des der Landesarbeitsnachweistelle bereits derzeit angegliederten Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien bedienen, bei welchem dank dem bereitwilligen Entgegenkommen des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien eine eigene Abteilung für Kriegsinvalide geschaffen werden wird; außerhalb Wiens werden sich die Bezirksarmenräte als amtliche Bezirksstellen für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide der amtlichen Landesstelle anschließen, wozu in dankenswerter Weise der Landesauschuß des Erzherzogtumes Oesterreich unter der Enns grundsätzlich seine Mitwirkung zugesagt hat.

Die einzelnen Zweige dieser Invalidenfürsorge.

Der Wirkungskreis der amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide wird vorläufig insbesondere in folgendem bestehen: Schaffung eines möglichst ausgedehnten Reservoirs von Arbeitsplätzen, welche für Kriegsinvalide geeignet erscheinen oder welche speziell für solche reserviert werden, und Vermittlung dieser Arbeitsplätze (sei es im eigenen Wirkungskreise oder im Wege der angegliederten Stellen) an Kriegsinvalide, welche sich bei der Landesstelle selbst melden oder dieser durch die Heeresverwaltung, durch die in Betracht kommenden Krankenanstalten sowie durch die in den einzelnen Ländern bestehenden Landeskommissionen für Fürsorge für heimkehrende Krieger namhaft gemacht werden. Anregung und Durchführung von Aktionen, welche das Arbeitsfeld für Kriegsinvalide grundsätzlich erweitern. (Errichtung eigener Betriebswerkstätten für Kriegsinvalide, Zuteilung staatlicher Lieferungen an Betriebe, welche Kriegsinvalide beschäftigen usw.) Die Unterstützung von Kriegsinvaliden für die Uebergangszeit, insofern für sie nicht anderweitig gesorgt ist, bis ihnen geeignete Arbeitsgelegenheiten namhaft gemacht werden.

Die Aufgaben des Kuratoriums.

Der Landesarbeitsnachweistelle in Niederösterreich als amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide wird ein Kuratorium beigegeben, welches zur Aufgabe hat: Vor allem die weitesten Kreise der Bevölkerung über die Bedeutung der Invalidenbeschäftigung aufzuklären, durch engste Fühlungnahme mit den einzelnen Arbeitgebern, welche in der Lage sind, in ihrem Unternehmen Kriegsinvalide zu beschäftigen

und durch sonstige geeignete Vorkehrungen die für Kriegsinvalide in Betracht kommenden Arbeitsplätze ausfindig zu machen und der Landesarbeitsnachweistelle bekanntzugeben, bei Aktionen, welche das Arbeitsgebiet für Kriegsinvalide grundsätzlich erweitern und bei der Lösung sachlicher (medizinischer, vertrags- und lohnrechtlicher, kommerzieller), mit der Beschäftigung von Kriegsinvaliden zusammenhängender Fragen der amtlichen Landesstelle zur Seite stehen.

Die vermindert Erwerbsfähigen auch anspruchsberechtigt.

Die Fürsorge der amtlichen Arbeitsvermittlungsorganisation für Kriegsinvalide erstreckt sich auf jene Personen, welche durch eine erlittene Verletzung oder durch Krankheit im Kriegsdienste bürgerlich erwerbsunfähig oder vermindert erwerbsfähig geworden sind, soweit sie in Niederösterreich heimatberechtigt sind oder hier selbst mindestens durch sechs Monate vor Ausbruch des Krieges ununterbrochen ansässig waren. Die Statthaltereie in Wien ist mit der Aufsicht über die Landesarbeitsnachweistelle für Niederösterreich als amtliche Stelle betraut.

Die Leitung der amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide ist dem Leiter der Landesarbeitsnachweistelle (Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Wien und Niederösterreich) Landesoberinspektionsrat i. P. Fedor G e r e n y i übertragen worden. Zum Vorsitzenden des der amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide beigegebenen Kuratoriums ist der Oberkurator der niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt Leopold S t e i n e r, zu seinem Stellvertreter der Direktor des Gewerbeförderungsamtes Dr. Adolf B e i t e r ernannt worden.

27. IV. 1915

Die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden.

Der Statthalter in Niederösterreich hat gestern eine Kundmachung erlassen, mit der die vom Ministerium des Innern herausgegebenen Grundsätze für die Organisation der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden veröffentlicht werden. In der Kundmachung heißt es:

1. Die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden in Niederösterreich wird der Kriegsorganisation der Arbeitsvermittlung übertragen und dieselbe für diese Aufgaben zu einer amtlichen Organisation ausgestaltet. Die Landes-Arbeitsnachweisstelle für Niederösterreich (Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Wien und Niederösterreich) wird zur amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden bestellt und wird sich zur Durchführung ihrer Aufgabe der ihr angegliederten Arbeitsvermittlungsanstalten insbesondere auch der gewerkschaftlichen Nachweisedienen sowie mit allen Korporationen und Stellen kooperieren, welche sich mit der Arbeitsvermittlung und sonstigen Fürsorge für Kriegsinvaliden beschäftigen. Nach dem Auslebentreten einer „Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger“ in Niederösterreich wird sich die amtliche Landesstelle mit dieser ins Einvernehmen setzen und insbesondere derselben Gelegenheit geben, sich in allen grundsätzlichen Fragen zu äußern, welche die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvaliden betreffen. Zur praktischen Durchführung der Vermittlung wird sich die amtliche Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden insbesondere des der Landes-Arbeitsnachweisstelle bereits derzeit angegliederten Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien bedienen; außerhalb Wiens werden sich die Bezirksarmenräte als amtliche Bezirksstellen für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden der amtlichen Landesstelle anschließen.

2. Der Wirkungskreis der amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden wird vorläufig insbesondere in folgendem bestehen:

A. Schaffung eines möglichst ausgedehnten Reservoirs von Arbeitsplätzen, die für Kriegsinvaliden geeignet erscheinen oder welche speziell für solche reserviert werden.

B. Anregung und Durchführung von Aktionen, welche das Arbeitsfeld für Kriegsinvaliden grundsätzlich erweitern. (Errichtung eigener Betriebswerkstätten für Kriegsinvaliden, Zuteilung staatlicher Lieferungen an Betriebe, welche Kriegsinvaliden beschäftigen usw.)

C. Die Unterstützung von Kriegsinvaliden für die Uebergangszeit, insofern für sie nicht anderweitig gesorgt ist, bis ihnen geeignete Arbeitsgelegenheiten namhaft gemacht werden.

3. Der Landes-Arbeitsnachweisstelle in Niederösterreich als amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden wird ein Kuratorium beigegeben, welches zur Aufgabe hat:

A. Vor allem die weitesten Kreise der Bevölkerung über die Bedeutung der Invalidenbeschäftigung aufzuklären.

B. Bei Aktionen, welche das Arbeitsgebiet für Kriegsinvaliden grundsätzlich erweitern und bei der Lösung sachlicher (medizinischer, vertrags- und lohnrechtlicher, kommerzieller) mit der Beschäftigung von Kriegsinvaliden zusammenhängender Fragen der amtlichen Landesstelle zur Seite zu stehen.

4. Die Fürsorge der amtlichen Arbeitsvermittlungsorganisation für Kriegsinvaliden erstreckt sich auf jene Personen, welche durch eine erlittene Verletzung oder durch Krankheit im Kriegsdienste bürgerlich erwerbsunfähig oder vermindert erwerbsfähig geworden sind, soweit sie in Niederösterreich heimatsberechtigt sind oder hier selbst mindestens durch sechs Monate vor Ausbruch des Krieges ununterbrochen ansässig waren. Die k. k. Statthalterei in Wien ist mit der Aufsicht über die Landes-Arbeitsnachweisstelle für Niederösterreich als amtliche Stelle betraut.

5. Die Leitung der amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden ist dem Leiter der Landes-Arbeitsnachweisstelle (Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Wien und Niederösterreich) Landesoberinspektionsrat in Pension Frau Czerny übertragen worden. Zum Vorsitzenden des der amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvaliden beigegebenen Kuratoriums ist der Oberkurator der Niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt Leopold Steiner, zu seinem Stellvertreter der Direktor des k. k. Gewerbeförderungsamtes Dr. Adolf Wetter ernannt worden.

29. IV. 1915

* Eine Gartenstadt für invalide Offiziere. In Möser bei Magdeburg ist, wie uns aus Halle a. S. gedrahtet wird, eine Gesellschaft gegründet, die im Niegripper Forst eine Gartenstadt für invalide Offiziere errichten will. Es sollen Einzelwillen gebaut werden, die zu möglichst niedrigen Preisen invaliden Offizieren und ihren Angehörigen zur Verfügung gestellt werden.

Ein Besuch bei erblindeten Soldaten.

In diesen Kriegsnoten haben die erblindeten Soldaten das größte Unrecht auf unsre Teilnahme und unsre Hilfe. Wir Gesunde wissen es und die Invaliden auch: der Arm ist zu ersetzen und der Fuß, aber wer das Licht verloren, ist in eine ewige Nacht gestellt. Und in dieser tiefen Nacht muß sich der Blinde durchtasten ein ganzes Leben lang; er muß aufs neue gehen lernen, fühlen und hören und — was vielen anfangs den inneren Halt raubt und mit der Verzweiflung ringen läßt — er muß auch für die Zukunft sorgen.

Diese Armesien zu behüten und sie in das traurige Leben einzuführen, ist das Werk, ist das segensreiche Werk unsrer Blindenvereine. Seit Kriegsbeginn haben sie manchen Zuwachs bekommen. Soldaten, mit den Heimatsbildern in der Erinnerung, haben hier Einkehr gehalten. Junge Gesichter mit dem tiefen Leidenszug, um den Mund ein leeres, trostloses Lächeln, das von schmerzvollster Entsagung spricht.

Draußen in der Baumgartenstraße ist das Blindenarbeiterheim. Mit Garten und Regelpfad, lichten Werkstätten und lustigen Wohnräumen. Hier werden die Erblindeten zu Arbeitern gemacht; hier wird ihnen durch den Trost des Tagewerkes das seelische Gleichgewicht wiedergegeben. Der Verwalter dieses Hauses, Herr Rosenmayer, ist wie ein Vater für diese großen härtigen Kinder. Er kennt die Leiden jedes einzelnen, seine Fähigkeiten, ihren Geburtsort, ihre Zukunft und ihre Hoffnungen.

Da ist ein junger Soldat aus dem 18. Infanterieregiment. Blau, dunkelgelocktes Haar, das wehmütige Lächeln um die Lippen. Ein Auge ist ihm ganz entfernt und auf das andre blinde Auge hofft er. Er hofft mit der ganzen innigen Sehnsucht einer starken Jugend. Wenn das Auge nur so weit geheilt würde, daß er Tag und Nacht wieder unterscheiden könnte. Er ist ja so bescheiden: nur einen Schimmer Licht will er wieder empfangen. Und Arzt und Verwalter lassen ihn hoffen...

Hoffnung und Arbeit müssen die Blinden anfangs über das ärgste hinweghelfen. Sie lernen Körbe flechten und Stühle, dabei muß das Rohr nach seiner Stärke geordnet werden, gesäubert und brüchiges entfernt. Jene, deren Gefühl schon besser entwickelt ist, fertigen Bürsten an. Leider ist den Blindenarbeitern hier ein scharfer Wettbewerb in den Strahlfhäusern entstanden. Und da die Arbeit der Sehenden natürlich besser ausfällt, droht den Blinden die Gefahr, dieses Arbeitsfeld räumen zu müssen. Nun sind aber die Handwerke der Blinden ohnehin sehr beschränkt (Korb- und Stuhlflechten, Klavierstimmen), so daß es wohl angezeigt wäre, wenn die Strahlfhäuser aus dieser Konkurrenz nach Maßgabe freiwillig ausscheiden würden.

Die freie Zeit der Blinden — und sie brauchen im Anfang sehr oft der Erholung — wird mit Spazierengehen, Schach- und Regelspiel ausgefüllt. Ja, auch die Blinden spielen Regal. Und sie tun es mit einer bewundernswerten Geschicklichkeit. Sie stellen nur die drei mittleren Regal auf, und selten „wandelt“ eine Kugel über die Gerade hinab. Dabei zählen sie die gefallenen Regal immer laut mit, und es bedarf gar nicht des Zurufes des blinden Aufsehers, wie viel gefallen sind; die Spieler hören stets dem Lauf der Kugel nach und wissen gleich, was sie getroffen. Das Mitleid aber packt den Zuschauer erst recht bei diesen harmlosen Vergnügen der Blinden. Dieses kurze Ausrasten im Spiel, was ist es denn anders, als ein minutenlanges Entrinnen aus einer nachttiefen Einsamkeit, ein kurzes Vergessen des lebenslangen Unglücks, das zu schildern einem Sehenden niemals gelinaen wird!

Der Verwaltungsbericht dieses Blindenheims ist kurz; er ist anlagend in seiner Kürze! Die Anstalt muß sich selbst erhalten. Sie muß das Wirtschaftsgeld aus dem armseligen Erlös der Korb- und Sesselflechterei nehmen und dem Bürstenbinden. Jeder Blinde hat von seinem Verdienst eine Krone pro Tag für die Verpflegung zu bezahlen. Und wer diese eine Krone nicht zu erwerben vermag, weil seine Hand die Geschicklichkeit noch nicht erlangt oder weil sein Innerstes zerworfen ist, zerworfen mit sich und aller Welt, und den Trost der Arbeit verliert, der lebt zu Lasten der Anstalt, die mit ihrer ganzen Verwaltungskunst diese seelisch und körperlichen Kranken weiterpflegt. Und da ist die Stelle, wo die Glücklichen, und das sind alle Sehenden, das bedenkt man erst in diesen Räumen, zu helfen haben. Uns allen, die wir die Gnade des Augenlichtes besitzen,

ist die Pflicht auferlegt, zu geben und wieder zu geben.

Es ist kein geschäftsmäßiger Ruf: „Kauft Blindenarbeit!“, weil der Gewinn, der anderswo den Wohlstand gründet, hier nur Leid und Sorgen zu tilgen versucht, die auf den Blinden Zeit ihres Lebens lasten.

Noch ein letzter flüchtiger Blick durch die Arbeitsstätten und über den Garten, und dann fällt das Eisentor hinter dem Rücken ins Schloß. Und nun sehen die Augen mit einer Eier, mit einem stillen Jubel über die blühenden Jasminbecken, über blumengeschmückte Erkerfenster, eilen von der grasbepflanzten Erde hinauf in die Kronen der Bäume und über den blauen Himmel! Schön ist dort drüben die schwarze Wolke und schön der Eisenbahndamm, schön ist das einfache gelbe Haus, und wie schön ist selbst der Granit unter den Füßen! ...

Fonds für kriegsinvaliden Bedienstete des Handelsministeriums.

Vor kurzem ist im Handelsministerium ein Fonds mit der Bezeichnung „Fonds für kriegsinvaliden Bedienstete im Bereiche des k. k. Handelsministeriums“ gebildet worden. Aus diesem Fonds sollen in erster Linie jenen Krankenanstalten und Instituten, die sich mit Anschaffung, Instandhaltung und Erneuerung künstlicher Gliedmaßen (Prothesen), mit Schulung der Verletzten im Gebrauch dieser Prothesen und mit der orthopädischen und physikalischen Nachbehandlung der Verletzten befassen, entsprechende Geldmittel mit der Bestimmung zugewendet werden, diese Beträge ausschließlich für Heilung von in diese Anstalten aufzunehmenden oder bereits dort in Pflege befindlichen dem Ressortbereiche des Handelsministeriums angehörenden Bediensteten (das sind Angehörige der Post- und Telegraphenanstalt, des Postsparkassenamtes, des Gewerbeinspektions- und statistischen Dienstes, des Wasserstraßenbaues, der Seebehörde in Triest, der Hafen- und Sanitätsämter und der Lagerhäuser in Triest) zu verwenden, während in zweiter Linie nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die Unterstützung von während des Krieges in Ausübung des Militär- oder des Feldpost-, beziehungsweise Feldtelegraphendienstes verwundeten oder erkrankten Bediensteten selbst zu dem Zweck in Aussicht genommen ist, um diesen Bediensteten die Möglichkeit der erforderlichen weiteren ärztlichen Behandlung und Pflege, von Nachkuren, Bädern, Aufenthalt in Heilstätten oder Sanatorien u. dgl. zu bieten.

Ungeachtet der bereits eingeleiteten amtlichen Erhebungen empfiehlt es sich, daß sich die in Betracht kommenden Bediensteten, die die Hilfe des Fonds anstreben, selbst beim Verwaltungsausschusse des Fonds (Departement X des Handelsministeriums in Wien) schriftlich melden.

Kriegsinvaliden-Bediensätze des Handelsministeriums.

Vor kurzem ist im Handelsministerium ein Fonds mit der Bezeichnung „Fonds für kriegsinvaliden Bediensteten im Bereiche des Handelsministeriums“ gebildet worden. Aus diesem Fonds sollen in erster Linie jenen Krankenanstalten und Instituten, die sich mit der Anschaffung, Instandhaltung und Erneuerung künstlicher Gliedmaßen (Prothesen), mit der Schulung der Verletzten im Gebrauch dieser Prothesen und mit der orthopädischen und physikalischen Nachbehandlung der Verletzten befassen, entsprechende Geldmittel mit der Bestimmung zugewendet werden, diese Beträge ausschließlich für Seilung von in diese Anstalten aufzunehmenden oder bereits dort in Pflege befindlichen, dem Ressortbereich des Handelsministeriums angehörenden Bediensteten (das sind Angehörige der Post- und Telegraphenanstalt, des Postsparkassenamtes, des Gewerbeinspektions- und statistischen Dienstes, des Wasserstraßenbaues, der Seebehörde in Triest, der Hafen- und Sanitätsämter und der Lagerhäuser in Triest) zu verwenden während in zweiter Linie nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die Unterstützung von während des Krieges in Ausübung des Militär- oder des Feldpost-, beziehungsweise Feldtelegraphendienstes verwundeten oder erkrankten Bediensteten selbst zu dem Zweck in Aussicht genommen ist, um diesen Bediensteten die Möglichkeit der erforderlichen weiteren ärztlichen Behandlung und Pflege, von Nachkuren, Bädern, Aufenthalt in Heilstätten oder Sanatorien u. dgl. zu bieten. Ungeachtet der bereits eingeleiteten amtlichen Erhebungen empfiehlt es sich, daß sich die in Betracht kommenden Bediensteten, die die Hilfe des Fonds anstreben, selbst beim Verwaltungsausschuß des Fonds (Departement 10 des Handelsministeriums in Wien) schriftlich melden.

Fürsorge für die heimkehrenden Krieger.

Die Pläne des Ministers des Innern.

Gestern versammelten sich die Mitglieder des Beirates in Angelegenheiten der Fürsorgeaktion für heimkehrende Krieger im Ministerium des Innern zur ersten Sitzung. Der Minister des Innern Dr. Freiherr v. Seindl eröffnete die Beratung mit einer Ansprache, in welcher er sagte: Die Aktion der Regierung geht von der Erwägung aus, daß es eine der wichtigsten Aufgaben auf dem Gebiete der Beseitigung der Kriegsschäden in den nächsten Jahren, vielleicht Jahrzehnten sein wird, die aus dem Felde zurückgekehrten Krieger, deren Arbeitskraft gelitten hat, dem Arbeitsleben wieder zuzuführen. Die hier in Betracht kommenden Maßnahmen lassen sich im wesentlichen in drei Gruppen scheiden.

Die drei Gruppen der Fürsorge:

1. Spezialbehandlung zur möglichsten Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, auch Beistellung von entsprechenden Behelfen (Gliederersatzstücken); 2. Schulung der Kriegsgeschädigten in geeigneten Berufen; 3. Arbeitsvermittlung.

Ich kann mit dankbarer Anerkennung hervorheben, daß auf diesem Gebiete schon viel und wichtige Vorarbeit geleistet wurde. Vor allem gedenke ich der Kriegsverwaltung und der Organisation des „Roten Kreuzes“, die eine segensreiche Tätigkeit entfaltet haben. Aber auch die private Initiative hat rüstig eingesezt, zahlreiche Körperschaften und Vereinigungen sind an der Arbeit. Ein Hinleiten der zersplitterten Kräfte auf die Bahn planmäßigen Zusammenwirkens ist aber, um das Höchsterreichbare wirklich zu erreichen, unerlässlich. Dies ist einer der Zwecke der Aktion der Regierung. Dabei schien eine ländliche Organisation eine größere Bürgschaft für die Heranziehung möglichst weiter Kreise der Bevölkerung zu bieten als eine streng zentrale Organisation. Aus diesem Grunde sind als Träger der staatlichen Aktion besondere „Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger“ gebildet worden, die sich bereits konstituiert und ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Eine nicht minder wichtige Aufgabe ergibt sich für die Zivilstaatsverwaltung aus der Vorsorge für die Bereitstellung der erforderlichen Heilgelegenheiten. Hier wird insbesondere die

Ausgestaltung des Heilstättenwesens im weitesten Sinne in Betracht kommen. Angesichts der auf diesem Gebiete herrschenden Unzulänglichkeit hat die Staatsverwaltung die Absicht, sich nicht auf die Befriedigung vorübergehender Bedürfnisse zu beschränken, sondern tunlichst Einrichtungen dauernden Charakters zu schaffen, die

späterhin den Zwecken allgemeiner sozialer Fürsorge dienstbar gemacht werden können. Zur Durchführung dieses Planes ist die Aufwendung staatlicher Mittel in Aussicht genommen. Ich bin in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß mehrere Projekte zur Ausgestaltung bestehender und Errichtung neuer Heilstätten mit finanzieller Unterstützung des Staates bereits in Ausführung begriffen sind. So sind Erweiterungen der Lungenheilstätten in Högas bei Graz, in Grafenhof bei Schwarzach-St. Veit in Salzburg, in Gewitsch und Passel in Mähren durch Barackenbau, ferner größere Barackenanlagen auf der Palmshof bei Drixen und Erweiterungsbauten des Genesungsheims der Barmherzigen Brüder in Hütteldorf bereits in Angriff genommen.

Arbeitsvermittlung für Invalide.

Auf dem Gebiete der Ausbildung von Kriegsgeschädigten in Berufen, die sie mit Rücksicht auf ihren körperlichen Zustand mit Aussicht auf Erfolg ergreifen können, sind bereits wichtige Einleitungen getroffen. Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten hat die Mitwirkung der staatlichen Organisation des Gewerbeschulwesens und des Gewerbebeförderungsdienstes zugesagt und entsprechende Verfügungen getroffen. Die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide wird natürlich im engeren Anschlusse an die bereits bestehende Kriegsorganisation für Arbeitsvermittlung auszubauen sein. Ich kann darauf hinweisen, daß hiesfür in Niederösterreich besondere Vorsorgen getroffen wurden durch Einsetzung einer amtlichen Landesstelle und eines Kuratoriums und daß für die übrigen Länder zweckfördernde Einleitungen vorbereitet werden. Insbesondere erlaube ich mir die Aufmerksamkeit der Herren auf eine Angelegenheit zu lenken, mit der ich Sie in nächster Zeit befaßt werden möchte. Sie betrifft die Kriegsblindensfürsorge. Aus diesen gedrängten Darlegungen ist das weite Gebiet der staatlichen Aktion zugunsten der geschädigt aus dem Felde heimkehrenden Krieger zu überblicken.

An die programmatischen und mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Ministers schloß sich eine längere Erörterung über eine Reihe grundsätzlicher Fragen. Schließlich wurde als einstimmiger Wunsch des Beirates festgestellt, daß behufs erfolgreicher Durchführung des Programms an dem schon eingeleiteten Zusammenwirken der militärischen und zivilen Behörden festgehalten und daß von Seite der Behörden und der Landeskommissionen auf die möglichste Zusammenfassung der einzelnen Vereinigungen, die gleichen Zwecken zustreben, hingewirkt werde.

Beirat in Angelegenheiten der Fürsorgeaktion für heimkehrende Krieger.

Gestern versammelten sich die Mitglieder des Beirates in Angelegenheiten der Fürsorgeaktion für heimkehrende Krieger im Ministerium des Innern zur ersten Sitzung.

Der Minister des Innern Dr. Freiherr v. Seibold eröffnete die Beratung mit einer Ansprache, in welcher er sagte:

„Die Aktion der Regierung ist auf eine Anregung des Herrn Ministerpräsidenten zurückzuführen. Sie geht von der Erwägung aus, daß es eine der wichtigsten Aufgaben auf dem Gebiete der Beseitigung der Kriegsschäden in den nächsten Jahren, vielleicht Jahrzehnten sein wird, die aus dem Felde zurückgekehrten Krieger, deren Arbeitskraft gelitten hat, dem Arbeitsleben wieder zuzuführen.

Die hier in Betracht kommenden Maßnahmen lassen sich im wesentlichen in drei Gruppen scheiden: 1. Spezialbehandlung zur möglichsten Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, auch Beistellung von entsprechenden Behelfen (Gliedersatzstücken); 2. Schulung der Kriegsbeschädigten in geeigneten Berufen; 3. Arbeitsvermittlung.

Ich kann mit dankbarer Anerkennung hervorheben, daß auf diesem Gebiete schon viel und wichtige Vorarbeit geleistet wurde. Vor allem gedenke ich der Kriegsverwaltung und der Organisation des Roten Kreuzes, die hier weit über den ihnen durch die unmittelbaren Gegenwartsbedürfnisse gezogenen Aufgabenbereich hinaus eine segensreiche Tätigkeit entfaltet haben. Aber auch die private Initiative hat rüstig eingeschlagen, zahlreiche Körperschaften und Vereinigungen sind an der Arbeit, sammeln Gelder und sind nach Kräften bestrebt, sich in den Dienst der Sache zu stellen.

So erfreulich diese rege Tätigkeit ist, so bedeutsame Ergebnisse auch erzielt sind, so wenig kann man sich der Besorgnis verschließen, daß das unabhängige Nebeneinanderarbeiten nicht zielfördernd ist, daß es insbesondere dazu führen kann, daß einzelne Fürsorgegebiete überreich bedacht werden, andere, nicht minder wichtige dagegen leer ausgehen. Ein Hinleiten der zersplitterten Kräfte auf die Bahn planmäßigen Zusammen-

wirkens ist daher, um das Höchsterreichbare wirklich zu erreichen, unerlässlich. Dies ist einer der Zwecke der Aktion der Regierung, sie soll nicht als neue Aktion zu den vielen bestehenden hinzutreten, sondern bestrebt sein, diese zusammenzufassen, zu organisieren und dadurch zu fördern. Dabei schiere eine ländersweise Organisation eine größere Bürgschaft für die Heranziehung möglichst weiter Kreise der Bevölkerung zu bieten als eine streng zentrale Organisation. Aus diesem Grunde sind als Träger der staatlichen Aktion besondere „Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger“ gebildet worden, die sich bereits konstituiert und ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Eine nicht minder wichtige Aufgabe ergibt sich für die Zivilstaatsverwaltung aus der Vorsorge für die Bereitstellung der erforderlichen Heilgelegenheiten. Hier wird insbesondere die Ausgestaltung des Heilstättenwesens im weitesten Sinne in Betracht kommen. Angesichts der auf diesem Gebiete herrschenden Unzulänglichkeit hat die Staatsverwaltung die Absicht, sich nicht auf die Befriedigung vorübergehender Bedürfnisse zu beschränken, sondern tünlichst Einrichtungen dauernden Charakters zu schaffen, die späterhin den Zwecken allgemeiner sozialer Fürsorge dienstbar gemacht werden können. Zur Durchführung dieses Planes ist die Aufwendung staatlicher Mittel in Aussicht genommen. Ich bin in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß mehrere Projekte zur Ausgestaltung bestehender und Errichtung neuer Heilstätten mit finanzieller Unterstützung des Staates bereits in Ausführung begriffen sind. So sind Erweiterungen der Lungenheilstätten in Hörgas bei Graz, in Grafenhof bei Schwarzach-St. Veit in Salzburg, in Gewitsch und Passel in Mähren durch Barackenbau, ferner größere Barackenanlagen auf dem Palmstschöb bei Brigen und Erweiterungsbauten des Gencungshaus der Barmherzigen Brüder in Hütteldorf bereits in Angriff genommen.

Auf dem Gebiete der Ausbildung von Kriegsbeschädigten in Berufen, die sich mit Rücksicht auf ihren körperlichen Zustand mit Aussicht auf Erfolg ergreifen können, sind bereits wichtige Einleitungen getroffen. Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten hat in dankenswerter Weise die Mitwirkung der staatlichen Organisation des Gewerbebeschulwesens und des Gewerbebeförderungsdienstes zugesagt und entsprechende Verfügungen getroffen. Die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide wird natürlich im engsten Anschlusse an die bereits bestehende Kriegsorganisation für Arbeitsvermittlung auszubauen sein. Ich kann darauf hinweisen, daß hierfür im Niederösterreich besondere Vorfragen getroffen wurden durch Niederlegung einer amtlichen Landesstelle und eines Kuratoriums und daß für die übrigen Länder zweckfördernde Einleitungen vorbereitet werden. Insbesondere erlaube ich mir die Aufmerksamkeit der Herren auf eine Angelegenheit zu lenken, mit der ich Sie in nächster Zeit befassen möchte. Sie betrifft die Kriegsblindensfürsorge. Von Seite der „Neuen Freien Presse“ ist mir das namhafte Ergebnis einer Sammlung für Kriegsblinde zur Verfügung gestellt worden. Demselben edlen Zwecke wurde auch eine reichliche, durch Erzherzogin Baronin Burian aufgebrauchte Spende gewidmet. Ueber die Verwendung dieser Beträge wird im Einvernehmen mit Vertretern der Spender in nächster Zeit Beschluß zu fassen sein.

Aus diesen gedrängten Darlegungen ist das weite Gebiet der staatlichen Aktion zugunsten der geschädigt aus dem Felde heimkehrenden Krieger zu überblicken. Die Arbeitstätigkeit der Landeskommissionen, die, wie schon erwähnt, die Träger der staatlichen Aktion sind, wird die Absichten der Regierung wesentlich fördern, und die Anregungen und Ratschläge der in diesen Kommissionen wirkenden Fachleute und Patrioten werden maßgebenden Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung üben.

An die programmatischen Ausführungen des Ministers schloß sich eine längere Erörterung über eine Reihe grundsätzlicher Fragen.

Das Referat des Ministerialrates Raan über die Einzelheiten der schon verfügten Vorkehrungen betreffend die Heilstätten wurde ohne Einspruch zur Kenntnis genommen.

Ebenso einmütig stimmte der Beirat dem Referate des Ministerialrates Freiherrn v. Almburg zu, das eine Darlegung des Schulungsplanes für geschädigte Krieger zum Gegenstande hatte.

Schließlich wurde als einstimmiger Wunsch des Beirates festgesetzt, daß behufs erfolgreicher Durchführung des Programms an dem schon eingeleiteten Zusammenwirken der militärischen und zivilen Behörden mit allen Mitteln festgehalten und daß von Seite der Behörden und der Landeskommissionen auf die möglichste Zusammenfassung der einzelnen Vereinigungen, die gleichen Zwecken zustreben, hingewirkt werde.

10. VII. 1915

Ansprüche der Kriegsbeschädigten.

Man schreibt uns:

Nicht selten erscheinen in den Zeitungen Anzeigen, in denen künstliche Gliedmaßen, Stützapparate für gebrauchsunfähige Glieder, Krücken usw. oder Geldsammlungen zur Beschaffung solcher Gegenstände für unsere Heeresangehörigen erbeten werden. Dies zeigt, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Unkenntnis darüber herrscht, daß den verstümmelten oder sonst beschädigten Heeresangehörigen alle derartigen Apparate von der Heeresverwaltung auf Reichskosten geliefert werden. Jeder Soldat, der im Dienst größere Gliedmaßen verloren hat, kann die Gewährung künstlichen Ersatzes beanspruchen, und zwar ist Vorsorge getroffen, daß nur gute und brauchbare Apparate geliefert werden, die wirklich geeignet sind, dem Träger Nutzen zu gewähren. Für Leute, die den Verlust eines oder beider oberen Gliedmaßen zu beklagen haben, können in geeigneten Fällen auch sogenannte Arbeitsprothesen beschafft werden, die an Stelle der nachgemachten Hand besondere Vorrichtungen haben, wodurch der Träger befähigt wird, seinen künstlichen Arm auch berufsmäßig zu verwerten. Bei Verlust eines Beines ist neben dem künstlichen Bein eine Aushilfsprothese zu liefern. In der Regel wird als Aushilfe ein Stützfuß gewählt, doch kann unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse an seiner Stelle auch ein zweites künstliches Bein, wenn auch einfacherer Art, bewilligt werden.

Bei Verlust der Augen werden künstliche Augen und bei Zahnverlust künstliche Gebisse auf Reichskosten beschafft.

Wenn Soldaten mit geheilten Amputationswunden oft längere Zeit ohne künstliche Ersatzstücke gelassen werden, so liegt das sicher daran, daß es für die Verstümmelten um so besser ist, je weiter die Lieferung des künstlichen Gliedes hinausgeschoben werden kann. Der Amputationsstumpf verändert sich auch nach der eigentlichen Heilung der Wunde meist noch erheblich. Ein zu früh beschafftes Ersatzstück pflegt bald nicht mehr zu passen und seinem Besitzer nur Beschwerden, aber keinen Nutzen zu gewähren. Aus Reichsmitteln erfolgt übrigens nicht nur die erste Beschaffung der künstlichen Glieder. Die Kriegsverstümmelten haben dauernd Anspruch auf spätere Ersatzbeschaffungen, Ergänzungen, Ausbesserungen usw. auf Kosten des Reichs.

Auch über die Gewährung von Brunnen- und Bädereuren herrschen in vielen Kreisen irrige Anschauungen. Von der Heeresverwaltung sind in einer großen Anzahl deutscher Kurorte Maßnahmen zur Aufnahme der Kriegsteilnehmer getroffen. Der größte Wert wird darauf gelegt, daß die Heilmittel unserer Bäder und sonstiger Kurorte in weitem Umfange zum Wohle unserer Verwundeten und Kranken ausgenutzt werden. Welche Vorkehrungen in dieser Beziehung getroffen sind, ist im Armeeverordnungs-Blatt bekannt gegeben, so daß die behandelnden Ärzte für jeden Heeresangehörigen, der einer Kur bedarf, den geeigneten Kurort ausfinden und die Bewilligung der Kur auf Reichskosten beantragen können. Für die nicht mehr dem Heere Angehörigen, bereits als dienstunbrauchbar ausgeschiedenen Kriegsteilnehmer verfügt die Heeresverwaltung auch über eine begrenzte Zahl von freien Bädereuren, auf die allerdings kein Anspruch besteht. Hier hat es sich die Bäderabteilung des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz angelegen sein lassen, für unsere Kriegsbeschädigten zu sorgen, so daß auch für alle früheren Heeresangehörigen in weitem Maße Vorsorge getroffen ist.

Aus diesen Darlegungen dürfte sich zur Genüge ergeben, daß es durchaus überflüssig ist, zum Zwecke der Beschaffung künstlicher Gliedmaßen und sonstiger Apparate für unsere Kriegsteilnehmer die öffentliche oder private Wohltätigkeit anzurufen.

Berlin im Zeichen des Krieges.**Reichshilfe für Kriegsverstümmelte.**

Nicht selten erscheinen, so wird uns von amtlicher Seite geschrieben, Anzeigen, in denen künstliche Gliedmaßen, Stützapparate für gebrauchsunfähige Glieder, Krücken usw. oder Geldsammlungen zur Beschaffung solcher Gegenstände für unsere Heeresangehörigen erbeten werden. Was zeigt, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Unkenntnis darüber herrscht, daß den verstümmelten oder sonst beschädigten Heeresangehörigen alle derartigen Apparate von der Heeresverwaltung auf Reichskosten geliefert werden. Jeder Soldat, der im Dienste größere Gliedmaßen verloren hat, kann die Gewährung künstlichen Ersatzes beanspruchen, und zwar ist Vorsorge getroffen, daß nur gute und brauchbare Apparate geliefert werden, die wirklich geeignet sind, dem Träger Nutzen zu gewähren. Für Leute, die den Verlust eines oder beider oberen Gliedmaßen zu beklagen haben, können in geeigneten Fällen auch sogenannte Arbeitsprothesen beschafft werden, die an Stelle der nachgemachten Hand besondere Vorrichtungen haben, wodurch der Träger befähigt wird, seinen künstlichen Arm auch berufsmäßig zu verwerten. Bei Verlust eines Beines ist neben dem künstlichen Bein eine Aushilfsprothese zu liefern. In der Regel wird als Aushilfe ein Stelzfuß gewählt, doch kann unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse an seiner Stelle auch ein zweites künstliches Bein, wenn auch einfacherer Art, bewilligt werden. Bei Verlust der Augen werden künstliche Augen und bei Zahnverlust künstliche Gebisse auf Reichskosten beschafft. Wenn Soldaten mit geheilten Amputationswunden oft längere Zeit ohne künstliche Ersatzstücke gelassen werden, so liegt das sicher daran, daß es für die Verstümmelten um so besser ist, je weiter die Lieferung des künstlichen Gliedes hinausgeschoben werden kann. Der Amputationsstumpf verändert sich auch nach der eigentlichen Heilung der Wunde meist noch erheblich. Ein zu früh beschafftes Ersatzstück pflegt bald nicht mehr zu passen und seinem Besitzer nur Beschwerden, aber keinen Nutzen zu gewähren. Aus Reichsmitteln erfolgt übrigens nicht nur die erste Beschaffung der künstlichen Glieder. Die Kriegsverstümmelten haben dauernd Anspruch auf spätere Ersatzbeschaffungen, Ergänzungen, Ausbesserungen usw. auf Kosten des Reichs.

Auch über die Gewährung von Brunnen- und Bädekuren herrschen in vielen Kreisen irrige Anschauungen. Von der Heeresverwaltung sind in einer großen Anzahl deutscher Kurorte Maßnahmen zur Aufnahme der Kriegsteilnehmer getroffen. Aus diesen Darlegungen dürfte sich zur Genüge ergeben, daß es überflüssig ist, zum Zwecke der Beschaffung künstlicher Gliedmaßen und sonstiger Apparate für unsere Kriegsteilnehmer die öffentliche oder private Wohltätigkeit anzurufen.

Ein Berliner Kriegshilfsverein für den Kreis Ortelsburg

in Ostpreußen ist hier gegründet worden; Ehrenvorsitzender ist der Oberbürgermeister von Berlin Erzellenz **Bernuth**, Vorsitzender der ehemalige Landrat des Kreises **Geheimer Regierungsrat von Alving**, Präsident der Preussischen Zentral-Vobankredit-Aktiengesellschaft, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes **Geheimer Justizrat Dr. Mosse**. Der Verein wird sich in der allernächsten Zeit an die Bürgerschaft Berlins wenden wegen Beitritts und Gewährung von Spenden für den von den Russen ganz besonders arg heimgesuchten und verwüsteten unglücklichen Kreis.

Für die Kriegsbeschädigten.

Beschaffung künstlicher Glieder und Gewährung von Badekuren auf Reichskosten.

Nicht selten erscheinen in den Zeitungen Anzeigen, in denen künstliche Gliedmaßen, Stützapparate für gebrauchsunfähige Glieder, Krücken usw. oder Geldsammlungen zur Beschaffung solcher Gegenstände für unsere Heeresangehörigen erbeten werden. Dies zeigt, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Unkenntnis darüber herrscht, daß den verstümmelten oder sonst beschädigten Heeresangehörigen alle derartigen Apparate von der Heeresverwaltung auf Reichskosten geliefert werden. Jeder Soldat, der im Dienst größere Gliedmaßen verloren hat, kann die Gewährung künstlichen Ersatzes beanspruchen, und zwar ist Vorsorge getroffen, daß nur gute und brauchbare Apparate geliefert werden, die wirklich geeignet sind, dem Träger Nutzen zu gewähren. Für Leute, die den Verlust eines oder beider oberen Gliedmaßen zu beklagen haben, können in geeigneten Fällen auch sogenannte Arbeitsprothesen beschafft werden, die an Stelle der nachgemachten Hand besondere Vorrichtungen haben, wodurch der Träger befähigt wird, seinen künstlichen Arm auch berufsmäßig zu verwenden. Bei Verlust eines Beines ist neben dem künstlichen Bein eine Aushilfsprothese zu liefern. In der Regel wird als Aushilfe ein Stelzfuß gewählt, doch kann unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse an seiner Stelle auch ein zweites künstliches Bein, wenn auch einfacherer Art, bewilligt werden. Bei Verlust der Augen werden künstliche Augen und bei Zahnverlust künstliche Gebisse auf Reichskosten beschafft. Wenn Soldaten mit geheilten Amputationswunden oft längere Zeit ohne künstliche Ersatzstücke gelassen werden, so liegt das sicher daran, daß es für die Verstümmelten umso besser ist, je weiter die Lieferung des künstlichen Gliedes hinausgeschoben werden kann. Der Amputationsstumpf verändert sich auch nach der eigentlichen Heilung der Wunde meist noch erheblich. Ein zu früh beschafftes Ersatzstück pflegt bald nicht mehr zu passen und seinem Besitzer nur Beschwerden, aber keinen Nutzen zu gewähren. Aus Reichsmitteln erfolgt übrigens nicht nur die erste Beschaffung der künstlichen Glieder. Die Kriegsverstümmelten haben dauernd Anspruch auf spätere Ersatzbeschaffungen, Ergänzungen, Ausbesserungen usw. auf Kosten des Reichs.

Auch über die Gewährung von Brunnen- und Badekuren herrschen in vielen Kreisen irrige Anschauungen. Von der Heeresverwaltung sind in einer großen Anzahl deutscher Kurorte Maßnahmen zur Aufnahme der Kriegsteilnehmer getroffen. Der größte Wert wird darauf gelegt, daß die Heilmittel unserer Bäder und sonstiger Kurorte in weitem Umfange zum Wohle unserer Verwundeten und Kranken ausgenutzt werden. Welche Vorkehrungen in dieser Beziehung getroffen sind, ist im Armeeverordnungsblatt bekannt gegeben, so daß die behandelnden Ärzte für jeden Heeresangehörigen, der einer Kur bedarf, den geeigneten Kurort aussuchen und die Bewilligung der Kur auf Reichskosten beantragen können. Für die nicht mehr dem Heere angehörigen, bereits als dienstunbrauchbar ausgeschiedenen Kriegsteilnehmer verfügt die Heeresverwaltung auch über eine begrenzte Zahl von freien Badekuren, auf die allerdings kein Anspruch besteht. Hier hat es sich die Bäderabteilung des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz angelegen sein lassen, für unsere Kriegsbeschädigten zu sorgen, so daß auch für alle früheren Heeresangehörigen in weitem Maße Vorsorge getroffen ist.

Aus diesen Darlegungen dürfte sich zur Genüge ergeben, daß es durchaus überflüssig ist, zum Zwecke der Beschaffung künstlicher Gliedmaßen und sonstiger Apparate für unsere Kriegsteilnehmer die öffentliche oder private Wohltätigkeit anzurufen.

Fürsorge für Kriegsbeschädigte.

Nicht selten erscheinen in den Zeitungen Gesuche, in denen künstliche Gliedmaßen, Stützapparate für gebrauchsunfähige Glieder, Krücken usw. oder Geldsammlungen zur Beschaffung solcher Gegenstände für unsere Heeresangehörigen erbeten werden. Dies zeigt, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Unkenntnis darüber herrscht, daß den verstümmelten oder sonst beschädigten Heeresangehörigen alle derartigen Apparate von der Heeresverwaltung auf Reichskosten geliefert werden. Jeder Soldat, der im Dienst größere Gliedmaßen verloren hat, kann die Gewährung künstlichen Ersatzes beanspruchen, und zwar ist Vorsorge getroffen, daß nur gute und brauchbare Apparate geliefert werden, die wirklich geeignet sind, dem Träger Nutzen zu gewähren. Für Leute, die den Verlust eines oder beider oberen Gliedmaßen zu beklagen haben, können in geeigneten Fällen auch sogenannte Arbeitsprothesen beschafft werden, die an Stelle der nachgemachten Hand besondere Vorrichtungen haben, wodurch der Träger befähigt wird, seinen künstlichen Arm auch berufsmäßig zu verwenden. Bei Verlust eines Beines ist neben dem künstlichen Bein eine Aushilfsprothese zu liefern. In der Regel wird als Aushilfe ein Stelzfuß gewählt, doch kann unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse an seiner Stelle auch ein zweites künstliches Bein, wenn auch einfacherer Art, bewilligt werden. Bei Verlust der Augen werden künstliche Augen und bei Zahnverlust künstliche Gebisse auf Reichskosten beschafft.

Wenn Soldaten mit geheilten Amputationswunden oft längere Zeit ohne künstliche Ersatzfüße gelassen werden, so liegt das sicher daran, daß es für die Verstümmelten um so besser ist, je weiter die Lieferung des künstlichen Gliedes hinausgeschoben werden kann. Der Amputationsstumpf verändert sich auch nach der eigentlichen Heilung der Wunde meist noch erheblich. Ein zu früh beschafftes Ersatzstück pflegt bald nicht mehr zu passen und seinem Besitzer nur Beschwerden, aber keinen Nutzen zu gewähren.

Aus Reichsmitteln erfolgt übrigens nicht nur die erste Beschaffung der künstlichen Glieder. Die Kriegsverstümmelten haben dauernd Anspruch auf spätere Ersatzbeschaffungen, Ergänzungen, Ausbesserungen usw. auf Kosten des Reichs.

Auch über die Gewährung von Brunnen- und Badekuren herrschen in vielen Kreisen irrige Anschauungen. Von der Heeresverwaltung sind in einer großen Anzahl deutscher Kurorte Maßnahmen zur Aufnahme der Kriegsteilnehmer getroffen. Welche Vorkehrungen in dieser Beziehung getroffen sind, ist im „Armeeverordnungs-Blatt“ bekanntgegeben, so daß die behandelnden Ärzte für jeden Heeresangehörigen, der einer Kur bedarf, den geeigneten Kurort ausfinden und die Bewilligung der Kur auf Reichskosten beantragen können. Für die nicht mehr dem Heere angehörigen, bereits als dienstuntauglich ausgeschiedenen Kriegsteilnehmer verfügt die Heeresverwaltung auch über eine begrenzte Zahl von freien Badekuren, auf die allerdings kein Anspruch besteht. Hier hat es sich die Bäderabteilung des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz angelegen sein lassen, für unsere Kriegsbeschädigten zu sorgen, so daß auch für alle früheren Heeresangehörigen in weitem Maße Vorsorge getroffen ist.

29./XI. 1914.

Die Schule der Einarmligen.

Eine Unterrichtsstunde bei den Invaliden.

Ein hoher, lichter Lehrsaal im Parterre des Akademischen Gymnasiums. An langen, weißen, frischgeputzten Tafeln sitzen etwa zwei Duzend bärtige Leute in Soldatenkleidern, eifrig über blaue Schreibhefte gebeugt. Sie kriechen langsam und bedächtig die kleinen und großen Buchstaben des Alphabets, wie die Schüler der ersten Volksschulklasse. Es sind unsere einarmigen Krieger. Sie sind als verstümmelte Invalide aus den blutigen Schlachten zurückgekehrt, und jetzt gilt es, sich mit dem einen Arm durch das Leben zu behelfen. Das erfordert Zeit und mühevolle Übung. Wer den rechten Arm mit den gelenkigen, schreibgewohnten Fingern behielt, hat es doch noch leichter. Der Linkarmige muß ganz von vorn beginnen. Auch die Schreibart ist da verändert. Die Buchstaben müssen ganz verkehrt, schief nach links gestellt werden, da sonst die nachrückende Hand die unteren Schleifen verwischt. Die Hilfe der fehlenden Hand, die das Papier beim Schreiben hält, ersetzt ein schweres Bleistift, das auf dem Rande des Blattes liegt. So geht es monatelang in schwerer Mühe und Plage schrittweise vorwärts. Dann aber ist es erreicht, und die ersten Briefe an die lieben Eltern oder an den süßen Schatz fließen leicht und gewandt aus der Feder. Sieht man dem einarmigen Lehrer dieser großen ungelenteten Schüler zu, mit welcher Fixiertheit und Raschheit er seine Korrespondenzen aufs Papier wirft, so erkennt man staunend, zu welcher Fertigkeit es der Einarmlige im Gebrauche seiner Hand bringen kann. Freilich nur bei systematischem Training. Und darauf wacht der Lehrer mit Argusaugen. Der kleinste Fehler in der Buchstabenbildung wird unachtsam gerügt und muß ausgebessert werden, bis alles tadellos klappt. Der Lehrer dieser einarmigen Soldaten ist ja zugleich der Schöpfer dieser einzigartigen Schule und hängt mit ganzer Liebe an seinem Werke. Was der von seinen Schülern verehrte Mann, Herr Karl Großeltinger, da geschaffen hat, ist wirklich etwas Ungewöhnliches. Auch er hatte das Unglück, als zwölfjähriger Knabe bei einem Eisenbahnunfall den rechten Arm zu verlieren. Mit eisernem Fleiß und zäher Ausdauer warf er sich auf das Training der linken Hand. Ohne Lehrer, ohne methodische Schulung, als reiner Autodidakt, erwarb sich der junge, aus Salzburg stammende Mann eine virtuose Gebrauchsfähigkeit des linken Armes, die ihn instand setzte, sich nach einem fleißigen akademischen Studium zum Architekten auszubilden, aus dessen Hand manche künstlerische Entwürfe und Schöpfungen hervorgingen. Erwähnt sei, daß er auch ein tüchtiger Fechter ist, der auf studentischen Messuren seinen Mann stellte. Seit zehn Jahren lebt er in Wien, und vor Ausbruch des Krieges ließ in ihm die Idee aufleben, seine Erfahrungen und Kenntnisse jenen Leidensgefährten nutzbar zu machen, die im feindlichen Kugeltregen das Unglück hatten, gleich ihm eines kostbaren Armes beraubt zu werden. So regte er in einer Zeitschrift an die „Zeit“ die Schaffung einer Schule für Einarmlige an. Das Projekt fiel auf fruchtbaren Boden, und schon am 2. November konnte die neuartige wohltätige Anstalt, der Prof. Clairmont seine werktätige Unterstützung ließ, ins Leben gerufen werden. Gegenwärtig zählt sie bereits 24 Schüler — 4 Offiziere und 20 Soldaten —, von denen es einzelne schon zu beachtenswerten Erfolgen gebracht haben.

Der Schöpfer und Leiter der Anstalt hat bei jedem einzelnen Schüler ein festes, praktisches Ziel im Auge. Der Anblick jener alten einarmigen Invaliden aus unseren früheren Kriegen, die als gebrechliche Männer mit dem Leierkasten von Tür zu Tür zogen und die öffentliche Mildtätigkeit in Anspruch nahmen, war ihm unerträglich, und ihm schwebte das Ziel vor, die gleichen Opfer des gegenwärtigen Krieges einer würdigen Beschäftigung und einem Berufe zuzuführen, der sie aus eigener Kraft erhält. Darum individualisiert er seine Methode.

Sein Schülermaterial stellt ja das bunteste Gemisch dar. Da finden wir einen Maurer aus Deutschböhmen, der Frau und Kinder daheim hat. Er ist für seinen Beruf noch lange nicht verloren. Hacke und Kelle wird er wohl nicht mehr schwingen können, aber durch einen planmäßigen Zeichenunterricht läßt sich aus ihm vielleicht ein brauchbarer Polier machen. Sein Lehrer setzt ihn also vor ein Zeichenbrett und unterweist ihn in der Handhabung der Reißschiene und des Lineals. Er ist sehr anständig und gelehrig und zeichnet schon hübsche, saubere Mauerentwürfe nach. Später folgt das Zeichnen der Pläne, die Berechnung der Angaben und Maßstäbe. Unser Maurer ist mit Feuereifer bei der Arbeit und weiß mit dem Lineal und dem Bleistift schon so gut Bescheid, daß ihm das richtige Ziehen der Linien keine Schwierigkeiten mehr bereitet. Alle, auch die kleinsten Berrichtungen, hat ihm sein Meister beigebracht. Man muß nur sehen, wie geschickt er zum

v. Sonnenthal, gedenkt auch der einarmigen Schüler und sendet ihnen auf einer mächtigen Tablette appetitlich belegte Frühstückbrötchen, die sich unsere Invaliden bestens schmecken lassen. Sie bedienen sich hierzu alle noch der Finger, aber ihr Lehrer demonstriert ihnen, daß man mit Hilfe eines scharfen, am Ende gebogenen Messers auch beim Zerlegen eines Fleischgerichtes keiner fremden Hilfe bedarf. Dann geht es von neuem an die Arbeit.
H. S.

Fürsorge für Kriegsinvalide.

Von Dr. Siegfried Kraus (Frankfurt).

Vor mehreren Wochen habe ich hier einen Aufsatz veröffentlicht, worin ich, gestützt auf Ergebnisse einer Untersuchung über das Berufsschicksal der Unfallverletzten, die Forderung aufstellte, künftig bei beschränkter Erwerbsfähigkeit überhaupt und bei den Kriegsverletzten insbesondere sich nicht mehr mit der Heilfürsorge und der Rentenzahlung für entgangene Erwerbsfähigkeit zu begnügen, sondern auch die Verwertung des jeweils verbliebenen Restes der Erwerbsfähigkeit fürsorgertisch zu gestalten, wie ich es kurz ausdrückte: neben dem Heilprinzip und dem Rentenprinzip solle das Arbeitsprinzip zur Geltung gebracht werden. Seither habe ich von verschiedenden Seiten her Stimmen vernommen, die die Richtigkeit dieser Forderung und die Dringlichkeit ihrer Durchführung gerade für Kriegsverletzte betonen; es wurde anerkannt, daß das aus medizinischen Gründen (zur erfolgreicherer Durchführung des Heilverfahrens), aus wirtschaftlichen Gründen und aus geistig-sittlichen Gründen unerlässlich sei, und daß es sich hier um eine Aufgabe handle, an deren Lösung sich alle Interessentkreise — Staat, Gemeinde, wirtschaftliche, politische, religiöse Gruppen — gleichmäßig beteiligen können.

Man sollte ohne weiteres an die praktische Arbeit herantreten. Zu diesem Zweck muß man sich zunächst darüber einigen, wie die zu leistende Arbeit beschaffen sein muß und welche Organe sie leisten sollen. In dem erwähnten Aufsatz wurde die Arbeit in vier Hauptzweige gegliedert: Beratung über den vom beschränkt erwerbsfähigen Kriegsteilnehmer künftig zu ergreifenden Beruf, etwaige Ausbildung für einen neuen Beruf, Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung. Es ist klar, daß diese Tätigkeit einer umfassenden Arbeitsfürsorge garnicht in jagemäßer Weise erfolgen kann, wenn sie nicht im Zusammenhang mit der Arbeit der Heilfürsorge und der Rentenfürsorge geschieht. Erst wenn der Heilprozeß abgeschlossen ist und der Arzt ein Bild von dem nunmehr vorhandenen körperlichen und geistigen Kräftezustande des Kriegsinvaliden entworfen hat, kann man wagen, endgültig über die Frage des von ihm zu ergreifenden Berufes, der etwa vorzunehmenden Berufsausbildung usw. zu entscheiden. Erst wenn die Rentenanprüche des Kriegsinvaliden gesichert sind, kann auf die unumgänglich nötige aktive Teilnahme des Kriegsinvaliden bei Gestaltung seines künftigen Schicksals gezählt werden. Die Organisation der Arbeitsfürsorge wird sich deshalb über das Heilverfahren und das Rentenverfahren Aufschluß verschaffen müssen und schon deshalb alle Ursache haben, die Arbeit aller an der Durchführung jener Verfahren beteiligten Stellen, der in Betracht kommenden Militärbehörden, der Invalidenversicherungsanstalten usw., aber auch der Rechtsauskunftsstellen, der Arbeitersekretariate usw. nach Kräften zu fördern. Jedoch auch auf ihrem eigentlichen Tätigkeitsgebiete wird sich die Arbeitsfürsorge mit allen hier schon irgendwie tätigen oder doch zur Tätigkeit berufenen Faktoren in Beziehung zu setzen haben. Die städtischen und sonstigen Arbeitsvermittlungstellen haben ja vielfach schon bisher versucht, auch beschränkt erwerbsfähige Kräfte unterzubringen; ihre Aktion wird in Zukunft erfolgreicher zu gestalten sein durch Anwendung der schon in dem erwähnten Aufsatz angegebenen Mittel: Feststellung der in den einzelnen Berufszweigen vorhandenen Arbeitsgelegenheiten, die überhaupt ihrem Wesen nach von beschränkt Erwerbsfähigen ausgefüllt werden können, und Wegräumung der etwa in Vorurteilen der Unternehmer gelegenen Hemmnisse für die tatsächliche Besetzung solcher Stellen mit beschränkt erwerbsfähigen Kriegsteilnehmern. Bei der Ausbildung für neue Berufe werden schon bestehende geeignete Anstalten, z. B. die Krüppelfürsorgeanstalten, mit zu benutzen sein. Bei der Unterbringung von Kriegsinvaliden, die der offene Arbeitsmarkt nicht mehr aufnimmt, wird sich die Arbeitsfürsorge allerdings schon bestehender Einrichtungen nur verhältnismäßig wenig bedienen können, da es sich dabei meist um die sogenannten Arbeiterkolonien handelt; diese segensreichen Einrichtungen, in erster Linie für wandernde Arbeitslose bestimmt, zählen zu ihren Gästen in erheblichem Maße Landstreicher, und die für die gedachte Organisation der Arbeitslosenfürsorge in Betracht kommenden Menschen würden es wohl als Degradation empfinden, wenn man sie in solche Kolonien einweisen wollte. Eine hervorragende Aufgabe der neuen Arbeitsfürsorge wird also in der Schaffung von Arbeitsstätten bestehen, die bloß zur Aufnahme der von ihr behandelten Kriegsinvaliden bestimmt sein müssen. Schließlich muß sich die Arbeitsfürsorge Aufschluß über die Familien der Kriegsinvaliden verschaffen und zu deren Gunsten ratend, vermittelnd, helfend eingreifen.

Die neue Arbeitsfürsorge-Organisation für Kriegsinvalide hat also Aufgaben verschiedener Art. Sie hat alle Erfahrungen zu sammeln, die über die Herkunft der Kriegsinvaliden, ihren allgemeinen und beruflichen Bildungsgang, über ihren nach Abschluß des Heilverfahrens vorhandenen Kräftezustand Aufschluß geben; sie wird so als Vorbereitungsstelle der über die künftige Berufstätigkeit der Invaliden zu fassenden Beschlüsse dienen können. Sie wird weiter Vermittlungsstelle sein müssen, bei der auf Grund solcher Beschlüsse etwa vorzunehmenden sachgemäßen Einweisung in eine Berufsbildungsstätte. Sie wird ferner eine Familienhelferin für die Angehörigen der Kriegsinvaliden. Schließlich muß sie sich als Unternehmerin selbständiger Arbeits- oder Berufsbildungsanstalten für Kriegsinvalide betätigen, die anderweitig nicht unterzubringen sind. Die Organisation der Arbeitsfürsorge wird also ein wichtiges Bindeglied in der Gesamtfürsorge für Kriegsinvalide sein.

Zu erwähnen wäre noch, daß die Neuorganisation auch Vermittlungsstelle oder selbständige Unternehmerin von Bil-

dungsarbeit sein müßte, die besonders den Bedürfnissen der Kriegsinvaliden anzupassen wäre. Das Prinzip der Arbeitsfürsorge hat, wie erwähnt, neben seiner medizinischen und wirtschaftlichen auch eine geistig-sittliche Bedeutung; seine Anwendung beseitigt die mit erzwungenem Müßiggange verbundenen geistig-sittlichen Gefahren. Gerade diese Wirkung des Arbeitsprinzips vermittelt aber eine weitere Einsicht. Die geistig-sittlichen Gefahren für Kriegsinvalide kommen nicht bloß aus erzwungenem Müßiggang, sondern sehr erheblich auch aus Mutlosigkeit oder Verbitterung wegen erlittener Einbuße an Kraft, Lebensfreude und Lebensfreude. Man wird diesem Ausfall, namentlich sofern er dauernd ist, nach Kräften dadurch begegnen müssen, daß man dem Invaliden auf geistig-sittlichem Gebiete noch in direkter Weise durch geeignete Bildungsarbeit beisteht, die ihn den Verlust auf körperlichem durch Gewinne auf geistigem Gebiete zu ersetzen sucht. Ferner wird die ins Auge gefaßte Berufsberatung und Berufsausbildung eine systematische Unterweisung über Berufsverhältnisse in dem gewiß in Betracht kommenden Arbeitsgebiete zur Grundlage haben müssen, in Frankfurt also etwa in dem Gebiete des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes (als notwendige Ergänzung der Vorschrift der einschlägigen Gesetze, daß beschränkt Erwerbsfähige die Pflicht haben, Arbeit nicht bloß auf ihren bisherigen Berufsgebieten, sondern auf dem ganzen Arbeitsmarkte zu suchen).

In Frankfurt hat nun in den letzten Tagen die Kriegsfürsorge (Abt. Familienhilfe, Stiftstraße 30) eine provisorische Stelle errichtet, die sich zur Aufgabe macht, die an die Kriegsfürsorge herankommenden Fälle dienstuntauglich gewordener Krieger zu prüfen und etwa erforderliche Fürsorgemaßnahmen zu veranlassen. Außerdem soll diese Stelle die Regelung der Verhältnisse der Hinterbliebenen von gefallenem Krieger, soweit sie in den Bereich der Kriegsfürsorge gelangen, in die Wege leiten. Insbesondere wird die Notwendigkeit oder Möglichkeit von Erwerbsarbeit der Witwen und Waisen festgestellt werden müssen. Nach dem Ausgeführten ist es selbstverständlich, daß auch auf dem Gebiete der Hinterbliebenenfürsorge in weitestgehendem Umfange die Mitwirkung der bestehenden einschlägigen Organisationen erbeten werden wird.

Es handelt sich bei diesen Arbeiten zweifellos zum Teil um solche rein öffentlichen Charakters, die von öffentlichen Behörden geleistet werden müßten. Solange das aber nicht geschieht, muß vorläufig die private Tätigkeit wie auch auf sonstigen Gebieten der Kriegsfürsorge eintreten. Es ist zu hoffen, daß ihre Ergebnisse auch für die erwünschte Tätigkeit der öffentlichen Organe von Nutzen sein werden.

Herr Dr. S. Auerbach in Frankfurt schreibt uns zu dem ersten Aufsatz von Dr. Kraus, daß er zuerst und bereits im Jahre 1896 und dann noch dreimal, zuletzt 1913 in dem Artikel „Unfallnerventränkheiten“ in Eulenburs Real-encyclopädie der gesamten Medizin die Forderung aufgestellt und ausführlich begründet habe, daß der Staat neben dem Prinzip des Heilverfahrens und der Rentenzahlung das Prinzip der Arbeitszuweisung zur Geltung bringen müsse. „Ich habe bereits im Jahre 1907 mit dem Präsidenten des R. V. A. eine eingehende Unterredung über diese Frage gehabt. Nach mir ist sie auch von einer Reihe von hervorragenden Nervenärzten wiederholt und aufs eindringlichste erörtert worden.“

haben persönlich und unter Mitbringung aller bezughabenden Nachweise und Personaldokumente zu erfolgen. Als solche Nachweise und Dokumente haben unter anderem zu gelten: Trauschein, Tauf-, respektive Geburtscheine sämtlicher Familienmitglieder, eventuell in deren Ermanglung Schulzeugnisse oder dergleichen, pfarramtliche Bestätigung über das Leben in Ehegemeinschaft bis zur Mobilisierung, Zahlungsbogen über den staatlichen Unterhaltsbeitrag, Vormundschaftsdekret usw.

Weihnachtsbescherung für blinde Soldaten.

Wien, 22. Dezember.

Ein großer schöner Weihnachtsbaum im Konzertsaale des Blindeninstituts, und auf den Tischen reiche, schöne Geschenke. Im Saale stehen in Gruppen Damen und Herren umher, die im Flüsterton sprechen. Beilemmung und Pein lasten auf den Gemütern der Menschen, die da zusammengekommen sind, um einer traurigen und doch erhebenden Feier beizuwohnen. Es gilt die Weihnachtsbescherung für auf dem Felde der Ehre erblindete Soldaten, die jetzt im Blindeninstitut von Regierungsrat Mel und seinen Hilfskräften in ein neues Leben geführt werden. Ein Leben ohne Licht und ohne Glanz, aber doch ein Leben der Pflicht und Selbsterhaltung. Und auf einem abwärts stehenden Tisch häufen sich schon allerlei Bürstenbinder- und Korbflechterarbeiten, die die vor wenigen Wochen noch sehend Gewesenen jetzt mit tastenden Fingern hergestellt haben.

Jetzt werden die blinden Soldaten — es sind ihrer vorläufig zehn, aber schon langen Meldungen aus vielen Feldspitälern im Blindeninstitut ein — hereingeführt. Tastend, schwankend, verwirrt schieben sie sich vorwärts, unendlich hilfloser als die Blindgeborenen, bei denen die anderen Sinne schärfer entwickelt sind. Wie wird dieser Anblick aus der Erinnerung schwinden. Damen, die in diesen vier Kriegsmonaten schon viel Schmerzlichendes gesehen, schluchzen auf, ernst, vom Leben abgehärteten Männern rinnen die Tränen über die Wangen. Zehn Blinde und zehn junge, hübsche, schlanke Burschen, aus deren leeren, entzündeten Augenhöhlen die ewige Nacht brüht oder deren gläserne Augen hilflos vor sich hinstieren. Die zuckenden Lippen, die blassen Wangen dieser zehn jungen Männer erzählen von Qual und Schmerz. Und doch lächelt der eine oder der andere, als er die Geschenke, das goldene Fünzigkronenstück, die Taschenuhr mit Schlagwerk, bekommt, und doch hält der Einjährig-Freiwillige, ein ukrainischer Student, eine artige Dankrede, in der die Worte „ich bin glücklich“ vorkommen.

Herzzerreißendes erzählen die Pflegerinnen von den blinden Soldaten. Drei von ihnen sind verheiratet und sind Väter. Der eine zieht immer wieder die Photographie seiner Frau mit dem Kinde auf dem Arm aus der Tasche, streichelt und küßt sie. Die Frau eines anderen kam mit dem kleinen Kinde nach Wien, um ihn zu besuchen, und es spielte sich eine herzzerreißende Szene ab, als der Soldat den kleinen Sohn an sich presste und schluchzend schrie: „Ich kenne dich nicht, mein Kind, und werde dich nie wieder sehen!“ Und der dritte, der erst seit wenigen Monaten verheiratet ist, brüht dumpf vor sich hin und weiß nicht, ob er die junge Frau mit seinem Dasein belasten oder sie freigegeben soll.

Zehn Helden, die alle auf dem Felde der Ehre durch heimtückisches Plantenfeuer das Augenlicht verloren haben, und jeder ein Schicksal für sich.

Niemals wird man diese Weihnachtsbescherung vergessen, wie die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns niemals das Schicksal der blinden Helden vergessen darf. Der Fonds für erblindete Krieger, den die „Neue Freie Presse“ sammelt, muß wachsen und wachsen, bis wir alle wissen, daß wenigstens das Gespenst der Sorge von diesen Tiefunglücklichen verschüßt ist.

Nachstehend unser Bericht über die Feier:

Als in allen Spitälern und Anstalten bei Ausbruch des Krieges Vorräte getroffen wurde, um die nach Wien kommenden verwundeten Krieger unterzubringen und zu versorgen, hat auch das k. k. Blindenerziehungsinstitut in der Wittels-

Die orthopädische Nachbehandlung von Kriegsverletzten.

Von Privatdozent Dr. von Vaether (München, z. St. Trier)

Allenthalben sieht man jetzt schon die späteren Folgen des Krieges an den zahlreichen Soldaten, die zwar chirurgisch geheilt sind, aber doch noch mit dem Arm in der Schlinge oder an Krücken und Gehhilfen im Gebrauch ihrer Glieder Mitteld erregen und Zweifel an der ärztlichen Kunst aufkommen lassen könnten. Ueberlasse man die Verkrüppelten nach der Wundheilung ihrem Schicksal, so wäre tatsächlich auch das Resultat der Behandlung häufig wenig zufriedenstellend; hier steht nun der zweite Teil des ärztlichen Wirkens, die orthopädische Nachbehandlung, ein, welche die Schäden oft verhältnismäßig rasch beseitigen und bei frühzeitiger Anwendung die kaum wiederherstellbaren Verkrüppelungen verhüten kann.

Die moderne Chirurgie hat zwar in Verfolgung des gleichen Zieles ihre Methodik wesentlich geändert; man trachtet heutzutage bei Operationen, bei der Wundheilung und bei der Bekämpfung von Infektionen immer mehr danach, daß die spätere Funktion der behandelten Körperteile sich möglichst günstig gestaltet. Aber auf die eigentliche Nachbehandlung hat man vielfach weniger sein Augenmerk gerichtet und sie als nebensächlich wenig gewürdigt. Dies kommt unter anderem auch darin zum Ausdruck, daß die Medizinstudierenden nur selten Gelegenheit haben, diesen Teil der ärztlichen Kunst kennen zu lernen. In der Praxis dagegen ist die Einschätzung der Nachbehandlung eine ganz andere. Die Berufsgenossenschaften und Klassen geben jährlich Millionen für die orthopädische Behandlung der Verletzten aus, weil sie wissen, daß durch diese Kuren die Nachwirkungen der Verletzungen wesentlich gemildert oder vermie den werden können.

Bei der jetzigen großen Anzahl von Verwundeten, die in der Mehrzahl an den Armen oder Beinen verletzt sind, scheint es mir notwendig zu sein, auf die Bedeutung, Nutzen und Wesen der Nachbehandlung hinzuweisen, weil in Patientenkreisen vielfach die Anschauung herrscht, unsere Chirurgie sei soweit fortgeschritten, daß mit der Beendigung der Wundheilung alles weitere Behandeln sich erübrige. Aus diesem Sich-Befreien würde aber großer Schaden nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesamtheit entstehen, welche die sekundären Folgen in Form von Entschädigungen zu tragen hat, abgesehen davon, daß ein großer Teil unserer Jugend dem Heeresdienst auch unnötig lange Zeit oder gänzlich entzogen würde.

Der Verletzte hat also die unbedingte Pflicht, sobald es sein Krankheitszustand erlaubt, sich einer ärztlichen Nachbehandlung zu unterziehen und überdies außerhalb der Übungsstunden für sich an der Wiederherstellung der Gebrauchsfähigkeit seiner Glieder möglichst viel zu arbeiten. Er braucht da, wenn er keine besonderen Vorschriften erhalten hat, nur immer gerade dasjenige zu tun, was ihm schwer fällt: die Übung macht nicht nur den Meister, sondern hier auch gesund.

Die Störungen in der Gebrauchsfähigkeit der Glieder nach Verletzungen sind mannigfacher Natur. Wenn eine Extremität schwer verletzt und längere Zeit im Verband war, so fehlt gewöhnlich den Gelenken des betroffenen Körperschnittes mehr oder weniger die Beweglichkeit und den Muskeln die Kraft. Das hat zum Teil seine Ursache darin, daß die Muskeln, Sehnen, Gelenkkapseln geschrumpft oder mit ihrer Umgebung verwachsen sind. Starke Anschwellungen infolge von Flüssigkeitsansammlungen in den Geweben stellen ein Hindernis für die Bewegung dar, die Muskeln sind infolge des Nichtgebrauches zu kraftlosen Gebilden geworden. Noch schlimmer sind die Folgen, wenn die Gelenke selbst verletzt oder entzündet waren. Entweder pflanzen die Gelenkflächen nicht mehr aufeinander oder der Knorpel, der das Gleiten der Gelenke vermittelt, hat gelitten. Von den traurigen Fällen, wo die Gelenkenden fest mit einander verwachsen sind, sei hier nicht die Rede. Diese hier geschilderten Krankheitszustände verschlimmern sich nun gewöhnlich, wenn keine weitere sachgemäße Behandlung erfolgt, im Gegensatz zu der Heilung der Wunden, die infolge der Heilkraft, wenn nur die Schädigungen ferngehalten werden, sich von selbst bessern. Daher ist ja auch bei der Wundbehandlung das Bestreben des modernen Arztes, sich möglichst wenig in das Walten der Natur einzumischen, während bei der Beseitigung der Funktionsstörungen nach Verletzungen sehr aktiv gehandelt wird.

Besonders ungünstig in Bezug auf das Endergebnis wirkt, wenn die Kranken sich nicht nur der Nachbehandlung entziehen, sondern sich noch in übertriebener Weise schonen und Krücken oder Armschlingen allzulange benutzen. Dadurch wird die beste Zeit zur Beseitigung der Bewegungsstörungen versäumt oder selbst der Erfolg einer gleichzeitig angewandten Kur in Frage stellt.

Die Nachbehandlung kann die genannten Beeinträchtigungen in der Beweglichkeit und Kraft auf das wirksamste bekämpfen und oft überraschende Erfolge zeitigen. Der Kranke, der den Fortschritt merkt, wird zuversichtlich und kommt über die sich häufig einstellenden Depressionen leichter hinweg. Das fördernde Prinzip in der Nachbehandlung ist die Bewegung der kranken Glieder, mögen sie passiv bearbeitet werden oder durch Muskelarbeit des Kranken sich abbiegen. Auch der Massage liegt im Wesentlichen eine Bewegung der Weichteile und der in diesen enthaltenen Flüssigkeiten zu Grunde. Durch Bewegung werden die geschrumpften Teile gedehnt, Verwachsungen gelöst, Zirkulationsstörungen beseitigt, raue Gelenkflächen glatt geschliffen und sogar neue Gelenke gebildet. Zur Wiederherstellung der Kraft haben wir auch kein besseres Mittel wie die eigene Arbeit der Muskeln.

Diese Bewegungskuren sind anfangs meist etwas schmerzhaft, müssen aber in Anbetracht des sicher zu erwartenden guten Endeffektes vertragen und mit Energie durchgeführt werden. Beginnt man frühzeitig mit dem Beweglichmachen, so kann man einen großen Teil an Beschwerden und auch an Zeit sparen.

Inwieweit wir mit unseren heutigen Methoden die Folgen schwerer Verletzungen günstig beeinflussen und die Verkrüppelten vor einem Krüppeltum bewahren können, illustrieren am besten Krankegeschichten.

Ein etwa 20jähriger junger Mann war 3 Stodwerk tief abgestürzt und hatte sich außer inneren Verletzungen die Wirbelsäule, das Becken, einen Arm und beide Füße in weitestem Maße gebrochen. Ein Jahr später, nachdem er sehr intensiv geübt hatte, konnte er wieder in Tennisturnier die erste Preise erringen.

Einem anderen Kranken, einem Lokomotivführer von 50 Jahren, waren zwischen Puffern beide Oberarme und Schulterblätter zerdrückt worden. Als er die Nachbehandlung begann, konnte er die Arme nicht vom Rumpf entfernen, die Ellenbogengelenke kaum biegen und die Hände nur sehr wenig rühren. Nach Monaten war die Beweglichkeit dank des Einflusses der Nachbehandlung soweit fortgeschritten, daß er sich wieder als Lokomotivführer meldete und daß er in Turnieren sich mit den Armen aufziehen konnte. Solche Erfolge sind nicht einzelführend. Jede heilgymnastische Anstalt, in der die medizinisch-technischen Errungenschaften unter spezialärztlicher Direktion individuell angewendet werden, verfügt über ähnliche Resultate.

Die Hilfsmittel, die für eine wirksame Nachbehandlung zu Verfügung stehen, sind sehr zahlreich und sehr verschieden. In erster Stelle ist hier die gelübte Hand des erfahrenen und spezialistisch ausgebildeten Arztes zu nennen. Eine große Bedeutung kommt den komplizierten, technisch neuerdings sehr vervollkommenen medikomechanischen Maschinen zu, daneben oder als Behelf dieser nicht an jedem Ort vorhandenen Einrichtungen finden ganz einfache Apparate zur Förderung der Beweglichkeit und Kraft von Kranken

*) Den verschiedenen Veröffentlichungen, die sich mit der Fürsorge für Verwundete und Verkrüppelte befassen, fügen wir die nachstehenden wichtigen Anregungen Dr. v. Vaethers hinzu. Auch sie mahnen dringend zu einer rechtzeitigen Versorgung. Der Gedanke, dieses menschlich wie chirurgisch und wirtschaftlich gleich wichtige Gebiet in einzelne Zentren für Nachbehandlung zusammenzufassen, erscheint durchaus sachgemäß und der ersten Beachtung wert. Es wäre sehr zu wünschen, wenn dementsprechend bald vorgegangen würde. D. Red.

Gliedmaßen Verwendung. Zur Korrektur falscher Stellungen der Gelenke benutzen wir Instrumente, die durch Zug oder Druck wirken. Mancher Lähmung nach Nervenverletzung kann man durch Bandagen, oft sehr einfacher Beschaffenheit, steuern. Selbst die krampfartigen Muskelzustände nach Kopfschüssen lassen sich ohne Operation, nur durch primitive orthopädische Maßnahmen in vielen Fällen soweit beseitigen, daß einer Nachbehandlung nichts weiter im Wege steht.

Eine wichtige Bedeutung in der Nachbehandlung kommt der Anwendung von Wärme zu, die unter anderem entweder in Form von trockener Hitze oder, was für die hier besprochenen Fälle besser und für den Kranken angenehmer ist, als heißer Dampf appliziert wird.

Als ein weiteres Beispiel erwähne ich noch die Plattfußeinlagen, die, wenn sie richtig angefertigt sind, vielen Nutzen stiften können. Versagen doch so häufig die Füße nach den verschiedensten Beinverletzungen, wie auch selbst der erhaltene gesunde Fuß nach einer Beinamputation.

Ein eigenes Kapitel ist die Nachbehandlung von Amputierten, die nicht nur darin bestehen darf, daß von einer Firma ein künstliches Glied beschafft wird. Der Stumpf muß für das Tragen des Ersatzes vorbereitet werden, die Konstruktion des Apparates soll nicht schematisch vorgenommen werden, sondern hat auf die speziellen Verhältnisse genau Rücksicht zu nehmen. Man verzichte auf komplizierte künstliche Glieder, weil die Vorteile, die sie aufweisen, reichlich durch ihre Schwere aufgehoben werden. Die neuesten Konstruktionen nehmen hierauf in weitestem Maß Bedacht und zeichnen sich durch ihre Einfachheit und Leichtigkeit aus. Da nun der Amputierte sich auch noch, nachdem er das Ersatzglied erhalten hat, an das selbe gewöhnen und den Gebrauch erlernen muß, so wäre die Gründung eines militärischen Sanatoriums für Amputierte ein glücklicher Gedanke.

Aus dem Geschilderten geht wohl zur Genüge hervor, wie notwendig die Nachbehandlung von Gliedverletzten ist und wie segensreich ihre Erfolge sind. Sie erfordert allerdings große Geduld des Kranken und setzt spezielle Ausbildung und technisches Geschick des Arztes voraus. Besonders im Anfang der Kur, wo man vorsichtig tastend erst feststellen muß, was dem Kranken zugemutet werden kann und soll, ist die Nachbehandlung durch den Arzt selbst unumgänglich nötig. Dies gilt nicht nur von den heilgymnastischen Übungen und den Eingriffen mit Bandagen, sondern auch von der Massage.

Für die Förderung des ganzen Gebietes wäre es nicht unzumutbar, wenn in einer großen Stadt, wo viele Nachbehandlungsbedürftige zusammenströmen, eine Zentralstelle für Nachbehandlung geschaffen würde. Dieser Vorschlag kommt in Bezug auf die im Kriege Verletzten nicht zu spät, weil das Bedürfnis für Nachbehandlung der Soldaten noch Jahre lang fortbestehen wird. Durch eine derartige Zentralisation würde die praktische und wissenschaftliche Verwertung der verschiedenen Methoden wesentlich gewinnreicher und auf Grund der Beobachtungen an einer großen Zahl von Verkrüppelten Verbesserungen geschaffen werden können. Ferner würde hier für Ärzte, die keine Gelegenheit hatten diesen Zweig der Medizin kennen zu lernen, ein Ort sein, sich in den Errungenschaften moderner Nachbehandlung zu orientieren. Endlich könnte hier auch das niedere Heilpersonal in den ihm zukommenden Teilen dieses Gebietes gründlich ausgebildet werden.

Die Schule der Einarmigen

Die Schule der Einarmigen.

Von Hofrat Prof. Dr. v. Kochenegg, I. u. I. Generalfeldarzt.

Man kann mit einer Hand alles leisten, vollkommen unabhängig sein, nur muß man wissen, wie es zu machen ist. Geza Graf Bichy.

Eigentlich wäre es richtiger, meinen Aufsatz mit „Schule des Einarmigen“ zu überschreiben, denn das Charakteristische, Originelle und Vielversprechende ist es, daß sich ein Einarmiger in den Dienst der Sache stellt und bestrebt ist, seine an sich selbst erworbene Fertigkeit durch Wort und Beispiel an andere Einarmige zu übertragen.

Anfang Oktober v. J. besuchte mich Herr Architekt Karl Großelfinger, um meine Ansicht über seinen Plan, auch das Seine zur Vinderung der durch den Krieg hervorgerufenen allgemeinen Not beizutragen, einzuholen. Er erzählte mir, daß er als elfjähriger Knabe bei einem Eisenbahnunfall seinen rechten Arm verloren hat und daß er es im Laufe der Zeit durch Ausdauer und Energie so weit gebracht habe, vor allem von jeder fremden Hilfe unabhängig zu sein, seine Studien zu vollenden, Architekt zu werden und als solcher zu wirken und zu verdienen. Diese im Laufe der Zeit erworbene Fertigkeit, mit einem, und zwar mit dem linken Arm und der linken Hand das zu leisten, was andere Menschen mit beiden Armen und Händen leisten, will er in den Dienst des Vaterlandes stellen und durch Unterricht und praktische Unterweisung auf jene armer Helden übertragen, die im Dienste des Vaterlandes einen Arm verloren oder deren Arm irgendwie anders zur Arbeit unfähig geworden ist.

Die Absichten des Architekten erschienen mir sofort ungemein einleuchtend. Es war ja klar, daß ein derartiger praktischer Unterricht eines Einarmigen ganz anders und viel intensiver auf seine Leidensgefährten wirken müsse, als rein theoretische Auseinandersetzungen, wie man mit einer Hand sich zu behelfen habe. Schon das Beispiel muß auf gleich Verstümmelte tröstend und animierend wirken, die Idee, solche Leute in einer Schule zu vereinigen, wo wieder das Beispiel des einen Schülers auf den anderen wirkt, erschien mir ungemein vielversprechend. Ich animierte daher Herrn Architekten Großelfinger, seinen Plan auszuführen und versprach ihm auch von meiner Klinik die für seinen Unterricht Geeigneten zuzuwenden.

Es glückte Herrn Architekten Großelfinger, im Reservespital des Akademischen Gymnasiums einen Saal für seine Schule zu erhalten — und so konnte er in demselben mit dem Unterricht beginnen. Vorige Woche hatte ich Zeit und Gelegenheit, die Schule zu besichtigen und mir die Erfolge des Unterrichtes demonstrieren zu lassen. Der Eindruck, den ich hierbei gewann, ist ein ungemein günstiger. Schon beim ersten Anblick fiel der Eifer, die freudige Zuversicht der vielen im Schulzimmer versammelten Einarmigen auf. Mit einem gewissen Stolz wurde mir von dem Einen gezeigt, daß er schon ganz gut Maschinenschreiben könne, der andere zeigte mir seine Fortschritte in der Schrift mit der linken Hand, wieder ein anderer, ein Maurer von Beruf, wies mir seine er. It ausgeführten von Vorlagen abgezeichneten Pläne vor, ein Anfänger übte das An- und Ausziehen, ein anderer das Waschen- und Knopfmachen zc. Für mich als Chirurg war aber vor allem auffallend und erfreulich, daß kein einziger der verstümmelten Helden psychisch deprimiert erschien. Wir Chirurgen kennen ja genugsam die tiefe Verstimmung der am Arm Amputierten. So häufig sehen wir tiefste Melancholie bei jenen, deren Arm und Hand nicht zu retten und zu erhalten war, bei denen wir, um das Leben zu erhalten, amputieren mußten. Es ist ja diese tiefe Verstimmung nur zu begreiflich. Die Idee, den Rest seines Lebens als unbeholfener Krüppel von anderen abhängig zu sein und anderen zur Last fallen zu müssen, nichts für sich und die Familie mehr leisten zu können zc. zc., bedrückt die Armen, raubt ihnen jeglichen Mut für die Zukunft und nicht nur einmal bekam ich zu hören: „Herr Professor, Sie hätten mich lieber sterben lassen.“

Wenn die von A. Großelfinger kreierte Schule nichts anderes erreichen würde, als diesen Armen Trost, Lebensmut und Lebensfreude wiederzugeben, sie wäre ein Segen für unsere Helden. So aber lautet das zu erstrebende Programm ganz anders, weit mehr versprechend. Vor allem soll jeder Einarmige von fremder Hilfe unabhängig gemacht werden. Er muß lernen, sich allein zu waschen, an- und ausziehen. Mit bewundernswerter Geduld

zeigt der einarmige Instruktor, wie man sich zu waschen, die Nägel zu putzen und zu schneiden hat. „Alles geht, wenn man nur will,“ das bekommen die Schüler hundertmal zu hören und da ihnen der Gleichverstümmelte dies an sich beweist, glauben sie auch den Worten des Instruktors. Ist diese erste Ausbildung erzielt, so wird überlegt, für welche Tätigkeit der Schüler am meisten Eignung hat. Der Lehrer beurteilt, ob der früher geübte Beruf beibehalten werden kann oder ob ein anderer für einen Einarmigen passenderer Beruf erwählt werden muß. Der eminent praktische Blick des Architekten und Technikers, über den A. Großelfinger eo ipso durch seinen Beruf verfügt, hilft da mit, die wichtige Entscheidung zu treffen. Ist die Wahl getroffen, so wird fleißig demonstriert und geübt. Ich sah dabei Kunstgriffe in Anwendung kommen, auf die eben nur jemand verfallen kann, der an sich selbst alles erprobt und für sich selbst zurechtgelegt hat. A. Großelfinger plant die verschiedenartigsten Werkzeuge des täglichen Lebens, diverse Schreibmaschinen zc. für seine Schüler zu erwerben, um individualisierend jedem nach seiner Eignung und Vorbildung in eine der vielen in Aussicht zu nehmenden Arbeitsleistungen einzuführen.

Aber noch weiter gehen die menschenfreundlichen Pläne. Mit dieser Schule soll eine Arbeitsvermittlungstelle für Einarmige verbunden werden. Schon ist es dem Vorstand gelungen, dreien seiner Schüler diverse Posten zu verschaffen. Der eine wurde Kanalarbeiter in einer großen Zuckerrübenfabrik, ein zweiter, ein gewesener Freiwilliger, ist im Kontor einer großen Bank, ein dritter als Bureaudienster untergebracht und bleibend versorgt. Für andere sind Polierposten und Aufseher-, Dienerpösten usw. in Aussicht und Vormerkung genommen. Ich glaube, daß auch diese Absicht Erfolg haben wird. Ich kann mir denken, daß aus der Reihe jener, die ihren Heldenmut mit dem Verlust eines Armes besiegelt haben, die pflichtgetreuesten und ihrem Arbeitgeber anhänglichsten Arbeiter entstehen können, deren Anstellung, schon um einem tapferen Krieger einen Dienst zu erweisen, bald populär werden wird.

Um diesen Teil der Aktion ins richtige Licht zu setzen und seine hohe Bedeutung für die Allgemeinheit zu erweisen, ist es wohl nicht nötig, auf die Gefahr der erwerbslosen Krüppel zu verweisen, auf die Gefahr der herumlungern- den Bettler und Nichtstuer, die da glauben, ein Recht zu haben, anderen zur Last zu fallen und nichts zu tun als ihren Amputationsstumpf dem Publikum zu zeigen, um Almosen zu erzwingen.

Es wäre gut, gerade nach diesem schrecklichen Kriege beizeiten in dieser Beziehung Vorkehrung und Hilfe zu schaffen.

Aber, obwohl diese „Schule der Einarmigen“ allgemein als segensreiche Idee und Schöpfung anerkannt wird, läuft sie Gefahr, allmählich ihre Tätigkeit wieder aufgeben zu müssen, jedenfalls aber ihre Pläne nicht voll erfüllen zu können und ihr Programm wesentlich einschränken zu müssen.

Vor allem braucht die Schule ein eigenes, genügend großes Lokal, um die vielen, die ihr zugewiesen werden sollten, aufnehmen und unterrichten zu können. Mit einem Zimmer, wie jetzt, kann das Ziel des individualisierenden Unterrichtes nicht erreicht werden, schon jetzt ist der ein e der Schule zur Verfügung gestellte Saal für die 34 Schüler viel zu klein, er wird aber in Zukunft noch weniger ausreichen. Es ist gut, wenn man sich klar macht, wie viel Reflektanten für einen derartigen Unterricht jetzt schon existieren. Es ist ja wichtig, daß es der heutigen Fortgeschritten mit allen ihren Befehlen arbeitenden Chirurgie gelingt, viele Extremitäten zu erhalten, die in früheren Zeiten amputiert worden wären, oder versteifte Extremitäten wieder mobil und arbeitsfähig zu machen, die früher zeitweilig als ein unbrauchbares Anhängsel dem Träger mehr zur Last als zum Vorteil gereichten. Dessenungeachtet ist bei noch so konservativem Vorgehen die Zahl der für einen derartigen Unterricht in Betracht kommenden Fälle eine sehr große. Ein definitiver Ueberblick in dieser Hinsicht ist natürlich derzeit unmöglich, daher kann nur eine ungefähre aber jedenfalls nicht zu pessimistische Berechnung an gestellt werden. Seit August, seitdem meine Klinik als Verwundetenhospital funktioniert, wurden an dieser zirkla 1800 verschiedene Verwundete behandelt, von diesen verloren 9 ihren Arm, bei 6 war durch Zermalmung der die Muskeln bewegenden Nerven der ganze Arm unbrauchbar geworden — das ergibt 15 Reflektanten aus meiner Klinik allein oder 1,4 Prozent aller Verwundeten. Nimmt man ein ähnliches Prozentverhältnis an den vielen anderen chirurgischen Stationen an, so kann man bei der übergroßen Zahl der Verletzungen in diesem Kriege jetzt schon mit nahe an tausend Einarmigen rechnen.

Also genug Aspiranten für einen derartigen Unterricht gibt es schon jetzt und die Zahl wird weiter steigen. Natürlich wäre es falsch, anzustreben, daß die Schule so groß angelegt wird, daß gleichzeitig alle oder der größte Teil der Einarmigen Unterricht erhalten können. Die in Betracht kommenden Schüler müßten vorgemerkt und in einem Turnus von höchstens 100 zum Unterricht einberufen werden.

Auch die nötige Zeit des Unterrichtes wird schwanke je nach dem Ziele, das der Lehrer beim Schüler erreichen will. Handelt es sich bloß darum, einem Amputierten von seiner Umgebung unabhängig zu machen, so daß er die eigene Pflege seiner Person zu erlernen hat, wird eine kürzere Unterrichtsdauer vonnöten sein als in jenen Fällen, bei denen der Schüler ein neues Gewerbe zu erlernen hat. Der Unterricht muß also gewissermaßen in Klassen eingeteilt werden, ist in irgend einer Klasse ein Platz frei, so wird ein neuer Kandidat aus der Reihe der Vorgemerkten einberufen.

Schon diese Teilung der Schüler in diverse Kategorien zeigt die Notwendigkeit einer Anzahl von Schul-

zimmern. Aber noch aus einem andern Grund wäre eine Vermehrung der Räume zweckentsprechend. In den ersten Unterweisungsstunden stellen sich die Kandidaten recht ungeschickt an; der Umstand, daß zunächst die Unterweisung in Bezug auf die eigene Toilette geübt wird, erfordert ein Aus- und Ankleiden. Die Offiziere scheuen sich aus ganz begreiflichen Gründen davor, diese Prozeduren vor der Mannschaft einzulüben. Ich habe bereits zwei höhere Offiziere amputieren müssen, beide sagten mir, sie würden gerne in die Schule, von der sie sich sehr viel versprechen, gehen, es sei ihnen aber peinlich, vor der Mannschaft im selben Lokale zu üben.

Ein weiterer Umstand schädigt aber noch viel intensiver unter den bisherigen Verhältnissen die Aussichten des Unterrichtes. Die jetzigen Schüler sind der Schule von den diversen Spitälern zugeschickt. So lange ihre Amputationswunden nicht vollkommen geheilt sind, können sie in den diversen Spitalsabteilungen verbleiben und finden dort Unterstand und Verpflegung. Bei vollständiger Ausheilung müssen sie nun anderen Verletzten Platz machen und werden aus dem Spital entlassen. Sie werden superarbitriert, also aus dem Militärverband entlassen und in ihre Heimat abgeschoben. Natürlich hört dann sofort die Möglichkeit, weiter die Schule zu besuchen, auf, die Leute sind sich wieder selbst überlassen. Den meisten fehlen die Mittel, um sich zu erhalten und so weiter am Unterricht partizipieren zu können. Es ist hierin das Haupthindernis für die vollkommene Erreichung des schönen Zieles gelegen. So mancher, der bereits mit dem Unterricht begonnen hatte und vermöge seines Eifers und seiner Geschicklichkeit viel versprochen hat, mußte vor Vollendung seiner Ausbildung den Unterricht abbrechen. Man kann sich denken, wie verstimmend dies auf die Armen wirken muß, die gehofft und gesehen haben, daß es möglich wäre, sie trotz ihres Defektes der Gesellschaft als nützliche Mitglieder zurückzugeben.

Diese Erwägungen reisten in mir den Voratz, durch einen Appell an die Öffentlichkeit der Schule der Einarmigen jene Existenzbedingungen zu schaffen, die ein Fortbestehen und Fortwirken im vollen Umfang des entwickelten Programmes ermöglichen.

Vor allem müßte ein passendes, genügend räumiges Heim für die Schule erworben werden. Dieses Heim müßte umfassen: genügende Schulräume, sagen wir drei größere Zimmer, einen Raum für die Anfänger, einen für Fortgeschrittenere, wieder einen für Offiziere, dann ein Magazin für die Lehrmittelsammlung, ein Vorstandszimmer. Weiters müßten der Schule selbst oder womöglich in der Nähe der Schule Abitaktionen zu Gebote stehen, wo die Schüler Aufnahme und Verpflegung finden, sobald sie mit geheilter Wunde aus dem Spital entlassen sind, also keiner ärztlichen Behandlung mehr bedürfen. In diesem Heim hätten die Schüler bis nach Vollendung des Unterrichtes und eventuell erworbener Anstellung zu verbleiben. Schon hiedurch leuchtet es ein, daß das Ideal der neuen Schöpfung eine Art Pensionat wäre.

Schon jetzt fällt es dem einen Lehrer schwer, allein den Unterricht zu leiten und zu leisten. Der jetzige Lehrer benötigt für die Zukunft Hilfskräfte, gewissermaßen Assistenten. Besonders in unserem Vaterlande wäre es opportun, möglichst bald mit der Anstellung solcher Hilfskräfte einzusetzen, da es bei der Vielsprachigkeit des Schülersmaterials notwendig wäre, in diversen Landessprachen Unterweisungen zu geben. Es wird nicht schwer fallen, die geeigneten Hilfskräfte aus der Reihe der Schüler zu akquirieren. Schon jetzt assistiert dem einarmigen Meister ein einarmiger Schüler, ein Verwundeter meiner Klinik, dem wegen Zertrümmerung im Schultergelenk der rechte Arm amputiert werden mußte. Der Mann ist sehr intelligent, spricht drei Sprachen, interessiert sich für das Schicksal seiner Leidensgefährten, hat als gewesener Kammerdiener gute Umgangsformen und eignet sich vermöge dieser Eigenschaften ganz vorzüglich zum Instruktor. Die Instruktorstelle würde dem Armen eine anstrengenswerte Anstellung und Verwendung sichern.

So geeignete Kandidaten für die Assistentenposten gibt es viele. Und man wird es nicht nötig haben, eine Annonce in die Tagesblätter einzufenden: „Einarmige Lehrer werden gesucht“, wie eine solche neulich in einigen deutschen Blättern zu finden war, da, wie die Entsendung eines Delegierten in unsere Schule beweist, auf deutscher Seite auch das große Bedürfnis nach einem derartigen Unterricht gewürdigt und die Zweckmäßigkeit gerade des so gestalteten Unterrichtes allgemein anerkannt ist.

Weiters müßten die Geldmittel für die Anschaffung der Lehrmittel zu Gebote stehen. Außer den schon jetzt vorhandenen sehr ärmlichen Behelfen, wie Zeichentische, Schreibutensilien, Schreibmaschinen, Vorlagen zc. müßten je nach Bedarf die Lehrbehelfe für die sich in diverser Form eröffnende Unterrichtsperspektive angekauft werden. Wenn man überlegt, in wie vielfacher Hinsicht eventuell ein Einarmiger sich nützlich machen kann, so ist es begreiflich, daß für die Anschaffung von Lehrbehelfen der Schule ein großer Spielraum gewährt werden müßte.

Da für alle diese Erfordernisse ziemlich bedeutende Mittel aufgewendet werden müssen, könnte ein sparames Gemüt folgendermaßen kalkulieren: Wie alles wird auch dieser schreckliche Krieg endlich sein Ende finden, dann wird in absehbarer Zeit selbst bei der berechneten großen Zahl der Amputierten allmählich die Notwendigkeit für die Schule erlöschen, wenn alle für dieselbe in Betracht kommenden Kandidaten ausgebildet sind. Die Schule wäre dann aufzulassen, und es wäre so vielerlei die Inventur größerer Geldbeträge für ein Unternehmen von so vorübergehendem Betriebe, namentlich bei den mannigfachen Forderungen in anderer Beziehung nicht zu rechtfertigen.

Dem ist aber nicht so. Es ist richtig, für die Jetztzeit ist die Schule zunächst und vielleicht allein für unsere Vaterlandsverleibiger geplant und bestimmt. Für die Zukunft aber soll die Schule weiter wirken, auch für jene Zivilper-

Frau Lucie Schnabel, Herr Morgan und Herr Blümel verdienten für ihre vollendeten Darbietungen den ihnen in reichlichem Maße gespendeten Beifall. Sehr unterhaltend dürfte die am Montag, den 22. d., stattfindende Veranstaltung werden. In derselben werden mitwirken: Fräulei Jolen vom Johann Strauß-Theater, Fräulein Kamilla Gerzhoffer von der Volksbühne, Herr Wallner von der Gartenbaugesellschaftsbühne, Herr Seiler von der „Hölle“ und Herr Währinger vom Bürgertheater.

Deutscher Kongress über die Organisierung der Kriegsinvalidenfürsorge.

In Berlin begannen am 8. d. die Beratungen der Deutschen Vereinigung für die Fürsorge der Kriegsinvaliden. Den Verhandlungen, die im Sitzungssaal des Reichstages stattfanden, wohnte auch die deutsche Kaiserin bei. Nach der Begrüßungsansprache des wirklichen Geheimen Obermedizinalrates Professor Dr. Dietrich gelangten die Vertreter aller beteiligten Faktoren, wie der Militärverwaltung, der Krankenkassen, der Reichs- und Staatsbehörden, des Reichsversicherungsamtes, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, zu Wort. Die leitenden Gesichtspunkte, welche die Behörden bei den Vorbereitungen zu einer planmäßigen Fürsorge für die Kriegsverstümmelten treffen wollten, wurden den Ärzten mitgeteilt. Oberstabsarzt Professor Dr. Schwiening erörterte die Aufgaben der deutschen Seeresverwaltung, während Professor Dr. Biesalski die speziellen Aufgaben der Invalidenfürsorge besprach. Es sollen Anstalten für die verschiedenen Gruppen der Verstümmelten eingerichtet und auf Verlangen der Ärzte Vertrauenspersonen zur Behandlung und Beobachtung beigezogen werden, die ihr Urteil über in Betracht kommende Erwerbsmöglichkeiten abzugeben haben. Sie hätten die Aufgabe, alle Wünsche der Ärzte und Patienten zur Kenntnis zu nehmen und das Erforderliche zu veranlassen.

Ministerialdirektor Dr. Richter berichtete über die Aufgaben des Staates bei dieser Aktion. Nach einer Statistik aus der Zeit früherer Kriege droht 25 Prozent der Verwundeten die Gefahr der Desaffizierung, das heißt, es geht ihnen die Hoffnung verloren, weiterhin schaffende Menschen zu sein. 34 Prozent sinken moralisch herab und werden arbeitsunwillig. Nur 38 Prozent konnten ihre Stellung bewahren, und nur drei vom Hundert gelang es, zu besseren sozialen Verhältnissen zu gelangen. Daher ist die Fürsorge für die Invaliden eine unabwiesbare Pflicht des Staates aus ethischen, nationalen und wirtschaftlichen Gründen, und deshalb müsse auch der Staat den Hauptteil der Aufgabe übernehmen und eine Zersplitterung hintanhalten. Dann berichtete noch Direktor im Versicherungsamt Witowski, der mitteilte, daß innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren elf Milliarden Mark für Unfallversicherungen in Deutschland bezahlt wurden. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Dr. Spicker vertrat den Standpunkt, daß die kleinen Meister in Kriegsinvaliden Arbeiter finden, die nicht sobald ihren Platz verlassen, wenn der Lohn entsprechend ist, und Abg. Fräßdorf, der im Interesse der Arbeitnehmer eine Stabilität der Invalidenrente sowie einen öffentlich-rechtlichen Charakter der Fürsorgeaktion verlangte. Auch eine Ueberfüllung einzelner Berufe ist zu vermeiden. Frau v. Bissingen betonte die Notwendigkeit der weiblichen Mitarbeit, und Generalarzt Professor Dr. Ludloff sprach den Wunsch aus, daß orthopädisch-chirurgische Lehrstühle und möglichst auch Kliniken den Universitäten angegliedert werden, an welchen alle Ärzte, jedenfalls die aktiven und Reserve-Militärärzte, eine Ausbildung erhalten müssen.

Hierauf referierte der Vertreter der Invalidenfürsorge in Oesterreich Oberstabsarzt Professor Dr. Hans Spizh (Wien). Er verwies darauf, daß alle Vorschläge, die bei den Beratungen gemacht werden, in Oesterreich durch Gründung der Invalidenschule in Wien praktisch durchgeführt erscheinen. Die obersten militärischen Sanitätsbehörden haben ein Spital mit 1000 Betten geschaffen und damit in Verbindung eine Schule der Invaliden zur Erlernung von Berufen errichtet. Die Anstalten werden, weil schon Platzmangel besteht, bald erweitert, und demnächst werden in Budapest sowie in sämtlichen österreichischen Universitätsstädten gleiche Einrichtungen in großem Maßstab geschaffen werden. Die Ausführungen des Professors Dr. Spizh fanden große Aufmerksamkeit, und insbesondere die Mitteilung, daß die ganze Fürsorgeaktion gemeinsam mit dem vom Geheimen Rat Dr. Gyner geleiteten Gewerbeförderungsamt sowie mit Unterstützung der Wiener Genossenschaften, geführt wird, riefen regstes Interesse hervor. In den Schulen wird der Invalide zunächst in seinem früheren Beruf ausgebildet, intelligente Personen auf eine höhere Ausbildung gebracht.

ein. Daneben gibt's aber ein richtiges Klassenzimmer, wo der verdienstvolle Leiter der Schule, Architekt Großeltinger, hatte, ließ Dr. Kropaczek ein weißes Fahne auf dem Rathaus hängen und die Vortragsreihe der Kofaten tritt in die Stadt ein, mit Gewehren festlich. Im Rathaus erschien ein Offizier und meldete: Oberst Sedin, Kommandant des Regiments, erwarte die k. k. Deputation in Mariasbühl. Es war um die Mittagszeit. Dr. Kropaczek

erlernen, sich im Gleichgewicht zu halten, auch manches feise Bein müht sich hier in den ersten unsicher tastenden Schritten, mancher Arm, der sich eben erst aus dem Streckverband löste, sinkt kraftlos nieder, da die Hand zu greifen, festzuhalten verjuchte. Da gibt's Hohlwägelchen, die wie Gehschulen eingerichtet sind. Ein großer, starker Soldat schiebt solch ein Wägelchen vor sich her mit kleinen, vorsichtigen Schritten und trippelt emsig hinten nach. Seine Wangen sind rot vor Eifer, seine Augen leuchten. Er macht sichtlich Fortschritte und will belobt sein. Und er verdient dieses Lob gewiß ebenso für den Mut, mit dem er dies neue Leben beginnt, wie für seine Tapferkeit im Felde. Eben bemühen sich auch zwei Pflegerinnen um einen anderen schwächlichen Burschen, dessen pansbackiges Kinder Gesicht einem schon von weitem entgegenlacht. Sein linkes Bein ist noch in der weißen Gipshülle gefangen, wie versteinert; er soll aber doch schon einige Gehversuche unternehmen, die Pflegerinnen stützen ihm die Arme. Wie er so hilflos dasteht, hat er etwas Mühred-Snabenhafes. Die ganze Sache kommt ihm ungemein komisch vor, daß er nun noch einmal gehen lernen soll, da er doch oft genug mithalf, den Knissen das Laufen beizubringen. „Marsch ein!“ kommandiert er laut, und alle Kameraden im Saal beginnen zu lachen und auch die Pflegerinnen lachen mit, angeheitert von dieser hellen, natürlichen Fröhlichkeit.

Man kann da draußen in der Schule der Einarmigen förmlich zusehen, wie einer gesund wird. Es gibt einen großen Saal mit Turngeräten aller Art, wie man sie schon von früher her kennt, und Heilbäder, aus denen die kranken Glieder neu gekräftigt emporsteigen. Aber zwei Apparate, die Professor Sedin in seinem Spital eingeführt hat, sprechen ganz besonders zu unserer Umbildungsarbeit, lassen am deutlichsten erkennen, wie hier die Gesundheit dem menschlichen Willen unterjocht wird. Da gibt's also vor allem eine künstliche Höhr- kenne. Sie ist in eine große Oloac einbeschaltet, die aussteht

Mein erster Besuch galt natürlich dem Eroberer der Stadt. Er sprach von seinen Soldaten — Kroaten, die sich schon früher mit Ruhm bedeckt haben, und von der polnischen Legion. Die Truppen sind am 31. Januar aus Arlisbaba aufgebrochen, haben in 14 Tagen die Bukovina gesäubert und besetzten den besten Regimentern des Baren,

ginnen sich schon zu straffen. Wissender, erfahrener als die jungen Leute, die vor einem halben Jahre ausogen, sind sie gleich ihnen entschlossen, ihre Pflicht zu tun. Sie kommen aus dem Frieden und lernen den Krieg. Die anderen aber haben ihre Pflicht schon getan, mehr als ihre Pflicht, und treten nun still zur Seite auf ihrem neuen Schulwege. Sie kommen aus dem Krieg und lernen den Frieden.

Die Schule der Einarmigen ist eigentlich ein Spital, dem die verschiedenen Werkstätten und Übungszimmer nur angegliedert sind. In der knappen militärischen Komenklatur heißt es das Reservespital Nummer 11. Professor Spitz, sein Begründer, ist ihm als Kommandant vorgestellt, und die Gräfin Hartenau hat mit rührender Hingabe die wirtschaftlichen Sorgen auf sich genommen. Man könnte aber auch sagen, das Spital sei eine Art Vorbereitungskurs zur Schule, zumal es in einem wirklichen Schulgebäude untergebracht ist, und die schwarzen limitierten Tafeln, die in manchen Krankenzimmern wie zufällig stehen geblieben scheinen, erhalten nun erhöhten Sinn und Bedeutung. Hell und lustig sind die Räume und man merkt: was den lehrbegierigen Knaben not tut, das kommt auch den neuen Schülern wohl zuflatten. Die kranken Soldaten, die hierher gebracht werden, sind alle schon in anderen Spitälern untergebracht gewesen, die schlimmsten Schmerzen, die qualvolle Ungewißheit und die starke Erregung der Stunde, da ihnen ein Arzt, selbst innerlich wohl tief betroffen, mitteilte, es sei nicht möglich, den kranken Arm oder das kranke Bein zu erhalten, all das Durchlebte liegt nun weit hinter ihnen, scheint nur ein böser Traum. Wie Kinder sind sie wieder, man hat sie zur Schule gebracht. Die Gesundheit selbst ist hier Unterrichtsgegenstand, ist etwas Erlernbares, wird als eine edle Wissenschaft gelehrt. Man beginnt hier ganz am Anfang, beim Ursprung aller menschlichen Kenntnisse, beim Gehen und Stehen. Nicht nur, wer ein Bein verlor und nun eine Prothese bekam, muß aufs neue

Selbst die Prothesen stellen wir, und im April im Hauptstamm Altkampfen aufgestellt. Die Prothesen stellen wir auf.

Die 145. Fortsetzung des Wiederabdruckes des Romans "In Reith" und "Gied" von Friedrich Spielhagen befindet sich auf Seite 22.

Feuilleton.

Die Schule der Einarmigen.

Es ist dies nicht ganz wörtlich zu nehmen. Nicht nur Einarmige werden in der neuen Schule draußen im zehnten Bezirk zu mancherlei wichtiger Fertigkeit und Kenntnis herangebildet, sondern invalide Krieger aller Art, die zum Dienst unter den Fahnen nicht mehr tauglich sind und nun vorzeitig ins bürgerliche Leben zurückkehren sollen. Die Schule der Einarmigen sorgt dafür, daß es nach dem Kriege nicht allzu viele Invaliden gebe. Mancher, der sich schon verloren wähnte, findet hier neue Hoffnung, mancher, der sich für einen Krüppel hielt, wird gar noch einmal dem soldatischen Handwerk wiedergewonnen, während sich die anderen nach Neigung und Fähigkeit in die geruhstamen Handwerke des Friedens ordnen. Bald lernen diese Schüler erkennen, daß ein tüchtiger Arm mehr zu leisten vermag, als deren zwei, die lässig zugreifen. Ein fieberhafter Eifer erfasst die meisten, sie wollen über ihren Schaden hinweg es den anderen Gesunden gleich und zuvor tun. Die Schule der Einarmigen ist ganz nahe einer großen Kaserne untergebracht, wo jetzt der neugemauerte Landsturm zum Dienst an der Front ausgebildet wird. Die Externen der Schule können des Morgens, wenn sie sich zum Unterricht begeben, an einer Straßenecke den ausrückenden Soldaten begegnen. Ueber beide Gruppen liegt der gleiche männliche Ernst gebreitet, es ist wie eine Wachabteilung. Die einen kommen mitten aus dem bürgerlichen Beruf, ihre Körper, die wie verkrüppelt waren vom langen Gebirgsdienst über Pulke und Schreißbüchse, be-

unterrichtet würden. Es müßte die **Körperkultur**, die **Erregung in der britischen Bevölkerung**, namentlich in den **Freisen der Arbeiterklasse**, ungemein groß, da die stets zu-

machensmüher, ein Drechsler, ein Ziegelmacher, ein **Politionist** der Russen überlegen ist. Der **Angriffsgeist** unserer Truppen ist vorzüglich. Insbesondere be-
währen sich die **französischen Regimenter**.

Zeuilleton.

Was soll mit den Einarmigen geschehen?

Von **Gesa Grosen Zichy** *)

Unter den vielen Opfern dieses großen, heiligen Kampfes um unsere staatliche Selbständigkeit, um unsere zukünftigen Güter, wendet sich jenen Soldaten, die für König und Vaterland ihr Leben gelassen haben, sicherlich unsere trauervollste Bewunderung zu. Aber mit Mitleid noch schmerzlicherem Mitleid müssen wir Zeter gedenken, die in ihrem Heldentum nicht das Leben selbst, sondern einen Teil ihrer Lebenskraft, ihrer Lebensfähigkeit eingebüßt haben, die eines wichtigen Körperteiles beraubt sind und die nach ihrer Genesung wieder in den friedlichen Kampf des Lebens eintreten müssen und der Gefahr ausgesetzt sind, in dem harten Wettbewerb um das tägliche Brot eine Niederlage zu erleiden. Ueberaus groß ist leider die Zahl jener wertvollen Organen, die im Kampfe für das Vaterland ein wichtiges Organ, ein Bein, einen Arm verloren haben. Wenn auch Dank der vorgeführten Kunst der Chirurgie und der hingebungsvollen Sorgfalt unserer Ärzte der Prozentsatz dieser Unglücklichen weit geringer ist, als man annimmt, und verschwindend klein gegenüber den Opfern früherer Kriege, so bleibt immer noch eine große Anzahl von Unglücklichen zurück, denen Hilfe zu bringen Aufgabe des Staates, der dankwürdigen Gesellschaft, jedes einzelnen Menschen von warmer dankbarer Empfindung ist.

Von diesen, in ihrer Lebenskraft verkürzten Opfern des Krieges sind jene, die den Verlust eines Beines erlitten haben, noch die weniger beklagenswerten. Professor Baron **Efelsberg** schreibt: „Während ein Fuß sich durch

ein Kunstbein verhältnismäßig leicht und oft fast vollkommen ersetzen läßt, gilt dies leider für die verlorengegangene Hand durchaus nicht.“ Eine Hand ist ein feineres Instrument als ein Fuß. Ihre Arbeit ist größer, intensiver, vielseitiger, ich möchte sagen: geistiger, als die Arbeit eines Fußes. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß Krieger, die ein Bein verloren haben, viel weniger deprimiert erschienen, als jene, die einen Arm einbüßen mußten. Dies ist auch nur begreiflich. Im Bette liegend oder sitzend, kann sich der Einbeinige nie so hilflos fühlen, wie der Einarmige. Wie soll nun diesen Armen, die sich in den ersten Augenblicken ihres Verlustes wie verzweifelt geberden, nun doch geholfen werden? Eine große, eine schwer zu lösende Frage. Der Staat, die ganze Gesellschaft beschäftigt sich mit der Lösung dieses Problems und es werden auch mannigfaltige, zum Teile höchst absonderliche Vorschläge gemacht, die der guten Sache eben nicht viel nützen können. So hört man unter anderem, es mögen in den Gewerbetreibenden Klassen für Einarmige errichtet werden, in welchen durch Professoren dieser Anstalt die Einarmigen in verschiedenen Gewerbearten unterrichtet werden. Das hieße: Zweiarmige würden solche Fertigkeiten lehren, die sie selbst nicht haben, nicht haben können. Weiter heißt es: es wären Landeskomitees zu errichten, denen die Aufgabe zufiele, für Einbeinige und Einarmige zu sorgen. Einen riesigen Apparat zu gründen, der dem Staate nur eine Unmasse von Geld kosten würde und durch welchen in erster Reihe doch nur Einarmigen für Zweibeinige und Zweiarmlige geschaffen würden. Da müßte ja doch vor allem Präsident und Vizepräsident, Direktor und Vizedirektor, Kassier, Kontrollor und Sekretär ernannt werden. Und das Resultat wäre in den meisten Fällen doch nur, daß Zweiarmlige und Zweibeinige auf Kosten der armen Invaliden ernährt würden. Ein weiteres Projekt geht dahin, es sollen die Heimatsgemeinden vom Staate unterstützt werden und ihre Invaliden dort unterbringen und versorgen. Was wäre dies in den meisten Fällen für eine Versorgung? Möge nehmen wir selbst den besten Fall. Der Einarmige ist gut versorgt, hat

nichts zu tun, arbeitet nichts, was wird aus ihm? Ein Lagedieb, wo nicht ein Säufer.

Ich verbrachte meine ersten Kinderjahre in Tirnan, einem kleinen Städtchen bei Pozsony. Da stand ein großes Invalidenhäus und des Abends sah ich immer einen merkwürdigen Zug an unserer Wohnung vorüberziehen. Vorne schritt ein hüftender Soldat mit einer großen Trommel, hinter ihm humpelte ein lahmes Pferd, einen Wagen ziehend, der mit Stroh beladen war. Hinter dem Wagen schritten noch zwei Soldaten. Dieser Zug ging von einem Wirtschaftshaus zum anderen und holte die bis zur Besinnungslosigkeit volltrunkenen Invaliden nachhause. Sie wurden wie Mehlsäcke in den Wagen geworfen. Das ist die Zukunft jedes Invaliden, der nicht arbeiten will oder arbeiten kann. Wir können und müssen ihn arbeiten lehren, ihm die Möglichkeit der Arbeit sichern. Freilich, leere Worte, mögen sie noch so schön gegliedert sein, helfen nichts. Vergebens wollte ich einmal einem dieser Einarmigen Trost zusprechen. Meine Worte halfen nichts. Der Einarmige sah ja, daß auch ich einarmig war. Mißtraulich hörte er mir zu, bis ich ihm nicht eine Anzahl Handgriffe vormachte, mich vor ihm an die Leidete, einen Nadel schälte und die Nägel meiner Hand mit meinem Taschenmesser zuschnitt. Nun sagte er Mut und Glaube, ein glückliches Lächeln flog über seine Züge und er griff nach meiner Hand, um sie dankbar zu drücken. Einen jo beglückenden Erfolg hatte ich in keinem Konzertsaal Europas errungen. Aus dieser kleinen Episode kann man ersehen, wie dem Einarmigen zu helfen ist. Man muß ihm eben alles vormachen, was mit einer Hand überhaupt gemacht werden kann. Vielleicht wird er nicht alles so gut machen können, aber die Gewißheit, daß es zu machen ist, wird ihn zur Energie und Arbeit anspornen. Unsere tapferen einarmigen Helden sollen kein Almosen bekommen, sondern Arbeit, ihren beschränkten Arbeitskräften, ihren Verantwortungen entsprechende Arbeit. Mit einem Worte: sie müssen wieder für das Leben, für den Lebenskampf erzogen werden.

*) Aus dem interessanten Vortrag, den Geheimer Rat **Gesa Grosen Zichy** gestern im Industriehause zugunsten der Einarmigen gehalten hat.

Die Kriegsblinden

Die Kriegsblinden.

Vortrag des Direktors des k. k. Blindeninstitutes und Leiters der Kriegsblindenzentrale, Regierungsrates Alexander Moll.

In Gegenwart des Erzherzogs Karl Stephan, der in Begleitung seines Adjutanten Hauptmann Flusarz erschienen war und der Fürstin Alexandrine Windischgrätz hielt heute abend im Kleinen Saale der Wiener Urania der Direktor des k. k. Blindeninstitutes und Leiter der Kriegsblindenzentrale Herr Regierungsrat Alexander Moll einen durch ein reiches Bildmaterial wirksam unterstützten Vortrag über „Kriegsblinde“. Dem noch wenig berührten, aber sehr zeitgemäßen Thema, dem das zahlreich erschienene Publikum mit spannender Aufmerksamkeit lauschte, entnehmen wir folgendes:

Unter den vielen Tugenden von Heldentum, die unserer Armee nachgerühmt werden, möge auch die Tapferkeit nicht vergessen sein, mit der unsere Kriegsblinden ihr Schicksal tragen. Wenn man heute über Kriegsblindheit spricht, so ist das kein trauriges Thema mehr. Heute sind die Braven bereits daran, sich ein neues Leben zu schaffen. Ich erzähle Ihnen also gar nicht so sehr von gebrochenen, vernichteten Existenzen, sondern ich erzähle Ihnen von neuen Existenzen, die mit Lebensmut begonnen werden. Wenn die Hilfsbereitschaft und Wohlthätigkeit sich so sehr der Kriegsblinden annähmt, wie es selbst in unserer berühmten wohlthätigen Vaterstadt noch nicht oft vorgekommen sein mag, so liegt das vor allem an der tiefen Erschütterung, die die Kunde von den ersten blindgeschossenen Soldaten hervorbrachte. Daß man im Felde Arme und Beine verlieren konnte, das wußte man, aber an das Augenlicht hatte man am wenigsten gedacht. Nun aber wetteifert man desto mehr in Werken der Liebe und des Erbarmens.

Die Geschichte der Blindenfürsorge.

Auch die Bestrebungen zugunsten der Kriegsblinden haben ihre Geschichte. Schon die Gründung der ältesten Blindenversorgungsanstalt, des Hospitals der Quinze-Vingt Aveugles in Paris, welche durch Ludwig den Heiligen für 300 arme Blinde erfolgte und etwa ins Jahr 1254 fällt, hat die Legende auf während eines Kreuzzuges von den Sarazenen geblendete Ritter beziehen wollen. In größerem Umfange erfolgten Erblindungen im Felde erst im Gefolge der im Zeitalter der französischen Revolution entstandenen Massenheere. Zum ersten Male wird eine Blindenanstalt im Zusammenhang mit Kriegsblinden zur Zeit des Feldzuges Napoleons in Ägypten erwähnt, indem das bereits genannte Hospital in Paris den Auftrag erhielt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die damals noch im Nationalinvalidenhaus untergebrachten Blinden zu vereinigen. Zur Gründung von eigenen Kriegsblindenanstalten schritt man nach den Befreiungskriegen in Preußen, wo die Zahl der Kriegsblinden mit drei Tausend angegeben wird. Diese Anstalten wurden in Berlin, Königsberg, Marienwerder, Breslau und Münster gegründet, von denen jedoch ein Teil später wieder einging, während aus jenen in Königsberg und Breslau sich Blindenerziehungsinstitute entwickelten.

In unserem Vaterlande sind unter dem Einflusse der allgemeinen Blindenbildung Blindenabteilungen an den Invalidenhäusern in Wien, Lemberg und Prag entstanden, von denen die letztere sich bis in die jüngste Zeit erhielt.

Die Schußverletzungen der Augen. — Die bisherige Zahl der Kriegsblinden.

Die mir bekannten Fälle von Erblindungen, fuhr der Vortragende fort, die aus dieser Krieg bringt, sind mit einer einzigen Ausnahme Schußverletzungen, und zwar häufiger durch Gewehrschüsse, nicht so oft durch Schrapnellsplitter. In den Fällen der Schußverletzungen handelte es sich zumeist um Flankenschüsse, welche die Augäpfel oder den Sehnerv vernichteten. Da ist vollständige Erblindung eingetreten, und der Prozentsatz der vollkommen Blinden ist unter den Kriegsblinden sehr hoch, mehrmals so hoch als unter blinden Zivilpersonen. Wir haben einen Patienten gehabt, dessen Augen waren vollkommen intakt geblieben und er sah nicht aus wie ein Blinder. Er hatte einen Kopfschuß von rückwärts bekommen, der ihm den Sehnerv zerstörte. Ein anderer war in ein Maschinengewehrfeuer gekommen und hatte nicht weniger als acht Schüsse, übereinander vom Oberhals bis zum Kopf; der oberste hatte ihm die Augen genommen. Bei dem Weg, den die Kugel nimmt, handelt es sich oft nur um die Abweichung eines Millimeters: und um das Leben des Betroffenen wäre es geschehen.

Die Zahl der Kriegsblinden ist glücklicherweise nicht so bedeutend, als man gefürchtet und angenommen hat. Späher Professor Groß behandelt in der I. Augenklinik in Budapest bisher 500 Augenverwundete, von denen 60% an einem Auge erblindeten, während nur 6% vollständig der Erblindung verfielen. Das stimmt mit den Erhebungen des Kriegsministeriums, die ergaben, daß sich bisher in den Heilanstalten zirka 100 blinde Soldaten befanden, und zwar sowohl der diesseitigen Reichshälfte als nach Ungarn gehörige. Ziehen wir die in Ungarn zuständigen mit etwa 30 Mann ab, so bleiben 70, die unserer Fürsorge zufallen. Daß diese Zahl nicht genau und auch nicht abschließend sein kann, ist begreiflich. Eine neuerlich angeordnete Zählung wird neues statistisches Material bringen.

Die moderne Blindenbehandlung.

Das Los unserer Kriegsblinden ist ein schweres, aber es ist noch Leben und wo Leben ist, ist noch Freude möglich. Sie hören die Stimmen ihrer Angehörigen, sie spüren die Sonne auf ihre Hände scheinen. Und mag es auch ein hoher Bruchteil von Kunst- und Naturgenuß sein, der ihnen entzogen bleibt, die edelste der Künste bleibt ihnen treu, die Musik, ja sie nähert sich ihnen mehr als in ihrem früheren Dasein.

Unser Blindeninstitut ist nicht die Stätte der ersten Behandlung dieser Verwundeten. Die ist nur in einem

Spital denkbar, das alle die Möglichkeiten moderner Heilkunst bietet. In den meisten Fällen jedoch müssen wir eine Nachbehandlung eintreten lassen. Einer der ersten erblindeten Soldaten, die wir in unser Institut bekamen, war ein tschechischer Bauernbursch, der als Kriegsfreiwilliger eingezogen war. Den ersten Tag lag er vollkommen apathisch da und siebte noch. Eine Schwester, die tschechisch konnte, bemühte sich um ihn, aber mit geringem Erfolg, bis er den Wunsch äußerte: daß wir ihm eine Ziehharmonika leihe. Er bekam sie. Da vollzog sich die Wandlung. Sogleich spielte er seine bekannten Lieder, und dann auch das „Gott erhalte“, ohne daneben zu greifen. Wie er sich da im Bett aufgesetzt hatte und übers ganze Gesicht lachte, das war ein Augenblick, der alle tief ergriffen hat; in den Betten ringsum lagen auch Reformaleszente, nicht Blinde; die hatten über die Musik die größte Freude, der ganze Schlaftaal war wie verwandelt — und in der Genesung des armen Blinden war es ein Schritt vorwärts gewesen.

Was ferner von der größten Wichtigkeit ist, das ist, unseren Pflegenden Vertrauen in ihre Umgebung einzufößen. Mit Worten ist ja nichts oder wenig zu tun; aber wenn der Gedanke, daß sie gut aufgehoben sind, daß man für sie sorgt, in ihnen erweckt wird, so geht davon eine lindernde beruhigende Wirkung aus. Unser Reformaleszentehaus dient aber keineswegs bloß den blinden Verwundeten. Wir haben auch immer eine Anzahl von Genesenden, die dann wieder ins Feld, oder wenn sie superarbitriert werden, in die Heimat zurückkehren. Ich halte es für sehr wesentlich, daß die blinden Soldaten mit Kameraden zusammen sind. Jetzt sind sie nicht bloß Blinde, sie sind nicht wie der arme Teufel, denn sie irgend einmal wo betteln gesehen haben und dem sie einen Kreuzer geschenkt haben; sie sind noch Soldaten und sollen sich durchaus noch so fühlen. Von Vorteil ist es auch, daß sie fast immer mit Volksgenossen zusammen sein können, die sich ihrer dann auch immer mit rührender Hingebung annehmen.

Die moderne Blindenerziehung zielt darauf hin, den Zögeling — dazu gehört auch der Kriegsblinde — zur möglichsten Selbständigkeit anzuleiten: er legt ja auch selbst seinen größten Ehrgeiz hinein, den Sehenden sich gleichzustellen, von der vollkommenen Bewegungsfreiheit an, die ihm einen Führer über die Straße trotz Autos und Straßenbahn entbehrlieh macht, bis zur wirtschaftlichen Selbständigkeit. In früheren Zeiten hätte man einen Blinden im Freien, der nicht wenigstens wie auf den alten Bildern von einem Hund geführt wird, für verloren gehalten.

Wenn ich Ihnen nun in meinen bisherigen Ausführungen jene Mittel angedeutet habe, welche wir anwenden, um unsere Kriegsblinden aus sich selbst herauszubringen, sie einer wohlthätigen Ablenkung zuzuführen, und wenn ich hinzufüge, daß auch andere Mittel vielfach noch in zweckdienlicher Weise angewendet werden, der Besuch von Musikaufführungen, Vorträgen u. dgl. nach Möglichkeit gefördert wird, so haben Sie einen Ueberblick über die vorbereitende, aufrichtende Tätigkeit unserer Anstalt.

Sie werden sich überzeugt haben, daß unter solchen Umständen mit dem Unterricht des Kriegsblinden begonnen werden kann, der in neuerer Zeit mit Rücksicht auf mehrere fremdsprachige Gruppen gegliedert wird, so daß die Kriegsblinden in ihrer Muttersprache den Unterricht empfangen können. Ein Unikum möchte ich nicht unerwähnt lassen. Unter den Kriegsblinden befindet sich auch ein Analphabe. Als Sehender hat er weder Lesen noch Schreiben gelernt, als Blinder versucht er es mit großem Eifer und gutem Erfolge und er hat große Freude an seinen Fortschritten. Durch manuelle Arbeit und Unterhaltung wird dann aber auch die nötige Abwechslung geboten, so daß in jeder Hinsicht für die spätere Brauchbarkeit des einzelnen Individuums gesorgt ist.

Die Zukunft der Kriegsblinden.

Der Kriegsblinde ist, geistige und körperliche Fähigkeiten vorausgesetzt, sicher zu einem entsprechenden Gewerbe zu bringen. Er kann sein späteres Leben durch das Glück der Arbeit wesentlich günstiger gestalten, er ist imstande seine Einnahme zu vermehren, also seine wirtschaftliche Lage entsprechend zu verbessern. Es ist allerdings nicht leicht, diese schwergedrückten Menschen zu der Ueberzeugung zu bringen, daß sie mit dem Augenlicht nicht auch die Möglichkeit einer gewerblichen Betätigung verloren haben und da hilft wieder vor allem das Beispiel, welches sie an ihren Schicksalsgenossen finden.

Die Handwerke, welchen sich ein Kriegsblinder widmen kann, sind verhältnismäßig gering an der Zahl. Es sind dies die allgemeinen Blindengewerbe wie die Bürsterei, das Korb- und Mattenflechten, das Rohrstuhlbeziehen und das Klavierstimmen. Für die Gebildeteren, namentlich solche, die im geschäftlichen Leben standen, im Kontor, der Schreibstube als Korrespondenten und Antiquare oder derartig beschäftigt waren, tritt noch das Maschinenschreiben hinzu, mit welcher Beschäftigung diese Personen in manchen Fällen ihrem früheren Berufe wieder zurückgegeben werden können. Etwas ist mit vollkommener Sicherheit anzunehmen: daß die Kriegsblinden in diesen Betrieben zu vollkommener wirtschaftlicher Selbständigkeit zu bringen sind.

Nun erübrigt nur noch, auf die musikalische Betätigung der blinden Soldaten hinzuweisen. Daß sie gerne musizieren, habe ich schon früher gesagt, und wie bei den Früherblindeten im allgemeinen die Musik einen Bestandteil des erzieherischen Unterrichtes ausmacht, den Blinden in der Musik Freude, Beschäftigung und Erholung gegeben wird, so auch bei den Kriegsblinden. Wer mit musikalischen Kenntnissen kommt, der kann fortgebildet werden. Aber mit 27- bis 35jährigen Männern die Musik erst anfangen, das erscheint in der Regel als aussichtslos. Unsere Kriegsblinden erhalten Unterricht in Violinspiel, im Lauten- und Gitarrespiel, und wie bereits erwähnt, gewisse auch im Klavierspiel. So werden die armen Blinden sich selbst wiedergegeben, sie werden glücklich.

Ein großes Opfer, schloß der Vortragende, dessen Ausführungen oftmals von Beifall unterbrochen wurden, hat jeder

Ansiedlung von Kriegsinvaliden

Ansiedlung von Kriegsinvaliden.

Unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Schwerin fand am 7. d. Mts. zu Frankfurt a. O. eine Tagung statt, die sich eingehend mit der Frage der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten beschäftigte. Der näher umschriebene Zweck der Besprechung war die Erläuterung und Auffindung praktisch geeigneter Wege zu einer umfangreichen Auswirkung dieses mehr und mehr die Öffentlichkeit beschäftigenden Gedankens. Der Kreis der Teilnehmer bestand dem Ziel der Tagung entsprechend zum größten Teil aus erfahrenen Praktikern der inneren Kolonisation. Es waren außer den Vertretern der „Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation“ zu Frankfurt a. O. und der großen prov. Landgesellschaft anwesend: die zuständigen Referenten der Ministerien, Vertreter der Provinz, der kgl. Generalkommission, der Landbank, der Vereinigung für Krippelfürsorge, des Vereins für soziale Kolonisation, des Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege usw. Den sachlichen Bericht hatte der Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation Dr. Keup, Frankfurt a. O., abzustatten. Es wurde nach eingehender Beratung in völliger Einstimmigkeit folgende Eingabe an den Reichstag beschlossen.

Die unterzeichneten, auf dem Gebiete der inneren Kolonisation tätigen Gesellschaften richten an den Reichstag die Bitte, Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen, soweit sie dies selbst wünschen und mit ländlichen Verhältnissen vertraut sind, den Erwerb von ländlichen Grundstücken (in Preußen Rentengütern — Arbeiter-, Handwerker-, Gärtner-, Bauernstellen usw.) durch gesetzliche Maßnahmen zu erleichtern. Die Gesellschaften erachten dazu als notwendig, daß in Abänderung des Mannschafts-Versorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 (R. G. Bl. S. 593) und des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 (R. G. Bl. S. 214) ein Teil der Invalidenrente bezw. des Witwengeldes als Kapital an die Berechtigten zur Auszahlung gebracht werden kann, um sie so in den Stand zu setzen, die beim Erwerb eines Grundstückes erforderliche bare Anzahlung leisten zu können.

Begründung.

Die Zahl derer, die Neigung und Befähigung zur Bewirtschaftung einer größeren (7—100 ha), kleineren (2—7 ha) oder kleinsten (0,12—2 ha) Rentengutsstelle haben, wird unter den Invaliden sehr erheblich sein. Zieht man nur die in den letzten 15—20 Friedensjahren ausgebildeten Jahrgänge in Betracht, so ergibt sich unter Zugrundelegung der Heeresergänzungsstatistik von 1906, daß nicht weniger als 64,15 v. H. aller Rekrutierten aus Landgemeinden stammten. Früher war dieser Hundertsatz höher, später etwas niedriger; er betrug im Jahre 1913 immer noch 58,11 v. H. Hinzu kommt als Quelle für Rentengutsbewerber noch der Kreis derjenigen, die — zwar Städter von Geburt — später ihre Beschäftigung in der Landwirtschaft gefunden haben. Es waren dies 1913 etwas über 3 v. H., eine Zahl, welche die für das Mittelljahr 1906 nachgewiesenen mehr oder weniger mit landwirtschaftlichen Verhältnissen vertrauten Soldaten (64,15 v. H.) auf über zwei Drittel der Gesamtzahl erhöht. Es kann mithin nicht als fraglich angesehen werden, daß bei dem starken Drang zur eigenen Scholle im deutschen Landvolke ein Bedürfnis im Sinne des obigen Antrages vorliegt. Dieses Bedürfnis beschränkt sich aber nicht auf die Kriegsbeschädigten selbst, sondern ist darüber hinaus eine Lebensfrage für Staat und Volk, da hier ein Weg zur Erhaltung und Vermehrung der landfälligen Bevölkerung zu finden ist. Die Notwendigkeit der Verstärkung unserer ländlichen Bevölkerung bedarf unter dem Eindrucke dieses menschenerheischen-

den und menschenverbrauchenden Krieges keines weiteren Beweises. Es kamen nach den Feststellungen des kgl. preuß. Stat. Landesamtes während des Zeitraumes von 1895—1906 auf jede Eheschließung Geburten: in der Landwirtschaft 5,32, in Industrie und Gewerbe 4,18, in Handel und Verkehr 3,49, in den freien am meisten städtischen Berufen (Beamte, Ärzte, Künstler usw.) 2,71. Die Bedeutung unserer Landbevölkerung für das Wachstum des deutschen Volkes ist damit wohl ohne weiteres klar und der obige Antrag seinem Sinne nach — ohne auf sonstige Punkte (wie gesundheitliche Förderung der Kriegsbeschädigten bei ländlichem Leben Steigerung der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Gütererzeugung usw.) hinweisen zu müssen — genügend begründet.

Zur sachlichen Begründung im einzelnen sei folgendes ausgeführt:

Zur Form der Ansiedlung: Die Form der Rentengutsansiedlung hat sich in Preußen, und zwar ebenso für bäuerliche wie für Handwerker- und Arbeiteransiedler und ebenso auf dem platten Lande wie im Anschluß an kleinere und größere Städte, grundsätzlich bewährt. Durch die Entwicklung bedingte Mängel der Rentengutsbesetze lassen sich ohne Gefährdung ihrer Grundlinien beseitigen. Gleichlaufende Gesetze für die andern Staaten sind deshalb anzustreben. Es steht außerdem nichts im Wege, unter gewissen Umständen auch vom freihändigen Verkauf, Verpachtung usw. zur Durchführung der Ansiedlung Gebrauch zu machen.

Zur Abänderung des Mannschaftsversorgungs-gesetzes von 1906:

Bekanntlich sieht das preussische Rentenguts-gesetz von 1890/91 eine Beleihung der Rentengüter bis zu drei Viertel bezw. zwei Drittel*) ihres Wertes durch die preussischen Rentenbanken vor. Zur Beschaffung des Restes für die Invaliden (ganz oder teilweise zahlbar an den Verkäufer der Stelle) stehen zwei Wege offen. Einmal die Gewährung eines über den Rentenbankkredit hinausgehenden billigen Zusatzdarlehens aus vom Reiche für die Invalidenansiedlung zur Verfügung gestellten Mitteln, oder zweitens die bare Auszahlung eines über den Anzahlungsverpflichtung des Ansiedlungslustigen entsprechenden Kapitals, das vom Reiche als Teil der Entschädigung des Berechtigten gegeben wird und das m. a. W. — verglichen mit den heutigen Versorgungs-Bestimmungen — einer teilweisen Kapitalisierung der Invalidenrente gleichkommt.

Der Vorteil des Zusatzdarlehens besteht darin, daß die gesamte Invalidenrente auf alle Fälle für den Berechtigten sichergestellt ist. Gerät der Invaliden-Rentengutsbesitzer in Vermögensverfall, derart, daß die Stelle zum Zwangsverkauf kommt, so trägt der Darlehensgeber an letzter Stelle, also das Reich, den Verlust. Diese gänzliche Risikolösung des Besitzers ist — abgesehen von der sehr ungünstigen Lage des Reiches dabei — nach Ansiedlungserfahrungen äußerst bedenklich. Die ersten Schwierigkeiten in der Bewirtschaftung der Stelle, Veränderungssucht usw. werden dem Besitzer allzuleicht auch unter Wertverminderung der Stelle zu deren Aufgabe veranlassen. Selbst die Beschaffung eines neuen und besseren Käufers wird mit wenig Interesse vom ersten Besitzer betrieben werden oder den Gläubigern vielleicht ganz überlassen. Nur die peinlichste Auswahl unter den Ansiedlungslustigen seitens der Siedlungsunternehmer und deren möglichst starke Heranziehung als Mitgläubiger (Restrenten) würde hier vor Mißgriffen und damit vor Verlusten und späteren Schwierigkeiten schützen. Es ist aber sehr fraglich, ob unter diesen Umständen die Siedlungsunternehmungen Wert auf die Heranziehung von Invaliden zur Ansiedlung legen würden.

Der Nachteil der teilweisen Kapitalisierung liegt auf der entgegengesetzten Seite. Nur ein Teil der ursprünglichen Invalidenrente, dessen Bemessung allerdings in der Hand des Reiches liegt, bleibt sichergestellt. Der kapitalisierte Teil kann durch Vermögensverfall verloren gehen. Daß ein solcher eintritt, ist jedoch sehr viel weniger wahrscheinlich, weil das finanzielle Interesse nicht des Invaliden allein, sondern auch seiner ganzen Familie die Strebsamkeit und Liebe in der Bewirtschaftung wach erhält.

*) Bei Verwendung 3 1/2%iger Rentenbriefe 1/2, bei Verwendung 4%iger 2/3 des Stellenwertes.

Außerdem liegt in der teilweisen Entschädigung in Kapitalform noch ein anderer psychologisch wirksamer Vorteil. Die Gewährung eines Zusatzdarlehens wird — wenn auch seine Zinsverpflichtung vollkommen aus den Mitteln der Rente bestritten werden kann — empfunden als weitere Belastung der Wirtschaft, die Erschließung eines Kapitals — im Grunde nur eine andere Form der bestehenden Verpflichtungen des Reichs gegenüber den Beschädigten — wird immer als etwas Erstrebenswertes angesehen werden. Der Grund liegt darin, daß die strebsamen Elemente hierdurch die Möglichkeit gewinnen, aus demselben Kapital, das das Reich sowieso zur Sicherstellung der Renten zurücklegen muß, einen sehr viel höheren Zins erarbeiten zu können, als einer unveränderlichen Rente entspricht. Auch die Volkswirtschaft als Ganzes hat deshalb von dieser besseren Ausnutzung des zur Invalidenentschädigung notwendigen Gesamtkapitals erheblichen Vorteil. Die unterzeichneten Gesellschaften befinden sich überdies mit dieser Forderung grundsätzlich in voller Übereinstimmung mit jenen bedeutenden Stimmen, die statt einer abänderbaren eine ein für allemal festgelegte Rente verlangen. Hier wie dort ist der Erfolg, daß der sog. „Rentenkrankheit“ und ihren der Initiative und Intensität der Volkswirtschaft schädlichen Folgen entgegengewirkt wird.

Bis zu welchem Betrage die Rente eines Invaliden kapitalisiert werden darf, wird von verschiedenen Dingen abhängen. Leitender Gesichtspunkt muß sein, daß durch die Kapitalisierung keinesfalls ein wesentlicher Teil der ursprünglichen Rente des Berechtigten in Gefahr gerät, für immer verloren zu gehen. Diese Gefahr ist beim Rentengute aber sehr gering. Zwangsversteigerungen sind bei Rentengütern nur ganz außerordentlich selten vorgekommen. (Ihre Zahl stand im Verhältnis wesentlich unter dem Durchschnitt jener bei den sonstigen ländlichen Besitztümern; selbst in den ungünstigsten Jahren hielt sie sich noch unter der Grenze eines Hundertteils. Die Zwangsversteigerungen hatten überdies ihren Grund stets in besonderen Unglücksfällen oder schuldhaftem Verhalten des Besitzers.)

Allgemeine Regeln für die Kapitalisierungshöhe lassen sich nur sehr schwer aufstellen. Es wird Aufgabe der Kolonisations- und der Genehmigungsbehörde sein, hier in jedem einzelnen Falle das Richtige zu treffen. Es werden dabei als Merkmale zu berücksichtigen sein: einmal die Eigenschaften und Sicherheiten, die in der Person des Bewerbers (oder seiner Familie) begründet liegen, und zum anderen diejenigen, die durch die Natur der von ihm zu erwerbenden Stelle gegeben sind. Die trotz der Kriegsbeschädigung verbliebenen körperlichen Fähigkeiten, die Stärke und Alterszusammenziehung der Familie, die Höhe der Invalidenrente, die Größe und Lage der gewünschten Stelle, die Möglichkeit der Zuschiebung eigenerbarer Mittel zur Anzahlung, all diese Momente müssen — ohne sie erschöpft zu haben — auf den zulässigen Umfang der Kapitalisierung zurückwirken. In sachlicher Rücksicht läßt sich eine Regel insofern aufstellen, als ein um so geringere Kapitalisierung eintreten darf, je kleiner die Stelle ist. Je mehr nämlich die Größe der Ansiedlerstelle abnimmt, die wirtschaftliche Grundlage derselben also in erster Linie in den persönlichen Eigenschaften, Fähigkeiten, Arbeitsmöglichkeiten des Besitzers und seiner Familie außerhalb der Stelle gelegen ist, desto geringer wird die objektive Kreditwürdigkeit und damit die Angezogenheit weitgehender Kapitalisierung. (Der niedrige Stellenwert macht hier jedoch auch nur eine verhältnismäßig geringe Kapitalisierung notwendig, um das durchschnittlich verlangte Anzahlungsgeld zu beschaffen). Umgekehrt, je größer die Stelle ist und damit das sicherste Anlageobjekt der Grund und Boden im Gesamtwerte der Stelle in den Vordergrund tritt, um so stärker kann ohne Gefahr die Rente des invaliden Bewerbers kapitalisiert werden. Trotzdem wird gerade in diesen Fällen infolge des hohen Gesamtwertes der Stelle sehr oft die Tatsache eintreten, daß der Bewerber mit dem kapitalisierten Teile der Rente zur Bestreitung der notwendigen Anzahlung nicht auskommt. Es wird dadurch — was wünschenswert ist — bedingt, daß er entweder bescheidener in seinen Ansprüchen an Größe und Lage der Stelle werden muß oder aber Barmittel aus früher erspartem oder ererbtem Gut dazugibt.

Die Festsetzung der Höhe der Kapitalisierung wird diesen Ausführungen entsprechend — und zwar auf gemeinsamen

27. IV. 1915

in Vorbereitung für Kriegsinvalide.

Die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide.

Sitzung des Kuratoriums für Niederösterreich.

Unter dem Vorsitze des Ministers des Innern Dr. Freiherrn v. Heindl fand im Ministerium des Innern die konstituierende Sitzung des Kuratoriums statt, welches der nunmehr geschaffenen amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide in Wien und Niederösterreich zur Seite stehen soll.

An der Sitzung nahmen vom Ministerium des Innern Sektionschef Dr. Schreyer und Sektionsrat Dr. v. Marquet, von der niederösterreichischen Statthalterei StatthaltereiSekretär Dr. Semsch, namens der Gemeinde Wien Bürgermeister Doktor Weistichner mit Obermagistratsrat Pawelka, Magistratsrat Winkler und Magistratssekretär Hofer, namens des Landes Niederösterreich Landesauschuß Kunschak und Regierungsrat Guemer teil. Weiter waren vertreten die Handels- und Gewerbekammer in Wien (kaiserlicher Rat Weissenstein und Kammerkonjulent Perels), der niederösterreichische Landeskulturrat (Präsident Vist), der Zentralverband der Industriellen (Großindustrieller Artur Kuffler), die Landwirtschaftsgesellschaft (Regierungsrat Häusler), der Industrielle Klub (Kammerrat Dr. Fürth), der Bund österreichischer Industrieller (Kammerrat Dr. Singer), die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt (kaiserlicher Rat Kutschelt und Regierungsrat Köglér), die Hauptstelle industrieller Arbeitgeber (Sekretär Doktor Kaiser), die niederösterreichische Advokatenkammer (Vizepräsident Dr. Pfeiffer und Dr. Harpner), die Notariatskammer (Dr. Wagner), der Zentralverband österreichischer Kaufleute (Kammerrat Binzl), der Reichsverband der Arbeitsvermittlungsanstalten Oesterreichs (Hofrat Dr. Schwiechland), die „Concordia“ (Präsident Dr. Ehrlich und kaiserlicher Rat Strein), die Deutschösterreichische Christstellergenossenschaft (Präsident Buchstein und Hofrat Dr. Paverland), die Gewerkschaftskommission Oesterreichs (Sekretär Hueber), die Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften (die Herren Ulrich, Schmidt und Krikawa), der Niederösterreichische Gewerbeverein (Regierungsrat Frig), der Niederösterreichische Gewerbevereinsverband (Bezirksvorsteher Stary), der Deutschösterreichische Gewerbebund (Vandtagsabgeordneter Breuer, Gemeinderat Schlechter, Dr. Haslinger und Herr Heinzlmann), das Oremium der Wiener Kaufmannschaft (Sekretär Dr. Brichta), der Wiener Industriellenverband (Direktor Knauer), der Wiener Kaufmännische Verein (Herr Winter), der deutsche Handlungsgehilfenverein (Herr Köhler), das Oremium der Hoteliers (Bezirksrat Mach), das Silberne Kreuz (Vorstandsmitglied Zell und Dr. v. Diezo), die Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide (Dr. Elias und kaiserlicher Rat Lambrecht); ferner waren erschienen der Präsident der amtlichen Landesstelle Oberkurator Steiner, G. v. F. v. Seibt, Ministerialrat Haas, Hofrat Dr. Vetter, Abgeordneter Friedmann, Oberinspektionsrat Gerenyi, in Vertretung des Professors Dr. Spitz Reimentsarzt Dr. Polorny, Doktor Michael Hainisch, Architekt Grockelsinger u. a.

Erklärungen des Ministers des Innern Freiherrn v. Heindl.

Der Minister des Innern Dr. Freiherr v. Heindl bemerkte, den Vertretern der autonomen Stellen, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern wie auch den in das Kuratorium berufenen Fachleuten für ihr Erscheinen dankend, daß die Fürsorge für jene heimkehrenden Soldaten, die ihre Person und ihr Leben im Kampfe für das Vaterland eingesetzt und ihre bisherige bürgerliche Erwerbsfähigkeit ganz oder teilweise verloren haben, in erster Linie dem Staate zukomme, der mit ihrer Durchführung gewiß nur eine Ehrenschuld erfülle. Diese Fürsorge solle sich nicht nur darauf erstrecken, die Erwerbsunfähigen und vermindert Erwerbsfähigen mit Pensionen zu bedenken, sie müsse vielmehr eine zweite Frage des Invalidenproblems zu lösen suchen, die Frage der allmählichen Wiedereinführung der Invaliden in das Erwerbsleben durch Sicherung von ihren Fähigkeiten angepaßten Arbeitsplätzen und Stellen. „Ich möchte“, sagte der Minister, „um Mißverständnisse zu vermeiden, ausdrücklich betonen, daß durch die nunmehr eingeleitete Aktion die Frage der staatlichen Invalidenpensionen, die, wie bekannt, bereits seit längerer Zeit den Gegenstand eingehender Erwägung bei der Regierung bildet, in keiner Weise berührt wird.“

Unsere Aufgabe geht nun dahin, die Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide durch Schaffung einer amtlichen Organisation und durch engste Mitwirkung aller Berufs- und Bevölkerungskreise in eine einheitliche und zweckentsprechende Bahn zu leiten. Als Grundbau für diese Aufgabe steht in Niederösterreich die Kriegsorganisation der Arbeitsvermittlung, beziehungsweise ihr Mittelpunkt, die Landesarbeitsnachweistelle, zu Gebote, die, nunmehr zu einer amtlichen Stelle ausgestaltet, im Vereine mit den ihr angeschlossenen gemeinnützigen Nachweisen, im Vereine mit den vom Landesauschusse für diesen Zweck in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Bezirksarmenräten und durch Inanspruchnahme des vom Herrn Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt in gleich dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Stadt Wien sowie in enger Kooperation mit allen bereits bisher